



2003 AUSGABE

Eurostat Jahrbuch 2003

Der statistische Wegweiser durch Europa

Daten aus den Jahren 1991-2001



EUROPÄISCHE
KOMMISSION



THEMENKREIS 1
Allgemeine
Statistik

EUROSTAT **JAHRBUCH 2003**

Der statistische Wegweiser durch Europa

Daten aus den Jahren 1991-2001



Herausgeber

Amt für amtliche Veröffentlichungen der
Europäischen Gemeinschaften
Luxemburg, 2003

8. Ausgabe

Herausgegeben und verfasst von

Eurostat, dem Statistischen Amt der
Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg

Referat C1: Information und Informationsverbreitung

C. Botto, M. Copers, M. Kessanoglou, G. Kyi

Mit Unterstützung durch die folgenden
Direktionen von Eurostat:

Direktion A: Statistisches Informationssystem, Forschung und Datenanalyse, technische Zusammenarbeit mit den Phare- und Tacis-Ländern

- A3 Referenzdatenbanken (S. Paganoni, M. Loos,
A. Pasqui)
A4 Forschung und Entwicklung, Methoden und
Datenanalysen (A. Götzfried, I. Laafia, A. Larsson)
A5 Technische Zusammenarbeit mit den Kandidaten-,
CARDS und Tacis-Ländern (A. Krüger)

Direktion B: Wirtschaftsstatistik; Wirtschafts- und Währungskonvergenz

- B2 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und
internationale Märkte: Produktion und Analysen
(J.-Ph. Arnotte, N. Thoma, J. Pasanen)
B3 Preisvergleiche, Berichtigungskoeffizienten
(M. Hussain, S. Stapel, L. Viglino)
B4 Finanzkonten und -indikatoren, Statistiken
für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit
(G. Amerini, O. Delobbe, G. Dierickx, G. Revelin)
B5 Internationaler Dienstleistungsverkehr,
Direktinvestitionen, Zahlungsbilanz
(L. Biedma, C. Kuppel, A. Lupi, S. Pantazidis,
P. Passerini, M. Sautelet)

Direktion C: Information und Informationsverbreitung; Verkehr; technische Zusammenarbeit mit Drittländern (ausgenommen Phare- und Tacis-Ländern); Statistik des Außenhandels und des innergemeinschaftlichen Handels

- C2 Verkehr (H. Strelow)
C3 Technische Zusammenarbeit mit Drittländern
(ausgenommen Phare- und Tacis-Ländern)
(C. Bisenius)
C4 Methodik, Systematik und Statistik des
Außenhandels und des innergemeinschaftlichen
Handels (A. Berthomieu, C. Corsini, H. Tyrman)

Direktion D: Unternehmensstatistik

- D1 Methodische Koordinierung und Strukturindikatoren,
Klassifikationen und Register (M. Hahn,
M. Léonard, S. Jouhki)
D2 Strukturelle Unternehmensstatistik (F. Faes-Cannito,
C. Clément, P. Feuvrier, P. Snejders)

- D3 Produktion; Konjunkturstatistik der Unternehmen
(D. Amil)
D4 Energie (A. Gikas)
D5 Statistik der Informationsgesellschaft und
Tourismusstatistik (R. Deiss, G. Di Giacomo,
S. Fickinger, M. Lumio, H.-W. Schmidt)

Direktion E: Sozialstatistik

- E1 Arbeitsmarkt (R. Clare, A. Franco, S. Jouhette,
A. Paternoster, A. Persenaire, K. Winqvist)
E2 Lebensbedingungen (I. Dennis, A.C. Guio, J. Piirto)
E3 Gesundheit Bildung und Kultur (M. Dunne,
D. Dupré, E. Kailis, K. Kühl, A. Montserrat, S. Pilos,
P. Schmidt)
E4 Bevölkerung und Sozialschutz (F.-C. Bovagnet,
R. Brandenbourger, C. Cadolino, A. Laihonen,
A. Melis, C. Mottet, D. Thorogood)

Direktion F: Agrar-, Umwelt-, Ernährungs- und Regionalstatistik

- F1 Wirtschaftliche und strukturelle Agrarstatistik
(U. Eidmann, G. Mahon, P. Marquer)
F2 Flächenutzung, Agrar- und Fischereierzeugnisse
(M. Bettio, S. Bos, P. Bruyas, D. Cross, F. Weiler,
F. Zampogna)
F3 Umwelt und nachhaltige Entwicklung (D. Heal,
G. Lock, L. Sanches, U. Wieland, L. Vasquez)
F4 Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
und Indikatoren (A. Behrens, T. Carlquist)
F5 Ernährungssicherheit, Entwicklung des Ländlichen
Raums und Wälder (A. Mariano, Y. Zanatta)

EFTA (A. Ottestad)

NACE (D. Delcambre)

Geonomenklatur (A. Ferlini, E. Jouangrand)

Übersetzung

Übersetzungsdienst der Europäischen
Kommission, Luxemburg

Bibliografische Daten befinden sich am Ende der
Veröffentlichung.

Zahlreiche weitere Informationen zu Eurostat sind im
Internet verfügbar unter
<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat/>

Amt für amtliche Veröffentlichungen der
Europäischen Gemeinschaften, 2003
ISBN 92-894-4209-3 (gedruckte Fassung in Englisch und
CD-ROM: Englisch, Französisch und Deutsch)
ISBN 92-894-4210-7 (gedruckte Fassung in Französisch und
CD-ROM: Englisch, Französisch und Deutsch)
ISBN 92-894-4208-5 (gedruckte Fassung in Deutsch und
CD-ROM: Englisch, Französisch und Deutsch)

© Europäische Gemeinschaften, 2003

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in France

Eine Möglichkeit, unsere Nachbarn besser zu verstehen, besteht darin, sich mit ihnen zu vergleichen. Dazu einen Beitrag zu leisten, ist das wesentliche Anliegen der internationalen Statistik: Statistiken bieten die Möglichkeit, die Art, wie wir leben und arbeiten, direkt und realitätsnah zu vergleichen.

Aus diesem Grund verfasst Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, dieses Jahrbuch über Europa und die Europäer. Es vergleicht signifikante Merkmale der einzelnen Länder der Europäischen Union und anderer europäischer Länder sowie Kanadas, Japans und der Vereinigten Staaten von Amerika. Wie Europa, so entwickelt sich auch das Jahrbuch weiter. Wir haben uns deshalb besonders um die Darstellung von Daten über die Beitrittsländer bemüht.

Außerdem enthält das Jahrbuch relevante Statistiken zur Lage der Volkswirtschaften und bietet dem Leser somit ein einzigartiges Instrument zur Analyse der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Länder der Europäischen Union.

Um Vergleiche zu erleichtern, wurden für alle Statistiken in dieser Veröffentlichung Daten verwendet, die entweder in derselben Weise erstellt bzw. von Eurostat harmonisiert oder von Eurostat als Daten eingestuft wurden, die sich für detaillierte Vergleiche eignen.

Wir möchten Ihnen deshalb nahe legen, das Eurostat-Jahrbuch zu lesen, um selbst Vergleiche anstellen zu können und die europäischen Nachbarn besser kennen zu lernen.

Statistiker im Dienst Europas	Der Eurostat-Service	Eurostat, Ihr Schlüssel zur europäischen Statistik Die Strukturindikatoren von Eurostat
	Die Europäische Union und ihre Stellung in der Welt	
	Im Spotlight: Die Beitrittskandidaten	Bevölkerung und Arbeitsmarkt Betriebliche Weiterbildung Wirtschaftliche Stellung Unternehmensstrukturen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Umwelt
Menschen in Europa	Eine Bevölkerung in Bewegung	Die Bevölkerung der EU Familien und Geburten Migration
	Das Leben und seine Gefahren	Lebenserwartung und Sterblichkeit Gesundheit und Sicherheit
	Ausbildung und Arbeit	Ausbildung Arbeit und Arbeitsmarkt Betriebliche Weiterbildung Daten zur Arbeitsmarktpolitik
	Haushalte	Konsumausgaben der privaten Haushalte Einkommen und Lebensbedingungen Wohnen
Wirtschaft und Umwelt	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Gesamtwirtschaftliche Leistung Verbrauchsausgaben Einkommen der Produktionsfaktoren Öffentliche Finanzen Sozialschutz
	Preise, Löhne und Finanzindikatoren	Verbraucherpreise Löhne und Arbeitskosten Finanzmarktindikatoren
	Internationaler Handel	Die Zahlungsbilanz Warenverkehr Dienstleistungsverkehr Handelspartner
	Die Umwelt	Wasser Abfall Ausgaben für Umweltschutz Luftemissionen und Luftqualität Verkehr
	Unternehmen und ihre Leistungen	Unternehmensstrukturen auf einen Blick Industrie und Baugewerbe Handel Dienstleistungen, einschließlich Finanzdienstleistungen
	Wirtschaftssektoren	Verkehr Tourismus Energie Stahl
	Wissenschaft und Technik	Forschung und Entwicklung Die Informationsgesellschaft
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Landwirtschaft Forstwirtschaft Fischerei Landwirtschaft und Umwelt
Anhänge		Glossar Geonomenklatur 2003, Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige (NACE Rev. 1.1), Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC Rev. 3), Abkürzungen und Akronyme

1


2

3

4

Das Eurostat-Jahrbuch als Kombiprodukt

Das Eurostat-Jahrbuch 2003 ist ein Kombiprodukt, bestehend aus einem Buch und einer CD-ROM. Die CD-ROM enthält über 1 000 statistische Tabellen und Schaubilder, von denen im Buch eine Auswahl abgedruckt ist. Datenauszüge für alle Angaben lassen sich ohne weiteres erstellen.

Die auf der CD-ROM enthaltenen Hinweise auf weitere Informationen zum Thema ermöglichen eine elektronische Verknüpfung zur Präsentation der entsprechenden Veröffentlichung im Internet oder, bei kostenlos herunterladbaren Dokumenten, zur Veröffentlichung selbst. Über das  für die Strukturindikatoren gelangt man zu den Internetseiten, auf denen diese Indikatoren dargestellt sind (siehe Abschnitt „Eurostat-Strukturindikatoren“).

Das Eurostat-Jahrbuch ist benutzerfreundlich

- Zu Beginn eines jeden Abschnitts findet man Erläuterungen zu den wesentlichen Merkmalen der dargebotenen Informationen, und es wird dargelegt, worauf sich die Angaben beziehen. Außerdem wird kurz geschildert, welche übrigen Daten Eurostat zum jeweiligen Thema anbieten kann.
- Die verwendeten statistischen Begriffe und Konzepte werden in einem Glossar erläutert.

- In entsprechenden Hinweisen erfahren die Nutzer, wie sie sich zusätzliche themenbezogene Daten und Analysen von Eurostat beschaffen können.
- Das Jahrbuch enthält ein umfassendes Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen und Akronyme.

Zeitpunkt der Datenextraktion

Die Datenauszüge für alle im Jahrbuch enthaltenen Statistiken wurden Ende 2002 erstellt; die Angaben entsprechen somit dem zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Datenbestand.

Symbole

- Nichts vorhanden
 - 0 Weniger als die Hälfte der letzten besetzten Stelle
 - . Nicht zutreffend
 - .. Vertrauliche Daten. Zahlenwert nicht sicher genug oder aus Gründen der Vertraulichkeit nicht offen gelegt
 - : Angaben nicht verfügbar
 - * Vorläufige oder geschätzte Zahlenwerte
 - # Neubasierung, Berichtigung oder Neuberechnung durch Eurostat
 - | Bruch in Zeitreihen, da die Angaben auf den beiden Seiten des Striches nicht voll vergleichbar sind
- € zone Eurozone. Das nicht offizielle Symbol „€ zone“ wird hier aus praktischen Gründen verwendet.

Statistiker im Dienst Europas

1

Der Eurostat-Service

Die Europäische Union und ihre Stellung in der Welt

Im Spotlight: Die Beitrittskandidaten

Eurostat, Ihr Schlüssel zur europäischen Statistik

Für vergleichbare Informationen über Europa gibt es einen Namen: Eurostat

Der Name „Eurostat“ steht für einen hochwertigen Informationsservice, der statistische Daten über und für die Europäische Union bietet. Wer unsere Daten nutzt, hat den Finger am Puls der Zeit, was die jüngsten Entwicklungen in Europa betrifft: Wir bieten die Hintergrundinformationen und Fakten, die für das Verständnis dieser Entwicklungen notwendig sind.

Das Eurostat-Jahrbuch: für alle, die ein Interesse an Europa haben

Das Eurostat-Jahrbuch gibt einen Überblick über unser breites Angebot an Daten und öffnet damit die Tür zum Informationsdienst von Eurostat. Es veranschaulicht die Entwicklung wichtiger Vergleichsgrößen in der Europäischen Union, in der Eurozone und in den Mitgliedstaaten für die letzten zehn Jahre. Um Gegenüberstellungen auf internationaler Ebene zu erleichtern, enthalten einige Tabellen auch vergleichbare Daten für andere Länder, wie z. B. Kanada, Japan oder die Vereinigten Staaten von Amerika.

Zu Beginn eines jeden Abschnitts wird kurz geschildert, über welche Daten Eurostat zum jeweiligen Thema verfügt und worauf sich diese Angaben beziehen. Uns geht es bei diesem Jahrbuch nicht um eine reine Zusammenstellung von Tabellen, sondern darum, ein „Eingangstor“ zur europäischen Statistik zu bieten. Wir hoffen, dass die Leser des Jahrbuchs neugierig werden und mehr über das Datenangebot von Eurostat erfahren wollen. Detailliertere Daten und Hinweise sind über unseren Informationsdienst erhältlich.

Wie kommt man an die gewünschten Daten?

Für jeden etwas

Der Informationsdienst von Eurostat bietet eine an die individuellen Bedürfnisse der Nutzer angepasste Unterstützung.

Unsere wichtigsten Daten stehen allen Nutzern kostenlos zur Verfügung und sind z. B. Bestandteil der täglichen Pressemitteilungen auf unserer ständig aktualisierten Website.

Ausführlichere Angaben findet man in unseren Querschnittsveröffentlichungen, deren „Flaggschiff“ das Eurostat-Jahrbuch ist. Hintergrundinformationen zu spezifischen Themen bieten die *Panorama*-Veröffentlichungen, die gründliche Analysen, Tabellen, Schaubilder und Karten enthalten. Die Reihe *Statistik kurz gefasst* soll die Öffentlichkeit in komprimierter Form über spezielle Themen unterrichten.

Bezüglich der Indikatoren bieten wir ein breites Spektrum von Veröffentlichungen und Datenbanken, die unterschiedlichen Zwecken dienen sollen.

- Einen allgemeinen Überblick gibt die „kostenlose Auswahl“ — eine Zusammenstellung von Tabellen aus dem Eurostat-Jahrbuch, die auf der Internet-Site von Eurostat kostenlos zu Ihrer Verfügung steht.
- Mit Hilfe der „Strukturindikatoren“ soll eine Beurteilung der längerfristigen Fortschritte in den Politikbereichen Beschäftigung, Innovation, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt und Umwelt ermöglicht werden. Sie sind bekanntlich von größter Bedeutung für politische Diskussionen. Daher finden Sie alle Strukturindikatoren im Eurostat-Jahrbuch; sie sind mit einem besonderen Symbol gekennzeichnet. Weitere Informationen zu den Strukturindikatoren finden sich im Beitrag „Die Strukturindikatoren von Eurostat: hochwertige Statistiken für kompetentes Regieren in Europa“. Auf der Internet-Site von Eurostat stehen Ihnen die regelmäßig aktualisierten Strukturindikatoren kostenlos zur Verfügung (<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>).

— Die „Euro-Indikatoren“ enthalten eine Reihe aktueller Daten, die bei der Bewertung der Konjunkturlage in der Eurozone und in der gesamten Europäischen Union hilfreich sind. Auf einer speziellen Internetsite (<http://www.europa.eu.int/comm/euroindicators/>) werden die Euro-Indikatoren täglich aktualisiert.

Die Veröffentlichungen „Methoden und Nomenklaturen“, „Detaillierte Tabellen“ und „Studien und Forschung“ richten sich an Fachleute, die sich eingehender mit der Analyse und Auswertung sehr detaillierter Tabellen befassen wollen.

Die Eurostat-Datenbank New Cronos bietet ein breites Spektrum an Daten und Zeitreihen, aus dem Analysten und Entscheidungsträger die benötigten Informationen in dem gewünschten Format abfragen können.

Es ist natürlich unmöglich, alle bei Eurostat verfügbaren Daten in allen denkbaren Kombinationen zu veröffentlichen. Fachleute, die maßgeschneiderte Abfragen aus unseren Datenbanken wünschen, bitten wir deshalb, sich an einen der Eurostat Data Shops zu wenden (siehe im Folgenden). Wie immer übernimmt Eurostat die Garantie für die strikte Einhaltung der Vertraulichkeit bei diesen Datenabfragen.

Eine Adresse für Ihre Favoritenliste: <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

Die Website von Eurostat bietet einen Überblick über aktuelle Meldungen und neue Produkte. Man findet dort alle Pressemitteilungen und viele Indikatoren, die, sobald sie veröffentlicht werden, online verfügbar sind. Weitere Gründe für einen Besuch der Website wären die Demonstration der Eurostat-Veröffentlichungen und Dienstleistungen, der Online-Katalog und die Beschreibung des Verbreitungsnetzes für die europäische Statistik.

Wenden Sie sich an den örtlichen Eurostat Data Shop!

Wenn Sie Fragen zum Inhalt des Jahrbuchs haben, mehr Daten benötigen, erfahren wollen, welche zusätzlichen Daten zur Verfügung stehen, oder mehr Informationen über die Angebote von Eurostat wünschen, dann wenden Sie sich bitte an den örtlichen Eurostat Data Shop.

Ein Adressenverzeichnis der Data Shops befindet sich am Ende des Jahrbuchs sowie auf unserer Internetsite. Die Eurostat Data Shops bilden den Kern des Datenverbreitungsnetzes von Eurostat, und es gibt sie in den meisten Mitgliedstaaten wie auch in den Vereinigten Staaten.

Der Pressedienst von Eurostat

Statistiken machen Schlagzeilen. Sie dienen häufig als wichtige Hintergrundinformationen für Artikel, Features und ausführliche Analysen. Presse, Rundfunk und Fernsehen machen regen Gebrauch von unseren Daten. In den Pressemitteilungen von Eurostat werden ausgewählte Eckdaten über die Europäische Union, die Eurozone, die Mitgliedstaaten und ihre Partner und insbesondere über die beitrittswilligen Länder in benutzerfreundlicher Form dargestellt. Es erscheinen jährlich etwa 150 Pressemitteilungen, von denen fast 100 die monatlichen oder vierteljährlichen Euro-Indikatoren zum Inhalt haben. Die Pressestelle koordiniert auch Interviews und Pressekonferenzen, die bei der Bekanntgabe wichtiger statistischer Ergebnisse und anlässlich bedeutender Ereignisse stattfinden. Der „Eurostat Media Support“ unterstützt Fachjournalisten bei der Suche nach Daten zu allen denkbaren Themen.

Alle Pressemitteilungen von Eurostat stehen zeitgleich mit ihrer Veröffentlichung kostenlos auf der Website zur Verfügung.

Wenn Sie weitere Informationen über unsere Pressemitteilungen oder andere Daten wünschen, wird Ihnen der Eurostat Media Support gern weiterhelfen [Telefon (352) 43 01-33408, Telefax (352) 43 01-35349, E-Mail: eurostat-mediasupport@cec.eu.int].

Warum Daten von Eurostat?

Informationsgleichheit für eine demokratische Gesellschaft

Information ist der erste Schritt zur aktiven Beteiligung an einem demokratischen Europa. Die Europäer verlangen einen qualitativ hochwertigen Informationsdienst, der objektive, zuverlässige und vergleichbare statistische Daten liefert. Der Zugriff auf diese Daten muss unkompliziert sein und darf keinen Einschränkungen unterliegen: Schlüsselinformationen dürfen niemals zurückgehalten werden; sie müssen allen Bürgern und Unternehmen lückenlos und in gleicher Weise zugänglich sein. Eurostat und seine Partnereinrichtungen im Europäischen Statistischen System sehen sich hier als Wegbereiter und sorgen dafür, dass der gleichberechtigte und uneingeschränkte Zugang zu Informationen über Entwicklungen in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und auf dem Gebiet der Umwelt in Europa gewährleistet ist. Es liegt an Ihnen, davon Gebrauch zu machen!

Unparteilichkeit und Objektivität: zwei Eckpfeiler des Vertrauens

Der Zugang zu verlässlichen und qualitativ hochwertigen Statistiken gewinnt in der heutigen Informationsgesellschaft immer mehr an Bedeutung, und Quellen, denen man vertrauen kann, sind heute von unschätzbarem Wert. Die Vertrauenswürdigkeit von Eurostat ist gesetzlich verankert. In Artikel 285 Absatz 2 EG-Vertrag heißt es dazu: „Die Erstellung der Gemeinschaftsstatistiken erfolgt unter Wahrung der Unparteilichkeit, der Zuverlässigkeit, der Objektivität, der wissenschaftlichen Unabhängigkeit, der Kostenwirksamkeit und der statistischen Geheimhaltung; der Wirtschaft dürfen dadurch keine übermäßigen Belastungen entstehen.“ Für uns sind das keine abstrakten Worte, sondern Leitgedanken für die tägliche Arbeit.

Vergleichbarkeit durch Harmonisierung

Gegenseitiges Verständnis lässt sich leichter herstellen, wenn man über die Arbeits- und Lebensbedingungen des anderen Bescheid weiß. Was aber für die Beziehung zwischen einzelnen Menschen gilt, kann auch für die Gesellschaft als Ganzes nicht falsch sein. Um Vergleiche ziehen zu können, braucht man jedoch vergleichbare Statistiken, die wiederum eine gemeinsame „statistische Sprache“ voraussetzen.

Diese gemeinsame Sprache muss Begriffe, Methoden und Definitionen beinhalten, und sie muss sich auch an technische Normen halten und die zugrunde liegenden Strukturen berücksichtigen. Die Statistiker nennen das Harmonisierung. Sie ist das Hauptanliegen des Europäischen Statistischen Systems und der Hauptgrund dafür, dass es Eurostat überhaupt gibt.

Das Europäische Statistische System

Zum Europäischen Statistischen System gehören Eurostat und die statistischen Ämter sowie Ministerien, Behörden und Zentralbanken, die mit der Erhebung amtlicher Statistiken in den EU-Mitgliedstaaten, Island, Liechtenstein und Norwegen befasst sind. Die für Statistik zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten erfassen, überprüfen und analysieren die nationalen Daten und leiten sie an Eurostat weiter. Eurostat stellt dann die Daten zusammen und sorgt dafür, dass sie vergleichbar sind. Den Schwerpunkt des Europäischen Statistischen Systems bilden die einzelnen Politikfelder der Europäischen Union. Im Zuge der Erweiterung der Kompetenzbereiche der EU-Politik erstreckt sich die Harmonisierung inzwischen jedoch auf nahezu alle Gebiete der Statistik.

Das Europäische Statistische System ist ein Netzwerk, in dem Eurostat in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Statistikbehörden die Leitfunktion bei der Harmonisierung der Statistiken wahrnimmt. Ein wesentlicher Bestandteil des Europäischen Statistischen Systems ist der Ausschuss für das Statistische Programm, der sich aus den Leitern der nationalen statistischen Ämter der Mitgliedstaaten unter Vorsitz von Eurostat zusammensetzt. Es werden dort gemeinsame Maßnahmen und Programme erörtert, die dazu dienen sollen, den Informationsbedarf in der Europäischen Union zu decken. Der Ausschuss einigt sich auf ein Fünfjahresprogramm, das von den nationalen Behörden umzusetzen ist und von Eurostat überwacht wird.

Das Anliegen von Eurostat: ein attraktives Angebot an relevanten Daten

Daten werden zu Informationen, wenn sie auf Interesse stoßen. Es ist Eurostats Anliegen, immer ein offenes Ohr für das zu haben, was die Menschen interessiert.

Das statistische Programm des Europäischen Statistischen Systems „fällt nicht vom Himmel“. Die Entscheidung, worüber wir informieren, ist das Ergebnis eines genau abgestimmten politischen Prozesses auf europäischer Ebene, in den die EU-Mitgliedstaaten fest eingebunden sind. Für die meisten Befragungen und Datenerhebungen gelten europäische Verordnungen, die auf nationaler Ebene rechtsverbindlich sind. In den politischen und juristischen Diskussionen, die zur Ausarbeitung von Verordnungen für die europäische Statistik führen, lautet eine der zentralen Fragen: „Für wen und warum sind die Daten von Interesse?“ Jede statistische Verordnung wird also zunächst kritisch hinterfragt.

Überdies wird das Europäische Statistische Programm ständig überarbeitet. Gemäß dem Grundsatz der Kostenwirksamkeit wird die Erhebung von Daten, deren Relevanz aufgrund neuer Entwicklungen geringer geworden ist, verändert oder auch völlig eingestellt. So ist gewährleistet, dass das statistische Programm im Rahmen bleibt und stets den Ansprüchen der modernen Zeit genügt.

Ein Blick auf unsere Daten lohnt sich auf jeden Fall.

Die Strukturindikatoren von Eurostat


Die Strukturindikatoren von Eurostat: hochwertige Statistiken für kompetentes Regieren in Europa

Auf dem Lissabonner Gipfel vom Frühjahr 2000 hat der Europäische Rat sich ein strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen — einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.

Der Rat stellte fest, dass die Fortschritte auf dem Weg zu diesem Ziel regelmäßig erörtert und anhand von vereinbarten Strukturindikatoren bewertet werden müssen. Daher ersuchte der Rat die Europäische Kommission, anhand struktureller Indikatoren in Bezug auf Beschäftigung, Innovation, Wirtschaftsreformen, sozialen Zusammenhalt und den gesamtwirtschaftlichen Hintergrund sowie seit 2002 die Umwelt einen jährlichen Frühjahrsbericht über die Fortschritte zu erstellen.

Strukturindikatoren werden auch für die jährliche Mitteilung der Kommission über die Strukturindikatoren erstellt. In dieser Mitteilung wird jeden Herbst eine neue Liste von Strukturindikatoren vorgelegt. Wenn diese Liste vom Rat angenommen ist, wird sie für den Bericht verwendet, der dem Europäischen Rat im darauf folgenden Frühjahr vorzulegen ist. Die Strukturindikatoren werden also für viele Jahre im Zentrum der politischen und wirtschaftlichen Erörterungen stehen.

Eurostat verbreitet den vollen Satz von Indikatoren auf seiner speziellen Internet-Site (<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>). Zeitreihen finden sich für EU-15, die EU-Mitgliedstaaten und, soweit möglich, die EFTA-Länder, Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika. Als zusätzliche wirtschaftliche Hintergrundinformation können auch die Indikatoren für EU-12 eingesehen werden. Ab 2003 werden auch die Kandidatenländer erfasst, sofern Daten verfügbar sind.

Die 2002 erstellten Strukturindikatoren werden im Folgenden aufgelistet. Alle Strukturindikatoren sind in das Eurostat-Jahrbuch eingegangen. Sie sind mit dem folgenden Symbol gekennzeichnet  das neben dem Titel der jeweiligen Tabelle erscheint.

Verzeichnis der 42 Strukturindikatoren

Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund

- a. Pro-Kopf-BIP und reale BIP-Wachstumsrate
- b. Arbeitsproduktivität (je Beschäftigtem und je Arbeitsstunde)
- c. Beschäftigungswachstum (insgesamt und geschlechtsspezifisch)
- d. Inflationsrate
- e. Anstieg der Lohnstückkosten
- f. Haushaltsbilanz des öffentlichen Sektors
- g. Staatsverschuldung insgesamt

I — Beschäftigung

1. Beschäftigungsquote (insgesamt und geschlechtsspezifisch)
2. Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer (insgesamt und geschlechtsspezifisch)
3. Geschlechtsspezifisches Lohngefälle
4. Steuerquote von Niedriglohnempfängern
5. Lebenslanges Lernen

6. Tödliche und schwere Arbeitsunfälle
7. Arbeitslosenquote (insgesamt und geschlechtsspezifisch)

II — Innovation und Forschung

1. Ausgaben für Humanressourcen (öffentliche Bildungsausgaben)
2. FuE-Ausgaben (insgesamt und des Wirtschaftssektors)
3. Internet-Zugang (Haushalte und Unternehmen)
4. Hochschulabschlüsse in naturwissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen
5. Patente
6. Risikokapital (Anschubphase sowie Expansion und Erneuerung)
7. ICT-Ausgaben

III — Wirtschaftsreform

1. Relative Preisniveaus und Preiskonvergenz
2. Preise in netzgebundenen Wirtschaftszweigen (Telekommunikation und Energie)
3. Marktstruktur in netzgebundenen Wirtschaftszweigen (Telekommunikation und Strom)
4. Öffentliche Beschaffung
5. Sektorale und punktuelle staatliche Beihilfen
6. Kapitalaufkommen an den Aktienmärkten
7. Betriebliche Investitionen

IV — Sozialer Zusammenhalt

1. Einkommensverteilung (Verhältnis S80/S20)
2. Quote der von Armut bedrohten Personen (vor und nach Sozialleistungen)
3. Quote der von dauerhafter Armut bedrohten Personen
4. Regionaler Zusammenhalt (Arbeitslosigkeit)
5. Frühzeitige Schulabgänger
6. Langzeitarbeitslosigkeit
7. Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten

V — Umwelt

1. Treibhausgasemissionen
2. Energieintensität der Wirtschaft
3. Verkehrsvolumen (Güter und Personen)
4. Verkehrsverteilung nach Verkehrsträgern
5. Städtische Luftqualität
6. Kommunale Abfälle (gesammelt, deponiert und verbrannt)
7. Anteil an erneuerbaren Energiequellen

Die Europäische Union und ihre Stellung in der Welt

Machen Sie sich ein Bild von der Position der EU in der Welt

Die Daten von Eurostat ermöglichen Vergleiche zwischen der EU und anderen Teilen der Welt. Mit Hilfe dieser Daten lässt sich analysieren, wie die EU im Verhältnis zu anderen Ländern und Wirtschaftsräumen abschneidet. Um zu zeigen, welche Position die EU im weltweiten Vergleich einnimmt, bietet das Eurostat-Jahrbuch eine kleine Auswahl von Statistiken, wie z. B.:

- Angaben zur EU-Bevölkerung und zur Bevölkerungsentwicklung in der EU im Vergleich zur Weltbevölkerung
- wirtschaftliche Kennziffern, wie etwa Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, Arbeitsproduktivität, Arbeitslosenquote und Direktinvestitionen sowie Daten über Einfuhren, Ausfuhren und Leistungsbilanztransaktionen der EU aufgeschlüsselt nach Partnerregionen
- Informationen zum Schwerpunktthema staatliche Entwicklungshilfe und staatliche Hilfsprogramme der EU für andere Länder
- Vergleiche der Ausgaben für Informationstechnologie und Telekommunikation sowie Angaben über den Anteil der Bevölkerung mit Internetanschluss zu Hause ermöglichen einen Blick in die Zukunft.
- Wie viel Energie verbrauchen die einzelnen Ländern zur Erzeugung des BIP? Der Indikator „Energieintensität der Volkswirtschaft“ gibt eine Antwort darauf.

Die Europäische Union ist bestrebt, ihre Position als wettbewerbsfähiger und dynamischer wissensbasierter Wirtschaftsraum zu verbessern; sie will ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen gewährleisten und zugleich den sozialen Zusammenhalt stärken. Anhand der Daten von Eurostat können Sie selbst beurteilen, welche Fortschritte wir Europäer bereits erzielt haben.

- Bevölkerung zur Jahresmitte. 1960-2001, in Mio.
- Bevölkerung zur Jahresmitte. 1960-2001, in %
- Bevölkerungsentwicklung insgesamt. Welt und EU-15, in %
- Weltbevölkerung 1950, 2001 und 2050. %
- Entwicklung des Anteils an der Weltbevölkerung. %
-  - Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS). EU-15 = 100
-  - Arbeitsproduktivität. BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je geleistete Arbeitsstunde bezogen auf EU-15 = 100
-  - Arbeitslosenquote insgesamt. Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung insgesamt. %
-  - Steuerquote von Niedriglohneempfängern. Einkommensteuer zuzüglich der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung abzüglich Geldleistungen, Angaben in % der Arbeitskosten für einen Niedriglohneempfänger
 - Extra-EU Direktinvestitionsströme: Zuflüsse, Abflüsse und Saldo in % des BIP
-  - Konsolidierter Bruttoschuldenstand des Staates in % des BIP
 - Direktinvestitionsströme für die EU, in Mio. ECU/EUR
 - Direktinvestitionsströme für die USA, in Mio. ECU/EUR
 - Anteil der EU, der USA, Japans und der übrigen Welt an den gesamten Leistungsbilanztransaktionen weltweit (Kredit und Debet), in %. 2001.
 - Entwicklung der Leistungsbilanztransaktionen der EU mit Drittländern (Extra-EU): Kredit und Debet, in Mrd. ECU/EUR
 - Internationale Kredittransaktionen der EU nach Partnerregionen: Vergleich zwischen 1991 und 2001, in % der gesamten Kredittransaktionen der EU
 - Internationale Debettransaktionen der EU nach Partnerregionen: Vergleich zwischen 1991 und 2001, in % der gesamten Debettransaktionen der EU
 - Staatliche Entwicklungshilfe und staatliche Hilfe in Mio. EUR
 - Staatliche Entwicklungshilfe und staatliche Hilfe in Mio. EUR
 - Einzelstaatliche Einfuhren und Ausfuhren in % der weltweiten Ausfuhren
 - Verhältnis Ausfuhren/Einfuhren
 - Extra-EU-Ausfuhren nach Haupthandelspartnern in % der Extra-EU-Ausfuhren insgesamt
 - Extra-EU-Einfuhren nach Haupthandelspartnern in % der Extra-EU-Einfuhren insgesamt
-  - Ausgaben für Informationstechnologie in % des BIP
-  - Internet-Zugangsdichte: private Haushalte. Prozentualer Anteil der privaten Haushalte mit Internetzugang zu Hause
-  - Energieintensität der Volkswirtschaft: Bruttoinlandsverbrauch von Energie dividiert durch BIP zu konstanten Preisen. Basisjahr 1995, in kgRÖE je 1 000 EUR
-  - Treibhausgasemissionen insgesamt. Index 1990 = 100, auf der Basis von CO₂-Äquivalenten

Im Spotlight: Die Beitrittskandidaten

Das Europäische Statistische System: Ein Vorreiter der Integration Europas

Die folgenden dreizehn Länder haben die Mitgliedschaft in der EU beantragt: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, die Türkei, Ungarn und Zypern. Demnächst werden die meisten dieser Länder der Europäischen Union als neue Mitgliedstaaten angehören. Um diesen Schritt, der in der Geschichte der europäischen Integration bisher ohne Beispiel ist, entsprechend vorzubereiten, betreibt Eurostat seit langem eine intensive fachliche Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern dieser Länder. In einigen Fällen besteht diese Zusammenarbeit schon über zwölf Jahre. Darüber hinaus leisten viele Mitgliedstaaten bereits seit Beginn dieses Prozesses wertvolle technische Hilfe.

In allen Beitrittsländern gibt es schon seit vielen Jahren statistische Ämter, die früher jedoch zumeist unter ganz anderen Bedingungen arbeiteten als die statistischen Ämter der derzeitigen EU-Mitgliedstaaten. Dort, wo die Wirtschafts- und Rechtsordnung dem System eines Staatshandelslandes entsprach, waren viele Schlüsselbereiche der Statistik, wie z. B. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Preisstatistik oder Arbeitsmarktstatistik, überhaupt nicht existent. Deutliche Unterschiede zur EU gab es auch im Hinblick auf die verwendeten statistischen Klassifikationen, Methoden und Definitionen. Hinzu kommt, dass fünf der Beitrittsländer (Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei und Slowenien) erst vor kurzem ihre staatliche Unabhängigkeit erlangt haben. Während die statistischen Ämter dort vor der Unabhängigkeit nur für die regionale Datenerhebung zuständig waren, mussten sie in der Zeit danach sämtliche zentralen Aufgaben eines nationalen statistischen Amtes übernehmen.

Nahezu alle Beitrittsländer konnten in den letzten zehn Jahren bemerkenswerte Fortschritte erzielen. Sie haben zunächst neue Statistikgesetze erlassen und damit den Grundstein zur Schaffung eines effizienten statistischen Systems in einer demokratischen Marktwirtschaft gelegt, das insbesondere auf den Prinzipien der Unabhängigkeit, der Transparenz, der fachlichen Kompetenz, des öffentlichen Datenzugangs und des Schutzes persönlicher Daten beruht. Zugleich war es notwendig, eine Reihe von grundlegenden Klassifikationssystemen einzuführen, um zu gewährleisten, dass die Daten bis zu einem gewissen Grad international vergleichbar sind. Parallel dazu haben die Beitrittsländer Register angelegt, die vor allem die Unternehmens- und Agrarstatistik betreffen, und sie haben damit begonnen, alle sektorenspezifischen Statistikbereiche zu etablieren, die bis zum Beitritt arbeitsfähig sein müssen.

Durch gemeinsame Anstrengungen vonseiten der Beitrittsländer, der Mitgliedstaaten und Eurostats ist es gelungen, die Verfügbarkeit, Vergleichbarkeit und Aktualität der Statistiken über die Beitrittsländer kontinuierlich zu verbessern. Die meisten Beitrittsländer haben inzwischen eine angemessene Rechtsgrundlage geschaffen, und sie verfügen auch über die entsprechende Verwaltungsstruktur. Die Vergleichbarkeit mit den statistischen Daten der derzeitigen EU-Mitgliedstaaten ist weitgehend gewährleistet.

Das Eurostat-Jahrbuch bietet einen Überblick über Schlüsselindikatoren, die größtenteils den Zeitraum 1997-2001 abdecken. Genauere Angaben findet man in dem von Eurostat veröffentlichten statistischen Jahrbuch für die Beitrittsländer, das jährlich erscheint, sowie in einer Reihe weiterer Veröffentlichungen (siehe nachstehende Hinweise „Mehr zum Thema“).

Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Die Bevölkerung der 12 Beitrittsländer: Entwicklung und Vergleiche

Am 1. Januar 2002 lebten in den 12 Ländern, mit denen Beitrittsverhandlungen aufgenommen worden sind, insgesamt 105,1 Mio. Menschen.

Zum gleichen Zeitpunkt lag die Einwohnerzahl von EU-15 bei 379,6 Mio. Durch die Erweiterung der EU würde sich die Bevölkerung somit um 28 % auf etwa 485 Mio. erhöhen, und der Anteil der EU an der Weltbevölkerung würde von 6,1 % auf etwa 8 % ansteigen.

Die 12 Länder, die in dieser Untersuchung zur Bevölkerung behandelt werden, sind Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Die Türkei wird hier ausgeklammert, da keine hinreichenden Daten vorliegen, die Bevölkerung des Landes sehr groß ist (69,2 Mio. am 1. Januar 2002) und das Land sich in demografischer Hinsicht erheblich von den anderen Beitrittsländern unterscheidet.

Drastischer Bevölkerungsrückgang in den Beitrittsländern während der letzten 10 Jahre

In den 90er Jahren fanden in den meisten der 12 Beitrittsländer dramatische demografische Entwicklungen statt. Die Fruchtbarkeit ging drastisch zurück, die Lebenserwartung verringerte sich, und die Wanderungssalden lagen deutlich im negativen Bereich. Es kam dadurch in dieser Region Europas sehr schnell zu einem Bevölkerungsrückgang: Im Vergleich zu 1990 ist die Bevölkerung dieser Länder um 1,9 Mio. geschrumpft, was einem Bevölkerungsrückgang von 1,8 % entspricht.

Die Bevölkerungszahl der 12 Länder insgesamt befindet sich gegenwärtig auf dem Stand von 1984, und der Abwärtstrend hält weiter an. Vor diesem unruhigen Jahrzehnt war das Bevölkerungswachstum dagegen recht hoch (in den 20 Jahren davor jährlich bei etwa + 0,6 %), was mit der relativ hohen Fruchtbarkeit, mit der nahezu ständig steigenden Lebenserwartung und mit der kaum nennenswerten (Aus-)Wanderung zusammenhing.

In den meisten der 12 Länder auch 2001 keine Trendwende in Sicht

Im Jahr 2001 nahm die Einwohnerzahl der 12 Beitrittsländer insgesamt weiter ab: Sie lag am Jahresende um fast 190 000 unter der zu Jahresbeginn ermittelten Zahl. Daraus ergibt sich ein relativer Bevölkerungsrückgang von 1,8 je 1000.

Es sind jedoch nicht alle Beitrittsländer von dieser Entwicklung betroffen. Zypern und Malta verzeichneten 2001 ein kräftiges Bevölkerungswachstum, das mit + 0,8 % doppelt so hoch war wie der entsprechende Durchschnittswert für EU-15. Als einziges mitteleuropäisches Land konnte auch Slowenien einen Zuwachs verbuchen, der allerdings vergleichsweise gering ausfiel. Im Gegensatz dazu ist die Bevölkerungszahl Bulgariens, Estlands, Lettlands und Ungarns erneut deutlich zurückgegangen. In diesen Ländern wurden mehr Todesfälle als Lebendgeburten registriert.

Sehr geringe Fruchtbarkeit in den meisten der 12 Länder

In allen mitteleuropäischen Beitrittsländern liegt die Gesamtfruchtbarkeit nach wie vor erheblich unter dem EU-15-Durchschnitt von 1,47 Kindern je Frau. Während der Wert für diesen Indikator in den EU-Ländern größtenteils wieder ansteigt, stagniert er in den meisten mitteleuropäischen Ländern auf niedrigem Niveau oder geht sogar noch weiter zurück.

Die niedrigsten Ziffern verzeichnen die Tschechische Republik (1,14), Bulgarien (1,20), die Slowakei (1,21) und Slowenien (1,22). Ein ganz anderes Bild bezüglich des generativen Verhaltens ergibt sich dagegen für Zypern (1,79) und Malta (1,51). Trotz eines mehr oder weniger stetigen Rückgangs in den 90er Jahren liegt die Gesamtfruchtbarkeit dort nach wie vor erheblich über dem EU-Durchschnitt.

Lebenserwartung bei Geburt

Auch hinsichtlich der Lebenserwartung unterscheiden sich Malta und Zypern deutlich von den anderen Beitrittsländern. Im Jahr 2000 lag die Lebenserwartung von Frauen in Zypern und Malta bei 80,4 bzw. 79,3 Jahren und damit unter dem EU-Durchschnitt von 81,3 Jahren, während die Lebenserwartung von Männern (Zypern: 75,3 Jahre, Malta: 75,1 Jahre) ungefähr dem Wert für die EU (75,1 Jahre) entsprach.

In den anderen Beitrittsländern ist die Lebenserwartung erheblich geringer als im EU-Durchschnitt. Die niedrigsten Werte ergeben sich bei Frauen für Rumänien (74,2 Jahre) und bei Männern für Lettland (65,0 Jahre).

Die größten Unterschiede zwischen Männern und Frauen verzeichnen die baltischen Staaten Litauen (10,2 Jahre), Lettland (11,2 Jahre) und Estland (10,9 Jahre), während die Kluft in Malta am niedrigsten ist und mit 4,2 Jahren noch unter dem EU-Durchschnitt von 6,1 Jahren liegt.

Mehr zum Thema:

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

- Nr. 2 Erste Erhebung über betriebliche Weiterbildung in den Bewerberländern (-CVTS2-)
- Nr. 12 Die demographischen Folgen der Aufnahme von zwölf Beitrittsländern für die EU

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

Bildungsstand

Die Bildungsniveaus der verschiedenen Generationen weichen in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern weniger stark voneinander ab als innerhalb der EU. In den meisten Beitrittsländern ist der Anteil der Bürger mit Abschlüssen im tertiären Bereich über mindestens drei Altersgruppen hinweg recht stabil.

In etwas mehr als der Hälfte der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer ist der Anteil der Bürger mit Abschlüssen im tertiären Bereich in der Altersgruppe von 30 bis 34 Jahren geringer als in der Altersgruppe von 35 bis 39 Jahren. Ein solches Phänomen tritt in den EU-Mitgliedstaaten nur selten auf.

Arbeitslosenquoten

In den Beitrittsländern lässt sich ein ähnlicher Zusammenhang zwischen einem geringen Bildungsniveau und der Arbeitslosigkeit beobachten wie auch in der EU. Besonders auffällig sind die Unterschiede in den Arbeitslosenzahlen je nach Bildungsniveau in Bulgarien, Estland, Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn. In Estland und Litauen ist ungefähr ein Viertel der arbeitsfähigen Schulabgänger von Jugendarbeitslosigkeit betroffen.

Anteil der Bildungsausgaben am BIP

Der Anteil der Ausgaben für die Primar- und Sekundarbildung war 1999 in den Beitrittsländern allgemein kaum geringer als in den Mitgliedstaaten der EU. In der Tertiärbildung fiel der Unterschied zum EU-Durchschnittswert dagegen wesentlich deutlicher aus. Für diesen Bereich sind die Gesamtprozentsätze der Beitrittsländern einheitlicher; sie liegen jedoch mit Ausnahme von zwei Ländern (Bulgarien und Estland) überall unter dem EU-Durchschnittswert von 1,1 %. Mit knapp über 0,4 % verzeichnen Zypern und Rumänien den geringsten Prozentsatz, während sich die anderen Länder im Bereich zwischen 0,5 % und 0,9 % bewegen.

Öffentliche Ausgaben je Schüler/Student

Im allgemeinen steigen die Kosten je Schüler/Student mit dem Bildungsniveau; hier gibt es jedoch große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern: Im Berichtsjahr 1999 lagen die Kosten je Schüler/Student in den Beitrittsländern für alle Bildungsniveaus unter der Hälfte des entsprechenden EU-Durchschnittswerts.

Bildungserwartung

Die Bildungserwartung, d. h. die erwartete Anzahl von Lebensjahren, die ein fünfjähriges Kind an Bildungsmaßnahmen teilnimmt, ist in den Beitrittsländern geringer als in den Ländern der EU.

Vorschulbildung

In den Beitrittsländern ist der durchschnittliche Anteil der Vierjährigen, die eine Vorschule besuchen, niedriger als in der EU.

Fremdsprachenunterricht

58 bis 100 % der Schüler an allgemein bildenden Sekundarschulen erhalten Englischunterricht.

In den Beitrittsländern lernen im Sekundarbereich tendenziell mehr Schüler Deutsch als in den EU-Ländern.

Bildung im Tertiärbereich

Für die meisten Fachrichtungen sind in den Beitrittsländern ähnliche Trends zu beobachten wie in den EU-Mitgliedstaaten. Auf den Gebieten „Pädagogik“, „Geisteswissenschaften und Kunst“, „Sozialwissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften“, „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ und „Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen“ liegt jedoch der Anteil der weiblichen Absolventen über dem EU-Durchschnitt. In Bulgarien, Lettland, Polen, Rumänien und Zypern gab es in der Fachrichtung „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ mehr weibliche als männliche Absolventen (in den Ländern der EU und des EWR war dies nur zweimal der Fall). In Bulgarien, Polen und Rumänien waren sogar zwei Drittel der Absolventen in diesen Studiengängen Frauen, während die EU hier nur einen Durchschnittswert von 41 % erreichte. Bei den tertiären Bildungsabschlüssen in der Fachrichtung „Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen“ lag der Frauenanteil in Bulgarien, Estland, Litauen und der Slowakei zwischen 30 und 40 % (dies war in nur einem EU-Land der Fall). Der Durchschnitt in der EU beträgt im Vergleich dazu 20 %.

Arbeitskosten

Die Beitrittsländer haben binnen kurzer Zeit statistische Systeme entwickelt, die es ihnen ermöglichen, ähnliche Arbeitskosten- und Verdienstdaten zu erheben wie die Mitgliedstaaten der EU. Um Vergleiche zu erleichtern, entsprechen die in diesem Abschnitt abgedruckten Tabellen und Diagramme für die Beitrittsländer weitgehend den Tabellen und Diagrammen für die EU-Mitgliedstaaten im Abschnitt „Löhne und Arbeitskosten“ des Kapitels „Wirtschaft und Umwelt/Preise, Löhne und Finanzen“.

Arbeitskostenerhebung 2000

Der Begriff „Arbeitskosten“ umfasst die Ausgaben, die den Arbeitgebern bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern zwangsläufig entstehen. Im folgenden werden jüngste Ergebnisse der alle vier Jahre durchgeführten Arbeitskostenerhebung gezeigt (Berichtsjahr 2000). Die Arbeitskosten insgesamt sind nach Wirtschaftszweigen untergliedert: „Industrie“, „Dienstleistungen“ sowie „Industrie und Dienstleistungen“. Die aggregierten Arbeitskosten für 2000 sind in Euro angegeben.

Bruttojahresverdienst als Hauptbestandteil der Arbeitskosten insgesamt

Wie in den EU-Mitgliedstaaten bildet der Bruttojahresverdienst der Arbeitnehmer (Arbeitnehmerentgelt vor Abzug der Steuern und Sozialbeiträge) die mit Abstand größte Komponente der Gesamtarbeitskosten. Wie bei den Arbeitskosten sind die aggregierten Werte für den Bruttojahresverdienst der einzelnen Länder hier in Euro angegeben.

Steuerquote für Niedriglohnempfänger

Im Zusammenhang mit der Zahlung von Niedriglöhnen hat die Kommission die Steuerquote für Niedriglohnempfänger in die Liste der Strukturindikatoren aufgenommen. Bezüglich der Höhe der Steuerquote gibt es zwischen den einzelnen Ländern beträchtliche Unterschiede; in den letzten Jahren ist jedoch in Europa insgesamt ein rückläufiger Trend zu beobachten. Eine ausführliche Beschreibung ist im Glossar zu finden.

Mehr zum Thema:

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

– Nr. 23 Arbeitskostenerhebung 2000 Kandidatenländer

Benötigen Sie weitere Informationen?

– Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop

– <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

Unternehmen in den Kandidatenländern

Zahlen und Fakten

Unternehmen in den Kandidatenländern – Zahlen und Fakten ist die erste umfassende Veröffentlichung zur strukturellen Unternehmensstatistik in den Kandidatenländern – mit vereinheitlichten Daten über ein breites Spektrum von Wirtschaftszweigen in diesen Ländern.

Wie schon die gleichartige Veröffentlichung über die EU-Mitgliedstaaten, *Europäische Unternehmen – Zahlen und Fakten*, enthält auch diese Publikation reichhaltige Informationen über die Volkswirtschaften, die Entwicklungstrends und die Situation der einzelnen Wirtschaftsbereiche in den behandelten Ländern. Diese sind: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.

Mit einer Schilderung des Wirtschaftsgeschehens in den wichtigsten Industrie- und Dienstleistungsbereichen in 20 Einzelkapiteln sowie einem Überblick über die Unternehmen und die jeweilige Lage in den einzelnen Ländern stellt *Unternehmen in den Kandidatenländern – Zahlen und Fakten* ausführliches Datenmaterial bereit, wie es für eine gründliche Analyse der Hauptwirtschaftsbereiche in den Kandidatenländern erforderlich ist.

DIESE PUBLIKATION BIETET:

- ★ eine tragfähige Grundlage für die Analyse der Wirtschaft in den EU-Kandidatenländern;
- ★ Schaubilder, Tabellen und Erläuterungen, die die Hauptmerkmale der Wirtschaft in diesen Ländern umfassend und ausführlich wiedergeben.

DATEN 1995-1999

INHALT

- Überblick über die Unternehmen in den Kandidatenländern
- Sektorale Analyse der Vorgänge in der Industrie und im Dienstleistungsbereich
- 15 Kapitel sind der Industrie gewidmet, 5 den Dienstleistungen
- Ausführliche Anmerkungen zur verwendeten Methodik



© Europäische Gemeinschaften, 1995-2002

WIE KÖNNEN SIE DIESE VERÖFFENTLICHUNG BESTELLEN?

Sie können *Unternehmen in den Kandidatenländern – Zahlen und Fakten* beim Eurostat Data Shop oder der Vertriebsstelle des Amts für Veröffentlichungen Ihrer Wahl kaufen. Die vollständige Liste mit allen Kontaktadressen finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung oder auf der Internet-Site von Eurostat: www.europa.eu.int/comm/eurostat


Sie können auch einfach die Internet-Site von Eurostat aufrufen und Ihre Bestellung online aufgeben.



143 Seiten, 30,00 €
Sprachen: DE, EN, FR
Katalognummer:
KS-45-02-975-**-C
DE: ISBN 92-894-4189-5
EN: ISBN 92-894-4190-9
FR: ISBN 92-894-4191-7

AUCH ALS PDF-DATEI VERFÜGBAR

- **Gesamtbevölkerung am 1. Januar. 1960-2001. 1000**
- Gesamtfläche in km². 2000
- Bevölkerungsdichte. Einwohner je 1 km². 1999
- Natürliches Bevölkerungswachstum, unbereinigte Rate
- Nettowanderung, unbereinigte Rate
- Bevölkerungswachstum, unbereinigte Rate
- Bevölkerungswachstum (unbereinigte Rate) und dessen Komponenten. 2000
- Gesamtfruchtbarkeit
- Gesamtfruchtbarkeit. 2000
- Lebenserwartung bei Geburt: Männer
- Lebenserwartung bei Geburt: Frauen
- Lebenserwartung bei Geburt: Männer und Frauen. 2000
- Säuglingssterbeziffer
- Säuglingssterblichkeitsziffern. 2000
- Bildungserwartung. 1999/2000
- Bildungsbeteiligungsquote für 4-Jährige. 1998–2001
- Dauer der Schulpflicht (Alter). 2000
- Prozentualer Anteil der Schüler an berufsbildenden Schulen im Bereich der Sekundarstufe II, nach Geschlecht. 1999/2000
- Durchschnittliche Zahl der pro Schüler an allgemein bildenden Sekundarschulen erlernten Fremdsprachen. 2000
- Prozentsatz der Schüler an allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe II, die Englisch lernen
- Prozentsatz der Schüler an allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe II, die Deutsch lernen
- Prozentsatz der Schüler an allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe II, die Russisch lernen
- **Bildungsbeteiligungsquoten für 18-Jährige, alle Stufen. 1998–2001, in %**
- Frauenanteil bei den Studierenden im Tertiärbereich: Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik. 2000
- Frauenanteil bei den Studierenden im Tertiärbereich: Ingenieurwesen, Fertigung und Bauwesen. 2000
- Prozentualer Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mit Bildungsabschlüssen auf der Sekundarstufe II oder darüber
- Arbeitslosenquoten für die Gesamtbevölkerung im Alter von 25 bis 59 Jahren mit Bildungsabschlüssen auf der Sekundarstufe I oder darunter
- Arbeitslosenquoten für die Gesamtbevölkerung im Alter von 25 bis 59 Jahren mit Bildungsabschlüssen auf der Sekundarstufe II
- Arbeitslosenquoten für die Gesamtbevölkerung im Alter von 25 bis 59 Jahren mit Bildungsabschlüssen im Tertiärbereich
- **Öffentliche Ausgaben für Bildung nach Bildungsstufen, in % des BIP. 1999**
- Mittlere Arbeitskosten pro Stunde in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. 2000. EUR
- Mittlere Arbeitskosten pro Jahr in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. 2000. EUR
-  - **Steuerquote von Niedriglohneempfängern in %: allein stehende Person ohne Kinder mit Lohnbezügen in Höhe von 67 % des Durchschnittsverdienstes eines Produktionsarbeiters im verarbeitenden Gewerbe. 1996–2001**

-  - **Steuerquote von Niedriglohneempfängern in %: allein stehende Person ohne Kinder mit Lohnbezügen in Höhe von 67 % des Durchschnittsverdienstes eines Produktionsarbeiters im verarbeitenden Gewerbe**
- **Arbeitslosenquote in % der erwerbsfähigen Bevölkerung (Arbeitskräfteerhebung). Frühjahr**
- Arbeitslosenquote in % der Erwerbsbevölkerung (Arbeitskräfteerhebung). Frühjahr
- **Arbeitslosenquote nach Geschlecht, in % der erwerbsfähigen Bevölkerung (Arbeitskräfteerhebung). Frühjahr 2001**
- Arbeitslosenquote nach Altersgruppen in % der erwerbsfähigen Bevölkerung (Arbeitskräfteerhebung). Frühjahr 2001
- Struktur der Arbeitskosten in % aller Arbeitskosten. Industrie und Dienstleistungen. Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten. 2000. %

Betriebliche Weiterbildung

Betriebliche Weiterbildung in den Kandidatenländern

Die Europäische Kommission hat eine neue Erhebung zur beruflichen Weiterbildung initiiert, nachdem eine erste Erhebung 1994 in den seinerzeit zwölf EU-Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt worden war. Die zweite Weiterbildungserhebung wurde 2000/2001 nicht nur in allen Mitgliedstaaten und in Norwegen, sondern auch in den Kandidatenländern Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn durchgeführt. Die Ergebnisse für Polen betreffen nur die Region Pomorskie.

Insgesamt nahmen 26 000 Unternehmen aus diesen neun Kandidatenländern an der Erhebung teil. Sie lieferten zum ersten Mal vergleichbare statistische Daten über einerseits berufliche Weiterbildung, Qualifikationsangebot und -nachfrage sowie den Weiterbildungsbedarf und andererseits die Formen, Bereiche und den Umfang des Weiterbildungsangebots. Außerdem stehen zusätzliche Angaben zu den Ausbildungsressourcen von Unternehmen und die Einbindung externer Ausbildungseinrichtungen zur Verfügung. Auch Angaben zu den Kosten der beruflichen Weiterbildung finden sich in den erhobenen Daten.

Die Tschechische Republik: das Kandidatenland mit dem höchsten Anteil von Unternehmen mit Ausbildungsangebot

In den neun Kandidatenländern, die an der Erhebung teilnahmen, lag der Durchschnitt der Unternehmen, die betriebliche Weiterbildung anbieten, 1999 bei 40 %. Die Prozentsätze lagen dabei zwischen 11 % (Rumänien) und 69 % (Tschechische Republik). Damit liegt der mittlere Prozentsatz von Unternehmen mit Ausbildungsangebot unter dem Wert, der in der ersten Erhebung zur beruflichen Weiterbildung von 1993 beobachtet wurde; damals belief sich der Durchschnitt für die zwölf Mitgliedstaaten auf 57 %.

Beteiligung an beruflicher Weiterbildung – große Länderunterschiede

In der Tschechischen Republik und in Slowenien war die Beteiligung von Arbeitnehmern an beruflichen Weiterbildungskursen dreimal so hoch wie in Litauen oder in Rumänien. Betrachtet man die Geschlechterverteilung, so finden sich nur geringe Unterschiede in den einzelnen Ländern. Eine Analyse nach Größenklassen der Unternehmen weist eine höhere Beteiligung in großen als in kleinen Unternehmen aus.

In allen Kandidatenländern führten Unternehmen mit Ausbildungsangebot 1999 mehr externe als interne Kurse durch. In den meisten Ländern verbrachten Teilnehmer in kleinen Unternehmen die längste Zeit in Kursen.

Trotz geringer Beteiligung hohe Ausbildungskosten in einigen Ländern

Im Vergleich zu der geringen Beteiligungsquote entstehen Ungarn, Bulgarien und Estland verhältnismäßig hohe Kosten. Nur in der Tschechischen Republik und in Slowenien stehen die Kosten für die Kurse im Einklang mit den Beteiligungsquoten.

Mehr zum Thema:

Erste Erhebung über betriebliche Weiterbildung in den Bewerberländern

Statistik kurz gefasst - Themenkreis 3

– Nr 1 Arbeitszeitaufwand für betriebliche Weiterbildung in Europa

Benötigen Sie weitere Informationen?

– Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop

– <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

- **Unternehmen mit Weiterbildungsangeboten in % der Gesamtzahl der Unternehmen. 1999**
- **Prozentualer Anteil der Arbeitnehmer (alle Unternehmen), die an Weiterbildungskursen teilnehmen. 1999**
- Prozentualer Anteil der Arbeitnehmer (alle Unternehmen), die an Weiterbildungskursen teilnehmen, nach Geschlecht. 1999
- Kursstunden je Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen in kleinen und großen Unternehmen. 1999
- Prozentualer Anteil der Unternehmen mit Weiterbildungsangeboten nach Art des Kurses. 1999
- Gesamtkosten von Weiterbildungskursen je Arbeitnehmer in Unternehmen mit Weiterbildungskursen, in KKS. 1999
- Prozentualer Anteil der Arbeitnehmer in kleinen und großen Unternehmen, die an Weiterbildungskursen teilnehmen. 1999
- Gesamtkosten von Weiterbildungskursen in % der Arbeitskosten insgesamt (alle Unternehmen). 1999
- Kursstunden je Arbeitnehmer (alle Unternehmen). 1999
- Kursstunden je Arbeitnehmer (alle Unternehmen) nach Geschlecht. 1999

Wirtschaftliche Stellung

Beachtliche Unterschiede in der Wirtschaftsleistung der Kandidatenländer

Das BIP der 13 Kandidatenländer zu jeweiligen Preisen belief sich 2001 insgesamt auf 627,7 Mrd. EUR. Selbst unter Einbeziehung der relativ großen Länder wie Polen und der Türkei sind die Kandidatenländer im Vergleich zur Europäischen Union noch ein relatives Leichtgewicht; ihr BIP entsprach 2001 lediglich 7,1 % des BIP der EU-Staaten.

Die Volkswirtschaften der Kandidatenländer sind, was ihre Größe anbelangt, sehr unterschiedlich; die Spanne reichte 2001 von 4,0 Mrd. EUR für Malta bis hin zu 196,7 Mrd. EUR für Polen. Die Wirtschaft Maltas beträgt, gemessen in Euro, nur ein Fünftel der Wirtschaft Luxemburgs, des kleinsten EU-Mitgliedstaates. Nimmt man die sechs kleinsten Beitrittsländer zusammen, so ergibt dies ein BIP von immer noch nur 57,5 Mrd. EUR, das sind kaum 0,7 % des EU-15-Gesamtwertes.

2001 – ein Jahr divergierender Wachstumsraten

2001 war die Wirtschaftsleistung der Kandidatenländer recht uneinheitlich. Das Wachstum des BIP zu jeweiligen Preisen lag zwischen – 7,4 % und + 7,7 % im Vergleich zum Vorjahr, ein starker Kontrast zum Jahr 2000, als keines der Länder ein negatives Wachstum zu verzeichnen hatte. Dennoch war in zehn der dreizehn Länder das Wachstum höher als im Durchschnitt von EU-15, mit Werten zwischen + 3,0 % in Slowenien bis hin zu + 7,7 % in Lettland.

Die von den beitragswilligen Ländern erstellten Statistiken über das öffentliche Haushaltsdefizit und den öffentlichen Schuldenstand entsprechen noch nicht ganz den Anforderungen der EU-Methodik. Dennoch lassen sich die Daten der einzelnen Länder im Großen und Ganzen miteinander vergleichen.

Zurzeit übermitteln die Kandidatenländer nur einmal jährlich, am 1. April, im Rahmen eines Versuchs Statistiken über das öffentliche Haushaltsdefizit und den öffentlichen Schuldenstand an die Europäische Kommission. Sobald sie Mitglied der Europäischen Union sind, müssen die Kandidatenländer laut dem „Verfahren bei einem übermäßigen Defizit“ ihre Statistiken über das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand jeweils am 1. März und am 1. September eines jeden Jahres an die Europäische Kommission übermitteln.

Bezüglich der Lage der öffentlichen Finanzen schneiden die beitragswilligen Länder mit einigen Ausnahmen nicht schlechter ab als die EU-Länder. Das gilt insbesondere für den öffentlichen Schuldenstand. Die umfangreichen Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft haben jedoch zumindest in einigen Ländern zu erheblichen Schwankungen im Verhältnis Defizit/Überschuss geführt.

Wechselkurse und Tagesgeldsätze stabiler

Die Entwicklung der nominalen Wechselkurse gegenüber dem Ecu bzw. gegenüber dem Euro im Laufe der Jahre lässt eine tendenzielle Stabilisierung der Wechselkurse erkennen.

Dies gilt auch für die Tagesgeldsätze, die einen guten Indikator für das Niveau des kurzfristigen Marktzinssatzes darstellen. Sie geben Aufschluss über den Stand der Währungspolitik in den einzelnen Jahren.

Mehr zum Thema:

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 2

- Nr. 8 Vierteljährliche Gesamtrechnungen Drittes Quartal 2002 - Das BIP der Beitrittskandidaten
- Nr. 17 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Beitrittsländer nach Wirtschaftsbereichen

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

- **Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %**
- Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
- **Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR**
- **Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu jeweiligen Preisen, in KKS, EU-15 = 100**
- Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen, in Mrd. KKS
- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu jeweiligen Preisen, in KKS, EU-15 = 100
- **Kurzfristige Zinssätze: Tagesgeldsätze, in %**
- **Wechselkurse des ECU/Euro: Jahresdurchschnitte. ECU/EUR 1 = ...**
- Defizit (–) oder Überschuss (+) des Staates, in Mio. ECU/EUR
- Defizit (–) oder Überschuss (+) des Staates, in % des BIP
- Bruttoverschuldung des Staates, in Mio. ECU/EUR
- Bruttoverschuldung des Staates, in % des BIP
- **Verbraucherpreisindex. Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate. %**
- **Verbraucherpreisindex. Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate. %**
- Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Verkehr zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Freizeit und Kultur zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Gesundheit, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Land- und Forstwirtschaft. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- **Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Verarbeitendes Gewerbe. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige**
- **Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige**
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Baugewerbe. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- **Warenimporte. Cif-Wert in Mio. ECU/EUR**
- **Handelsbilanz für 2001, in Mio. EUR**
- **Warenexporte. Fob-Wert in Mio. ECU/EUR**
- **Leistungsbilanz zu jeweiligen Preisen, in % des BIP**
- **Bilanz des internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehrs zu jeweiligen Preisen, in % des BIP**
- **Internationaler Waren- und Dienstleistungsverkehr, Deckungsquoten in %**
- Export von Transportleistungen in % der gesamten Dienstleistungsexporte
- Import von Transportleistungen in % der gesamten Dienstleistungsimporte
- Export von Reiseverkehrsleistungen in % der gesamten Dienstleistungsexporte
- Import von Reiseverkehrsleistungen in % der gesamten Dienstleistungsimporte
- Internationaler Dienstleistungsverkehr ohne Transport und Reiseverkehr, Deckungsquoten in %

Unternehmensstrukturen

Bemühungen um eine bessere Vergleichbarkeit

Angesichts der angestrebten Erweiterung der EU war es notwendig, die Datenerhebung im Rahmen der strukturellen Unternehmensstatistik auf die Beitrittsländer auszudehnen. Damit ist vor kurzem begonnen worden.

Bei der Datenerhebung gibt es zwangsläufig noch gewisse methodische Unterschiede zwischen den einzelnen Beitrittsländern, die in den kommenden Jahren allmählich zu beseitigen sind.

Alle Daten für die Beitrittsländer sind in Ecu/Euro angegeben, so dass sich die tatsächliche Kaufkraft der Landeswährungen darin nicht widerspiegelt. Dennoch sind die vorliegenden Angaben von Nutzen, um die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen zu beurteilen.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- **R & D and innovation statistics in candidate countries and the Russian Federation**

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 1

- **Nr. 6 Regionale Bevölkerungsentwicklung in den Beitrittsländern und den EU-Mitgliedstaaten**
- **Nr. 8 Regionale Arbeitslosigkeit in den mitteleuropäischen Bewerberländern 2001**
- **Nr. 2 Regionales Bruttoinlandsprodukt in den Bewerberländern 1999**

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 4

- **Nr. 6 Statistik der Informationsgesellschaft — Angaben über die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer (MOEL)**
- **Nr. 37 Statistik der Informationsgesellschaft — Starkes Wachstum der Nutzung von Internet und Mobiltelefonen in den Beitrittsländern (BL) im Jahr 2000**

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 6

- **Nr. 8 Der Handel der dreizehn Beitrittsländer mit der EU im Jahr 2000**
- **Nr. 6 Spezialisierung der Beitrittsländer im Handel mit der EU 2000**


Statistik kurz gefasst — Themenkreis 7

- **Nr. 4 Der Verkehr in den mitteleuropäischen Ländern 1993-1998**

Benötigen Sie weitere Informationen?

- **Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop**
- **<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>**

- **Volumenindex der Industrieproduktion. Vorjahr = 100**
- Umsatz: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Verarbeitendes Gewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Energie- und Wasserversorgung, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Baugewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Gastgewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, Angaben in Mio. EUR
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Verarbeitendes Gewerbe, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Energie- und Wasserversorgung, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Baugewerbe, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Gastgewerbe, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, Angaben in Mio. EUR**
- Personalaufwendungen: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Verarbeitendes Gewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Energie- und Wasserversorgung, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Baugewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Gastgewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, Angaben in Mio. EUR
- Zahl der Beschäftigten: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- Zahl der Beschäftigten: Verarbeitendes Gewerbe
- Zahl der Beschäftigten: Energie- und Wasserversorgung
- Zahl der Beschäftigten: Baugewerbe
- Zahl der Beschäftigten: Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern
- Zahl der Beschäftigten: Gastgewerbe
- Zahl der Beschäftigten: Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Zahl der Beschäftigten: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

- **Autobahnstrecken insgesamt, in km**
- **Eisenbahnstrecken insgesamt, in km**
- **Zahl der Pkw, in 1 000**
- **Zahl der Pkw auf 1 000 Einwohner**
- **Straßengüterverkehr, in Mio. tkm**
- **Zahl der Toten im Straßenverkehr**
- **Fremdenverkehrsunterkünfte: Hotels und ähnliche Betriebe**
- **Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben: Inländer**
- **Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben: Ausländer**
- **Übernachtungen in sonstigen Beherbergungsbetrieben: Inländer**
- **Übernachtungen in sonstigen Beherbergungsbetrieben: Ausländer**
- **Gesamterzeugung von Primärenergie, in 1 000 tRÖE**
- **Bruttostromerzeugung insgesamt, in GWh**
- **Energieendverbrauch, in 1 000 tRÖE**
-  - **Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP: alle Sektoren (GERD)**
-  - **Ausgaben der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung in % des BIP: Wirtschaftssektor (BERD)**
-  - **Gesamtzahl der Beschäftigten im Bereich Forschung und Entwicklung in % der Erwerbsbevölkerung insgesamt**
- **Zahl der PC, in 1 000**
- **PC auf 100 Einwohner**
- **PC auf 100 Einwohner. 2001**
- **Zahl der Internet-Hosts, in 1 000**
- **Internet-Hosts auf 100 Einwohner**
- **Internet-Hosts und Internet-Nutzer auf 100 Einwohner**
- **Zahl der Internet-Nutzer, in 1 000**
- **Internet-Nutzer auf 100 Einwohner**
- **Zahl der Mobilfunkteilnehmer, in 1 000**
- **Zahl der Telefon-Hauptanschlüsse, in 1 000**
- **Telefon-Hauptanschlüsse auf 100 Einwohner**
- **Mobilfunkteilnehmer auf 100 Einwohner**
- **Mobilfunkteilnehmer und Telefon-Hauptanschlüsse je 100 Einwohner. 2001**

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die Landwirtschaft — ein gesellschaftlich bedeutender Wirtschaftszweig

In den Beitrittsländern ist sowohl der Anteil der Agrarbevölkerung an der Gesamtbevölkerung als auch der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung höher als in der Europäischen Union. Darüber hinaus leistet die Landwirtschaft dort einen größeren Beitrag zur Produktion der Volkswirtschaft insgesamt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) besteht in fast allen Beitrittsländern zu über 60 % aus Ackerflächen. Besonders hoch ist dieser Anteil in Litauen und Estland mit jeweils über 80 % und in Malta mit 90 %. Eine Ausnahme bildet Slowenien, wo die Ackerfläche nur 35 % der LF ausmacht. Auf Dauergrünland entfallen in Slowenien 60 % der LF; in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und der Türkei sind es jeweils 30 bis 40 %. Länder mit geringen Anteilen für Dauergrünland sind Zypern und Malta. Dort wird ein bedeutender Teil der Fläche für Dauerkulturen genutzt (30 bzw. 10 %).

Produktion

Der bedeutendste Zweig in der pflanzlichen Erzeugung ist die Getreideproduktion. In Malta und Zypern wurden im Jahr 2001 (bzw. 2000) 12 000 bzw. 127 000 Tonnen Getreide (einschließlich Reis) geerntet. In Slowenien und Estland waren es jeweils 0,5 Mio. t, in Lettland knapp 1 Mio. t, in Litauen 2,3 Mio. t, in der Slowakei 3,1 Mio. t, in der Tschechischen Republik 7,3 Mio. t, in Ungarn 10,0 Mio. t, in Rumänien 18,9 Mio. t und in Polen 27,1 Mio. t. Im Vergleich dazu bewegte sich die Getreideproduktion der Länder der Europäischen Union im Bereich von 144 000 t in Luxemburg über 4,8 Mio. t in Griechenland (Medianwert der Produktionsmenge) bis zu 60,3 Mio. t in Frankreich.

Bei der Tierproduktion hat Polen den größten Bestand an Rindern (5,5 Mio.) und würde damit innerhalb der Gemeinschaft nach Frankreich (20,3 Mio.), Deutschland (14,1 Mio.), dem Vereinigten Königreich (10,2 Mio.), Italien (7,4 Mio.), Irland (6,5 Mio.) und Spanien (6,3 Mio.) den siebten Platz einnehmen. Rumänien hat 2,9 Mio. Rinder, was ungefähr der Zahl für Belgien entspricht. Bei der Haltung von Schweinen steht innerhalb der Beitrittsländer wiederum Polen mit 17,5 Mio. an der Spitze und wäre damit nach Deutschland (25,8 Mio.) und Spanien (24,7 Mio.) der drittgrößte Erzeuger von Schweinefleisch in der EU. Den größten Bestand an Schafen hat Rumänien mit 7,7 Mio., während bei der Haltung von Ziegen Bulgarien mit 675 000 den Spitzenplatz belegt.

Daten über die Erzeugung pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse in den Beitrittsländern findet man im Bereich Zpa1_cc der Datenbank NewCronos.

Preise

Den vorläufigen Daten, die Eurostat zur Verfügung stehen, ist zu entnehmen, dass die meisten Beitrittsländer bei den Preisen mehrere Jahre lang einen Negativtrend verzeichneten, der im Jahr 2000 zum Stillstand kam oder sich umkehrte. Für das Jahr 2001 war der Trend im realen Preisniveau sowohl bei den Erzeugerpreisindizes (Output) als auch bei den Einkaufspreisindizes (Input) eher positiv (d. h. inflationsbereinigt häufig recht hoch). Auf der Outputseite kam es in Slowenien, in der Slowakei und in Bulgarien real zu einem geringfügigen Anstieg des Preisindex (<1 %). Eine moderate Erhöhung (3-6 %) verzeichneten Lettland, Rumänien, Malta und Litauen, während die Preise in der Tschechischen Republik und in Estland stark angestiegen sind (+10 %). Rückläufig war der Trend dagegen in Polen (-1,1 %) und Ungarn (-3,8 %). Im Vergleich dazu verzeichnete die EU im Jahr 2001 einen Anstieg des Preisindex (Output) um real 1,9 %; die Werte für die einzelnen Länder reichen von -1,9 % in Finnland bis zu +6,6 % im Vereinigten Königreich.

Preise und Preisindizes für eine Vielzahl von Erzeugnissen sind im Bereich Prag der Datenbank NewCronos gespeichert.

Landwirtschaftliches Einkommen

Der so genannte „Indikator A“ dient als Messgröße für die Veränderung des realen Faktoreinkommens in der Landwirtschaft (Nettowertschöpfung zu Faktorkosten) in Bezug auf die Veränderung in der Gesamtzahl der eingesetzten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte (in Jahresarbeitseinheiten). Angaben zum Indikator A lagen aus acht Beitrittsländern vor. Gegenüber dem Vorjahr ist das landwirtschaftliche Einkommen 2001 in Slowenien und Polen stark gesunken (– 14,4 % bzw. –10,3 %); ein moderater Rückgang ergab sich für Malta (–1,6 %). Einen kräftigen Anstieg des landwirtschaftlichen Einkommens verzeichneten dagegen Litauen (+13,6 %), die Slowakei (+14,1 %), Estland (+17,2 %), die Tschechische Republik (+ 20,5 %) und Ungarn (+ 26,8 %). Im Vergleich dazu stieg das landwirtschaftliche Einkommen in der Europäischen Union um 3,3 %, wobei die Werte bis zu +12,3 % (Dänemark) reichen.

Detaillierte Angaben zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in den Beitrittsländern findet man im Bereich Cosa_cc der Datenbank NewCronos.

Wälder

Etwa 30 % der Gesamtfläche der Beitrittsländer sind bewaldet; das entspricht ungefähr 40 % der bewaldeten Fläche der EU. Die Beitrittsländer mit den größten bewaldeten Flächen sind die Türkei, Polen, Rumänien und Bulgarien.

Die Rundholzerzeugung der Beitrittsländer erreichte im Jahr 2000 etwa 41 % des entsprechenden Wertes für die EU. Besonders hoch ist die Produktion in Polen, in der Türkei, in der Tschechischen Republik, in Lettland und in Rumänien.

Die Daten über die Forstwirtschaft stammen aus verschiedenen Quellen:

- Die Daten über Wälder (z. B. Struktur und Fläche) werden von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) im Rahmen der Bewertung der Waldressourcen (Forest Resources Assessment — FRA) erhoben. Um den Erfordernissen auf europäischer Ebene gerecht zu werden, findet bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) in Genf eine Bewertung der Waldressourcen in den gemäßigten nördlichen Klimazonen statt (Temperate and Boreal Forest Resources Assessment — TBFRA), die alle Mitgliedsländer der UNECE, einschließlich aller Beitrittsländer, erfasst. Die Europäische Kommission ist an der Erstellung des TBFRA-Berichts beteiligt.
- Die Daten über das Holzgewerbe stammen aus dem Fragebogen der gemeinsamen Sekretariats-Arbeitsgruppe für Forstwirtschaft, der unter Mitwirkung der FAO, der UNECE, der Internationalen Tropenholzorganisation (ITTO) und Eurostat ausgewertet wird. Die genannten Organisationen sind jeweils für die Erfassung von Daten über eine bestimmte Ländergruppe voll verantwortlich (Eurostat für die Daten über die EU- und die EFTA-Länder).

Mehr zum Thema:

Veröffentlichungen Eurostat

- **Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit im Jahr 2001 (Ausgabe 2002), Europäische Union und Beitrittsländer**

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 5

- Nr. 19/2002 **Die Entwicklung der Agrarpreise in elf Beitrittsländern**
- Nr. 9/2002 **Landwirtschaftliches Einkommen in EU-15 2001 um 3,3 % höher (enthält ebenfalls Ergebnisse für eine Anzahl von Beitrittsländern)**

Benötigen Sie weitere Informationen?

- **Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop**
- **<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>**

- **Volumenindex der landwirtschaftlichen Bruttoerzeugung. Vorjahr = 100**
- **Landwirtschaftlich genutzte Fläche, in 1 000 ha**
- **Ackerland, in 1 000 ha**
- **Erzeugung von Weizen, in 1 000 t**
- Erzeugung von Gerste, in 1 000 t
- Erzeugung von Kartoffeln, in 1 000 t
- Erzeugung von Tomaten, in 1 000 t
- Erzeugung von Äpfeln (einschließlich Mostäpfeln), in 1 000 t
- Kuhmilchanlieferung, in 1 000 t
- Kuhmilcherzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben, in 1 000 t
- Buttererzeugung, in 1 000 t
- Käseerzeugung, in 1 000 t
- Erzeugerpreise, deflationierte Indizes: landwirtschaftliche Erzeugung insgesamt. 1995 = 100
- Einkaufspreisindizes für Waren und Dienstleistungen zum laufenden Verbrauch in der Landwirtschaft. 1995 = 100
- **Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft zu Herstellungspreisen, in Mio. ECU/EUR**
- Untergliederung der Forstfläche (TBFRA 2000)
- **Rundholzerzeugung insgesamt, in 1 000 m³**
- **Schnittholzerzeugung insgesamt, in 1 000 m³**
- Herstellung von Papier und Pappe insgesamt, in 1 000 t
- **Gesamtfangmengen von Fischereierzeugnissen, in 1 000 t Lebendgewicht**
- **Aquakulturerzeugung insgesamt, in 1 000 t Lebendgewicht**

Umwelt

Die Umwelt in den Kandidatenländern

Die Europäische Kommission hat die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands im Bereich der Umwelt seit 1998 systematisch verfolgt. Sie unterstützt die Kandidatenländer bei der Einhaltung der Vorschriften und in ihren Bemühungen.

In den Jahren 1999 und 2000 konnten nur geringe Fortschritte verzeichnet werden. 2001 jedoch zeigten sich aufgrund der intensiven Bemühungen der Kandidatenländer im Rahmen der Erweiterung beachtliche Ergebnisse. Allerdings ist die Umsetzung der Vorschriften bei der Abwasserbehandlung, dem Abfall und der Luftverschmutzung durch die Industrie noch nicht abgeschlossen.

Daten zu Abwasser, Abfall, Aufwendungen für Umweltschutz und Luftemissionen der Kandidatenländer werden anhand derselben Methoden und von denselben Stellen wie in den EU-Mitgliedstaaten erfasst. Statistiken zu Abwasser, Abfall und Umweltschutz werden mittels des gemeinsamen Eurostat/OECD-Fragebogens erstellt. Für Luftemissionen ist die Europäische Umweltagentur zuständig; die Daten werden mit Hilfe der vorgeschriebenen Berichtsmechanismen über Luftemissionen übermittelt.

- Süßwasserentnahme insgesamt (Oberflächen- und Grundwasser), in Mio. m³
- Süßwasserentnahme insgesamt (Oberflächen- und Grundwasser), in m³/pro Kopf
- Wasserentnahme zur öffentlichen Wasserversorgung. Million m³/Jahr
- Wasserentnahme nach Sektoren, in m³/pro Kopf
- Bevölkerung, die an das öffentliche Kanalisationsnetz angeschlossen ist. % der Gesamtbevölkerung
- Bevölkerung mit Anschluss an das öffentliche Kanalisationsnetz einschließlich Abwasserbehandlung. % der Gesamtbevölkerung
- **Bevölkerung mit Anschluss an das öffentliche Kanalisationsnetz nach Art der Abwasserbehandlung. %**
- Abfallerzeugung nach Wirtschaftszweigen. 2001, in 1 000 t
- **Entsorgung von Siedlungsabfällen. 1999, in 1 000 t**
- Gesamtausgaben des Staates
- Gesamtausgaben des Staates für den Umweltschutz nach Bereichen, in %. 2000
- Gesamtausgaben der Industrie nach Bereichen, in %. 2000
- Emissionen von Treibhausgasen. Index 1990 = 100
- Emissionen von säurebildenden Schadstoffen. 1 000 t
- Emissionen von troposphärischen Ozonvorläufern. 1 000 t

Menschen in Europa

2

Eine Bevölkerung in Bewegung

Das Leben und seine Gefahren

Ausbildung und Arbeit

Haushalte

Die Bevölkerung der EU

Die Bevölkerung der Europäischen Union: Veränderungen, Vergleiche, Vorausschätzungen

Einwohnerzahl der Europäischen Union am 1. Januar 2002 bei 379,6 Millionen

Ein Jahr zuvor lebten in der Europäischen Union etwas über 378 Millionen Menschen. Die Europäische Union steht hinsichtlich der Bevölkerungszahl weltweit an dritter Stelle, mit sehr deutlichem Abstand zu den beiden bevölkerungsreichsten Ländern China (1,279 Milliarden) und Indien (1,038 Milliarden), aber noch vor den Vereinigten Staaten von Amerika (279,3 Millionen), Brasilien (175 Millionen) und Japan (126,9 Millionen).

2001 wuchs die EU-Bevölkerung um mehr als 1,5 Millionen

Diese Zunahme entspricht weitgehend derjenigen des Jahres 2000 (1 554 900 gegenüber 1 564 000 im Jahr 2001). Die rohe Wachstumsrate der EU-Bevölkerung blieb damit stabil bei 4,1 ‰. Von 2000 auf 2001 konnte jedoch ein ziemlich starker Anstieg im Vergleich zu den direkt davor liegenden Jahren festgestellt werden (4,1 ‰ von 2000 auf 2001 gegenüber durchschnittlich 2,7 ‰ im Zeitraum 1995 bis 1999).

Diese Veränderung ergab sich zum einen aus einem stärkeren natürlichen Wachstum (387 000 im Jahr 2000 und 404 000 im Jahr 2001 verglichen mit durchschnittlich 298 000 für den Zeitraum 1995 bis 1999), zum anderen aber vor allem aus einem erheblichen Anstieg der Nettowanderung im Vergleich zum vorausgegangenen Zeitraum (1 168 000 im Jahr 2000 und 1 160 000 im Jahr 2001 verglichen mit durchschnittlich 710 000 für den Zeitraum 1995 bis 1999).

Mehr denn je erweist sich die **Nettowanderung** als entscheidende Komponente des Bevölkerungswachstums. Sie macht drei Viertel des Bevölkerungszuwachses in der Europäischen Union seit 1999 aus und erreicht bzw. übertrifft damit die Nachkriegs-Rekordmarken von 1993 und 1995. Der massive Anstieg in den vergangenen drei Jahren ging in erster Linie auf die nach oben korrigierten Bevölkerungszahlen (neue Schätzungen und Volkszählungsergebnisse) zurück, die Eurostat in jüngerer Zeit aus einigen Ländern erhalten hat (vor allem Spanien, aber auch Deutschland, Portugal und das Vereinigte Königreich) und die hauptsächlich den Wanderungssaldo beeinflusst haben.

Aufgrund der allgemein rückläufigen Todesfälle in den vergangenen zwei Jahren ist die **natürliche Zuwachsrates** in fast allen EU-Ländern gestiegen, während die Geburtenzahl recht konstant bei knapp über 4 Millionen verblieb. Der natürliche Zuwachs war jedoch in drei EU-Ländern (Deutschland, Schweden und Griechenland) weiterhin negativ. Der 2001 verzeichnete Anstieg um 404 000 Menschen ist mit dem durchschnittlichen Zuwachs von 2,5 Millionen in den frühen 60er Jahren zu vergleichen. Damals lag der natürliche Zuwachs bei fast 8 ‰ gegenüber 1,1 ‰ im Jahr 2001.

Anteil der Europäischen Union am weltweiten Bevölkerungswachstum nur ungefähr 2 ‰

2001 wuchs die Weltbevölkerung um fast 78 Millionen Menschen an. An diesem Wachstum hatte China einen Anteil von fast 14 ‰ und Indien einen Anteil von über 20 ‰. Gleichzeitig verzeichneten die Vereinigten Staaten (+ 9,0 ‰) eine doppelt so starke Zuwachsrates wie die Europäische Union. Andererseits lagen in den meisten anderen entwickelten Regionen die Zuwachsrates noch niedriger als in der Europäischen Union (beispielsweise Japan + 1,7 ‰; Russische Föderation – 5,1 ‰ im Jahr 2000).

Prognose für die nahe Zukunft: Stabilisierung oder sogar Rückgang der EU-Gesamtbevölkerung

Wenn die gegenwärtigen Trends bei der Fruchtbarkeit, bei der Sterblichkeit und bei den internationalen Wanderungsbewegungen anhalten (siehe grundlegendes Eurostat-Szenario, vgl. Abbildungen), dann dürfte die Bevölkerungszahl im Jahr 2023 ihren Höchststand erreichen und im Jahr 2050 ungefähr wieder dem derzeitigen Stand entsprechen.

Weitere Bevölkerungsdaten von Eurostat

Wenn Sie ausführlichere Daten wünschen als die, die im Eurostat-Jahrbuch dargestellt werden, wenden Sie sich bitte an den örtlichen Data Shop. Die Anschriften finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

Die Veröffentlichung „Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung“ ist ebenfalls in Ihrem Data Shop erhältlich. Diese Veröffentlichung befasst sich ausschließlich mit Bevölkerungsstatistiken. Die Ausgabe von 2002 betrifft den Zeitraum 1960 bis 2001 (Bevölkerungszahlen 2002) und enthält Daten über die EU-Mitgliedstaaten und die EFTA-Länder sowie über viele mitteleuropäische Länder, Malta und Zypern. Unter anderem finden sich Angaben zu den folgenden demografischen Indikatoren:

- die Europäische Union in der Welt,
- Bevölkerungsentwicklung,
- Bevölkerungsaufbau,
- die Europäische Union und ihre Regionen,
- Geburten,
- Eheschließungen,
- Sterbefälle,
- Internationale Wanderungsströme,
- Bevölkerungsprognosen.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Schlüsselindikatoren — Bevölkerung und soziale Bedingungen
- Europäische Sozialstatistik — Bevölkerung

Andere Veröffentlichungen

- World population prospects: the 1998 revision. Vereinte Nationen

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

- Nr. 19 Erste Ergebnisse der Erhebung von Bevölkerungsdaten für 2001 in Europa
- Nr. 17 Erste Bevölkerungsschätzungen für 2001
- Nr. 7 (1997) Jenseits des Vorhersagbaren: demografische Veränderungen in der EU bis zum Jahr 2050

– Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop

- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>
- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Bildung und Kultur“:
http://europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/index_en.htm

- **Gesamtbevölkerung am 1. Januar, in 1 000**
- **Gesamtbevölkerung. EU-15, in Mio.**
- **Bevölkerungsprognosen**
- **Weltbevölkerung. 1950, 2001 and 2050. %**
- **Bevölkerungsdichte: Einwohner je km²**
- **Nationale Bevölkerung in % der Bevölkerung von EU-15**
- **Bevölkerungswachstum. 1991 = 100**
- Bevölkerungswachstum je 1 000 Personen
- Natürliches Bevölkerungswachstum je 1 000 Einwohner
- Wanderungssaldo, einschließlich Korrekturen, je 1 000 Personen
- **Natürliches Bevölkerungswachstum und Wanderungssaldo, einschließlich Korrekturen, je 1 000 Einwohner. EU-15**
- Personen unter 15 Jahren, in % der Gesamtbevölkerung
- Personen unter 15 Jahren. EU-15, in Mio.
- Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren, in % der Gesamtbevölkerung
- Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren. EU-15, in Mio.
- Personen im Alter von 25 bis 49 Jahren, in % der Gesamtbevölkerung
- Personen im Alter von 25 bis 49 Jahren. EU-15, in Mio.
- Personen im Alter von 50 bis 64 Jahren, in % der Gesamtbevölkerung
- Personen im Alter von 50 bis 64 Jahren. EU-15, in Mio.
- Personen im Alter von 65 bis 79 Jahren, in % der Gesamtbevölkerung
- Personen im Alter von 65 bis 79 Jahren. EU-15, in Mio.
- Personen im Alter von 80 Jahren und darüber, in % der Gesamtbevölkerung
- Personen im Alter von 80 Jahren und darüber. EU-15, in Mio.
- Frauen je 100 Männer

Familien und Geburten

Im Jahr 2001 etwas mehr als 4 Millionen Neugeborene in der Europäischen Union

Einer vorläufigen Schätzung zufolge lag die Zahl der Lebendgeburten in der Europäischen Union im Jahr 2001 bei ungefähr 4,01 Millionen. Das sind 45 000 weniger als 2000.

1999 war das einzige Jahr, in dem die Geburtenzahlen (knapp) unter 4 Millionen lagen. In der Mitte der 60er Jahre wurden über 2 Millionen mehr Kinder geboren, d. h. durchschnittlich 6 Millionen jährlich. Im darauf folgenden Jahrzehnt ging die Geburtenziffer drastisch zurück; auch in der unmittelbaren Zukunft ist mit einem weiteren Rückgang der Geburtenziffer zu rechnen, da die Frauen, die den geburtenstarken Jahrgängen Mitte der 60er Jahre angehören, das Ende des gebärfähigen Alters erreichen und nun die schwächer besetzten Jahrgänge von 1965 bis 1975 in dieses Alter kommen.

Geburtenziffer in der Europäischen Union nach drastischem Rückgang seit 1995 wieder stabil

Die durchschnittliche Geburtenziffer in der Europäischen Union erreichte Mitte der 60er Jahre den höchsten Stand der Nachkriegszeit (im Zeitraum 1963-1966 etwa 2,75 Kinder je Frau). Es kam dann bis Ende der 70er Jahre zu einem drastischen Rückgang, der sich in abgeschwächter Form bis Mitte der 90er Jahre fortsetzte. Dieser Indikator erreichte 1995 einen absoluten Tiefstand mit 1,42 Kindern je Frau; in den folgenden sechs Jahren stieg er leicht an und stabilisierte sich zwischen 1,45 und 1,5 Kindern je Frau. Der Wert für 2001 ist quasi identisch mit dem Wert des Vorjahres, nämlich 1,47 Kinder je Frau (gegenüber 1,48 im Jahr 2000).

In jenen Mitgliedstaaten, die zu Beginn der 80er Jahre die höchsten Geburtenziffern hatten (die Länder Südeuropas und Irland), sind die Zahlen seitdem besonders stark gesunken (über 30 %), sodass sich die geringsten Geburtenziffern heute in Italien (1,24), Spanien (1,25) und Griechenland (1,29) finden; damit haben Griechenland, Deutschland und Österreich nun gleiche Werte. Die höchsten Werte ergeben sich für Irland (1,98) und Frankreich (1,90), gefolgt von Dänemark, Finnland, Luxemburg und den Niederlanden (zwischen 1,69 und 1,74).

Endgültige Kinderzahl niedriger als Reproduktionsziffer

Die endgültige Kinderzahl der Nachkriegsgenerationen in der Europäischen Union geht ständig zurück. Sie liegt jetzt bei etwa 1,70 Kindern je Frau und damit deutlich unter der Reproduktionsziffer (2,10 Kinder je Frau). Wie jedoch aus den jüngsten Daten hervorzugehen scheint, ist bei der Fruchtbarkeit, die praktisch über mehrere Jahrzehnte ständig rückläufig war, nun die Talsohle erreicht; die beiden Indikatoren (jährliche Geburtenrate und endgültige Kinderzahl) sollten sich in der nächsten Zukunft annähern.

Die endgültige Kinderzahl je Frau in den einzelnen Mitgliedstaaten ist recht unterschiedlich. Während eine 1960 geborene Frau in Österreich, Deutschland und Italien im Durchschnitt weniger als 1,70 Kinder zur Welt bringen wird, liegen die entsprechenden Werte für Frankreich und Schweden jeweils über 2. Die höchste endgültige Kinderzahl in der Europäischen Union wird für Irland erwartet (etwa 2,40 Kinder je Frau).

Diese Unterschiede gehen vor allem auf den Prozentsatz der Frauen zurück, die keine Kinder haben, sowie auf die Familien mit nur einem Kind. In den Ländern, in denen die endgültige Kinderzahl am niedrigsten ist, haben über 40 % der Frauen nur ein Kind oder kein Kind, während in den Ländern mit der höchsten endgültigen Kinderzahl dieser Anteil unter 30 % liegt.

In der ganzen Europäischen Union mehr nichteheliche Geburten

Während vor 40 Jahren die meisten unehelichen Kinder mit einer allein erziehenden Mutter lebten, leben die meisten dieser Kinder heute mit einem unverheirateten Paar, ein Spiegel der modernen Lebensführung.

Wenngleich in allen EU-Mitgliedstaaten ein Anstieg der nichtehelichen Geburten seit der Mitte der 70er Jahre zu verzeichnen ist, lassen sich einige auffällige Unterschiede feststellen. Mit 4,1 % hat Griechenland die niedrigste Rate, gefolgt von Italien (9,6 %) und Spanien (17 %). Am anderen Ende der Skala findet man Frankreich (42,6 %), Dänemark (44,6 %) und am auffälligsten Schweden, wo über die Hälfte der Kinder (55,5 %) nichtehelich geboren werden.

Weitere Bevölkerungsdaten von Eurostat

Wenn Sie ausführlichere Daten wünschen als die, die im Eurostat-Jahrbuch dargestellt werden, wenden Sie sich bitte an den örtlichen Data Shop. Die Anschriften finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

Die Veröffentlichung „Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung“ ist ebenfalls in Ihrem Data Shop erhältlich. Diese Veröffentlichung befasst sich ausschließlich mit Bevölkerungsstatistiken.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

– Europäische Sozialstatistik — Bevölkerung

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

– No 17 Erste Ergebnisse der Erhebung von Bevölkerungsdaten für 2001 in Europa

Benötigen Sie weitere Informationen?

– Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop

– <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

- **Eheschließungen je 1 000 Personen**
- **Scheidungen je 1 000 Personen**
- Eheschließungen und Scheidungen je 1 000 Personen. EU-15
- **Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung: Frauen**
- **Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung: Männer**
- **Gesamtfruchtbarkeit**
- **Endgültige Kinderzahl nach Generation**
- Gesamtfruchtbarkeit und endgültige Kinderzahl. EU-15
- **Durchschnittliches Gebäralter der Frauen**
- **Nichteheliche Lebendgeborene in % aller Lebendgeburten**

Migration

Umfassende Angaben zur Migration, zum Asyl und zur Staatsangehörigkeit

Eurostat erstellt Statistiken in den Bereichen

- internationale Wanderungsströme,
- Asylanten,
- ansässige ausländische Bevölkerung,
- Einbürgerungen,
- Wanderarbeitnehmer.

Wenn Sie ausführlichere Daten zu diesem Thema wünschen als im Eurostat-Jahrbuch dargestellt werden, wenden Sie sich bitte an den örtlichen Data Shop; ein Adressenverzeichnis der Data Shops findet sich am Ende dieser Veröffentlichung. Die Veröffentlichung „Europäische Sozialstatistik – Wanderung“ ist ebenfalls im örtlichen Data Shop erhältlich.

Die Europäische Union bleibt für Einwanderer attraktiv

Wanderungsbewegungen werden durch das Zusammenspiel wirtschaftlicher, politischer und sozialer Faktoren beeinflusst. Diese Faktoren können im Herkunftsland oder im Zielland wirken („Push-Faktoren“ und „Pull-Faktoren“).

Wichtige Pull-Faktoren sind der relativ hohe wirtschaftliche Wohlstand und die politische Stabilität der Europäischen Union. Darüber hinaus werden Wanderungsströme in vielen Teilen der Welt nach wie vor in erheblichem Maße durch Push-Faktoren bestimmt.

Die Nettowanderung bildet seit 1989 die Hauptkomponente der Bevölkerungsentwicklung in der Europäischen Union. Sie führte 2001 zu einem Anstieg der EU-Bevölkerung um schätzungsweise 1,16 Millionen Menschen und machte somit drei Viertel des Bevölkerungsanstiegs insgesamt aus. Der Wanderungssaldo errechnet sich aus dem Unterschied zwischen der Gesamtbevölkerung zum Anfang und zum Ende eines Jahres abzüglich des Unterschieds zwischen Geburten und Todesfällen während dieses Jahres.

Für viele Mitgliedstaaten sind die Nichtstaatsangehörigen aus Drittländern die größte Gruppe der Immigranten. An zweiter Stelle stehen im Allgemeinen einwandernde eigene Staatsbürger. Außer in Belgien, Irland und Luxemburg machen die Immigranten aus anderen EU-Mitgliedstaaten die kleinste Gruppe aus.

Anzahl der Asylanträge weiterhin deutlich unter dem Höchststand von 1992

2000 wurden in der Europäischen Union etwa 360 000 Asylanträge gestellt. Die Zahlen für die letzten Jahre lagen über denjenigen, die in der Mitte der 90er Jahre verzeichnet wurden, blieben aber deutlich unter dem Höchststand in den frühen 90er Jahren, als mehrere Jahre lang jährlich mehr als eine halbe Million Anträge gestellt wurden.

Messung der Migration

Statistiken zu den Themen Wanderung, Asyl, ausländische Bevölkerung und Einbürgerungen werden Eurostat von den einzelstaatlichen statistischen Einrichtungen sowie von den Justiz- bzw. Innenministerien geliefert. Die meisten dieser Daten werden Eurostat im Rahmen der gemeinsamen Datenerfassung zur Migration übermittelt, die Eurostat zusammen mit der UN-Wirtschaftskommission für Europa, der statistischen Abteilung der UN, der internationalen Arbeitsorganisation und dem Europarat durchführt.

Wie Wanderungsstatistiken erstellt werden und wer als Migrant betrachtet wird, ist in den einzelnen Ländern verschieden. In einigen Ländern basieren Wanderungsstatistiken auf Verwaltungsdaten, die beispielsweise dem System für die Aufenthaltsgenehmigung oder einem Bevölkerungsregister entnommen sind. Andere Länder verwenden Daten aus Erhebungen. Diese Unterschiede in den Datenquellen und Definitionen führen zu Problemen, wenn man die Zahl der Migranten in den einzelnen Ländern vergleichen möchte.

Nicht alle EU-Mitgliedstaaten erstellen Statistiken über Zu- und Abwanderung. Obwohl der Wanderungssaldo für die Europäische Union geschätzt werden kann, ist es nicht möglich, ein vollständiges Bild der Zu- und Abwanderungsströme für alle Mitgliedstaaten oder die Europäische Union als Ganzes zu zeichnen. Genauere Erläuterungen zu diesen Fragen sind im Glossar unter den Begriffen „Einwanderer“ und „Auswanderer“ zu finden.

Staatsangehörigkeit

Rund 5 % der in der Europäischen Union lebenden Menschen haben nicht die Staatsangehörigkeit des Landes, in dem sie leben; 1,6 % sind Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaates und 3,4 % stammen aus Drittstaaten. Zwischen den Mitgliedstaaten bestehen allerdings erhebliche Unterschiede. Luxemburg hat bei weitem den größten Anteil von Nichtstaatsangehörigen: 36,9 % der Bevölkerung hatten 2001 nicht die luxemburgische Staatsangehörigkeit.

Der Erwerb der Staatsbürgerschaft wird manchmal als Maß der Integration der Zuwanderer im Aufnahmeland angesehen und ist oft daran gebunden, dass sich die Person seit einer bestimmten Zeit legal in dem Land aufhält. Außerdem spielen andere Kriterien eine Rolle wie die Beherrschung der Landessprache. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die jährlich in einem EU-Mitgliedstaat die Staatsbürgerschaft erwerben, mehr als verdoppelt.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Patterns and trends in international migration in Western Europe
- Europäische Sozialstatistik — Wanderung

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

- Nr. 1 Was veranlasst Menschen zum Auswandern?
- Nr. 15 Erste Ergebnisse der Erhebung von Bevölkerungsdaten für 2000 in Europa
- Nr. 7 Wanderung lässt EU-Bevölkerung weiter wachsen

GD Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und Eurostat

- Die soziale Lage in der Europäischen Union 2002

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>
- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Justiz und Inneres“:
http://europa.eu.int/comm/justice_home/index_en.htm

- **Zuwanderung insgesamt**
- Zuwanderung eigener Staatsangehöriger
- Zuwanderung von Staatsangehörigen anderer EU-Länder
- Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen
- **Abwanderung insgesamt**
- Abwanderung eigener Staatsangehöriger
- Abwanderung von Staatsangehörigen anderer EU-Länder
- Abwanderung von Drittstaatsangehörigen
- **Asylanträge**
- Personen, denen der Flüchtlingsstatus gewährt wurde
- Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit: eigene Staatsangehörige
- Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit: Staatsangehörige anderer EU-Länder
- **Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit: Drittstaatsangehörige**
- Einbürgerungen

Lebenserwartung und Sterblichkeit

Sinkende Sterbeziffern ...

Nachdem die jährliche Zahl der Sterbefälle in der Europäischen Union 1976 mit fast 3,8 Millionen den höchsten Stand der Nachkriegszeit erreicht hatte, war sie in der Folgezeit Schwankungen unterworfen und verzeichnete einen leichten Abwärtstrend. Im Jahr 2001 lag sie bei 3,6 Millionen, dem niedrigsten Wert seit fast 35 Jahren. Aufgrund der rückläufigen Sterbeziffer schlug sich die wachsende Zahl alter Menschen und der Anstieg der Bevölkerung (plus 14 % seit 1967) nicht in der absoluten Zahl der Sterbefälle nieder.

Eine der auffälligsten Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung ist der Rückgang der Säuglingssterblichkeit (Sterbefälle bei lebendgeborenen Kindern unter einem Jahr). In nicht einmal 40 Jahren ist diese Sterbeziffer in der Europäischen Union auf ein Siebtel zurückgegangen: von 34,5 ‰ im Jahr 1960 auf 4,8 ‰ im Jahr 2001.

Obwohl das Risiko zu sterben für sehr kleine Kinder bereits sehr gering ist, wird die Kindersterblichkeit vermutlich weiter fallen, da das biologische Minimum dieses Indikators zwischen 2 und 3 ‰ liegt. Da sich Schweden, Finnland und Island diesem Wert nähern bzw. ihn bereits erreicht haben und die restlichen Staaten der Europäischen Union demselben Trend folgen dürften, dürfte die Säuglingssterbeziffer ihren Wert als demografischer und sozialer Indikator in naher Zukunft verlieren.

Die größten Fortschritte auf diesem Gebiet erzielten die Mitgliedstaaten im Süden der Europäischen Union, wo die Säuglingssterbeziffer 1960 noch weit über 40 ‰ lag und in Portugal sogar 77,5 ‰ betrug. Im Jahr 2001 lag sie in diesen Ländern unter 6,0 ‰. Spanien hat mit 3,9 ‰ nun eine der niedrigsten Raten der Union. Bei einem aktuellen Ländervergleich wird deutlich, dass sich die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten merklich verringert haben. Die Bandbreite der Werte reicht jetzt von 3,2 ‰ für Schweden und Finnland bis zu 5,9 ‰ für Griechenland.

... und steigende Lebenserwartung

Die Lebenserwartung bei der Geburt ist in allen EU-Mitgliedstaaten seit 1945, mit wenigen Ausnahmen, konstant angestiegen. Dieser Aufwärtstrend hat sich zu Beginn der 60er Jahre abgeschwächt, konnte sich aber in der Folgezeit, wenn auch auf niedrigerem Niveau, fortsetzen. In der Europäischen Union insgesamt hat die Lebenserwartung jetzt die Rekordhöhe von 81,4 Jahren bei Frauen und 75,3 Jahren bei Männern erreicht, gegenüber 72,9 bzw. 67,4 Jahren 1960.

In den vergangenen vier Jahrzehnten ist die Lebenserwartung bei Männern im Alter von 65 Jahren in der Europäischen Union über 20 % angestiegen, nämlich von 12,7 Jahren 1960 auf 15,8 Jahre 1999. Aufgrund der Verbesserungen bei der Gesundheitsversorgung und den sozialen Bedingungen liegt der Anstieg in mehreren Ländern bei über 15 Jahren. Die Lebenserwartung bei Frauen im Alter von 65 Jahren hat sich um fast 30 % in den vergangenen 40 Jahren verbessert, von 15,1 auf 19,7 Jahre.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

– Europäische Sozialstatistik — Bevölkerung

Benötigen Sie weitere Informationen?

– Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop

– <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

– Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz“:

http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_en.htm

- **Lebenserwartung bei Geburt: Frauen**
- **Lebenserwartung bei Geburt: Männer**
- Lebenserwartung bei Geburt: Unterschied zwischen Frauen und Männern. 2000
- Lebenserwartung mit 60: Unterschied zwischen Frauen und Männern. 1999
- **Lebenserwartung mit 60: Frauen**
- **Lebenserwartung mit 60: Männer**
- **Säuglingssterblichkeit je 1 000 Lebendgeburten**
- **Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber. 1960-2001. %**

Gesundheit und Sicherheit

Berichterstattung über Gesundheitsfragen: eine komplexe und sensible Aufgabe

Bei der Berichterstattung über Fragen der Gesundheit und Sicherheit muss sich Eurostat eine klare Vorstellung darüber verschaffen, in welchen Bereichen die Erhebung, Harmonisierung und Präsentation von Daten einen Gewinn für das statistische Gesamtbild darstellt. Eurostat überprüft, welche der zahlreichen gesundheitsstatistischen Quellen sich für die Zusammenstellung eines breiten Spektrums an Daten am besten eignen und trifft dann die entsprechende Auswahl. Um den Informationsfluss und die Analysetätigkeit möglichst optimal zu gestalten, arbeitet Eurostat eng mit den Fachinstituten und Organisationen in diesem Bereich zusammen.

Geht es Ihnen gut?

Eine Art, wie Regierungen Gesundheitsaspekte bewerten, ist durch die Befragung der Bevölkerung. Der subjektive Gesundheitszustand bzw. die Angaben zum Gesundheitszustand nach eigenem Empfinden sind jedoch kein Ersatz für objektivere Indikatoren, sie ergänzen diese vielmehr. Das Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) ist eine multidimensionale Längsschnitterhebung, die viele Bereiche des täglichen Lebens erfasst: vor allem Beschäftigung und Einkommen, aber auch demografische Daten sowie Daten über Umwelt, Ausbildung und Gesundheit. Wie aus den Ergebnissen von 1998 hervorgeht, schätzen 60,2 % der Europäer ihre eigene Gesundheit als sehr gut oder gut ein, 12,3 % halten sie für schlecht oder sehr schlecht, und die übrigen befragten Personen empfinden ihren Gesundheitszustand als zufrieden stellend. Fast 9,7 % der befragten europäischen Bürger sehen sich aufgrund von chronischen körperlichen oder psychischen Beschwerden in der Ausübung ihrer täglichen Verrichtungen ernsthaft beeinträchtigt.

Raucher

Laut Eurobarometer-Schätzungen haben 1999 33,8 % der EU-Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber geraucht. Die höchsten Prozentsätze finden sich dabei in den niedrigsten Altersklassen (15 bis 24 Jahre und 25 bis 34 Jahre).

Essen die Europäer vernünftig?

Die Empfehlung für die Nährstoffzufuhr beträgt für die meisten EU-Länder rund 2 900 kcal für Männer (25 bis 50 Jahre, ungefähr 176 cm groß und 79 kg schwer) bzw. 2 200 kcal für Frauen (25 bis 50 Jahre, ungefähr 163 cm groß und 63 kg schwer). Betrachtet man die durchschnittliche tägliche Kalorienmenge pro Person, so ist festzustellen, dass die Menschen in allen EU-Ländern (außer Finnland) im Durchschnitt mehr als 3 000 kcal pro Tag verzehren und in keinem Land ein rückläufiger Trend zu beobachten ist. Ein ähnlicher Trend zu ungesundem übermäßigem Verzehr ist bei der Fettzufuhr festzustellen.

Schwere Krankheiten

Daten über Aids werden vom Europäischen Zentrum für die epidemiologische Überwachung von Aids (EuroHIV – mit Unterstützung der Europäischen Kommission) erhoben. Die Aids-Fälle werden gemäß der Definition von 1993 und späteren Revisionen erfasst. Aufgrund von Verzögerungen bei der Übermittlung der Daten (Zeitspanne zwischen der Diagnose eines Aids-Falls und der Berichterstattung auf nationaler Ebene) lassen sich Inzidenztrends am besten beurteilen, wenn man die Daten nach dem Jahr der Diagnose, bereinigt um Verzögerungen bei der Übermittlung, und nicht nach dem Berichtsjahr untersucht. Die jährlich gemeldete Zahl von Fällen geht weiter zurück. Der letzte Anstieg wurde 1995 verzeichnet. Die jährliche Aids-Inzidenz pro Million (bereinigt um Verzögerungen bei der Übermittlung) erreichte im Jahr 2001 einen Wert von schätzungsweise 21,4 bei einer kumulierten Gesamtzahl der Fälle in der Europäischen Union von 232 407.

Krebsfälle werden vom europäischen Netz der Krebsregister und der International Agency for Research on Cancer (IARC/WHO) mit Unterstützung durch das Programm „Europa gegen Krebs“ der Europäischen Union erfasst. Sowohl die Inzidenzraten als auch die Sterbeziffern waren in allen

Ländern bei Männern höher als bei Frauen. Obwohl seit den 80er Jahren immer weniger Männer an Lungenkrebs sterben, ist dies auch 1997 noch die am stärksten verbreitete Krebsart bei Männern. Frauen erkrankten 1997 am häufigsten an Brustkrebs.

Einige übertragbare Krankheiten (Tetanus, Kinderlähmung und Diphtherie), denen durch Impfung vorgebeugt werden kann, gelten in der Europäischen Union als praktisch ausgerottet. Dagegen stellen Mumps, Röteln, Keuchhusten und Masern in einigen Mitgliedstaaten nach wie vor ein Gesundheitsproblem dar. Weitere problematische Infektionskrankheiten, die in der Europäischen Union auftreten (oder wieder auftreten), sind u. a. Lebensmittelerkrankungen (Salmonellose), durch Luft übertragbare Krankheiten (Tuberkulose, Legionärskrankheit, Meningokokken-Erkrankungen) und virale Hepatitis (insbesondere Hepatitis C).

Todesursachen

Die Analyse der Todesursachen basiert auf dem Grundleiden, wie es in Abschnitt B des Leichenschauzeichens angegeben ist. Genauere Angaben hierzu finden Sie im Glossar.

Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen

Die Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen können der OECD-Datenbank Ecosanté entnommen werden. Genauere Angaben hierzu finden Sie im Glossar.

Wie viele medizinische Fachkräfte arbeiten in der Europäischen Union?

Die Angaben zu den Beschäftigten im Gesundheitswesen sind nicht voll vergleichbar, da die EU-Mitgliedstaaten ihre Statistiken anhand unterschiedlicher Konzepte erstellen (z. B. nur „praktizierende“ Ärzte oder „zugelassene“ Ärzte, worunter auch arbeitslose Ärzte oder Ärzte, die die Heilkunde nicht direkt ausüben, erfasst sind).

Weniger Krankenhausbetten

In fast allen Ländern konnte ein Rückgang der Zahl der Krankenhausbetten beobachtet werden, der im Bereich der Psychiatrie besonders ausgeprägt war. Dieser Bettenabbau lässt sich aus den Fortschritten erklären, die in der Medizintechnik erzielt wurden und eine Senkung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer im Krankenhaus ermöglicht haben. Ein weiterer Grund sind die finanziellen Zwänge der 80er Jahre, die zu einer Rationalisierung im Gesundheitswesen führten. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist definiert als die Zahl der Bettentage im Krankenhaus dividiert durch die Zahl der Aufnahmen bzw. Entlassungen.

Organtransplantation

Der Europarat hat ethische Grundsätze für Organtransplantationen ausgearbeitet. Eurostat erhebt Informationen zu diesem Thema auf der Grundlage von Ergebnissen, die von verschiedenen nationalen und internationalen Fachorganisationen verbreitet werden. Nierentransplantationen sind weiterhin die häufigste Art der Transplantation.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

– Eckzahlen in Gesundheit 2000 — Daten 1985-1995

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 4

– Nr. 11 Todesursachen bei jungen Menschen von 15 bis 24 Jahren, 1994/1997

– Nr. 16 Arbeitsunfälle in der EU 1998-1999

– Nr. 17 Berufsbedingte Gesundheitsschäden in der EU 1998-1999

Benötigen Sie weitere Informationen?

– Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop

– <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

– Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz“:

http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_en.htm

- **Selbsteinschätzung der eigenen Gesundheit (Personen im Alter von 15+), in % (nicht standardisiert). 1998**
- Aufgrund chronischer Beschwerden im täglichen Leben beeinträchtigt (Personen im Alter von 15+), in % (nicht standardisiert). 1998
- Mittlere Kalorienzahl pro Kopf und Tag, in kcal
- Durchschnittliche Menge an reinem Alkohol, die pro Kopf und Jahr auf dem Markt verfügbar ist (Personen über 15), Angaben in Litern
- Durchschnittliche Anzahl von Zigaretten, die pro Kopf und Jahr auf dem Markt verfügbar ist
- Prozentualer Anteil der Zigarettenraucher an der Bevölkerung (im Alter von über 15 Jahren). 1999
- AIDS-Inzidenzraten je 1 Mio. Einwohner nach Diagnosejahr, bereinigt um Verzögerungen bei der Übermittlung
- **Standardisierte Sterbeziffern. Alle Todesursachen je 100 000 Frauen. EU-15**
- **Standardisierte Sterbeziffern. Alle Todesursachen je 100 000 Männer. EU-15**
- Tod (SDR) durch Krebs: Frauen je 100 000 Frauen
- Tod (SDR) durch Krebs: Männer je 100 000 Männer
- Krebserkrankungen insgesamt nach Alter und Geschlecht, 1997. Altersspezifische Standardziffer unter Verwendung eines Standardwerts der Weltbevölkerung
- Erkrankungen an Brustkrebs nach Alter, 1997. Altersspezifische Standardziffer je 100 000 Frauen unter Verwendung eines Standardwerts der Weltbevölkerung
- Erkrankungen an Prostatakrebs nach Alter, 1997. Altersspezifische Standardziffer je 100 000 Männer unter Verwendung eines Standardwerts der Weltbevölkerung
- Tod (SDR) durch ischämische Herzkrankheiten: Frauen je 100 000 Frauen
- Tod (SDR) durch ischämische Herzkrankheiten: Männer je 100 000 Männer
- Tod (SDR) durch Selbstmord: Frauen je 100 000 Frauen
- Tod (SDR) durch Selbstmord: Männer je 100 000 Männer
- Tod (SDR) durch Straßenverkehrsunfälle: Frauen je 100 000 Frauen
- Tod (SDR) durch Straßenverkehrsunfälle: Männer je 100 000 Männer
- Aufgetretene Fälle von Malaria je 100 000 Personen
- Aufgetretene Fälle von Legionärskrankheit je 100 000 Personen
- Aufgetretene Fälle von Keuchhusten je 100 000 Personen
- Aufgetretene Fälle von Tuberkulose je 100 000 Personen
- Aufgetretene Fälle von Salmonellose je 100 000 Personen
- Geschätzte Zahl der Fälle von Alzheimer-Krankheit und anderen Demenzen auf 100 000 Einwohner. 2000
-  - Arbeitsunfälle: schwere Unfälle. Index der Anzahl schwerer Arbeitsunfälle je 100 000 Beschäftigte. 1998 = 100
-  - Arbeitsunfälle: tödliche Unfälle. Index der Anzahl tödlicher Arbeitsunfälle je 100 000 Beschäftigte. 1998 = 100
- **Standardisierte Inzidenzrate der Arbeitsunfälle mit mehr als drei Fehltagen je 100 000 Beschäftigte**
- Standardisierte Inzidenzrate der Arbeitsunfälle mit mehr als drei Fehltagen je 100 000 Beschäftigte. Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren
- Inzidenzrate der Arbeitsunfälle mit mehr als drei Fehltagen je 100 000 Beschäftigte. Land- und Forstwirtschaft
- Inzidenzrate der Arbeitsunfälle mit mehr als drei Fehltagen je 100 000 Beschäftigte. Verarbeitendes Gewerbe
- Inzidenzrate der Arbeitsunfälle mit mehr als drei Fehltagen je 100 000 Beschäftigte. Baugewerbe
- Inzidenzrate der Arbeitsunfälle mit mehr als drei Fehltagen je 100 000 Beschäftigte. Verkehr und Nachrichtenübermittlung

- **Standardisierte Inzidenzrate der tödlichen Arbeitsunfälle je 100 000 Beschäftigte**
- Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle. Verarbeitendes Gewerbe
- Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle. Baugewerbe
- Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle. Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Gesamtausgaben für Gesundheit pro Kopf der Bevölkerung in KKS
- Anteil der Gesamtausgaben für Gesundheit am BIP
- **Gesamtzahl der (praktizierenden oder zugelassenen) Ärzte auf 100 000 Einwohner**
- Gesamtzahl der (praktizierenden oder zugelassenen) Zahnärzte auf 100 000 Einwohner
- **Krankenhausbetten auf 100 000 Einwohner**
- Betten in psychiatrischen Kliniken je 100 000 Einwohner
- **Entlassungen aus dem Krankenhaus nach Hauptdiagnosen je 100 000 Einwohner. EU-15. 2000**
- Prozentualer Anteil der Personen, die in den letzten 12 Monaten in ein Krankenhaus eingewiesen wurden (15 Jahre und älter). 2000 (in %, nicht standardisiert)
- Organtransplantationen in Europa je 1 Mio. Einwohner: Herz
- Organtransplantationen in Europa je 1 Mio. Einwohner: Niere
- Organtransplantationen in Europa je 1 Mio. Einwohner: Leber
- Organtransplantationen in Europa je 1 Mio. Einwohner: Lunge

Ausbildung

Bessere Chancen durch Bildung

Eurostat bietet ein breites Spektrum an Daten über die allgemeine und berufliche Bildung in Europa, wie z. B. zu folgenden Fragen:

- Bildungsstand der Bevölkerung. Diese Daten stammen aus der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Gemeinschaften;
- Neuzugänge, Schüler- und Studierendenzahlen und Absolvenzzahlen. Erfasst werden Voll- und Teilzeitstudierende bzw. Schüler für alle Stufen des allgemeinen und beruflichen Bildungswesens in öffentlichen und privaten Einrichtungen. Die Daten sind nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt;
- Bildungsstufe und Art der Ausbildung;
- Studienfächer;
- ausländische Studierende;
- Fremdsprachenunterricht;
- Beschäftigte im Bildungswesen;
- Ausgaben für Bildung.

Eurostat-Daten über das Bildungswesen: Grundlage für die Fortschrittsbewertung

Anhand der Bildungsstatistiken von Eurostat können Fachleute Analysen erstellen, die sich z. B. mit folgenden Fragen befassen

- die Beteiligung von Mädchen und Frauen an bestimmten Bildungsgängen,
- das Eintrittsalter für bestimmte Bildungsgänge und deren Dauer,
- die Wechselbeziehung zwischen Bildung und Beschäftigung,
- die Unterschiede zwischen einzelnen Staaten und Regionen.

Bessere Vergleichsmöglichkeiten durch Indikatoren

Eurostat berechnet Indikatoren, die ein allgemeines und wirklichkeitsgetreues Bild vermitteln. Dazu gehören z. B.:

- die Bildungsbeteiligungsquote (definiert als der prozentuale Anteil der Schüler/Studierenden an der Gesamtbevölkerung einer bestimmten Altersgruppe);
- das Zahlenverhältnis Schüler-Lehrer, das für eine bestimmte Bildungsstufe anzeigt, wie viele Schüler auf einen Lehrer entfallen (Angaben jeweils in Vollzeitäquivalenten);
- die durchschnittliche Zahl der erlernten Fremdsprachen auf einer bestimmten Bildungsstufe; diesen Wert erhält man, indem die Anzahl der Schüler, die in einem bestimmten Jahr eine moderne Fremdsprache erlernen, durch die Gesamtzahl der Schüler in diesem Jahr dividiert wird. Dabei werden alle in einem Land unterrichteten Fremdsprachen berücksichtigt.

Weitere Informationen enthält die Veröffentlichung „Bildung in Europa – Daten und Kennzahlen“, die über den örtlichen Data Shop zu beziehen ist. Ein Adressenverzeichnis der Data Shops finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

Internationale Vergleichbarkeit durch Kooperation

Die Daten in diesem Abschnitt stammen zum überwiegenden Teil aus dem gemeinsamen jährlichen Fragebogen von Unesco, OECD und Eurostat (UOE-Fragebogen), der die wichtigste Datensammlung zum Bildungswesen ist. In den zusätzlichen Eurostat-Tabellen sind regionale Daten und Angaben zum Fremdsprachenunterricht dargestellt. Somit sind die Daten aus allen EU-Mitgliedstaaten sowie aus dem EWR und den Kandidatenländern auf internationaler Ebene vergleichbar.

Einige interessante Erkenntnisse

- In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Studierenden im tertiären Bereich in EU-15 beträchtlich angestiegen (über 50 %). In einigen Ländern ist dieser Anstieg sogar noch höher: In Irland, Finnland und dem Vereinigten Königreich liegt er bei über 70 %. Die Zahl der Studierenden in Griechenland hat sich verdoppelt, in Portugal verdreifacht.
- Deutschland und das Vereinigte Königreich ziehen die meisten ausländischen Studenten an, die in EU-15 studieren. In Belgien, Luxemburg, Österreich und dem Vereinigten Königreich machen Studenten aus anderen EU-Ländern, den EWR-Ländern und den Kandidatenländern mehr als 6 % aller Studierenden im tertiären Bereich aus.
- Ein hoher Anteil der Studenten aus Luxemburg, Liechtenstein, Island, Griechenland und Irland studieren im Ausland (10 % und mehr).

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Bildung in Europa — Daten und Kennzahlen 1999
- Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa — Ausgabe 2002
- Beschreibung der sozialen Lage in der Europäischen Union 2002
- Übergang vom Bildungswesen ins Erwerbsleben — Schlüsselzahlen zur Berufsbildung in der Europäischen Union
- Living conditions in Europe — Statistical pocketbook



Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

- Nr. 4 Der Fremdsprachenunterricht in den europäischen Bildungssystemen
- Nr. 6 Bildung in den Regionen der Europäischen Union
- Nr. 7 Das Bildungsniveau in Europa in den 90er Jahren — einige Schlüsseldaten
- Nr. 8 Öffentliche Bildungsausgaben in der EU im Jahre 1997
- Nr. 13 Beschäftigung in den EU-Regionen 2000: Der Dienstleistungssektor ist Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen — Ausbildung ist entscheidend
- Nr. 14 Junge Europäer und Bildung — Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den PHARE-Ländern
- Nr. 18 Frauen und Männer in Bildungsgängen des Tertiärbereichs

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>
- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Bildung und Kultur“:
http://europa.eu.int/comm/dgs/education_culture/index_en.htm

- **Schüler und Studenten (ohne Vorschulbereich). In 1 000**
- Bildungserwartung. 1999/2000
- Bildungsbeteiligungsquote für 4-Jährige
- Dauer der Schulpflicht (Alter). 2000/01
- Zahlenverhältnis Schüler/Lehrer im Primarbereich. 1999/2000
- Prozentualer Anteil der Schüler an berufsbildenden Schulen im Bereich der Sekundarstufe II, nach Geschlecht. 1999/2000
- **Durchschnittliche Zahl der pro Schüler an allgemein bildenden Sekundarschulen erlernten Fremdsprachen. 1999/2000**
- Prozentsatz der Schüler an allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe II, die Englisch lernen
- Prozentsatz der Schüler an allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe II, die Französisch lernen
- Prozentsatz der Schüler an allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe II, die Deutsch lernen
- **Bildungsbeteiligungsquoten für 18-Jährige, alle Stufen. 1993–2001, in %**
- Durchschnittsalter der Studierenden im Tertiärbereich. 1999/2000
- **Studierende an Einrichtungen des Tertiärbereichs. 1991–2001, in 1 000**
- Frauenanteil bei den Studierenden im Tertiärbereich. 1988/89 und 1999/2000, in %
- Frauenanteil bei den Studierenden im Tertiärbereich: Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik. 2000. In %
- Frauenanteil bei den Studierenden in den Fachrichtungen Ingenieurwesen, Fertigung und Bauwesen. 2000. In %
- Mobilität von EU/EWR-Studenten in EU/EWR-Ländern. Tertiärbereich. 1999/2000. 1 000
-  - **Hochschulabsolventen in naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen. Höhere Bildungsabschlüsse in Naturwissenschaften und Technik je 1 000 Einwohner im Alter von 20 bis 29 Jahren**
-  - Hochschulabsolventen in naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen, Frauen. Höhere Bildungsabschlüsse in Naturwissenschaften und Technik je 1 000 Frauen im Alter von 20 bis 29 Jahren
-  - Hochschulabsolventen in naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen, Männer. Höhere Bildungsabschlüsse in Naturwissenschaften und Technik je 1 000 Männer im Alter von 20 bis 29 Jahren
-  - **Vorzeitige Schulabgänger, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen. Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die nur über einen Schulabschluss der Sekundarstufe I verfügen und die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen. %**
-  - Vorzeitige Schulabgänger, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, Frauen. Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die nur über einen Schulabschluss der Sekundarstufe I verfügen und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen
-  - Vorzeitige Schulabgänger, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, Männer. Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die nur über einen Schulabschluss der Sekundarstufe I verfügen und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen
-  - Lebenslanges Lernen (Beteiligung von Erwachsenen an Aus- und Weiterbildung). Prozentualer Anteil der Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren, die in den vier Wochen vor der Arbeitskräfteerhebung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen
-  - Lebenslanges Lernen (Beteiligung von Erwachsenen an Aus- und Weiterbildung), Frauen. Prozentualer Anteil der Frauen im Alter von 25 bis 64 Jahren, die in den vier Wochen vor der Arbeitskräfteerhebung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen

-  - Lebenslanges Lernen (Beteiligung von Erwachsenen an Aus- und Weiterbildung), Männer. Prozentualer Anteil der Männer im Alter von 25 bis 64 Jahren, die in den vier Wochen vor der Arbeitskräfteerhebung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen
- **Prozentualer Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mit Bildungsabschlüssen auf der Sekundarstufe II oder darüber**
- Arbeitslosenquoten für die Gesamtbevölkerung im Alter von 25 bis 59 Jahren mit Bildungsabschlüssen auf der Sekundarstufe I oder darunter
- Arbeitslosenquoten für die Gesamtbevölkerung im Alter von 25 bis 59 Jahren mit Bildungsabschlüssen auf der Sekundarstufe II
- Arbeitslosenquoten für die Gesamtbevölkerung im Alter von 25 bis 59 Jahren mit Bildungsabschlüssen im Tertiärbereich
- **Ausgaben je Schüler/Student in öffentlichen Bildungseinrichtungen nach Bildungsstufen, in KKS. 1999**
- Öffentliche Ausgaben für Bildung nach Bildungsstufen, in % des BIP. 1999
-  - Ausgaben für Humanressourcen (öffentliche Bildungsausgaben) in % des BIP

Arbeit und Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktstatistiken, der Mittelpunkt der EU-Politik

Die Beschäftigung ist für die Europäische Union immer von hoher politischer Bedeutung. Arbeitsmarktstatistiken stehen nun im Mittelpunkt der EU-Politik.

In den Vertrag von Amsterdam (1997) wurde ein spezielles Kapitel zur Beschäftigung aufgenommen. Im November 1997 wurden auf der Sondertagung des Europäischen Rates in Luxemburg europäische Leitlinien für die Beschäftigungspolitik angenommen, die darauf abzielten, die Arbeitslosigkeit zu verringern, die Beschäftigungsquoten dauerhaft zu heben und die geschlechtsspezifischen Unterschiede abzubauen.

Auf dem Lissabonner Gipfel (Frühjahr 2000) wurden Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze auf die europäische Tagesordnung gesetzt. Für das Jahr 2010 wurden die folgenden Quoten als Zielvorgaben festgelegt:

- 70 % Gesamterwerbsquote;
- 60 % Frauenerwerbsquote.

Auf dem Gipfel von Stockholm (Frühjahr 2001) wurde zusätzlich eine Erwerbsquote für Menschen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren festgelegt, die bis 2010 bei 50 % liegen soll. Außerdem wurde als Zwischenziel vereinbart, bis 2005 die Gesamterwerbsquote auf 67 % und die Erwerbsquote der Frauen auf 57 % anzuheben.

Die Arbeitskräfteerhebung: ein unverzichtbares Instrument für die Beobachtung des Arbeitsmarkts

In diesem Zusammenhang spielt die Erhebung über Arbeitskräfte in der Europäischen Union eine ständig wachsende Rolle. Sie ist inzwischen ein von allen Seiten anerkanntes, unverzichtbares Instrument, um die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten und die geeigneten politischen Maßnahmen zu treffen. Die Arbeitskräfteerhebung stellt in diesen Bereichen die einzige Informationsquelle dar, die Daten liefert, die sich tatsächlich miteinander vergleichen lassen. Die Definitionen und Verfahren sind für alle Mitgliedstaaten harmonisiert. Die Arbeitskräfteerhebung ist die wichtigste Datenquelle für diesen Abschnitt.

Vergleichbare Daten über den europäischen Arbeitsmarkt

Ein Ziel der Arbeitskräfteerhebung ist die Erfassung der erwerbsfähigen Bevölkerung der Europäischen Union (Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren), die sich wie folgt zusammensetzt: Erwerbstätige, Erwerbslose, Nichterwerbspersonen.

Die Arbeitskräfteerhebung liefert umfassende Informationen über diese drei Personengruppen. Zur Beschreibung der Beschäftigungssituation der Arbeitnehmer werden Daten über eine Reihe von Merkmalen erhoben, z. B. über Bildung, Wirtschaftszweig und Beruf sowie über Teilzeitarbeit, befristete/unbefristete Arbeitsverhältnisse und Stellensuche. Die Daten im Eurostat-Jahrbuch beziehen sich auf die Situation im Frühjahr.

Die jährliche Veröffentlichung „Europäische Sozialstatistik — Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung“ sowie zahlreiche Veröffentlichungen der Reihe „Statistik kurz gefasst“ belegen das breite Spektrum an Daten, die die Arbeitskräfteerhebung liefert. Eine vollständige Liste der Variablen der Arbeitskräfteerhebung (über 100) kann in der Ausgabe von 1998 von „Erhebung über Arbeitskräfte — Methodik und Definitionen“ eingesehen werden. Nutzer, die einen besonderen Datenbedarf haben, der mit den vorhandenen Veröffentlichungen und Datenbanken nicht zu decken ist, können sich auch spezielle Tabellen erstellen lassen. Weitere Informationen sind über den örtlichen Data Shop erhältlich. Ein Adressenverzeichnis der Data Shops finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

Langsames, aber stetiges Annähern an die Ziele von Lissabon

Die Europäische Union näherte sich den Zielen des Rates von Lissabon weiter an. 2001 lag die Gesamterwerbsquote in der Europäischen Union bei 64,1 % und damit 3,4 Prozentpunkte höher als 1997, als die Beschäftigungsstrategie ins Leben gerufen wurde. Die Erwerbsquote für Frauen erhöhte sich stärker (4,2 Prozentpunkte); damit liegt die Frauenerwerbsquote nun bei 55,0 %.

Arbeitslosigkeit fällt weiter

Der allgemeine Anstieg der Erwerbsquoten hat zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote geführt, obwohl nicht alle neuen Stellen von früheren Arbeitslosen besetzt wurden. Die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union für das Jahr 2001 lag bei 7,3 %, und damit weiterhin über den Quoten der Vereinigten Staaten und Japans (4,8 bzw. 5 %).

In den meisten Ländern ist die Arbeitslosenquote bei Männern niedriger als bei Frauen. Das gilt insbesondere für Griechenland, wo der Unterschied mehr als 8 Prozentpunkte beträgt.

Die Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 24-Jährige) ist doppelt so hoch wie die Arbeitslosenquote insgesamt; sie liegt zwischen 28,1 % in Italien und Griechenland und 5,5 % in den Niederlanden.

3,2 % der EU-Erwerbspersonen sind von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen; sie machen 44 % der Arbeitslosen aus. Seit 1996 hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen jedoch verringert.

Teilzeitarbeit betrifft weiterhin überwiegend Frauen

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten hat sich in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich erhöht. Er ist besonders hoch bei Frauen, die im Jahr 2001 zwar nur gut ein Drittel der Gesamtzahl der Beschäftigten, aber fast 80 % der Teilzeitbeschäftigten ausmachten. Am höchsten ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigung in den Niederlanden, wo 42 % aller Arbeitnehmer (bzw. 71 % aller weiblichen Arbeitnehmer) einer Teilzeitarbeit nachgehen. Die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeit wird anhand der spontanen Antworten der befragten Personen in der Arbeitskräfteerhebung getroffen.

Befristete Arbeitsverhältnisse besonders häufig bei Frauen und bei jungen Arbeitnehmern

Befristete Arbeitsverträge finden in weiten Teilen der Europäischen Union eine starke Verbreitung. Gut 13 % aller Arbeitnehmer haben befristete Stellen. Diese Verträge sind besonders häufig bei Frauen und bei jungen Arbeitnehmern anzutreffen.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Europäische Sozialstatistik — Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2000
- Regionen: Statistisches Jahrbuch 2001









Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

- Nr. 8 Beschäftigungsquoten in Europa — 2000
- Nr. 10 Arbeitskräfteerhebung — Wichtigste Ergebnisse 2000
- Nr. 13 Beschäftigung in den EU-Regionen 2000

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>
- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „GD für Beschäftigung und Soziales“:
http://europa.eu.int/comm/dgs/employment_social/index_en.htm

- / **Beschäftigungswachstum insgesamt. Jährliche Veränderung der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in %**
 - **Erwerbstätige: Männer und Frauen. Jahresdurchschnitt, in 1 000**
- / Beschäftigungswachstum: Frauen. Jährliche Veränderung in der Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen
- / Beschäftigungswachstum: Männer. Jährliche Veränderung in der Gesamtzahl der erwerbstätigen Männer
 - Erwerbstätige Frauen. Jahresdurchschnitt, in 1 000
 - Erwerbstätige Männer. Jahresdurchschnitt, in 1 000
- / **Beschäftigungsquote insgesamt. Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren**
 - Erwerbsquote bei Männern und Frauen (im Alter von 15-64). Jahresdurchschnitt. 2001
- / Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer insgesamt. Erwerbstätige im Alter von 55 bis 64 Jahren im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren
 - Erwerbsquote bei Männern und Frauen im Alter von 25 bis 54 Jahren. Jahresdurchschnitt
 - Erwerbsquote bei Männern und Frauen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Jahresdurchschnitt
- / **Beschäftigungsquote: Frauen. Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren im Verhältnis zur weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. %**
- / **Beschäftigungsquote: Männer. Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren im Verhältnis zur männlichen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. %**
- / Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer: Frauen. Erwerbstätige im Alter von 55 bis 64 Jahren im Verhältnis zur weiblichen Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren
- / Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer: Männer. Erwerbstätige im Alter von 55 bis 64 Jahren im Verhältnis zur männlichen Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren
 - Erwerbsquote bei Frauen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Jahresdurchschnitt
 - Erwerbsquote bei Männern im Alter von 15 bis 24 Jahren. Jahresdurchschnitt
 - Erwerbsquote bei Frauen im Alter von 25 bis 54 Jahren. Jahresdurchschnitt
 - Erwerbsquote bei Männern im Alter von 25 bis 54 Jahren. Jahresdurchschnitt
 - Erwerbstätige in der Landwirtschaft in % der Gesamtbeschäftigung: Männer und Frauen. Jahresdurchschnitt
 - Erwerbstätige in der Industrie in % der Gesamtbeschäftigung: Männer und Frauen. Jahresdurchschnitt
 - Erwerbstätige im Dienstleistungssektor in % der Gesamtbeschäftigung: Männer und Frauen. Jahresdurchschnitt
 - Durchschnittliche Zahl der üblicherweise geleisteten Wochenstunden: Teilzeitbeschäftigte. Frühjahr
 - Durchschnittliche Zahl der üblicherweise geleisteten Wochenstunden: Vollzeitbeschäftigte. Frühjahr
 - Teilzeitbeschäftigte Männer und Frauen in % der Gesamtbeschäftigung. Frühjahr
 - Prozentualer Anteil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten. Frühjahr
 - Teilzeitbeschäftigte Frauen in % der Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen. Frühjahr
 - Teilzeitbeschäftigte Männer in % der Gesamtzahl der erwerbstätigen Männer. Frühjahr
 - Prozentualer Anteil der Arbeitnehmer mit einem befristeten Arbeitsvertrag. Frühjahr 2001
 - Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen mit einer Zweitbeschäftigung. Frühjahr 2001
 - Prozentualer Anteil der Personen, die üblicherweise an Samstagen arbeiten. Frühjahr
 - Prozentualer Anteil der Personen, die üblicherweise an Sonntagen arbeiten. Frühjahr
 - Prozentualer Anteil der Personen, die üblicherweise im Schichtdienst arbeiten. Frühjahr
 - Prozentualer Anteil der Personen, die üblicherweise in der Nacht arbeiten. Frühjahr
- / **Arbeitslosenquote insgesamt. Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung insgesamt. Jahresdurchschnitt. %**

- Arbeitslosigkeit: Männer und Frauen. Jahresdurchschnitt, in 1 000
-  - Arbeitslosenquote: Frauen. Anteil der Arbeitslosen an der weiblichen Erwerbsbevölkerung
-  - Arbeitslosenquote: Männer. Anteil der Arbeitslosen an der männlichen Erwerbsbevölkerung
- Arbeitslosigkeit: Frauen. Jahresdurchschnitt, in 1 000
- Arbeitslosigkeit: Männer. Jahresdurchschnitt, in 1 000
- Arbeitslosenquote bei Personen unter 25 Jahren. Jahresdurchschnitt
- Arbeitslosigkeit: Personen unter 25 Jahren. Jahresdurchschnitt, in 1 000
-  - **Langzeitarbeitslosenquote. Langzeitarbeitslose (über 12 Monate) in % der Erwerbsbevölkerung insgesamt**
- Langzeitarbeitslose in % der Erwerbsbevölkerung. Jahresdurchschnitt. 2001
-  - Langzeitarbeitslosenquote: Frauen. Langzeitarbeitslose (über 12 Monate) in % der weiblichen Erwerbsbevölkerung
-  - Langzeitarbeitslosenquote: Männer. Langzeitarbeitslose (über 12 Monate) in % der männlichen Erwerbsbevölkerung
-  - **Regionale Streuung der Arbeitslosenquoten. Koeffizient der regionalen Unterschiede in der Arbeitslosenquote (Ebene NUTS 2) innerhalb der Länder**
-  - Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten. Personen im Alter bis zu 65 Jahren in Haushalten ohne Erwerbstätige, in % der Gesamtzahl der Personen in diesen Haushalten, deren Mitglieder sich weder in der Ausbildung noch im Ruhestand befinden
-  - Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten. Personen im Alter von 0 bis 60 Jahren in Haushalten ohne Erwerbstätige, in % der Gesamtzahl der Personen in diesen Haushalten, deren Mitglieder sich weder in der Ausbildung noch im Ruhestand befinden
- Prozentualer Anteil der Nichterwerbspersonen nach Alter und Geschlecht. Frühjahr 2001. EU-15
- Prozentualer Anteil der Nichterwerbspersonen: Männer und Frauen im Alter von 15 Jahren und darüber. Frühjahr
- Prozentualer Anteil der nicht erwerbstätigen Frauen im Alter von 15 Jahren und darüber. Frühjahr
- Prozentualer Anteil der nicht erwerbstätigen Männer im Alter von 15 Jahren und darüber. Frühjahr

Betriebliche Weiterbildung

Sich auf dem Laufenden halten: betriebliche Weiterbildung

Vergleichbare statistische Daten über betriebliche Weiterbildung sind ein wichtiges Instrument bei der Analyse von einerseits Unterschieden zwischen Angebot und Nachfrage an Qualifikationen, zwischen Berufsbildungsbedarf und -arten, zwischen Bereich und Umfang der angebotenen Berufsbildung und andererseits zwischen den von Unternehmen selbst bereitgestellten Mitteln und der Nutzung externer Anbieter. Letztendlich liefert die Erhebung wesentliche Informationen zu den Berufsbildungskosten, die sowohl für die Unternehmen als auch für den Staat entstehen, sowie zu neuen Finanzierungsmethoden.

Die Europäische Kommission hat eine neue Erhebung zur beruflichen Weiterbildung initiiert, nachdem eine erste Erhebung 1994 in den seinerzeit zwölf EU-Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt worden war. Die zweite Erhebung fand 2000/2001 statt. Sie wurde nicht nur in allen Mitgliedstaaten und in Norwegen, sondern auch in neun Kandidatenländern (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen - Region Pomorowski -, Rumänien, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) durchgeführt.

Unternehmen im nördlichen Europa bieten häufiger berufliche Weiterbildung

Der Prozentsatz der Unternehmen in den EU-Mitgliedstaaten und in Norwegen, die berufliche Weiterbildung bieten, lag 1999 zwischen 22 % in Portugal und 96 % in Dänemark. In den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich lag ihr Anteil über 80 %. Im Gegensatz dazu boten in Griechenland nur 18 % aller Unternehmen berufliche Weiterbildung an.

Externe Kurse bevorzugt

In EU-Mitgliedstaaten und Norwegen führten Unternehmen mit Ausbildungsangebot 1999 erheblich mehr externe als interne Kurse durch. In den Niederlanden organisierten fast alle diese Unternehmen (97 %) externe Kurse, aber nur ein Drittel bot interne Kurse an.

Unterschiedliche Ausbildungsgewohnheiten von kleinen und großen Unternehmen?

Zwischen der Weiterbildungsintensität und der Unternehmensgröße konnte keine einheitliche Verbindung gefunden werden. In sechs Ländern war die Weiterbildungsintensität (gemessen in der Anzahl von Kursstunden je Teilnehmer) in den großen Unternehmen am höchsten, während sie in vier Ländern in den kleinen Unternehmen höher war. Die geringste Anzahl von Kursstunden je Teilnehmer fand sich in den mittelständischen Unternehmen.

Weiterbildungskosten

Die Gesamtkosten für Weiterbildungskurse je Beschäftigter reichten 1999 von 410 KKS in Österreich bis zu 1 169 KKS in Dänemark. Während die Unternehmen in Norwegen, den Niederlanden und Schweden hohe Kosten je Beschäftigter aufwiesen, waren in dieser Skala Deutschland, Portugal und Spanien am unteren Ende zu finden.

Mehr zum Thema:

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

– Nr. 3 Betriebliche Weiterbildung in der Europäischen Union und Norwegen

Benötigen Sie weitere Informationen?

– Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop

– <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

- **Unternehmen mit Weiterbildungsangeboten in % der Gesamtzahl der Unternehmen. 1999**
- **Prozentualer Anteil der Arbeitnehmer (alle Unternehmen), die an Weiterbildungskursen teilnehmen. 1999**
- **Prozentualer Anteil der Arbeitnehmer (alle Unternehmen), die an Weiterbildungskursen teilnehmen, nach Geschlecht. 1999**
- **Kursstunden je Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen in kleinen und großen Unternehmen. 1999**
- **Prozentualer Anteil der Unternehmen mit Weiterbildungsangeboten nach Art des Kurses. 1999**
- **Gesamtkosten von Weiterbildungskursen je Arbeitnehmer in Unternehmen mit Weiterbildungskursen, in KKS. 1999**
- Prozentualer Anteil der Arbeitnehmer in kleinen und großen Unternehmen, die an Weiterbildungskursen teilnehmen. 1999
- Gesamtkosten von Weiterbildungskursen in % der Arbeitskosten insgesamt (alle Unternehmen). 1999
- Kursstunden je Arbeitnehmer (alle Unternehmen). 1999
- Kursstunden je Arbeitnehmer (alle Unternehmen) nach Geschlecht. 1999

Daten zur Arbeitsmarktpolitik

Problembewältigung auf dem Arbeitsmarkt

Die Erhebung von Daten zur Arbeitsmarktpolitik beruht auf einem umfassenden Verfahren, das in den vergangenen Jahren von Eurostat in enger Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales, den EU-Mitgliedstaaten und Norwegen sowie der OECD entwickelt wurde. Die entsprechende Datenbank wurde zur Überwachung der beschäftigungspolitischen Ziele, die in den Mitgliedstaaten umgesetzt wurden, entwickelt. Diese Ziele gehen auf die Einigung vom November 1997 zurück, mit der eine europäische Beschäftigungsstrategie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Bekämpfung und Verringerung der Arbeitslosigkeit eingeführt wurde (Beschäftigungsgipfel von Luxemburg).

Die Datenbank zur Arbeitsmarktpolitik der Europäischen Union weist gegenüber früheren Informationsquellen zwei wesentliche Vorzüge auf: Zum einen wird jede arbeitsmarktpolitische Maßnahme ausführlich und vergleichbar beschrieben, datenmäßig erfasst und veröffentlicht. Zum anderen werden ausführliche Angaben über Teilnehmer, Bestände und Ströme auf europäischer Ebene erhoben und veröffentlicht.

Aufgabe der Datenbank zur Arbeitsmarktpolitik

Die Datenbank zur Arbeitsmarktpolitik enthält Daten zu staatlichen Interventionen auf dem Arbeitsmarkt, die zum Ziel haben, einen effizienten Ablauf zu gewährleisten und Ungleichgewichte zu beseitigen. Diese Interventionen unterscheiden sich von anderen allgemeinen beschäftigungspolitischen Maßnahmen dadurch, dass durch selektives Vorgehen bestimmte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt gefördert werden.

Die **Klassifikation nach Eingriffsart** umfasst eine Grundkategorie, Öffentliche Arbeitsverwaltung und neun Kategorien von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die meist noch zwei oder mehr Unterkategorien aufweisen.

0. Öffentliche Arbeitsverwaltung: Leistungen der öffentlichen Arbeitsverwaltung, die die Arbeitsuche erleichtern und im Allgemeinen allen Arbeitsuchenden offen stehen.

1. Intensive Beratung und Unterstützung bei der Arbeitsuche: Programme, die die Arbeitsuche durch eine intensive, persönlich zugeschnittene Beratung unterstützen und sich an Personen wenden, die als arbeitslose Arbeitsuchende eingetragen sind und die besondere Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden, bzw. an andere Zielgruppen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf.

2. Aus- und Weiterbildung: Programme zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen und anderer Zielgruppen durch Aus- und Weiterbildung, wobei die Finanzierung durch öffentliche Träger erfolgt. Unter dieser Kategorie sind Maßnahmen zu erfassen, die Elemente einer schulischen Aus- und Weiterbildung enthalten oder die, sofern es sich um Aus- und Weiterbildung am Arbeitsplatz handelt, Anleitungen einschließen, die spezifisch dem Zweck der Unterrichtung dienen.

3. Arbeitsplatztausch und Job-Sharing: Programme zur Förderung der Beschäftigung von Arbeitslosen oder Personen von anderen Zielgruppen durch Verringerung der Arbeitszeit von bereits Beschäftigten.

4. Beschäftigungsanreize: Programme, die die Einstellung von Arbeitslosen oder Personen anderer Zielgruppen fördern oder dazu beitragen, dass die Beschäftigung von Personen, die von unfreiwilligem Verlust des Arbeitsplatzes bedroht sind, erhalten bleibt. Der Großteil der Arbeitskosten wird in der Regel vom Arbeitgeber getragen.

5. Eingliederung von Behinderten: Programme, die die Eingliederung von Behinderten in den Arbeitsmarkt fördern.

6. Direkte Beschäftigungsschaffung: Programme zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen gewöhnlich im gemeinnützigen oder sozialen Bereich für Langzeitarbeitslose und sonstige schwer vermittelbare Personen. Der Großteil der Arbeitskosten wird in der Regel aus öffentlichen Mitteln finanziert.

7. Gründungsinitiativen: Programme, die den Unternehmergeist fördern, indem die Arbeitslosen und Zielgruppen dabei unterstützt werden, eigene Unternehmen zu gründen oder selbständig tätig zu werden.

8. Einkommensunterstützung für Arbeitslose: Programme, die Lohn- oder Gehaltsausfall durch die Zahlung von Geldleistungen ersetzen, wenn

- eine Person arbeitsfähig und zur Aufnahme einer Beschäftigung bereit ist, jedoch keine angemessene Beschäftigung finden kann;
- eine Person aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen (u. a. saisonale Effekte) vorübergehend entlassen ist oder kurzarbeitet oder aus anderen Gründen zeitweise nicht beschäftigt ist;
- eine Person aufgrund von Umstrukturierungen oder ähnlichem den Arbeitsplatz verloren hat (Entlassungsabfindungen).

9. Vorruhestand: Programme, die den vollen oder teilweisen Vorruhestand von älteren Arbeitnehmern fördern, wenn für die betreffenden Arbeitnehmer nur geringe Chancen bestehen, dass sie einen Arbeitsplatz finden, oder wenn deren Ruhestand die Anstellung einer arbeitslosen Person oder eines Mitglieds einer anderen Zielgruppe ermöglicht.

Die **Klassifikation nach Art der Ausgabe** basiert in erster Linie darauf, wer der direkte Empfänger ist, und in zweiter Linie darauf, welcher Art die Ausgabe ist [Geldleistung oder Reduzierung der Lohnnebenkosten (Sozialabgaben)].

Um die **Zahl der Teilnehmer** an diesen Maßnahmen messen zu können, sind drei Angaben nötig: Bestand, Zugänge und Abgänge. Unter Bestand versteht man die Zahl der Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt an der Maßnahme teilgenommen haben, unter Zugängen, die Zahl der während eines Jahres neu zu einer Maßnahme hinzugekommenen Teilnehmer, und unter Abgängen, die Zahl der Teilnehmer, die während eines Jahres eine Maßnahme verlassen haben. Wie bei den Zugängen bezieht sich die Beobachtung auf die Beteiligung und nicht die einzelnen Teilnehmer, d. h. also, dass die gleiche Einzelperson in einem Jahr mehrmals erfasst werden kann.

Die Angaben in der Datenbank für Arbeitsmarktdaten sind untergliedert nach Geschlecht, Alter, Dauer der Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsstatus vor der Teilnahme, Abschlüsse und Abbrüche sowie Beschäftigungsstatus nach der Teilnahme.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Datenbank zur Arbeitsmarktpolitik — Methodik, April 2000
- Europäische Sozialstatistik — Arbeitsmarktpolitik — Ausgaben und Teilnehmer — Daten 2000 — Detaillierte Tabellen

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

- Nr. 12/2002 Unterschiedlich hohe Ausgaben der Mitgliedstaaten für Arbeitsmarktpolitik 1999

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

- Öffentliche Ausgaben der Arbeitsmarktpolitik — Maßnahmen in % des BIP. 2000
- Öffentliche Ausgaben der Arbeitsmarktpolitik — Maßnahmen für Aus- und Weiterbildung — Arbeitsplatztausch und Job-Sharing — Beschäftigungsanreize — Eingliederung von Behinderten — Direkte Beschäftigungsschaffung — Gründungsinitiativen; Angaben in % des BIP
- Öffentliche Ausgaben der Arbeitsmarktpolitik — Maßnahmen für Einkommensunterstützung für Arbeitslose und Vorruhestand; Angaben in % des BIP
- Arbeitsmarktpolitik — Ausgaben nach Art der aktiven Maßnahmen. EU-15. 2000
- Arbeitsmarktpolitik — Ausgaben nach Art der passiven Maßnahmen. EU-15. 2000

Konsumausgaben der privaten Haushalte

Mehr Transparenz bei der Untersuchung des privaten Verbrauchs

Für alle, die mehr über den privaten Verbrauch in der Europäischen Union erfahren wollen, stellt sich die grundlegende Frage: Wie entwickeln sich sein Volumen und die Anteile seiner Komponenten?

Das Jahrbuch von Eurostat gibt Antwort auf diese Frage. Hier finden sich Daten über die Konsumausgaben der privaten Haushalte für die so genannten „Verwendungszwecke“ des Verbrauchs (Märkte). Die Daten im Jahrbuch sind auf der zweistelligen Ebene der „Systematik des individuellen Verbrauchs nach Verwendungszwecken“ (Coicop) dargestellt, d. h., es bietet eine Untergliederung des Verbrauchs nach zwölf Verwendungszwecken. Zusätzlich enthält es einige Teilaggregate der dreistelligen Ebene der Coicop.

Daten zu allen Verwendungszwecken finden sich in New Cronos, Themenkreis 2, Bereich brkdowns, Sammlungen coicop2 und coicop3. Wenn Sie Auszüge aus der Datenbank New Cronos wünschen, wenden Sie sich bitten an den örtlichen Data Shop. Ein Adressenverzeichnis der Data Shops finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

Zuverlässige Quelle, harmonisierte Definitionen

Die Daten über die Konsumausgaben der privaten Haushalte stammen aus den Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Eurostat.

Der private Verbrauch ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen. Darunter fallen der Kauf von Waren und Dienstleistungen, der Eigenverbrauch (z. B. von Gartenerzeugnissen) und die unterstellten Mieten für Wohnungen, die von den Eigentümern selbst genutzt werden.

Der im ESVG 95 verwendete Begriff Konsumausgaben bezieht sich explizit auf die von privaten Haushalten direkt getätigten Ausgaben; der vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanzierte Teil des Verbrauchs bleibt unberücksichtigt. Wird dieser Anteil mit berücksichtigt, dann bezeichnet man die Summe im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Konsum nach dem Verbrauchskonzept.

Die Klassifikation für den Verbrauch Coicop und weitere Klassifikationen können über die Internetsite <http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon/> (option ‚classifications‘), Zeile 17 ‚Coicop‘ eingesehen werden. Diese Site bietet eine zweistellige sowie eine stärker untergliederte dreistellige Ebene.

Einige Ergebnisse

— **Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren**, auf die in der Vergangenheit der größte Teil des Verbrauchs entfiel, sind, bis auf wenige Ausnahmen, allmählich von ihrer Spitzenposition verdrängt worden und rangieren jetzt in den meisten Mitgliedstaaten hinter den Ausgabenposten Wohnung sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung an dritter Stelle; dies gilt noch nicht in den Kandidatenländern. Ihr Anteil am Verbrauch ist in den Ländern rund ums Mittelmeer höher als in den nördlichen Staaten.

In den Mitgliedstaaten machen Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zwischen 9,8 % (Vereinigtes Königreich, 2000) und 18,5 % (Portugal, 2000) der Verbrauchsausgaben insgesamt aus. In den Kandidatenländern liegt der entsprechende Wert zwischen 18,9 % (Slowenien, 1999) und 31,5 % (Litauen, 1999).

Weitere Angaben zu Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren sind in der Verbreitungsdatenbank New Cronos von Eurostat verfügbar, und zwar unter Themenkreis 2, Bereich brkdowns, Sammlung coicop3, wo man die entsprechenden Daten mit Untergliederungen unter dem Code cp01 findet.

Unter den Verwendungszweck „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“ fallen alle Käufe für einen Verbrauch zu Hause von: 1. Nahrungsmitteln ohne spezielles Tierfutter; 2. nicht alkoholische Getränke (Kaffee, Tee, Kakao, Mineralwasser, Limonade, Frucht- und Gemüsesaft usw.). Ausgeschlossen sind: 1. zubereitete Speisen von Hotels, Restaurants, Cafés usw. zum Mitnehmen sowie die fertig zubereiteten Erzeugnisse von Caterern, auch wenn sie dem Verbraucher ins Haus geliefert werden; 2. alkoholische Getränke, Tabakwaren, Narkotika und medizinische Erzeugnisse.

— Der Anteil des Ausgabenpostens **Wohnung** ist in fast allen Kandidatenländern angestiegen, wobei die Werte für die einzelnen Länder sehr stark voneinander abweichen. Mit wenigen Ausnahmen entfällt auf den Ausgabenposten Wohnen derzeit der größte Anteil in den Mitgliedstaaten (wobei die skandinavischen Länder die obersten Stellen einnehmen), nicht jedoch in den Kandidatenländern.

In den Mitgliedstaaten macht Wohnen zwischen 10,6 % (Portugal, 2000) und 30,6 % (Schweden, 1999) der Verbrauchsausgaben insgesamt aus. In den Kandidatenländern liegt der entsprechende Wert zwischen 15,0 % (Litauen, 1999) und 23,9 % (Polen, 2000).

Weitere Angaben zu Wohnen sind in New Cronos verfügbar, und zwar unter Themenkreis 2, Bereich brkdowns, Sammlung coicop3, wo man die entsprechenden Daten mit Untergliederungen unter dem Kode cp04 findet.

— Die Entwicklung im Bereich **Verkehr und Nachrichtenübermittlung** war von sinkenden Preisen begleitet (billigere Flüge, Hardware usw.). Mit wenigen Ausnahmen ist der Anteil der Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung in den Mitgliedstaaten höher als der Anteil für Nahrungsmittel und Getränke; dies gilt jedoch nicht für die Kandidatenländer.

In den Mitgliedstaaten macht Verkehr zwischen 8,6 % (Griechenland, 2000) und 17,4 % (Portugal, 2000) der Verbrauchsausgaben insgesamt aus. In den Kandidatenländern liegt der entsprechende Wert zwischen 9,2 % (Lettland, 1999) und 17,3 % (Slowenien, 1999).

Weitere Angaben zu Verkehr sind in New Cronos verfügbar, und zwar unter Themenkreis 2, Bereich brkdowns, Sammlung coicop3, wo man die entsprechenden Daten mit Untergliederungen unter dem Kode cp07 findet.

— Der Anteil der Ausgaben für **Gesundheitspflege** ist in den Mitgliedstaaten allgemein stabil, während er in den Kandidatenländern leicht anstieg. Vergleicht man jedoch die Anteile der Gesundheitsdienstleistungen am Gesamtverbrauch in den einzelnen Ländern, so ergeben sich erhebliche Unterschiede. Dänemark, Irland, Schweden und das Vereinigte Königreich verzeichnen hier niedrige Werte (unter 3 %), da die Gesundheitsdienste in diesen Ländern staatlich sind und daher unberücksichtigt bleiben.

— Die Ausgaben für **Freizeit und Kultur** sind in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich, was z. T. auf die öffentlichen Aufwendungen für diesen Bereich zurückzuführen ist. Ihr Anteil hat sich in den meisten Ländern erhöht.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Household final consumption expenditure in the European Union, 1995-1999
- Consumption expenditures of private households in the European Union (CD-ROM)
- Einkommen und Lebensbedingungen
- Living conditions in Europe — Statistical pocketbook

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

- Food (without beverages), at current prices. % of total household consumption expenditure
- **Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte**
- Alkoholische Getränke, Tabak und Betäubungsmittel, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Alkoholische Getränke, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Tabakwaren, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- **Erziehung und Unterricht, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte**
- Bekleidung und Schuhe, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- **Tatsächlich gezahlte Mieten, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte**
- Unterstellte Wohnungsmieten, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Strom, Gas und andere Brennstoffe, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Hausrat und laufende Instandhaltung der Wohnung, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Nachrichtenübermittlung, zu jeweiligen Preisen. % der aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Verkehr, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Freizeit und Kultur, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Restaurants und Hotels, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- **Gesundheit, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte**
- Versicherungen, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte
- Verschiedene Waren und Dienstleistungen, zu jeweiligen Preisen. % aller Konsumausgaben der Privaten Haushalte

Einkommen und Lebensbedingungen

Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung: Die Statistik beantwortet viele Fragen

Wie hoch ist das mittlere Einkommen? Sind einige Bestandteile wichtiger als andere? Besteht eine Kluft zwischen den Armen und den Reichen, und wie groß ist sie? Sind bestimmte Bevölkerungsgruppen eher von Armut bedroht als andere? Sind sie weniger gut in die Gesellschaft integriert? Ist ihr Bildungsstandard niedriger? Oder ihre Gesundheit schlechter? Oder sind ihre Familien größer? Oder ist ihr Einkommen weniger sicher? Haben sie Zugang zu einer vollen Bandbreite an Waren und Dienstleistungen? Verändert sich ihre Situation im Laufe der Zeit? Bestehen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern?

Nach derartigen Auskünften wird in der letzten Zeit verstärkt gefragt, seit das sozialpolitische Kapitel in den Vertrag von Amsterdam (1997) aufgenommen wurde, das sich zur treibenden Kraft für die Erstellung von EU-Sozialstatistiken entwickelt hat. Dieser Einfluss wurde durch die europäischen Ratssitzungen von Lissabon (März 2000), Nizza (Dezember 2000), Stockholm (März 2001) und Laeken (Dezember 2001) noch verstärkt, so dass die soziale Dimension hoch auf der politischen Tagesordnung steht. Eine wirksame Überwachung ist ein wichtiges Element bei der Durchführung von Strategien, die im Rahmen des offenen Koordinierungsverfahrens vereinbart wurden.

Die statistischen Indikatoren

Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung sind multidimensionale Probleme. Um diese Probleme auf europäischer Ebene wirkungsvoll zu überwachen, wurde ein zusätzlicher Satz von Strukturindikatoren, die Indikatoren für sozialen Zusammenhalt, für den jährlichen Synthesebericht der Kommission an den Rat entwickelt. Nach einem längeren Konsultations- und Verhandlungsprozess wurde die Liste der Indikatoren für den Synthesebericht 2002 fertig gestellt und im Dezember 2001 in Laeken angenommen; die Daten wurden für die Veröffentlichung in Barcelona im März 2002 vorgelegt.

Außerdem wurde in Laeken die Arbeit der Untergruppe Indikatoren des Sozialschutzausschusses vorgelegt, in dem Eurostat und die Generaldirektion Beschäftigung und Soziales eine führende Rolle spielen. Es wurde eine Liste mit detaillierten Indikatoren veröffentlicht, die einen Bezugsrahmen für Berichte über Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung bilden. In dieser Liste finden sich alle Indikatoren für sozialen Zusammenhalt des derzeitigen Satzes an Strukturindikatoren; außerdem bietet sie zusätzliche analytische Angaben.

Man einigte sich auch auf eine Hierarchie, nämlich auf primäre Indikatoren (zur Erfassung der wichtigsten Ursachen sozialer Ausgrenzung), sekundäre Indikatoren (zur Beschreibung anderer Dimensionen) und auf eine zusätzliche dritte Ebene von Indikatoren (Darstellung spezifischer nationaler Umstände, die zur Interpretation der primären und sekundären Indikatoren dienen können; die Indikatoren der dritten Ebene sind nicht notwendigerweise auf EU-Ebene harmonisiert).

Einige der wichtigsten Indikatoren von Laeken für Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung werden in den Tabellen des Eurostat-Jahrbuchs dargestellt. Nähere Angaben zu den anderen Sozialindikatoren sowie andere Untergliederungen können Sie über den örtlichen Data Shop erhalten; ein Adressenverzeichnis der Data Shops findet sich am Ende dieser Veröffentlichung.

Woher stammen die Daten?

Zur Berechnung der Indikatoren für die EU-Mitgliedstaaten hat Eurostat in den letzten Jahren vornehmlich Mikrodaten aus dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (EHP) genommen. Nachdem diese Datenquelle acht Jahre lang verwendet wurde, wird sie ab 2003 durch ein neues Instrument ersetzt, die EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Einer der Hauptgründe für diesen Wechsel ist die Erfordernis, den Inhalt und die Aktualität der Datenerstellung an den laufenden politischen Bedarf anzupassen.

EU-SILC soll die EU-Referenzquelle für vergleichbare Statistiken über Einkommensverteilung und soziale Ausgrenzung werden; dabei werden vorrangig hohe Qualität, insbesondere Vergleichbarkeit und Aktualität, und Flexibilität angestrebt. Die Statistik umfasst sowohl — und primär — eine Querschnittsdimension als auch eine Längsschnittdimension. Es wird verstärkt auf vorhandene einzelstaatliche Datenquellen zurückgegriffen, um so die Ergebnisse statt der Eingaben zu harmonisieren und um die Aktualität zu verbessern.

Das ECHP hat als Datenerfassungsinstrument Pionierarbeit geleistet; es ist zurzeit die einzige Quelle an zuverlässigen harmonisierten Daten über Einkommen und verwandte soziale Themen. Teil dieser „Längsschnitterhebung“ sind die jährlichen Interviews der teilnehmenden Haushalte (etwa 80 000 in der Europäischen Union; die Stichproben sollen für die jeweiligen Länder repräsentativ sein). So lassen sich die selben Teilnehmer über mehrere Jahre verfolgen und Angaben über die soziale Dynamik (beispielsweise Eintritt in das Erwerbsleben nach Abschluss der Ausbildung oder in das Rentenalter nach Abschluss des Erwerbsleben) erfassen, was bei einer typischen Querschnitterhebung (jährlich neue Stichproben) nicht möglich ist.

Das ECHP wird in Kooperation zwischen Eurostat und den Mitgliedstaaten durchgeführt. Endprodukt ist, nach bi- und multilateralen Validierungen, eine Nutzerdatenbank. Nach der Endabnahme wird diese für Veröffentlichungen freigegeben (unter striktem Datenschutz) und von Eurostat für die Berechnung und Veröffentlichung statistischer Indikatoren verwendet. Die Datenbank für das ECHP Welle 5 enthält die Daten für 1994 bis 1998. Sie wurde im Dezember 2001 freigegeben. Aufgrund laufender Erhebungsarbeiten sind die hier veröffentlichten Zahlen als vorläufig zu interpretieren.

Kurzbeschreibung der Methodik

In der ECHP wird das Haushaltseinkommen aus der Summe aller monetären Einkommen aus allen Quellen aller Haushaltsmitglieder (einschließlich Einkünften aus Arbeit, Investmenterträgen und Sozialleistungen) abzüglich Steuern und Sozialbeiträgen berechnet. Um die Unterschiede in der Haushaltsgröße und -zusammensetzung zu berücksichtigen, wird der Gesamtbetrag durch die Zahl der „Erwachsenenäquivalente“ unter Verwendung einer Standardskala (der so genannten OECD-Skala) dividiert; das Ergebnis wird dann den einzelnen Mitgliedern des Haushalts zugeordnet. Die EU-15-Schätzwerte werden als populationsgewichtete Durchschnitte der verfügbaren einzelstaatlichen Werte berechnet.

Einbeziehung der Kandidatenländer

Eurostat hat die Zusammenarbeit mit den Kandidatenländern aufgenommen, um einen ersten Teilsatz von Indikatoren über Einkommen und soziale Ausgrenzung in den Synthesebericht der Kommission aufzunehmen, der im Frühjahr 2003 in Thessaloniki vorgelegt werden soll.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen





- **European Community Household Panel (ECHP) — Selected indicators from the 1995 wave (PDF)**
- **European social statistics — Income, poverty and social exclusion**
- **Beschreibung der sozialen Lage in der Europäischen Union**
- **Social cohesion indicators adopted at the Laeken European Council**
- **Income, Poverty & Social Exclusion in the European Union: 2nd edition**
- **Armut und soziale Ausgrenzung in der EU nach Laeken**
- **Income, Poverty & Social Exclusion in the European Union**

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

- **Nr.14 Europäisches Haushaltspanel**

Benötigen Sie weitere Informationen?

- **Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop**
- **<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>**
- **Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „GD für Beschäftigung und Soziales,“:**
http://europa.eu.int/comm/dgs/employment_social/index_en.htm

- **Durchschnittliche Zahl der Personen je Privathaushalt**
- **Prozentualer Anteil der Personen in privaten Haushalten nach Art des Haushalts. Allein lebende Erwachsene**
- **Prozentualer Anteil der Personen in privaten Haushalten nach Art des Haushalts. Allein stehende Mütter/Väter mit unterhaltsberechtigten Kindern**
- Prozentualer Anteil der Personen in privaten Haushalten nach Art des Haushalts. Zwei Erwachsene ohne unterhaltsberechtigte Kinder
- Prozentualer Anteil der Personen in privaten Haushalten nach Art des Haushalts. Zwei Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern
- Prozentualer Anteil der Personen in privaten Haushalten nach Art des Haushalts. Drei oder mehr Erwachsene ohne unterhaltsberechtigte Kinder
- Prozentualer Anteil der Personen in privaten Haushalten nach Art des Haushalts. Drei oder mehr Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern
-  - Ungleichheit in der Einkommensverteilung (Quintilverteilung S80/S20)
-  - **Quote der von Armut bedrohten Personen: nach Sozialtransfers. Anteil (%) der Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsrisikogrenze, die bei 60 % des nationalen Medianwerts für das verfügbare Äquivalenzeinkommen angesetzt wird**
-  - **Quote der von Armut bedrohten Personen: vor Sozialtransfers. Anteil (%) der Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsrisikogrenze, die bei 60 % des nationalen Medianwerts für das verfügbare Äquivalenzeinkommen angesetzt wird**
-  - Quote der von Armut bedrohten Personen. Anteil der Personen, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen im laufenden Jahr und in mindestens zwei der drei vorhergehenden Jahre unter der Armutsrisikogrenze liegt. Die Grenze wird bei 60 % des nationalen Medianwerts für das verfügbare Äquivalenzeinkommen angesetzt

Wohnen

Ist die Art der Wohnung oder das Wohnbesitzverhältnis ein Indikator für das Wohlergehen eines Haushalts?

Bei der Art der Wohnung der europäischen Haushalte lassen sich zwei Tendenzen erkennen. In den südlichen Ländern scheinen Haushalte mit geringem Einkommen (Haushaltseinkommen unter 60 % des tatsächlichen laufenden Medianeinkommens) überwiegend in Häusern zu wohnen, während die Haushalte mit höherem Einkommen (Haushaltseinkommen über 140 % des tatsächlichen laufenden Medianeinkommens) vorrangig in Wohnungen leben. In den nördlichen Ländern ist die Tendenz gegenläufig.

Die Gründe für diese Unterschiede lassen sich nur schwer fassen. Die Verteilung der Haushalte auf Häuser oder Wohnungen steht im Bezug zum Grad der Verstädterung in dem jeweiligen Land und zur Qualität des Wohnraums. In Griechenland, Spanien und Portugal leben die meisten Haushalte mit geringem Einkommen in Einfamilienhäusern, während sich in Dänemark, Deutschland, Italien und Finnland das Gegenteil beobachten lässt.

Die eigenen vier Wände

Der Anteil der Wohnungseigner ist in den südlichen Ländern höher als in den nördlichen Ländern, wo die Einkommenshöhe das Wohnbesitzverhältnis der Haushalte bestimmt. Allerdings sind viele Haushalte mit geringem Einkommen in den südlichen Ländern schlechten Wohnverhältnissen ausgesetzt. In Griechenland, Spanien und vor allem in Portugal verweisen über 60 % dieser Haushalte darauf, dass mindestens eines der Grundausrüstungsmerkmale fehlt (Bad/Dusche in der Wohnung, WC in der Wohnung oder Zentralheizung).

Beeinflussen Kinder die Entscheidung der Haushalte?

Betrachtet man die Zahl der Wohnungseigner, so findet sich im Allgemeinen kein signifikanter Unterschied zwischen den Haushalten mit und ohne Kindern. Ausnahmen davon sind Belgien, Dänemark, Deutschland, die Niederlande und Österreich, wo Kinder sehr wohl einen Einfluss auf das Wohnbesitzverhältnis der Haushalte haben.

Beengte Wohnverhältnisse: südliche Haushalte mit höherem Risiko

Fast ein Drittel der Haushalte mit geringem Einkommen und ein Fünftel der Haushalte mit hohem Einkommen in Griechenland scheinen in beengten Wohnverhältnissen (mehr als eine Person je Raum) zu wohnen. Beachtet man die Tatsache, dass Wohnungseigentum in den südlichen Ländern einen höheren Stellenwert hat, so kann man davon ausgehen, dass die meisten Eigner kleine Wohnungen haben.

Der Unterschied zwischen den Einkommensgruppen ist in Italien, Portugal, Irland und Spanien groß. In allen Ländern ist das Risiko der Haushalte mit geringem Einkommen, in beengten Wohnverhältnissen zu leben, höher.

Mehr zum Thema:

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

- Living conditions in Europe
- Schlüsselindikatoren
- Statistical pocketbook
- Die Wohnverhältnisse älterer Menschen in der EU

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

- **Prozentualer Anteil der Haushalte, die in einem Haus leben, nach Einkommensgruppen (Medianeinkommen). 1998**
- **Prozentualer Anteil der Haushalte, die Eigentümer ihrer Wohnung sind, nach Einkommensgruppen (Medianeinkommen). 1998**
- **Prozentualer Anteil der Personen, die in überbelegten Wohnungen wohnen, nach Einkommensgruppen (Medianeinkommen). 1998**
- **Zimmer je Person, aufgeschlüsselt nach Eigentümer- und Mieterhaushalten. 1998**
- **Prozentualer Anteil der Haushalte, die sich kein Auto leisten können. 1998**
- **Prozentualer Anteil der Haushalte, in denen die Wohnkosten eine/keine finanzielle Belastung darstellen. 1998**

Wirtschaft und Umwelt

3

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Preise, Löhne und Finanzindikatoren

Internationaler Handel

Die Umwelt

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: ein hochwertiges Standard-Umfeld

Die von Eurostat veröffentlichten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeichnen sich durch ein immer höheres Maß an Genauigkeit und Vollständigkeit aus. Sie bilden die hochwertige Grundlage für wirtschaftliche und soziale Analysen. Das wichtigste Element ist hier das Bruttoinlandsprodukt (BIP), in das prinzipiell alle Waren und Dienstleistungen einfließen, die ein Land in einem bestimmten Zeitraum produziert bzw. erbringt.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen lassen sich in drei Bereiche untergliedern, Wirtschaft (einschließlich Beschäftigung), Geld und Finanzen.

Ihre gemeinsame Grundlage ist die amtliche Methodik, das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene (ESVG 95). Die im Rahmen des ESVG 95 erfassten Daten sind genau, umfassend und vergleichbar und damit für Wirtschaftsanalysen geeignet.

Das ESVG 95 ist die europäische Fassung des SNA 93 der Vereinten Nationen (System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) und ist damit kompatibel.

Auf den folgenden Internet-Sites steht die ESVG 95 zu Ihrer Verfügung:

- auf Englisch (<http://www.cc.cec/home/eurostat/esa/en/een00sum.htm>);
- auf Französisch (<http://www.cc.cec/home/eurostat/esa/fr/efr00sum.htm>);
- auf Deutsch (<http://www.cc.cec/home/eurostat/esa/de/esa95de.htm>)

Untergliederung der Wirtschaft: Wirtschaftszweige und Sektoren

Es gibt zwei übliche Arten, die Volkswirtschaft für Analysezwecke zu untergliedern:

- nach institutionellen Sektoren, also Rechtspersonen wie Haushalte, Regierungen, Unternehmen usw.

Die Sektoren folgen der Systematik gemäß ESVG 95, Anhang IV;

- nach Produktionsbereichen, also homogenen Produktionseinheiten wie Landwirtschaft, Fischerei, chemische Industrie usw.

Die Produktionsbereiche folgen der NACE Rev. 1, der überarbeiteten Fassung der NACE-Systematik, der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige der Europäischen Gemeinschaft (seit 1994 Europäische Union). Das Akronym NACE kommt von der französischen Bezeichnung für die Systematik, nämlich „nomenclature des activités économiques dans la Communauté européenne“.

Die NACE untergliedert die Volkswirtschaft nach Wirtschaftsbereichen in verschiedene Ebenen (= Kennung des Wirtschaftszweigs): A3, A6, A17, A31, A60. Die NACE Rev. 1 ist auf der frei zugänglichen Internet-Site <http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon/>, unter „Klassifikationen“, Zeile 89 in Deutsch, Englisch und Französisch verfügbar. Auf dieser Internet-Site können Sie auch die Coicop (Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums) für die Konsumausgaben der privaten Haushalte und COFOG für die Aufgabenbereiche des Staates einsehen.

Bessere Qualität durch genauere und vollständigere Erfassung

Im Jahr 2000 wurden die folgenden Neuerungen in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgenommen:

1. Seit 1999 wird schrittweise das neue VGR-System des ESVG 95 eingeführt, durch das das vorherige ESVG 79 ergänzt und erweitert wurde.

Im Vergleich zum ESVG 79 bietet das ESVG 95:

- eine größere Vollständigkeit: Berücksichtigung neuer Tätigkeiten (z. B. in den Bereichen Leasing und Aktienoptionen) und Aufnahme oder amtliche Akzeptanz bestimmter Konzepte (Kaufkraftparitäten und -standards, Erwerbspersonen, Arbeitslose, Vermögensbilanzen usw.);
- neue Konzepte (Konsum nach dem Verbrauchskonzept, reales verfügbares Nationaleinkommen, Umbewertungsgewinne, Untergliederung des Sektors private Haushalte, Bewertung zu Herstellungspreisen, differenziertere Behandlung von Handels- und Transportspannen usw.);
- neue statistische Instrumente (Buchungsverfahren und -schwellen);
- Besonderheiten bezüglich der Europäischen Institutionen.

Infolge des Übergangs vom ESVG 79 zum ESVG 95 haben sich die Werte für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) leicht erhöht. Auch bei den Konsumdaten für 1995 war im Allgemeinen ein Anstieg zu verzeichnen.

In dieser Ausgabe des Jahrbuchs sind alle Zeitreihen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf dem ESVG 95 basiert, d. h., die Zeitreihen weisen keinen Bruch im Jahr 2000 auf.

2. Es gibt diesbezüglich vollständig neue (oder Neufassungen von) Systematiken: NACE Rev. 1 für die Wirtschaftszweige, Coicop für die Konsumausgaben der privaten Haushalte und COFOG für die Aufgabenbereiche des Staates. Mit Hilfe dieser verfeinerten Untergliederung der Volkswirtschaft soll dem sich verändernden Bedarf der Statistiker besser Rechnung getragen werden.

Gesamtwirtschaftliche Leistung

Das BIP: Ergebnis der gesamten Produktionstätigkeit

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen ist ein Maß für das Ergebnis der Produktionstätigkeit der gebietsansässigen produzierenden Einheiten. Es lässt sich auf drei Wegen ermitteln:

- Das BIP ist gleich der Summe der Bruttowertschöpfung der institutionellen Sektoren oder Wirtschaftsbereiche (nach Abzug der unterstellten Bankgebühren) zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen (die nicht nach Sektoren und Wirtschaftsbereichen aufgliedert werden). Es ist ferner der Saldo des Produktionskontos der gesamten Volkswirtschaft (Produktionskonzept).
- Das BIP ist gleich der gesamten letzten Verwendung von Waren und Dienstleistungen durch gebietsansässige institutionelle Einheiten (Konsum und Bruttoinvestitionen) zuzüglich der Exporte und abzüglich der Importe von Waren und Dienstleistungen (Ausgabenkonzept).
- Das BIP ist gleich den auf der Verwendungsseite des Einkommensentstehungskontos der gesamten Volkswirtschaft ausgewiesenen Positionen (Arbeitnehmerentgelt, Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen, Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen der gesamten Volkswirtschaft) (Einkommenskonzept) (ESVG 95, 8.89).

In den hier aufgeführten Tabellen entspricht das BIP dem volkswirtschaftlichen Produktionswert von Waren und Dienstleistungen abzüglich Vorleistungen zuzüglich MwSt. auf die Produktion und Nettoimportabgaben (Differenz aus Importabgaben und Importsubventionen). Bewertung zu konstanten Preisen heißt, dass Strom- und Bestandsgrößen einer Periode zu Preisen einer Referenzperiode bewertet werden (ESVG 95, 1.56).

Das Pro-Kopf-BIP: Vergleich der relativen Stärke von Volkswirtschaften

Das BIP, insbesondere das BIP pro Kopf, ist einer der wichtigsten Indikatoren für die Wirtschaftsanalyse sowie für räumliche und/oder zeitliche internationale Vergleiche.

Um diese internationalen Vergleiche zu vereinfachen, wird das in nationaler Währung des jeweiligen Mitgliedstaats angegebene BIP mit Hilfe des amtlichen Wechselkurses in eine gemeinsame Währung umgerechnet (bis 1998 Ecu, ab Anfang 1999 Euro). Dies spiegelt jedoch nicht zwangsläufig die tatsächliche Kaufkraft der einzelnen Landeswährungen im jeweiligen Wirtschaftsgebiet wider, da das umgerechnete BIP nicht nur von der Menge der in einem Wirtschaftsgebiet erzeugten Güter, sondern auch vom allgemeinen Preisniveau abhängt. Das in eine gemeinsame Währung umgerechnete BIP stellt daher in den meisten Fällen keinen korrekten Indikator für das betreffende Gütervolumen dar.

Um die aus den Unterschieden im Preisniveau resultierende Verzerrung zu beseitigen, werden transitive Kaufkraftparitäten (KKP) errechnet und als Umrechnungsfaktor verwendet (Wechselkurs Landeswährung: KKS). Diese Paritäten erhält man aus dem gewichteten Durchschnitt der Preisrelationen eines homogenen Waren- und Dienstleistungskorbs, der für alle Mitgliedstaaten vergleichbar und repräsentativ ist.

Die auf diese Weise ermittelten „vergleichbaren“ Volumenwerte des BIP werden somit in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt, die eine von nationalen Währungen unabhängige Einheit darstellen.

Bruttowertschöpfung: „Entstehung“ des BIP

Das BIP entsteht zum überwiegenden Teil (in der Regel zu ungefähr 85-90 %) aus der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen.

Die Bruttowertschöpfung wird zu Herstellungspreisen ausgewiesen. Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Produktionswert zu Herstellungspreisen und den Vorleistungen zu Anschaffungspreisen (ESVG 95, 9.23). Der Herstellungspreis ist der Betrag, den der Produzent je Einheit der von ihm produzierten Waren und Dienstleistungen vom Käufer erhält ohne die auf die produzierten oder verkauften Güter zu zahlenden Steuern (also ohne Gütersteuern), zuzüglich aller empfangenen Subventionen, die auf die produzierten oder verkauften Güter gewährt werden (also einschließlich Gütersubventionen). Vom Produzenten getrennt in Rechnung gestellte Transportkosten rechnen nicht dazu. Dagegen zählen im Preis enthaltene Transportkosten zum Herstellungspreis, selbst wenn sie auf der Rechnung getrennt ausgewiesen werden (ESVG 95, 3.48).

Wer trägt zur Wertschöpfung bei?

Aus den Tabellen in diesem Abschnitt geht hervor, in welchem Maße die neun Hauptwirtschaftszweige zur Bruttowertschöpfung beitragen. Das verarbeitende Gewerbe wird hier als ein Wirtschaftszweig angesehen.

Die einzelnen Beiträge sind als prozentuale Anteile an der gesamten Bruttowertschöpfung angegeben.

Mehr zum Thema:

Eurostat-Veröffentlichungen

- Porträt der Wirtschaft der Europäischen Union 2002
- Regionen: Statistisches Jahrbuch 2002

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 2

- Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>
- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen“:
http://europa.eu.int/comm/dgs/economy_finance/index_en.htm

- **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. Jeweilige Zeitreihen in KKS pro Kopf**
- Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, Jeweilige Zeitreihen in Mio. KKS
- **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. Jeweilige Zeitreihen in Mio. ECU/EUR**
- Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen. Jährliches Wachstum in % gegenüber dem Vorjahr (reales Volumenwachstum)
- Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen. Jeweilige Zeitreihen in Mio. ECU/EUR
-  - **Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS). EU-15 = 100**
-  - **Wachstumsrate des BIP zu konstanten Preisen (Basisjahr 1995). Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr**
-  - Arbeitsproduktivität. Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards (KKS) im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten. EU-15 = 100
-  - Arbeitsproduktivität. Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards (KKS) je geleistete Arbeitsstunde bezogen auf EU-15. EU-15 = 100
-  - Anstieg der Lohnstückkosten. Anstieg des Arbeitsentgelts je Arbeitnehmer in jeweiligen Preisen im Verhältnis zum BIP (in jeweiligen Preisen) bezogen auf die Gesamtbeschäftigung
- **Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Land- und Forstwirtschaft. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige**
- **Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Fischerei und Fischzucht. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige**
- **Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige**
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Bergbau auf Uran- und Thoriumerze. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- **Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen. Verarbeitendes Gewerbe. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige**
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Textil- und Bekleidungsindustrie. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Ledergewerbe. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln). Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Papier-, Verlags- und Druckgewerbe. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Chemische Industrie. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige

- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Maschinenbau. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Fahrzeugbau. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Energie- und Wasserversorgung. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Baugewerbe. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- **Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Groß- und Einzelhandel einschließlich Instandhaltung und Reparatur. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige**
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Gastgewerbe. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Kredit- und Versicherungsgewerbe. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- **Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige**
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- **Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Erziehung und Unterricht. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige**
- **Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige**
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige
- Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Herstellungspreisen und Wechselkursen: Private Haushalte. Angaben in % des Gesamtwerts aller Wirtschaftszweige


Verbrauchsausgaben

Konsum: Wie das BIP „ausgegeben“ wird

Nach dem „Ausgabenkonzept“ ist das BIP gleich der gesamten letzten Verwendung von Waren und Dienstleistungen. Man könnte es mit einfacheren Worten auch so formulieren: Aus den Tabellen in diesem Abschnitt über „Konsumausgaben“ geht hervor, für welchen Zweck die Waren und Dienstleistungen (deren Produktion Gegenstand des Abschnitts „Gesamtwirtschaftliche Leistung“ war) verwendet worden sind.

Laut Definition der ESVG-Verordnung sind Konsumausgaben die Ausgaben gebietsansässiger institutioneller Einheiten für Waren und Dienstleistungen, die zur unmittelbaren Befriedigung individueller Bedürfnisse und Wünsche oder kollektiver Bedürfnisse der Allgemeinheit verwendet werden (ESVG 95, 3.75). Der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen wird aus dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte finanziert.

- Die **privaten Konsumausgaben** enthalten die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Die privaten Haushalte sind untergliedert nach Selbständigen, Arbeitnehmern, Empfängern von Vermögenseinkommen, Renten- und Pensionsempfängern und sonstigen Nichterwerbstätigen. Die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck umfassen Organisationen ohne Erwerbszweck mit eigener Rechtspersönlichkeit, die als private sonstige Nichtmarktproduzenten privaten Haushalten dienen. Ihre Hauptmittel stammen, von etwaigen Verkaufserlösen abgesehen, aus freiwilligen Geld- oder Sachbeiträgen, die private Haushalte in ihrer Eigenschaft als Konsumenten leisten, aus Zahlungen des Staates sowie aus Vermögenseinkommen.
- Die **Konsumausgaben des Staates** (ESVG 95, 3.79) umfassen zwei Ausgabenkategorien. Sie enthalten zum einen den Wert der Güter, die vom Staat selbst produziert werden, jedoch ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe, und zum anderen vom Staat auf dem Markt gekaufte Güter, die - ohne irgendwelche Umwandlungen - als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.
- Die **Bruttoanlageinvestitionen** (ESVG 95, 3.102) umfassen den Erwerb abzüglich der Veräußerungen von Anlagegütern durch gebietsansässige Produzenten in einem Zeitraum zuzüglich gewisser Werterhöhungen an nichtproduzierten Vermögensgütern durch produktive Tätigkeiten von Produzenten oder institutionellen Einheiten. Zum Anlagevermögen zählen produzierte Sachanlagen und produzierte immaterielle Anlagegüter, die wiederholt oder kontinuierlich länger als ein Jahr in der Produktion eingesetzt werden.
- **Vorratsveränderungen** (ESVG 95, 3.117) erfassen den Wert der Vorratzugänge abzüglich des Wertes der Abgänge (einschließlich „normaler“ Verluste) vom Vorratsbestand.
- **Außenbeitrag** (ESVG 95, 8.68): Importe werden auf der Aufkommenseite, Exporte auf der Verwendungsseite des Kontos gebucht. Die Differenz zwischen Aufkommen und Verwendung ist der Kontensaldo, der als Außenbeitrag bezeichnet wird. Ein positiver Saldo bedeutet für die übrige Welt einen Überschuss und für die gesamte Volkswirtschaft ein Defizit; bei einem negativen Saldo verhält es sich umgekehrt.

- Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Jeweilige Zeitreihen in Mio. ECU/EUR
- **Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Jeweilige Zeitreihen in % des BIP**
- Konsumausgaben des Staates. Jeweilige Zeitreihen in Mio. ECU/EUR
- Konsumausgaben des Staates. Jeweilige Zeitreihen in % des BIP
- Bruttoanlageinvestitionen. Jeweilige Zeitreihen in Mio. ECU/EUR
- **Bruttoanlageinvestitionen. Jeweilige Zeitreihen in % des BIP**
- Außenbeitrag der Waren und Dienstleistungen. Jeweilige Zeitreihen in Mio. ECU/EUR
- Außenbeitrag der Waren und Dienstleistungen. Jeweilige Zeitreihen in % des BIP
-  - Unternehmensinvestitionen. Bruttoanlageinvestitionen des privaten Sektors in % des BIP

Einkommen der Produktionsfaktoren

Faktoreinkommen: Wie das BIP „erwirtschaftet“ wird

Voraussetzung für die Entstehung des BIP sind „Input-Faktoren“ wie Arbeit und Kapital, die bezahlt werden müssen. Das Einkommenskonzept zeigt das BIP, wie es auf die einzelnen Teilnehmer am Produktionsprozess aufgeteilt ist. Das BIP wird also dargestellt als die Summe aus:

- **Arbeitnehmerentgelt:** Dazu gehören sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer erbracht werden, und zwar als Entgelt für die von diesem im Darstellungszeitraum geleistete Arbeit (ESVG 95, 4.02). Das Arbeitnehmerentgelt untergliedert sich in: 1. Bruttolöhne und -gehälter (in Form von Geldleistungen und in Form von Sachleistungen); 2. Sozialbeiträge der Arbeitgeber (tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge);
- **Bruttobetriebsüberschuss der gesamten Volkswirtschaft:** Dabei handelt es sich um den Überschuss (oder das Defizit) aus den Produktionstätigkeiten vor Zinsen, Pachten, Entschädigungen, die die Produktionseinheit leistet oder empfängt;
- **Selbständigeneinkommen der gesamten Volkswirtschaft:** Dabei handelt es sich um die Vergütung für die vom Eigentümer von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (oder von Mitgliedern seiner Familie) geleistete Arbeit. Man spricht von Selbständigeneinkommen, da es sich nicht vom unternehmerischen Gewinn der Eigentümers unterscheiden lässt;
- **Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen:** Dabei handelt es sich um Zwangsabgaben an den Staat oder die Institutionen der Europäischen Union ohne Gegenleistung auf die Produktion und die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, die Beschäftigung von Arbeitskräften oder das Eigentum an oder den Einsatz von Grundstücken, Gebäuden oder anderen im Produktionsprozess eingesetzten Aktiva.

- Arbeitnehmerentgelt: gesamte Volkswirtschaft. Jeweilige Zeitreihen in Mio. ECU/EUR
- **Arbeitnehmerentgelt. Jeweilige Zeitreihen in % des BIP**
- Bruttolöhne und -gehälter: Gesamte Wirtschaft. Jeweilige Zeitreihen in Mio. ECU/EUR
- Bruttolöhne und -gehälter: Gesamte Wirtschaft. Jeweilige Zeitreihen in % des BIP
- Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen: gesamte Volkswirtschaft. Jeweilige Zeitreihen in Mio. ECU/EUR
- **Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen: Gesamte Wirtschaft. Jeweilige Zeitreihen in % des BIP**

Öffentliche Finanzen

Messung der öffentlichen Finanzen in der Europäischen Union und in der Eurozone ...

Die EU-Mitgliedstaaten in der Eurozone sind sich darüber einig, dass die öffentlichen Finanzen auf einer soliden und dauerhaft tragfähigen Grundlage stehen müssen. Die Mitgliedstaaten sind dazu angehalten, „übermäßige öffentliche Defizite“ zu vermeiden, d. h., das geplante oder tatsächliche öffentliche Defizit darf nicht mehr als 3 % und der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen (es sei denn, es handelt sich um eine außergewöhnliche oder vorübergehende Überschreitung, oder die Quoten sind erheblich und kontinuierlich zurückgegangen). Die deutlicheren und strengeren Vorschriften für die Haushaltsdisziplin gelten seit dem Inkrafttreten des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (Amsterdam, 1997).

Das Kriterium „übermäßiges Defizit“ wird im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems für alle EU-Mitgliedstaaten auf vergleichbare Weise gemessen. In dem „Verfahren bei einem übermäßigen Defizit“ ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten ihre Statistiken über das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand der Europäischen Kommission jeweils am 1. März und am 1. September eines jeden Jahres übermitteln.

Eurostat erfasst die Daten und sorgt dafür, dass die Daten aus allen Mitgliedstaaten den einschlägigen Vorschriften entsprechen.

... mehr als nur die Frage von Überschuss oder Defizit

Statistiken über die öffentlichen Finanzen bieten eine Fülle weiterer Informationen über den Sektor Staat. Sie geben z. B. Auskunft über:

- Produktionswert des Staates,
- Einkommen- und Vermögensteuern,
- Sozialbeiträge,
- Gesamteinnahmen des Sektors Staat,
- Bruttoanlageinvestitionen,
- Gesamtausgaben des Sektors Staat,
- Konsumausgaben,
- Produktions- und Importabgaben,
- Subventionen,
- monetäre Sozialleistungen (Sozialleistungen ohne soziale Sachtransfers).

Mehr zum Thema:

- Handbuch zum ESVG 1995: Defizit und Schuldenstand des Staates
- Geld, Finanzen und der Euro: Statistiken

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>
- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen“
http://europa.eu.int/comm/dgs/economy_finance/index_en.htm

- **Produktionswert des Staates in % des BIP**
- Produktionswert des Staates in % des BIP. 2001
- Einkommen- und Vermögensteuern in % des BIP
- Einkommen- und Vermögensteuern in % des BIP. 2001
- Sozialbeiträge in % des BIP
- Sozialbeiträge in % des BIP. 2001
- Produktions- und Importabgaben in % des BIP
- Produktions- und Importabgaben in % des BIP. 2001
- **Gesamteinnahmen des Staates in % des BIP**
- Gesamteinnahmen des Staates in % des BIP. 2001
- **Bruttoanlageinvestitionen des Staates in % des BIP**
- Bruttoanlageinvestitionen des Staates in % des BIP. 2001
- **Gesamtausgaben des Staates in % des BIP**
- Gesamtausgaben des Staates in % des BIP. 2001
- Konsumausgaben des Staates in % des BIP
- Konsumausgaben des Staates in % des BIP. 2001
- Staatliche Subventionen in % des BIP
- Staatliche Subventionen in % des BIP. 2001
- Staatliche Sozialleistungen (ohne Sozialtransfers in Form von Sachleistungen) in % des BIP
- Staatliche Sozialleistungen (ohne Sozialtransfers in Form von Sachleistungen) in % des BIP. 2001
-  - **Öffentlicher Finanzierungssaldo. Finanzierungssaldo des Sektors Staat (konsolidiert) in % des BIP**
-  - **Konsolidierter Bruttoschuldenstand des Staates in % des BIP**
-  - Öffentliches Beschaffungswesen. Wert der in offenen Verfahren ausgeschriebenen öffentlichen Aufträge in % des BIP
-  - Sektorale und Ad-hoc-Beihilfen des Staates in % des BIP

Sozialschutz

Sozialschutz: Verringerung der Lasten

Sozialschutz umfasst alle Eingriffe öffentlicher oder privater Stellen zur Verringerung der Lasten, die privaten Haushalten oder Einzelpersonen durch eine genau festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen im Zusammenhang mit Alter, Krankheit, Mutterschaft und Familie, Behinderung, Arbeitslosigkeit usw. entstehen.

Die Daten zu den Sozialschutzausgaben und -einnahmen sind nach dem Europäischen System der integrierten Sozialschutzstatistik, Essoss, harmonisiert.

Ausführlichere Angaben zum Sozialschutz liefert Eurostat im Bereich „sespros“ der Datenbank New Cronos. Wenn Sie diesen Dienst in Anspruch nehmen wollen, wenden Sie sich bitte an den örtlichen Data Shop. Ein Adressenverzeichnis der Data Shops finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

Die acht „Funktionen“ des Sozialschutzes

Die Ausgaben des Sozialschutzes umfassen die Sozialleistungen, die Verwaltungskosten und die sonstigen Ausgaben (z. B. an Banken zu zahlende Zinsen). Der wichtigste Ausgabenbereich des Sozialschutzes ist die Gewährung von Leistungen. Ausgaben für Bildung bleiben unberücksichtigt.

Sozialleistungen sind direkte Geld- oder Sachtransfers von Sozialschutzsystemen an private Haushalte und Einzelpersonen zur Verringerung der Lasten, die durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse entstehen. Ausgenommen sind steuerliche Vergünstigungen.

Die Leistungen werden nach den acht „Funktionen“ des Sozialschutzes untergliedert:

1. Krankheit/Gesundheitsversorgung;
2. Invalidität/Gebrechen;
3. Alter;
4. Hinterbliebene;
5. Familie/Kinder;
6. Arbeitslosigkeit;
7. Wohnen;
8. Soziale Ausgrenzung.

Im Folgenden finden Sie eine kurze Beschreibung der einzelnen Funktionen.

- Leistungen der Funktion **„Krankheit/Gesundheitsversorgung“** betreffen in erster Linie Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall, medizinische Versorgung und Versorgung mit Arzneimitteln.
- Die Leistungen der Funktion **„Invalidität/Gebrechen“** umfassen hauptsächlich Invalidenrenten und die Versorgung von Behinderten mit Waren und Dienstleistungen (ohne medizinische Versorgung).
- Die Leistungen der Funktion **„Alter“** umfassen vorwiegend Altersruhegeld und die Versorgung älterer Menschen mit Waren und Dienstleistungen (außer medizinische Versorgung).
- Die Leistungen der Funktion **„Hinterbliebene“** beinhalten die finanzielle Unterstützung und Hilfe im Zusammenhang mit einem Todesfall in der Familie, wie z. B. Hinterbliebenenrenten.
- Die Leistungen der Funktion **„Familie/Kinder“** betreffen (außer medizinische Versorgung) Kosten, die im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt, Erziehung und Betreuung von anderen Familienmitgliedern anfallen.

- Unter die Leistungen der Funktion „**Arbeitslosigkeit**“ fallen auch durch öffentliche Stellen finanzierte Berufsausbildungsmaßnahmen.
- Die Leistungen der Funktion „**Wohnen**“ umfassen Maßnahmen staatlicher Behörden, die private Haushalte bei der Aufbringung der Wohnkosten unterstützen.
- Die Leistungen der Funktion „**soziale Ausgrenzung**“ umfassen Einkommensbeihilfen, Wiedereingliederung von Alkohol- und Drogenabhängigen und sonstige Leistungen (außer medizinische Versorgung).

Die Finanzierung des Sozialschutzes

Die für den Sozialschutz zuständigen Stellen werden auf unterschiedliche Weise finanziert. Die Einnahmen umfassen Sozialbeiträge von Arbeitgebern und Versicherten, Beiträge des Staates und sonstige Einnahmen. Die sonstigen Einnahmen stammen aus einer Vielzahl von Quellen, z. B. Zinsen, Dividenden, Mieten und Forderungen gegenüber Dritten.

Sozialbeiträge werden von den Arbeitgebern und den Versicherten gezahlt.

Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind alle Aufwendungen der Arbeitgeber zur Sicherstellung der Ansprüche ihrer Beschäftigten auf Sozialleistungen. Dazu gehören alle Zahlungen der Arbeitgeber an Sozialschutzsysteme (tatsächliche Beiträge) sowie direkt von Arbeitgebern an Arbeitnehmer gezahlte Sozialleistungen (unterstellte Beiträge). Die Sozialbeiträge der Versicherten umfassen die von Arbeitnehmern, Selbständigen, Rentnern und sonstigen Personen gezahlten Beiträge.

Sozialleistungen werden vor Abzug der von den Empfängern auf sie zu entrichtenden Steuern oder sonstigen Pflichtabgaben erfasst. „Steuerliche Leistungen“ (Steuervergünstigungen für Haushalte im Rahmen des Sozialschutzes) sind in der Regel ausgenommen.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Beschreibung der sozialen Lage in Europa
- Europäische Sozialstatistik — Sozialschutz — Ausgaben und Einnahmen

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

- Nr. 1 Der Sozialschutz in Europa

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>
- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „GD für Beschäftigung und Soziales“:
http://europa.eu.int/comm/dgs/employment_social/index_en.htm

- Gesamtausgaben für den Sozialschutz zu jeweiligen Preisen in % des BIP. 1999
- **Gesamtausgaben für den Sozialschutz zu jeweiligen Preisen in % des BIP**
- **Gesamtausgaben für den Sozialschutz pro Kopf der Bevölkerung in ECU/EUR. 1999**
- Gesamtausgaben für den Sozialschutz pro Kopf der Bevölkerung in ECU/EUR
- Gesamtausgaben für den Sozialschutz pro Kopf der Bevölkerung in KKS. 1999
- Gesamtausgaben für den Sozialschutz pro Kopf der Bevölkerung zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Gesamtausgaben für den Sozialschutz nach Ausgabenart in % der Ausgaben insgesamt. 1999. EU-15
- Sozialleistungen in % der Ausgaben insgesamt
- Verwaltungskosten in % der Ausgaben insgesamt
- Sonstige Ausgaben in % der Ausgaben insgesamt
- **Sozialleistungen nach ihrer Funktion in % der Leistungen insgesamt. 1999. EU-15**
- Sozialleistungen nach ihrer Funktion zu konstanten Preisen. 1990 = 100. EU-15
- Sozialleistungen für die Funktion „Krankheit/Gesundheitsversorgung“ in % der Leistungen insgesamt
- Sozialleistungen für die Funktion „Invalidität/Gebrechen“ in % der Leistungen insgesamt
- Sozialleistungen für die Funktion „Alter“ in % der Leistungen insgesamt
- Sozialleistungen für die Funktion „Hinterbliebene“ in % der Leistungen insgesamt
- Sozialleistungen für die Funktion „Familie/Kinder“ in % der Leistungen insgesamt
- Sozialleistungen für die Funktion „Arbeitslosigkeit“ in % der Leistungen insgesamt
- Sozialleistungen für die Funktion „Wohnen“ in % der Leistungen insgesamt
- Sozialleistungen für die Funktion „soziale Ausgrenzung a. n. g.“ in % der Leistungen insgesamt
- Sozialleistungen pro Kopf der Bevölkerung in KKS. 1999
- Sozialleistungen für die Funktion „Krankheit/Gesundheitsversorgung“ in KKS pro Kopf der Bevölkerung
- Sozialleistungen für die Funktion „Invalidität/Gebrechen“ in KKS pro Kopf der Bevölkerung
- Sozialleistungen für die Funktion „Alter“ in KKS pro Kopf der Bevölkerung
- Sozialleistungen für die Funktion „Hinterbliebene“ in KKS pro Kopf der Bevölkerung
- Sozialleistungen für die Funktion „Familie/Kinder“ in KKS pro Kopf der Bevölkerung
- Sozialleistungen für die Funktion „Arbeitslosigkeit“ in KKS pro Kopf der Bevölkerung
- Sozialleistungen für die Funktion „Wohnen“ in KKS pro Kopf der Bevölkerung
- Sozialleistungen für die Funktion „soziale Ausgrenzung a. n. g.“ in KKS pro Kopf der Bevölkerung
- Sozialleistungen für die Funktion „Krankheit/Gesundheitsversorgung“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialleistungen für die Funktion „Invalidität/Gebrechen“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialleistungen für die Funktion „Alter“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialleistungen für die Funktion „Hinterbliebene“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialleistungen für die Funktion „Familie/Kinder“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialleistungen für die Funktion „Arbeitslosigkeit“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialleistungen für die Funktion „Wohnen“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialleistungen für die Funktion „soziale Ausgrenzung a. n. g.“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialschutzeinnahmen nach Einnahmenart in % der Einnahmen insgesamt. 1999. EU-15
- **Sozialschutzeinnahmen nach Einnahmenart in % der Einnahmen insgesamt. 1999**
- Sozialschutzeinnahmen für die Einnahmenart „Sozialbeiträge der Arbeitgeber“ in % der Einnahmen insgesamt
- Sozialschutzeinnahmen für die Einnahmenart „Sozialbeiträge der Versicherten“ in % der Einnahmen insgesamt

- Sozialschutzeinnahmen für die Einnahmenart „Beiträge des Staates“ in % der Einnahmen insgesamt
- Sozialschutzeinnahmen für die Einnahmenart „sonstige Einnahmen“ in % der Einnahmen insgesamt
- Sozialschutzeinnahmen nach Einnahmenart zu konstanten Preisen. 1990 = 100, EU-15
- Sozialschutzeinnahmen zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialschutzeinnahmen für die Einnahmenart „Sozialbeiträge der Arbeitgeber“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialschutzeinnahmen für die Einnahmenart „Sozialbeiträge der Versicherten“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialschutzeinnahmen für die Einnahmenart „Beiträge des Staates“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100
- Sozialschutzeinnahmen für die Einnahmenart „sonstige Einnahmen“ zu konstanten Preisen. 1990 = 100

Verbraucherpreise

HVPI: eine vergleichbare Messgröße für die Inflation in der Europäischen Union

Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI) bieten eine optimale Grundlage für statistische Vergleiche der Verbraucherpreisinflation in der Europäischen Union. Durch die verwendete Methodik ist gewährleistet, dass die Daten aus den einzelnen Mitgliedstaaten miteinander vergleichbar sind. Die HVPI werden von Eurostat monatlich, etwa 18 Tage nach Ende des Berichtsmonats veröffentlicht. Die HVPI-Zeitreihe beginnt mit dem Index für Januar 1995. Um Vergleiche zu erleichtern, werden die HVPI mit einem gemeinsamen Basisjahr (1996 = 100) dargestellt.

Erfassungsbereich des HVPI

Die HVPI erfassen praktisch alle Arten von Haushaltsausgaben für Waren und Dienstleistungen (Konsumausgaben der privaten Haushalte). Der Erfassungsbereich des HVPI folgt dem internationalen Klassifizierungssystem Coicop (Systematik des individuellen Verbrauchs nach Verwendungszwecken), das speziell an die Erfordernisse des HVPI angepasst wurde.

Aggregierte Indizes

Auf der Basis des HVPI werden drei aggregierte Indizes erstellt, und zwar der Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion (VPI-EWU) für die Eurozone, der Europäische Verbraucherpreisindex (EVPI) für EU-15 und der Verbraucherpreisindex des Europäischen Wirtschaftsraums (VPI-EWR), in den zusätzlich Daten aus Island und Norwegen einfließen.




Die HVPI-Methodik bietet die Möglichkeit, die Ländergewichte jedes Jahr zu ändern: Für den VPI-EWU dient als Ländergewicht der Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte des betreffenden Mitgliedstaats am EWU-Gesamtwert. Für den EVPI und den VPI-EWR dient als Ländergewicht der Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte des betreffenden Mitgliedstaats (Angabe in Euro) am Gesamtwert für die EU bzw. für den EWR. Bei diesen beiden Indizes werden die Ausgaben in Landeswährung anhand der Kaufkraftparitäten entsprechend umgerechnet. Der HVPI wird als jährlicher Kettenindex berechnet. Seit 1999 wird der VPI-EWU innerhalb des EVPI als eine Einheit behandelt.

Preisstabilität in der Eurozone

Seit der Einführung des Euro im Januar 1999 ist der VPI-EWU die Messgröße für die Beobachtung der Inflation in der EWU und für die Bewertung der Inflationskonvergenz. Da das vorrangige Ziel des Europäischen Systems der Zentralbanken die Preisstabilität ist, verwendet die Europäische Zentralbank (EZB) den VPI-EWU als einen wichtigen Indikator für geldpolitische Maßnahmen in der Eurozone. Nach der Definition der EZB ist Preisstabilität dann gegeben, wenn die jährliche Steigerungsrate im HVPI für die Eurozone unter 2 % liegt.

Allgemeine Inflationstrends

Von Anfang 1996 bis Ende 1998 zeigte die anhand des harmonisierten Verbraucherpreisindex für EU-15 (EVPI) gemessene jährliche Änderungsrate einen Abwärtstrend, dem dann ein allgemeiner Aufwärtstrend folgte. Diese Erhöhung dürfte zu einem großen Teil auf die steigenden Energiepreise zurückzuführen sein. Im Folgenden stieg der EVPI mit einem Höchststand Mitte 2001 und nochmals Anfang 2002, um dann bis Juni 2002 auf eine jährliche Rate von 1,8 % zu fallen. Für den harmonisierten Index der Eurozone (VPI-EWU) ergibt sich ein ähnlicher Trend.

- **Harmonisierte jährliche Durchschnittswerte der Verbraucherpreisindizes. Index 1996 = 100**
-  - **Inflationsrate. Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate der harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI)**
 - **Vergleich der Lebenshaltungskosten in der Europäischen Union. 2002. B = 100**
 - **Vergleich der Lebenshaltungskosten in der Europäischen Union. B = 100**
-  - **Relatives Preisniveau. Niveau der relativen Preise des privaten Endverbrauchs einschließlich indirekter Steuern. EU-15 = 100**
-  - **Preiskonvergenz zwischen den EU-Mitgliedstaaten**

Löhne und Arbeitskosten

Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2000

Informationen über die Arbeitskosten sind von großer Bedeutung für Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, politische Parteien, Wirtschaftswissenschaftler und andere Nutzer, die sich für die Höhe und die Struktur der Arbeitskosten interessieren. Der Begriff „Arbeitskosten“ umfasst die Ausgaben, die den Arbeitgebern bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern zwangsläufig entstehen. Vor kurzem wurden die Ergebnisse (Berichtsjahr 2000) für die alle vier Jahre durchgeführte Arbeitskostenerhebung veröffentlicht. Mit diesen Ergebnissen lassen sich die gesamten Arbeitskosten zwischen verschiedenen Ländern bzw. verschiedenen Industriezweigen eines Landes vergleichen. Die aggregierten Arbeitskosten für 2000 werden in Euro dargestellt.

Die Arbeitskostenerhebung 2000 liefert verschiedene Untergliederung der gesamten Arbeitskosten. Eine detaillierte Beschreibung ist im Glossar zu finden.

Der bei weitem grösste Teil der Arbeitskosten insgesamt sind die Bruttojahresverdienste. Die vorgestellten Daten gelten für Vollzeitarbeitskräfte in „Industrie und Dienstleistungen“, untergliedert nach Geschlecht. Ebenfalls vorgestellt wird das Verhältnis des Verdiensts von Männern und Frauen. Wie bei den Arbeitskosten wird der aggregierte Bruttojahresverdienst in Euro angegeben.

Steuerquote von Niedriglohnempfängern

Einer der Strukturindikatoren der Kommission ist die Steuerquote von Niedriglohnempfängern. Diese bezieht sich auf einen kinderlosen Single, der 67 % des Durchschnittslohns eines Arbeiters im Produzierenden Gewerbe bezieht. Die Höhe der Steuerquote ist in den einzelnen Ländern recht verschieden, doch kann man in ganz Europa in den letzten Jahren einen rückläufigen Trend beobachten. Zum Vergleich wird auch die Steuerquote für ein verheiratetes Paar mit zwei Kindern angegeben, wo ein Partner 100 % des Durchschnittslohns eines Arbeiters im Produzierenden Gewerbe bezieht.

Mehr zum Thema:

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 3

– Nr. 3 Mindestlöhne in der Europäischen Union

Benötigen Sie weitere Informationen?

– Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop

– <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

– Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „GD für Beschäftigung und Soziales“:

http://europa.eu.int/comm/dgs/employment_social/index_en.htm

- Mittlere jährliche Arbeitskosten in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. 2000, Angaben in EUR
 - Mittlere jährliche Arbeitskosten in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. 2000, Angaben in EUR
 - Struktur der Arbeitskosten in % der Gesamtkosten. Industrie und Dienstleistungssektor. Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. 2000
 - Struktur der Arbeitskosten in % der Gesamtkosten: Industrie. Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. 2000
 - Begin footnoteAndere Kosten nicht eingeschlossen.End footnoteStruktur der Arbeitskosten in % der Gesamtkosten. Dienstleistungssektor. Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. 2000
 - Durchschnittlicher Bruttogehalt in der Industrie und im Dienstleistungssektor: Vollzeitbeschäftigte insgesamt. Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. 2000, Angaben in EUR
 - Durchschnittlicher Bruttogehalt in der Industrie und im Dienstleistungssektor: vollzeitbeschäftigte Männer. Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. 2000, Angaben in EUR
 - Durchschnittlicher Bruttogehalt in der Industrie und im Dienstleistungssektor: vollzeitbeschäftigte Frauen. Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. 2000, Angaben in EUR
 - Verdienst von Frauen in % des Verdienstes von Männern in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Vollzeitbeschäftigte. Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. 2000
-  - **Geschlechtsspezifisches Lohngefälle. Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst von Frauen in % des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes von Männern**
-  - **Steuerquote von Niedriglohnempfängern in %: Allein stehende Person ohne Kinder mit Lohnbezügen in Höhe von 67 % des Durchschnittsverdienstes eines Produktionsarbeiters im verarbeitenden Gewerbe. 1996-2001**
-  - **Steuerquote von Niedriglohnempfängern in %. Allein stehende Person ohne Kinder mit Lohnbezügen in Höhe von 67 % des Durchschnittslohns eines Produktionsarbeiters**
-  - **Begin footnoteAndere Kosten nicht eingeschlossen.End footnoteSteuerquote von Niedriglohnempfängern in %: Ehepaar mit zwei Kindern, wobei ein Ehepartner erwerbstätig ist und ein Einkommen in Höhe von 100 % des Durchschnittsverdienstes eines vollzeitbeschäftigten Produktionsarbeiters im verarbeitenden Gewerbe bezieht**

Finanzmarktindikatoren

Ein breites Spektrum von Finanzmarktindikatoren

Die Datenbank New Cronos enthält ein breites Spektrum von Finanzmarktindikatoren: Wechselkurse, Zinssätze, Aktien- und Anleihemarktinformationen, Angaben über Bankgeschäfte und Geldmengen und andere Finanzdaten.

Weitere Informationen sind über den örtlichen Data Shop erhältlich. Ein Adressenverzeichnis der Data Shops finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

Finanzmarktindikatoren im Eurostat-Jahrbuch

In dieser Ausgabe des Jahrbuchs werden die folgenden Finanzmarktindikatoren vorgestellt:

- Nominale Wechselkurse verschiedener Währungen gegenüber dem Euro/Ecu sowie die Entwicklung fünf führender Währungen gegenüber dem US-Dollar auf Indexbasis (1995 = 100).
- Zwei kurzfristige Zinssätze: Der Tagesgeldsatz ist der Zinssatz, zu dem Banken untereinander über Nacht auf dem Interbankmarkt Kredite gewähren oder aufnehmen. Der über ein Jahr gemittelte Tagesgeldsatz ist ein guter Indikator zur Bewertung der Geldpolitik in dem betreffenden Jahr. Seit Januar 1999 hat die EONIA-Rate die nationalen Tagesgeldsätze für die elf Länder der Eurozone (seit 2001 auch für Griechenland) ersetzt.

Darüber hinaus ist hier die dreimonatige Interbankrate für vier führende Volkswirtschaften grafisch dargestellt. Seit Einführung der Währungsunion bestand Euribor, die Interbankrate für die Mitgliedstaaten der Eurozone.

- Erträge aus Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit werden als Maß für die langfristigen Zinssätze herangezogen, einem der vier Konvergenzkriterien, nach denen beurteilt wird, ob ein Mitgliedstaat die Bedingungen für die Währungsunion erfüllt. Einzelheiten zu den vier Konvergenzkriterien finden sich im Glossar.
- Aktienkursindizes, die den Trend der Aktienwerte an verschiedenen Börsen anzeigen. Diese Indizes wurden für die grafische Darstellung umbasiert auf 1995 = 100. Für die europäischen Aggregate wurden die Dow Jones Stoxx Aktienkursindizes verwendet.




Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Geld, Finanzen und der Euro: Statistiken (Monatlich)

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>– Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen“:
http://europa.eu.int/comm/dgs/economy_finance/index_en.htm

- **Wechselkurse. Jahresdurchschnitt. Eine Einheit der nationalen Währung = USD. 1995 = 100**
- **Wechselkurse des ECU/Euro. Jahresdurchschnitt, ECU/EUR 1 = ...**
- **Kurzfristige Zinssätze: Tagesgeldsätze. Jahresdurchschnitt, in %**
- **Kurzfristige Zinssätze: Dreimonatszinssätze im Interbankengeschäft. Jahresdurchschnitt, in %**
- **Langfristige Zinssätze: Renditen auf 10-jährige Staatsanleihen, Sekundärmarkt. Jahresdurchschnitt, in %**
- Aktienkursindex. 1995 = 100. Jahresdurchschnitt, in %
- **Aktienkursindizes. Jahresdurchschnitt**
-  - Kapitalaufkommen an den Aktienmärkten. Neues Kapitalaufkommen in % des BIP
-  - Risikokapital: Anschubphase. Risikokapitalinvestitionen in % des BIP. Aufschlüsselung nach Investitionsphasen
-  - Risikokapital: Expansion. Risikokapitalinvestitionen in % des BIP. Aufschlüsselung nach Investitionsphasen

Die Zahlungsbilanz

Die Stellung eines Landes in der Weltwirtschaft bewerten

Wie jedes Unternehmen und jeder private Haushalt muss auch ein Land über Einnahmen und Ausgaben Buch führen. In der Zahlungsbilanz werden alle Transaktionen verbucht, die zwischen einem Land und dem Ausland oder internationalen Organisationen (d. h. zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden) in einem gegebenen Zeitraum stattfinden.

Bei der Erstellung der Zahlungsbilanz für die Europäische Union werden die von den 15 Mitgliedstaaten übermittelten grenzüberschreitenden Transaktionen von Gebietsansässigen der EU und Gebietsfremden aggregiert und gegenübergestellt. Die Zahlungsbilanz der Europäischen Union-Institutionen fließt in die aggregierte EU-Zahlungsbilanz mit ein.

Die Zahlungsbilanz ist in zwei Teilbilanzen untergliedert:

- die **Leistungsbilanz**, die Transaktionen von realen Ressourcen ausweist, und
- die **Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz**, in der finanzielle Transaktionen verbucht werden.

Eurostat berechnet Zahlungsbilanzen nicht nur für die Europäische Union, sondern auch für die Eurozone. Die Zusammenstellung und Verbreitung der Zahlungsbilanz für die Eurozone ist Aufgabe der Europäischen Zentralbank (EZB), die die von Eurostat veröffentlichten Daten für die Eurozone validiert. Diese Angaben stimmen mit den von der EZB bekannt gegebenen Daten nicht genau überein, da für den Eingang der Daten aus den Mitgliedstaaten bei Eurostat und bei der EZB unterschiedliche Stichtage gelten. Revisionen zwischen den verschiedenen Stichtagen sind möglich. Außerdem bestehen noch immer einige kleinere methodische Unterschiede zwischen den von den Mitgliedstaaten an Eurostat übermittelten Daten und denjenigen für die EZB.

Als methodischer Rahmen der Datenerfassung diente bis 1991 die vierte Ausgabe des Zahlungsbilanzhandbuchs des IWF, während seit 1992 die Empfehlungen der fünften Ausgabe dieses Handbuchs gelten. Dieser Wechsel hat einen Bruch in den Datenreihen zur Folge.

Reale Ressourcen, verbucht in der Leistungsbilanz ...

Da internationale Transaktionen ein breites Spektrum an realen Ressourcen umfassen, kann die Leistungsbilanz noch genauer aufgeschlüsselt werden. In einer sehr allgemeinen Untergliederung lassen sich folgende Positionen unterscheiden:

- **Waren:** Der Warenhandel bildet im Allgemeinen den größten Posten der Leistungsbilanz.
Weitere Ausführungen dazu folgen im speziellen Abschnitt „Warenverkehr“.
- **Dienstleistungen:** Der Dienstleistungsverkehr bildet den zweiten großen Posten der Leistungsbilanz.
Weitere Ausführungen zu diesem Thema finden Sie im Abschnitt „Dienstleistungsverkehr“.
- **Einkommen:** Dazu zählt einerseits das Einkommen aus unselbständiger Arbeit, die Erwerbstätige für wirtschaftliche Einheiten erbracht haben, die in einem anderen Land ansässig sind als sie selbst, und andererseits das Vermögenseinkommen.
- **Laufende Übertragungen:** Dazu gehören alle Übertragungen außer Vermögensübertragungen. Letztere sind gemäß der fünften Ausgabe des Zahlungsbilanzhandbuchs des IWF Bestandteil der Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz.

... und Kapitaltransaktionen, verbucht in der Kapitalbilanz

In der Kapitalbilanz werden finanzielle Transaktionen erfasst. Dazu zählen Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen, übriger Kapitalverkehr und Transaktionen in Währungsreserven.

Die jährlichen Statistiken der Europäischen Union über **Direktinvestitionen** (DI) geben einen detaillierten Überblick über Direktinvestitionsströme und -bestände und zeigen an, in welchen Ländern und Sektoren die einzelnen Mitgliedstaaten investieren.

Ein Unternehmen, das seine Produkte im Ausland verkaufen möchte, kann dies auf verschiedene Weise tun: über Exporte, Lizenzen oder Handelsvertreter, um nur einige Beispiele zu nennen. Bisher geschieht dies am häufigsten auf dem Weg der direkten Ausfuhr, wobei Direktinvestitionen (Produktion und Verkauf direkt in dem gewählten Land) inzwischen eine immer stärkere Verbreitung finden. Es gibt zwei Arten der Direktinvestition:

- Schaffung von Produktionsvermögen durch Ausländer („Greenfield-Investment“) und
- Erwerb bestehenden Vermögens durch Ausländer (Kauf, Fusionen, Übernahmen usw.).

DI unterscheiden sich von Wertpapieranlagen, da sie mit der Absicht getätigt werden, die Geschäftspolitik eines Unternehmens entscheidend beeinflussen zu können und eine langfristige Beteiligung zu erlangen. Direktinvestitionen umfassen nicht nur den ursprünglichen Erwerb von Beteiligungskapital, sondern auch spätere Kapitaltransaktionen zwischen dem ausländischen Investor einerseits und den inländischen und verbundenen Unternehmen andererseits.

Eurostat erfasst DI-Statistiken für vierteljährliche und jährliche Ströme sowie für Bestände zum Ende des Jahres. Die DI-Bestände (Forderungen und Verbindlichkeiten) sind Bestandteil des Auslandsvermögensstatus einer Volkswirtschaft zum Ende des Jahres.

Für das Eurostat-Jahrbuch wurde die folgende Darstellungsform gewählt, um die verschiedenen Datensätze (Ströme und Bestände) zu unterscheiden: Eine Investition wird immer mit einem Pluszeichen, eine Desinvestition mit einem Minuszeichen versehen.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- European Union foreign direct investment yearbook 2001
- EU international transactions — Data 1991-01
- International trade in services

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 2

- Nr. 15/2002 Leistungsbilanztransaktionen der EU im Jahr 2000 — detaillierte Ergebnisse
- Nr. 34/2002 Vorläufige jährliche Ergebnisse der EU-Leistungsbilanz: Defizit gegenüber Extra-EU 2001 auf -14,6 Mrd. EUR geschrumpft
- Nr. 30/2002 DI-Ströme zwischen der EU und Drittländern gingen 2001 um fast 40 % zurück — Erste Angaben über die Direktinvestitionen im Jahr 2001

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>
- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Handel“:
http://trade-info.cec.eu.int/europa/index_en.php

- **Entwicklung der Leistungsbilanztransaktionen der EU mit Drittländern (Extra-EU): Kredit und Debet, in Mrd. ECU/EUR**
- **EU-Leistungsbilanz: Salden für Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufende Übertragungen gegenüber Drittländern (Extra-EU), in Mrd. ECU/EUR**
- Internationale Leistungsbilanztransaktionen, Deckungsquoten in %
- Leistungsbilanz zu jeweiligen Preisen, in % des BIP
- Bilanz des internationalen Warenverkehrs zu jeweiligen Preisen, in % des BIP
- Bilanz des internationalen Dienstleistungsverkehrs zu jeweiligen Preisen, in % des BIP
- Gesamter Warenverkehr (Ausfuhren fob + Einfuhren fob) in % der Leistungsbilanzströme insgesamt
- Internationaler Warenverkehr, Deckungsquoten in %
- Bilanz des Warenverkehrs der EU, der USA und Japans gegenüber der übrigen Welt, in Mrd. ECU/EUR
- Anteil der EU, der USA, Japans und der übrigen Welt an den weltweiten Transaktionen im Warenverkehr (Ausfuhren und Einfuhren), in %. 2001
- Gesamter Dienstleistungsverkehr (Exporte und Importe) in % der Leistungsbilanzströme insgesamt
- Internationaler Dienstleistungsverkehr, Deckungsquoten in %
- Dienstleistungsbilanz der EU, der USA und Japans gegenüber der übrigen Welt, in Mrd. ECU/EUR
- Anteil der EU, der USA, Japans und der übrigen Welt an den weltweiten Transaktionen im Dienstleistungsverkehr (Exporte und Importe), in %. 2001
- **EU-Direktinvestitionsströme: Extra-EU, Intra-EU und Saldo in % des BIP**
- **Direktinvestitionsbestände der EU in Mio. ECU/EUR. 1996-2000**
- Direktinvestitionszuflüsse: EU, USA und Japan, in Mio. ECU/EUR
- Direktinvestitionszuflüsse in die EU aus Drittländern in Mio. ECU/EUR: Direktinvestoren in der EU
- Direktinvestitionszuflüsse in die EU in Mio. ECU/EUR: Direktinvestoren in der EU
- Direktinvestitionszuflüsse in die EU in Mio. ECU/EUR: Empfänger von Direktinvestitionen aus Drittländern
- Direktinvestitionszuflüsse in die EU aus Drittländern in Mio. ECU/EUR
- Direktinvestitionsabflüsse: EU, USA und Japan, in Mio. ECU/EUR
- Direktinvestitionsabflüsse aus der EU in Drittländer, in Mio. ECU/EUR: Empfänger von Direktinvestitionen
- Direktinvestitionsabflüsse aus der EU in Mio. ECU/EUR: Empfänger von Direktinvestitionen
- Direktinvestitionsabflüsse aus der EU in Mio. ECU/EUR: Direktinvestoren in Drittländern
- Direktinvestitionsabflüsse aus der EU in Drittländer, in Mio. ECU/EUR
- Direktinvestitionsströme innerhalb der EU in Mio. ECU/EUR: Direktinvestoren
- Direktinvestitionsströme innerhalb der EU in Mio. ECU/EUR: Empfänger

Warenverkehr

Wesentliche Informationen in einer immer offeneren Weltwirtschaft

Der Bedarf an Statistiken über den Warenhandel ist offensichtlich. Der internationale Handel bildet einen wachsenden Teil der Weltwirtschaft und muss als solcher zuverlässig messbar sein. Die einschlägigen Daten müssen weiten Kreisen zugänglich und leicht verständlich sein.

Die internationale Handelsstatistik ist eine wichtige Primärquelle für die meisten Entscheidungsträger aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Sie hilft europäischen Unternehmen beispielsweise bei der Erforschung des Marktes und der Entwicklung von Handelsstrategien. Die gemeinschaftlichen Behörden können anhand dieser Daten multi- und bilaterale Verhandlungen im Rahmen der gemeinsamen Handelspolitik vorbereiten und die Fortschritte des Binnenmarktes bzw. die Integration der europäischen Volkswirtschaften bewerten. Außerdem ist die Handelsstatistik eine wesentliche Quelle für die Zahlungsbilanzstatistik, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Untersuchungen der Konjunkturzyklen.

Harmonisierte Statistik des internationalen Warenverkehrs

Die rechtliche Grundlage für die Erstellung der Handelszahlen findet sich in einer Reihe von Verordnungen des Rates und der Kommission. Die eigentliche Arbeit wird gemeinsam von Eurostat und den entsprechenden Stellen in den Mitgliedstaaten geleistet, die für die Erfassung und Verarbeitung der Grunddaten zuständig sind.

Eurostat ist verantwortlich für die Harmonisierung der gemeinschaftlichen Rechtstexte im Bereich der Statistik des Warenverkehrs und für die korrekte Anwendung dieser Rechtsvorschriften. Die an Eurostat gelieferten Statistiken basieren also auf Rechtstexten, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar sind, sowie auf Definitionen und Verfahren, die weitgehend harmonisiert wurden.

Erfassung aller grenzüberschreitenden Handelsbewegungen

Allgemein gesagt soll die internationale Handelsstatistik alle Waren erfassen, die zum Warenbestand eines Landes durch Einfuhr in das Staatsgebiet hinzugefügt bzw. durch Ausfuhr weggenommen werden. Das heißt, die internationale Handelsstatistik befasst sich mit beweglichen Gütern.

Die wichtigsten Elemente der internationalen Handelsstatistik betreffen Geschäfte mit Eigentumsübertragung (tatsächlich oder beabsichtigt) und mit Gegenleistung. Dennoch finden sich in der Handelsstatistik auch Güterbewegungen ohne Eigentumsübertragung, etwa Warensendung zur bzw. nach Lohnveredelung oder Reparatur.

Einige Anmerkungen zur Methodik

- Wertbestimmung der Ein- und Ausfuhren

In der Außenhandelsstatistik werden die Ausfuhren zum fob-Wert (fob = free on board, „frei an Bord“) erfasst, Einfuhren dagegen zum cif-Wert („cost, insurance, freight“ „Kosten, Versicherung, Fracht“). Daher umfassen die Einfuhrwerte, im Gegensatz zur Zahlungsbilanzstatistik, Kosten, wie etwa Beförderung und Versicherung, die sich auf den Teil der Strecke beziehen, die außerhalb des statistischen Bereichs des Einfuhrlandes liegen. Die Ausfuhrwerte entsprechen dem Warenwert zum Zeitpunkt und an dem Ort, an dem die Waren das statistische Gebiet des Ausfuhrlandes verlassen.

- Handel von Ländergruppen

Die Aggregate für EU-15, die Eurozone und den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) werden als Gesamthandel abzüglich des Intra-EU-Handels (EU-15 bzw. Eurozone) bzw. des Intra-EWR-Handels berechnet.

– Indizes

Die jährlich verketteten Indexzahlen beziehen sich bis 1995 auf EU-12 und für die Zeit danach auf EU-15.

– Handel nach Produkten

Agrarnahrungsmittel sind Nahrungsmittel aus der Landwirtschaft, wie sie gemäß den Bestimmungen der Abschnitte 0 und 1 des Internationalen Verzeichnisses für den Außenhandel (SITC), Rev. 3, bestimmt werden. Der Handel mit Brennstoffen umfasst die in Abschnitt 3 des SITC aufgeführten Produkte. Der Handel mit chemischen Erzeugnissen umfasst die in Abschnitt 5 des SITC aufgeführten Produkte. Der Handel mit Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Fahrzeugbaus umfasst die in Abschnitt 7 des SITC aufgeführten Produkte.

Möchten Sie mehr über den internationalen Handel, die Konzepte und die Definitionen erfahren?

Dann lesen Sie die Veröffentlichungen „Statistics on the trading of goods – User guide“ (nur in Englisch verfügbar) bzw. „Geonomenklatur“, die Sie von der Eurostat-Internetsite (Thema „Außenhandel“, Kategorie „Methoden und Nomenklaturen“) herunterladen können.

Möchten Sie weitere Statistiken zum Warenhandel?

Dazu können Sie unsere gedruckten Veröffentlichungen (das Monatsbulletin oder das statistische Jahrbuch) oder unsere CD-ROM konsultieren. Bitte wenden Sie sich an den örtlichen Data Shop, der Ihnen einen vollständigen Überblick über unsere Produkte geben kann. Ein Adressenverzeichnis der Data Shops finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

Kostenlose Veröffentlichungen können Sie auch von unserer Internetsite herunterladen. Dazu gehört die Veröffentlichungsreihe „Statistik kurz gefasst“, die den EU-Handel mit bestimmten Warenarten, etwa Hochtechnologieprodukten oder Agrarerzeugnissen, aber auch den Warenhandel der Europäischen Union mit Handelspartnern wie China, den AKP-Ländern oder den Kandidatenländern untersucht.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Statistik des Warenverkehrs Benutzerleitfaden
- Geonomenklatur
- Intra- und Extra-Handel der EU — Monatliche Angaben
- Außen- und Intrahandel der Europäischen Union - Statistisches Jahrbuch
- Intra- und Extra-Handel der EU — monatliche Angaben — 11 CD-ROM inkl. Ergänzungsausgaben

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 6

- No 5/2001 Die erweiternde EU — Ein Handelsriese
- No 7/2001 Solide Handelsbeziehungen zwischen EU-15 und den 12 Partnerländern im Mittelmeerraum
- No 8/2001 Der Handel der dreizehn Beitrittsländer mit der EU im Jahr 2000
- No 2/2002 Handel zwischen EU und OPEC
- Nr. 3/2002 Der Handel zwischen der EU und den AKP-Staaten
- No 4/2002 Der Handel der EU mit China und Russland

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>
- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Handel“:
http://trade-info.cec.eu.int/europa/index_en.php

- **Ausfuhren (fob) zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR**
- **Einfuhren (cif) zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR**
- **Handelsbilanz zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR**
- Ausfuhren (fob): Volumenindizes. 2000 = 100
- Einfuhren (cif): Volumenindizes. 2000 = 100
- Volumenverhältnis. 2000 = 100
- Ausfuhren von Agrarnahrungsmitteln zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Einfuhren von Agrarnahrungsmitteln zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Handelsbilanz für Agrarnahrungsmittel zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Ausfuhren von mineralischen Brennstoffen, Schmiermitteln und verwandten Erzeugnissen zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Einfuhren von mineralischen Brennstoffen, Schmiermitteln und verwandten Erzeugnissen zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Handelsbilanz für mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Ausfuhren von chemischen Erzeugnissen zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Einfuhren von chemischen Erzeugnissen zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Handelsbilanz für chemische Erzeugnisse zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Ausfuhren von Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Fahrzeugbaus zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Einfuhren von Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Fahrzeugbaus zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Handelsbilanz für Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Fahrzeugbaus zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Ausfuhren von Waren des verarbeitenden Gewerbes zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Einfuhren von Waren des verarbeitenden Gewerbes zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Handelsbilanz für Waren des verarbeitenden Gewerbes zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- **Extra-EU-Ausfuhren nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR**
- **Extra-EU-Einfuhren nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR**
- Extra-EU-Handelsbilanz nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Ausfuhren von Agrarnahrungsmitteln nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Einfuhren von Agrarnahrungsmitteln nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Handelsbilanz für Agrarnahrungsmittel nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Ausfuhren von mineralischen Brennstoffen, Schmiermitteln und verwandten Erzeugnissen nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Einfuhren von mineralischen Brennstoffen, Schmiermitteln und verwandten Erzeugnissen nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Handelsbilanz für mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Ausfuhren von chemischen Erzeugnissen nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Einfuhren von chemischen Erzeugnissen nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR

- Extra-EU-Handelsbilanz für chemische Erzeugnisse nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Ausfuhren von Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Fahrzeugbaus nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Einfuhren von Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Fahrzeugbaus nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Handelsbilanz für Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Fahrzeugbaus nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Ausfuhren von Waren des verarbeitenden Gewerbes nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Einfuhren von Waren des verarbeitenden Gewerbes nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- Extra-EU-Handelsbilanz für Waren des verarbeitenden Gewerbes nach Haupthandelspartnern, in Mrd. ECU/EUR
- **Ausfuhren in EU-Länder in % der einzelstaatlichen Ausfuhren insgesamt (fob)**
- **Einfuhren aus EU-Ländern in % der einzelstaatlichen Einfuhren insgesamt (cif)**
- Ausfuhren in EU-Länder zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Einfuhren aus EU-Ländern zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Intra-EU-Ausfuhren von Agrarnahrungsmitteln zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Intra-EU-Ausfuhren von mineralischen Brennstoffen, Schmiermitteln und verwandten Erzeugnissen zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Intra-EU-Ausfuhren von chemischen Erzeugnissen zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Intra-EU-Ausfuhren von Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Fahrzeugbaus zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR
- Intra-EU-Ausfuhren von Waren des verarbeitenden Gewerbes zu jeweiligen Preisen, in Mrd. ECU/EUR

Dienstleistungsverkehr

Die gehandelten Dienstleistungen

Welche Dienstleistungen werden in welchem Umfang von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten exportiert bzw. importiert?

Die Dienstleistungsbilanz gliedert sich in der Zahlungsbilanzstatistik in drei wesentliche Bestandteile: Transport, Reiseverkehr und sonstige Dienstleistungen. Bei den Transportleistungen und sonstigen Dienstleistungen erfolgt noch eine genauere Aufschlüsselung, wie z. B. nach den Rubriken Passagierluftfahrt oder Bauleistungen.

- **Transportleistungen** umfassen alle Beförderungsleistungen, die Gebietsansässige eines Landes für Gebietsansässige eines anderen Landes erbringen. Dazu gehören die Beförderung von Personen, Gütern (Fracht), die Vermietung von Beförderungsmitteln mit Besatzung (Charterverkehr) und damit zusammenhängende Hilfs- und Nebendienstleistungen. Im Klassifikationssystem von Eurostat werden die Transportleistungen noch weiter aufgeschlüsselt, und zwar einerseits nach der Beförderungsart (Seeschifffahrt, Luftfahrt und sonstige Beförderungsarten) und andererseits nach der Art der Dienstleistung (Beförderung von Personen, Güterverkehr und Nebentätigkeiten für den Verkehr).
- **Reiseverkehr** bezieht sich auf alle Waren und Dienstleistungen zum eigenen Verbrauch, die Reisende von Gebietsansässigen der bereisten Länder erwerben bzw. in Anspruch nehmen. Als Reisende gelten Einzelpersonen, die sich weniger als ein Jahr lang im Ausland aufhalten. Zu beachten ist, dass die grenzüberschreitende Beförderung von Reisenden nicht unter Reiseverkehr, sondern unter Transportleistungen verbucht wird.
- **Sonstige Dienstleistungen** umfassen alle internationalen Dienstleistungstransaktionen, die nicht dem Reiseverkehr und den Transportleistungen zuzuordnen sind. Darunter fallen so unterschiedliche Dienstleistungen wie Kommunikationsleistungen, Bauleistungen, Versicherungsdienstleistungen, Finanzdienstleistungen, EDV- und Informationsleistungen, Patente und Lizenzen, Handelsleistungen, sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen, audiovisuelle und Freizeitdienstleistungen sowie Regierungsleistungen.

Das Immaterielle greifbar machen

Aufgrund seines immateriellen Charakters ist der internationale Handel mit Dienstleistungen viel schwerer zu erfassen als der Warenhandel. Es können hier drei Arten von Problemen auftreten: Schwierigkeiten bei der Definition von Dienstleistungen, Schwierigkeiten bei der Feststellung des Wertes von nicht separat ausgewiesenen Dienstleistungen und praktische Schwierigkeiten bei der Ermittlung von Bruttostromgrößen (wegen der starken Verbreitung internationaler Verrechnungsverfahren im Dienstleistungsverkehr). Derartige Probleme könnten eine Unterbewertung von Dienstleistungsströmen zur Folge haben.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

– International trade in services, Geographical breakdown of the current account — EU — CD-ROM (2003 Edition)

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 2

- Transportleistungsverkehr
- Post- und Kurierdienste blieben in 1998 wichtiger Faktor der Kommunikation zwischen EU und Drittländern
- EU weiterhin Hauptreiseziel für Touristen, jedoch Außenbeitrag der Reiseverkehrsbilanz 1998 mit -1,3 Mrd. ECU im Defizit
- Ganz im Zeichen des anbrechenden Informationszeitalters — die Transaktionen der EU mit Drittländern im Bereich Telekommunikationsleistungen
- EDV- und Informationsleistungen: EU-Handelsbilanzüberschuss 1999 bei 2,5 Mrd. EUR
- Übrige unternehmensbezogene, freiberufliche und technische Dienstleistungen: EU in den Jahren 1994-2000 bedeutendster Handelspartner

- **Aufschlüsselung der gesamten Dienstleistungstransaktionen (Exporte und Importe) der EU mit Drittländern nach Transport, Reiseverkehr und sonstigen Dienstleistungen, in Mrd. ECU/EUR**
- **Anteile von Transport, Reiseverkehr und sonstigen Dienstleistungen an den weltweiten Dienstleistungstransaktionen (Exporte und Importe) der Mitgliedstaaten, in %. 2001**
- Internationale Transaktionen im Bereich Transport, Deckungsquoten in %
- EU-Transaktionen insgesamt im Bereich Transport (Exporte und Importe). 2001. Aufschlüsselung nach Art der Transportleistung
- Internationale Transaktionen im Bereich der Seeschifffahrt, Deckungsquoten in %
- Internationale Transaktionen im Bereich der Luftfahrt, Deckungsquoten in %
- Internationale Transaktionen im Bereich des Reiseverkehrs, Deckungsquoten in %
- Geografische Aufgliederung der EU-Transaktionen im Bereich des Reiseverkehrs, in Mrd. EUR. 2001.
- Internationale Transaktionen im Bereich der sonstigen Dienstleistungen 2001, Deckungsquoten in %.
- Aufschlüsselung der internationalen Transaktionen im Bereich der sonstigen Dienstleistungen 2001, in % der sonstigen Dienstleistungstransaktionen insgesamt (Exporte und Importe)
- EU-Außensalden für sonstige Dienstleistungspositionen. Vergleich 2000 und 2001, in Mrd. ECU/EUR
- EU-Außensalden gegenüber Drittländern für sonstige Dienstleistungspositionen. Vergleich 2000 und 2001, in Mrd. ECU/EUR

Handelspartner

Europas Handelspartner in der Welt

Eurostat liefert ausführliche Informationen über die geografische Gliederung der Leistungsbilanz der Europäischen Union. Dabei wird unterschieden zwischen:

- Transaktionen im **Intra-EU-Handel**, entsprechend der Summe der von EU-Mitgliedstaaten gemeldeten Transaktionen mit anderen EU-Mitgliedstaaten, und
- Transaktionen im **Extra-EU-Handel**, entsprechend den von EU-Mitgliedstaaten gemeldeten Transaktionen mit Ländern außerhalb der Europäischen Union. Diese werden dann noch weiter nach dem Standort der Handelspartner aufgeschlüsselt: nach einzelnen Ländern (z. B. Ungarn, Vereinigte Staaten oder Japan), nach Wirtschaftsräumen (z. B. OECD-Länder, AKP-Staaten) und nach Erdteilen (z. B. Amerika oder Asien).

Die weltweiten Transaktionen entsprechen der Summe der Transaktionen, die innerhalb der Europäischen Union und mit Drittländern getätigt werden, zuzüglich einer Restgröße, die sich nicht zuordnen lässt.

Gesucht: der Unternehmenssitz

Maßgebend für die geografische Aufschlüsselung der EU-Leistungsbilanz in der Zahlungsbilanzstatistik ist der Unternehmenssitz des jeweiligen Handelspartners. Wenn keine genauen Informationen über den Unternehmenssitz vorliegen, besteht die Möglichkeit, den Herkunfts- oder Bestimmungsort mit Hilfe der Währung zu bestimmen, in der die Transaktionen verbucht werden. Die Zuordnung anhand des Unternehmenssitzes entspricht somit der Zuordnung nach „Herkunftsländern“ (bei Einfuhren) und „Bestimmungsländern“ (bei Ausfuhren).

Für die Wareneinfuhr gilt jedoch seit 1997 ein anderes Prinzip der geografischen Gliederung. Alle von einem EU-Mitgliedstaat aus Drittländern eingeführten Waren, die zum Bestimmungsort auf dem Transitweg über einen anderen EU-Mitgliedstaat gelangen, sind in der geografischen Gliederung nicht dem Herkunftsland, sondern dem Transitland zuzuordnen.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Geographical breakdown of the EU current account & International trade in services — EU (CD-ROM)
- Geonomenklatur (PDF)

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 2

- Investitionstätigkeit und Handel der EU mit Mexiko vor dem neuen Handelsabkommen
- EU und Partnerländer im Mittelmeerraum im Bereich Handel und Investitionen: auf dem Weg zu einer besseren Partnerschaft? (MED)

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>
- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Handel“:
http://trade-info.cec.eu.int/europa/index_en.php

- **Internationale Kredittransaktionen der EU: Aufschlüsselung nach Partnerregionen, in % der gesamten Kredittransaktionen der EU**
- **Internationale Debettransaktionen der EU: Aufschlüsselung nach Partnerregionen, in % der gesamten Debettransaktionen der EU**
- Leistungsbilanztransaktionen der EU nach Partnerregionen, Deckungsquoten in %
- Leistungsbilanz der EU mit den USA, Japan und der EFTA, in Mrd. ECU/EUR
- Internationale Warenexporte der EU: Aufschlüsselung nach Partnerregionen, in % der Gesamtexporte der EU
- Internationale Warenimporte der EU: Aufschlüsselung nach Partnerregionen, in % der Gesamtimporte der EU
- EU-Warenbilanz nach Partnerregionen: Vergleich zwischen 1995, 1998 und 2001, in Mrd. ECU/EUR
- EU-Warenbilanz nach Wirtschaftsräumen: Vergleich zwischen 1995, 1998 und 2001, in Mrd. ECU/EUR
- Internationale Dienstleistungsexporte der EU: Aufschlüsselung nach Partnerregionen, in % der Gesamtexporte der EU
- Internationale Dienstleistungsimporte der EU: Aufschlüsselung nach Partnerregionen, in % der Gesamtexporte der EU
- EU-Dienstleistungsbilanz nach Partnern: Vergleich zwischen 1995, 1998 und 2001, in Mrd. ECU/EUR
- EU-Dienstleistungsbilanz nach Wirtschaftsräumen: Vergleich zwischen 1995, 1998 und 2001, in Mrd. ECU/EUR
- Internationale Einkommenszuflüsse der EU: Aufschlüsselung nach Partnerregionen, in % der Gesamtzufüsse der EU
- Internationale Einkommenszahlungen der EU: Aufschlüsselung nach Partnerregionen, in % der Gesamtzahlungen der EU
- EU-Einkommensbilanz nach Partnern: Vergleich zwischen 1995, 1998 und 2001, in Mrd. ECU/EUR
- EU-Einkommensbilanz nach Wirtschaftsräumen: Vergleich zwischen 1995, 1998 und 2001, in Mrd. ECU/EUR
- Internationale Kredittransaktionen der EU bei den laufenden Übertragungen: Aufschlüsselung nach Partnerregionen, in % der gesamten Kredittransaktionen der EU
- Internationale Debettransaktionen der EU bei den laufenden Übertragungen: Aufschlüsselung nach Partnerregionen, in % der gesamten Debettransaktionen der EU
- EU-Bilanz der laufenden Übertragungen nach Partnern: Vergleich zwischen 1995, 1998 und 2001, in Mrd. ECU/EUR
- EU-Bilanz der laufenden Übertragungen nach Wirtschaftsräumen: Vergleich zwischen 1995, 1998 und 2001, in Mrd. ECU/EUR

Wasser

Wasser: lebenswichtig und immer knapper

Für viele Regionen stellen die Qualität und die Verfügbarkeit von Wasserressourcen ein großes Problem dar. Die Wasserreserven sind begrenzt und die Wasserqualität wird von menschlichen Tätigkeiten, wie der industriellen Produktion, Ablagerung von Haushaltsmüll, Tierzucht, Landwirtschaft u. ä. beeinträchtigt.

Wasser ist jedoch für das menschliche Leben und menschliche Tätigkeiten unentbehrlich. Qualität und Menge der verfügbaren Wasserreserven werden durch die wirtschaftliche Entwicklung und das Bevölkerungswachstum in zunehmendem Maße beeinträchtigt. An vielen Plätzen auf der Erde werden die Süßwasserreserven schneller verbraucht als die Natur sie ersetzen kann. Die Verschmutzung von Flüssen, Seen und Grundwasserbeständen verursacht auf der ganzen Welt Besorgnis.

Richtlinie zum Wasserschutz

Da die Qualität des verfügbaren Wassers sich verschlechtert und die Menge begrenzt ist, müssen die Nutzung der verschiedenen Wasserquellen und die Nachfrage neu überdacht werden. Dies ist der Hintergrund für die Rahmenrichtlinie 2000/60/EG im Bereich Wasserpolitik. Darin wird festgehalten, dass eine nachhaltige Bewirtschaftung der Süßwasserressourcen auf einem integrierten Management von Wasser im Rahmen eines Einzugsgebiets basieren muss. Außerdem wird durch die Richtlinie ein „kombiniertes Konzept“ gefördert, d. h. Begrenzung der Verschmutzung durch die Vorgabe von Emissionsgrenzwerten und Qualitätsstandards, Festlegung angemessener Preise und Einbeziehung der Bürger in Fragen des Wassermanagements.

Genauere Überwachung des Wassers

Wasserstatistiken werden in allen europäischen Ländern anhand des Abschnitts „Binnengewässer“ des gemeinsamen Fragebogens von Eurostat und OECD erfasst; dieser Fragebogen wurde kürzlich im Lichte des Ordnungsrahmens für Wasserpolitik der Europäischen Union überarbeitet. Der Fragebogen umfasst folgende Daten:

- Wassergewinnung (insbesondere Grundwassergewinnung), wodurch die Süßwasserressourcen erheblich belastet werden. Ein Großteil des Wassers, das für private Haushalte, Industrie oder Landwirtschaft sowie zur Energieerzeugung entnommen wurde, wurde in schlechterer Qualität als Abwasser wieder an die Umwelt abgegeben (in Flüsse, Seen oder direkt ins Meer). Die Verschmutzung von Gewässern durch ungeklärte oder mangelhaft geklärte Abwässer erhöht die Konzentration der Schadstoffe und führt zu unerwünschten Veränderungen in der Zusammensetzung der aquatischen Biota (Bakterienkonzentration, Sauerstoffmangel usw.), jedoch führen weder alle genannten Nutzungszwecke zu denselben Belastungen für die Umwelt noch machen sie dieselbe Behandlung erforderlich.
- In der öffentlichen Kanalisation werden häusliche Abwässer mit Industrieabwässern bzw. Niederschlagswasser zusammengeführt. Effektive Abwasserbehandlungssysteme gewährleisten die Reinheit von Wasserressourcen und Böden und schützen so die menschliche Gesundheit

- Süßwasserentnahme insgesamt (Oberflächen- und Grundwasser), in Mio. m³
- Süßwasserentnahme insgesamt (Oberflächen- und Grundwasser), in m³/pro Kopf
- **Wasserentnahme zur öffentlichen Wasserversorgung. Millionen m³**
- Wasserentnahme nach Hauptsektoren, in m³/pro Kopf
- Bevölkerung, die an das öffentliche Kanalisationsnetz angeschlossen ist, in % der Gesamtbevölkerung
- Bevölkerung mit Anschluss an das öffentliche Kanalisationsnetz einschließlich Abwasserbehandlung in % der Gesamtbevölkerung
- **Bevölkerung mit Anschluss an das öffentliche Kanalisationsnetz nach Art der Abwasserbehandlung. %**

Abfall

Entkopplung von Abfallerzeugung und Wirtschaftswachstum

Zum einen bedeutet Abfallerzeugung einen Verlust an Rohstoffen und Energie. Zum anderen verursacht die Abfalllagerung erhebliche Umweltprobleme, wie Klimaveränderungen, und eine Verschlechterung der Qualität der Oberflächengewässer und des Grundwassers, beeinträchtigt aber auch die Landschaft. Das Abfallaufkommen kann auch die menschliche Gesundheit gefährden (etwa durch die Freisetzung von gefährlichen Stoffen, die in manchen Abfällen enthalten sind, in die Umwelt).

Das Sechste Umweltaktionsprogramm hat sich die Abkopplung des Wirtschaftswachstums von der Abfallerzeugung zum Ziel gesetzt. Eine signifikante Verringerung des Gesamtabfallvolumens soll durch bessere Initiativen zur Abfallvermeidung, eine rationellere Ressourcennutzung und nachhaltigere Verbrauchsmuster erreicht werden.

Wer erzeugt Abfall ...

Kommunale Abfälle stellen etwa 15 % des Abfallgesamtaufkommens dar; sie sind der zuverlässigste Indikator für einen Ländervergleich.

Die Wirtschaftszweige, die einen hohen Anteil an der Abfallerzeugung haben, sind das Baugewerbe, die Landwirtschaft, der Bergbau und das verarbeitende Gewerbe. Abfallströme wie Bau- und Abbruchabfälle oder Klärschlamm (einem Rückstand bei der Behandlung von kommunalen und Industrieabwässern) werfen eine Reihe von Entsorgungsproblemen auf und wirken sich unterschiedlich auf die Umwelt aus.

... und was soll damit geschehen?




Abfalldeponien, Abfallverbrennung (mit oder ohne Energiegewinnung) und Recycling werden am häufigsten für den Haushaltsmüll verwendet. Eine der vorteilhaftesten Behandlungsarten für die Umwelt ist Recycling, das durch mehrere Richtlinien und politische Maßnahmen in der Europäischen Union gefördert wird.

Ständige Verbesserung der Abfallstatistik

Abfallstatistiken gehen aus allen europäischen Ländern anhand des Abschnitts „Abfall“ des gemeinsamen Fragebogens von Eurostat und OECD ein.

Allgemein wird akzeptiert, dass die unterschiedlichen Verfahren der Datenerstellung in den einzelnen Ländern sowie die unterschiedliche Auslegung der Definitionen und Abfallkategorien einen Vergleich der Daten aus den einzelnen Ländern schwierig macht.

Der wichtigste EU-Rechtstext für Abfallstatistik ist die Verordnung zur Abfallstatistik, die in Kürze verabschiedet werden dürfte (zurzeit liegt sie als „Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Abfallstatistik“ vor). Sobald diese Verordnung angenommen und umgesetzt wurde, sollten sich die erhobenen Daten erheblich verbessern.

- **Abfallerzeugung nach Wirtschaftszweigen. 1999, in 1 000 t**
-  - Siedlungsabfälle: gesammelte Abfallmenge in kg pro Person pro Jahr
-  - Siedlungsabfälle: Entsorgung in Deponien, Abfallmenge in kg pro Person pro Jahr
-  - Siedlungsabfälle: Entsorgung in Verbrennungsanlagen, Abfallmenge in kg pro Person pro Jahr
- **Entsorgung von Siedlungsabfällen. 2000. 1 000 t**

Ausgaben für Umweltschutz

Über Ermutigungen, Verordnungen und das Verursacherprinzip

In der Allgemeinheit wächst das Bewusstsein dafür, dass die Umwelt vor Verschmutzungen geschützt werden muss. Umweltschutz ist inzwischen fester Bestandteil aller politischen Bereiche, die auf die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung abzielen.

Um Firmen und private Haushalte zu Umweltschutzmaßnahmen zu ermutigen, können die Regierungen Vorschriften erlassen oder spezielle, mit der Verschmutzung verknüpfte Steuern erheben. Eine weitere Waffe im Kampf gegen Umweltschäden ist das so genannte Verursacherprinzip, wonach die Verhütung oder Beseitigung von Umweltschäden von dem zu bezahlen ist, der sie verursacht. Die Daten über die Aufwendungen für Umweltschutz sind ein Indikator dafür, wie eine Gesellschaft auf Umweltverschmutzung reagiert.

Umweltschutz hilft der Wirtschaft

Umweltschutzmaßnahmen kosten zwar Geld, können aber auch Einkünfte erwirtschaften. Umweltschutzmaßnahmen werden in zunehmendem Maße freiwillig ergriffen, beispielsweise um den Erwartungen der Verbraucher oder Aktionäre gerecht zu werden, um die Marktanteile zu erhöhen oder um das Firmenimage zu verbessern. Gleichzeitig schaffen Umweltschutzmaßnahmen neue Märkte für umweltbezogene Waren und Dienstleistungen, die die Ausfuhren und die Beschäftigung fördern.

In allen Wirtschaftszweigen sind Aufwendungen für Umweltschutz zu verbuchen. Der öffentliche Sektor und die Industrie sind die Wirtschaftszweige, für die in den meisten Mitgliedstaaten Daten verfügbar sind.

Statistische Daten zu den Aufwendungen für Umweltschutz

Der Rechtsrahmen für statistische Daten zu den Aufwendungen für Umweltschutz durch die Industrie ist die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik, die im Dezember 1996 angenommen wurde. Durch diese Verordnung wird der Weg für regelmäßige Datenerhebungen zu Variablen und Wirtschaftstätigkeiten von höchstem politischen Interesse in den kommenden Jahren bereitet.

Die Gesamtausgaben sind die Summe der Investitionen und der laufenden Ausgaben. Um die Daten korrekt auslegen zu können, müssen folgende Fakten beachtet werden:

- Grund für höhere Ausgaben in einem Land könnten neuere striktere politische Maßnahmen sein oder die Tatsache, dass längere Zeit keine Ausgaben getätigt wurden;
- der Anteil der Ausgaben des öffentlichen Sektors im Verhältnis zur Industrie hängt in den einzelnen Ländern u. a. davon ab, in welchem Umfang grundlegende Umweltschutzaktivitäten, wie beispielsweise Abfallbeseitigung, Abfallbehandlung und Abwasserbehandlung, privatisiert sind.

Daten zu den Aufwendungen für Umweltschutz werden anhand des gemeinsamen Fragebogens von Eurostat und OECD erhoben.

- **Gesamtausgaben des Staates, in Millionen ECU**
- Gesamtausgaben des Staates für den Umweltschutz nach Bereichen, in %
- **Gesamtausgaben der Industrie, in Millionen ECU**
- Gesamtausgaben der Industrie nach Bereichen, in %

Luftemissionen und Luftqualität

Luftverschmutzung: erhebliche und komplexe Auswirkungen

Die Luft, die wir einatmen, wird von der Emission von Substanzen in die Atmosphäre beeinträchtigt; diese Emissionen werden durch Heizölverbrennung, industrielle Prozesse und andere Tätigkeiten erzeugt. Die Luftverschmutzung trägt zu den verschiedenen Umweltproblemen wie Klimaänderung, Übersäuerung, Eutrophierung und der Bildung von troposphärischem Ozon bei.

Der Treibhauseffekt

Die Wissenschaftler sind sich weitgehend einig, dass eine Klimaveränderung vor sich geht.

Hohe Konzentrationen an Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O) und Halogenkohlenwasserstoffen [teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (HFC), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (PFC) und Schwefelhexafluorid (SF₆)] verändern die Zusammensetzung der Atmosphäre. Dies führt zu dem bekannten Treibhauseffekt, der das Weltklima beeinflusst.

Im Protokoll von Kyoto (1997) im Rahmen der Klimarahmenkonvention der UN (Unfccc) hat sich die Europäische Union zu einer Reduzierung um 8 % des Ausgangsniveaus von 1990 zwischen 2008 und 2012 verpflichtet. Das europäische Programm zur Klimaveränderung wurde ausgearbeitet, um gemeinsame und koordinierte Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene zu entwickeln, um die Zielsetzungen von Kyoto für die Europäische Union zu erreichen.

Daten zur Emission von Treibhausgasen werden jährlich an das Sekretariat der Klimarahmenkonvention und die Europäische Kommission im Rahmen der Beobachtung der Emissionen geschickt (Entscheidung 1999/296/EC). Zur Abschätzung der Emissionen verwenden die Länder gemeinsame Leitlinien und ein gemeinsames Berichtsformat. Für die Kommission erfasst das Europäische Themenzentrum Air and Climate Change der Europäischen Umweltagentur (EEA/ETC-ACC) die EU-Daten und erstellt regelmäßig Berichte mit Daten und Tendenzen.

Übersäuerung und Eutrophierung

Vor allem die Emissionen von Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxiden (NO_x) and Ammoniak (NH₃) tragen zur Übersäuerung und Eutrophierung des Bodens und der Gewässer bei und können Schäden verursachen. Sie beeinträchtigen die Luftqualität und bedrohen die menschliche Gesundheit und das Ökosystem.

Die Europäische Union hat sich mit der Richtlinie für nationale Emissionshöchstmengen ein Reduktionsziel gesetzt, das weiter geht als die entsprechende Bestimmung des Protokolls von Göteborg 1999 im Rahmen der UN/ECE Convention on Long-range Transboundary Air Pollution (Internationales Abkommen über die grenzüberschreitende Luftverunreinigung über große Entfernungen – Clrtap).

Troposphärisches Ozon

Die Emission von Substanzen wie Kohlenmonoxid (CO), flüchtige organische Verbindungen ohne Methan (NMVOC), Methan (CH₄) und Stickstoffoxide (NO_x), den so genannten Ozonvorläufersubstanzen, tragen zur Bildung von bodennahem Ozon bei; dieser Stoff wirkt sich nachteilig auf die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme aus.

Die Datenquellen für diese Gruppe von Substanzen sind die amtlichen nationalen Daten, die regelmäßig gemäß den verschiedenen Protokollen im Rahmen von Clrtap bzw. gemäß der einschlägigen Richtlinien und Entscheidungen der Europäischen Union übermittelt werden. Auch die Themenzentren der Europäischen Umweltagentur (EEA/ETC-ACC) erfassen derartige Daten.

Zur Abschätzung der Emission dieser Schadstoffe verwenden die Länder Verfahren und Leitlinien, die von Parteien der beiden Konventionen vereinbart wurden.

Schwerpunkt: städtische Gebiete

Die Rahmenrichtlinie zur Luftqualität berücksichtigt die Tatsache, dass etwa 80 % der europäischen Bevölkerung in städtischen Gebieten lebt. Die Gefährdung der Menschen durch hohe Konzentrationen gefährlicher Substanzen, feine Staubpartikel und die erhöhten Ozonwerte kann zu entzündlichen Prozessen der Lunge und einer verminderten Lungenfunktion führen. Beobachtet werden Husten, Schmerzen im Brustraum, Atemnot, Kopfschmerzen und Augenreizungen.

Daten über Luftemissionen und Luftqualität

Für die Erfassung von Daten über Luftemissionen und Luftqualität in der Europäischen Union und den Kandidatenländern ist die Europäische Umweltagentur zuständig. Sie erhält dieselben Daten, die die Mitgliedstaaten und andere Länder aufgrund ihrer eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen von Konventionen und verschiedenen EU-Richtlinien und -Verordnungen übermitteln. Anhand dieser Daten erstellt die Umweltagentur Berichte und Bewertungen.

Die Daten werden regelmäßig auf der Internet-Site der Umweltagentur veröffentlicht (<http://www.eea.eu.int>).

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen



- Environment statistics — Yearbook
- Regionale Umweltstatistiken — Erste Ergebnisse der Datenerhebung
- Environmental protection expenditure in Europe
- Environmental pressure indicators for the EU
- Messung der Fortschritte auf dem Wege zu einem nachhaltigeren Europa
- Environment Statistics Pocketbook
- Abfallaufkommen in Europa

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 8

- Nr. 5 Ökologischer Landbau
- Nr. 6 Ressourcen, Entnahme und Verwendung von Wasser in den europäischen Ländern
- Nr. 7 Umweltschutzausgaben in Europa
- Nr. 13 Die Bewirtschaftung der Wasserressourcen in den Regionen der Europäischen Un
- Nr. 14 Abwasser in den europäischen Staaten

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat> — Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Umwelt“:
http://europa.eu.int/comm/dgs/environment/index_en.htm

- Emissionen von säurebildenden Schadstoffen. In 1 000 t
- Emissionen von troposphärischen Ozonvorläufern. In 1 000 t
-  - Städtische Luftqualität — Luftverschmutzung durch Ozon ausgesetzte Bevölkerung — Prozentualer Anteil der städtischen Bevölkerung, die Ozonkonzentrationen über den Schwellenwerten ausgesetzt sind
-  - Städtische Luftqualität — Luftverschmutzung durch Partikelkonzentration (PM10) ausgesetzte Bevölkerung — Prozentualer Anteil der städtischen Bevölkerung, die Konzentrationen über den Grenzwerten ausgesetzt sind

Verkehr

Gewährleistung der Nachhaltigkeit im Verkehrssektor

Der Verkehr spielt eine entscheidende Rolle in der modernen Gesellschaft: Er bietet der Industrie Liefer- und Vertriebsketten, er erleichtert den Handel und fördert den Tourismus, und er sorgt für Mobilität im täglichen Leben der Menschen. Es kann deshalb nicht verwundern, dass die Entwicklung des Verkehrs in einem engen Wechselverhältnis zum Bruttoinlandsprodukt steht.

Der Verkehr hat auch soziale Folgen und Auswirkungen auf die Umwelt. Erwähnenswert sind hier vor allem Schadstoffemissionen (Verursacher von gesundheitlichen Beschwerden und geringerer Lebenserwartung), Treibhausgasemissionen (Verursacher von globaler Erwärmung und Klimaveränderungen), Lärm (Verursacher von Belästigung und gesundheitlichen Beschwerden), Verkehrsunfälle (Verursacher von Verletzungen und Todesfällen) und Staus (Verursacher von Unannehmlichkeiten und Verspätungen).

Es besteht ein grundsätzlicher Zusammenhang zwischen diesen Folgen und der Art, wie Menschen reisen und Waren befördert werden. Ebenfalls eine Rolle spielen hier Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit (z. B. Sicherheitsgurte, Airbags und Tempolimits) und zur Verringerung der Umweltschäden (z. B. Katalysatoren und saubere Kraftstoffe). Daran zeigt sich, dass die auftretenden Probleme auch zu Verbesserungen führen können.

Aus diesem Grund zählt der Verkehrssektor zu den vier Bereichen, denen in der Strategie der EU für nachhaltige Entwicklung Priorität eingeräumt wird. Das Ziel besteht darin, das wachsende Verkehrsaufkommen und die Belastung durch Staus, Lärm und Schadstoffe in den Griff zu bekommen, die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel zu fördern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die tatsächlichen Kosten, die der Gesellschaft entstehen, sich besser in den Preisen widerspiegeln. Ferner wird angestrebt, die enge Verbindung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Zunahme des Verkehrsaufkommens allmählich zu lösen („Entkopplung“). Erreichen lässt sich dies durch die verstärkte Nutzung von Telediensten, durch die Verlagerung der Produktion von der Schwerindustrie in Hochtechnologiebereiche und durch die zunehmende Ausrichtung der Wirtschaft auf die Dienstleistungssektoren.

Einige der Strukturindikatoren zielen darauf ab, den Zusammenhang zwischen Verkehr und Wirtschaftswachstum zu verfolgen und die Abhängigkeit von der Beförderung im Straßenverkehr, in Autos und Flugzeugen näher zu beleuchten. Für das zurückliegende Jahrzehnt ist dazu Folgendes festzustellen:

- Die Zunahme des Frachtverkehrs lag in der EU insgesamt noch leicht über dem Wachstum des BIP, wobei sich in einigen Mitgliedstaaten bereits eine Entkopplung andeutet. In Norwegen wuchs der Frachtverkehr erheblich schneller als das BIP. In den USA und Japan gibt es dagegen Anzeichen für eine Entkopplung.
- In der Personenbeförderung wurden die Fortschritte einiger EU-Länder bei der Entkopplung durch einen gegenläufigen Trend in anderen Ländern wieder neutralisiert. In Norwegen und den USA sind Anzeichen für eine Entkopplung auszumachen, während in Japan keine realen Veränderungen erkennbar sind.
- Der Frachtverkehr wird mit wenigen Ausnahmen allmählich immer mehr auf die Straße verlagert.
- Die Abhängigkeit von der Beförderung in Personenkraftwagen hat sich in vielen Ländern nicht wesentlich geändert. Ausnahmen bilden Griechenland, Portugal und Japan, wo sich der Stellenwert des Autos langsam erhöht hat.

Nähere Angaben zu den Indikatoren

Die Daten über den Güterverkehr, auf denen die Indikatoren basieren, enthalten Angaben zur Beförderung auf der Straße, auf der Schiene und in der Binnenschifffahrt. Als Maßeinheit werden Tonnenkilometer verwendet.

Quellen

EU

- EU-weite Erhebungen über die Güterbeförderung auf der Straße, auf der Schiene und in der Binnenschifffahrt
- nationale statistische Ämter
- gemeinsamer Fragebogen von Eurostat/ECMT/UNECE zur Verkehrsstatistik
- GD Energie und Verkehr





Nicht-EU-Länder

- nationale statistische Ämter
- gemeinsamer Fragebogen von Eurostat/ECMT/UNECE zur Verkehrsstatistik

Konzeptionelle Fragen

Verkehr lässt sich naturgemäß nur schwer quantifizieren; das gilt generell für alle Beförderungsarten und geografischen Regionen. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen wie Landwirtschaft oder Industrie ist Verkehr mit Ortsveränderungen verbunden, bei denen oft Grenzen überschritten werden. Es stellen sich daher grundlegende Fragen hinsichtlich des Konzepts, das sich hier am besten eignet. Eine Erhebung von Bewegungen innerhalb des Staatsgebiets mag angemessen sein, wenn man Statistiken über den Schienenverkehr und die Binnenschifffahrt erstellen will, aber nicht, wenn es um den Luftverkehr und die Seeschifffahrt geht. Diese Arten der Beförderung finden insbesondere für die kleinen Länder Europas weitgehend außerhalb der Landesgrenzen statt, so dass hier das Konzept Herkunftsort/Bestimmungsort zu bevorzugen ist.

Im Interesse der Vergleichbarkeit der EU mit den USA und Japan stützt man sich bei allen Beförderungsarten auf die traditionellen Konzepte der Verkehrserhebung. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass es dadurch zu gewissen Verzerrungen kommt. So sind z. B. luxemburgische Fuhrunternehmen hauptsächlich außerhalb Luxemburgs tätig, was für das tatsächliche Verkehrsaufkommen auf der Straße eine Überbewertung gegenüber anderen Ländern zur Folge hat.

-  - **Verkehrsvolumen im Frachtverkehr im Verhältnis zum BIP. Index des inländischen Frachtverkehrsvolumens im Verhältnis zum BIP. Angaben in tkm/BIP, Indexierung 1995**
-  - **Verkehrsvolumen im Personenverkehr im Verhältnis zum BIP. Index des inländischen Personenverkehrsvolumens im Verhältnis zum BIP, Angaben in Personenkilometern/BIP, Indexierung 1995**
-  - **Verkehrsverteilung im Frachtverkehr: Prozentualer Anteil des inländischen Straßenverkehrs am Frachtverkehr insgesamt, in tkm**
-  - **Verkehrsverteilung in der Personenbeförderung: Prozentualer Anteil des Pkw-Verkehrs an der inländischen Personenbeförderung insgesamt, in Personenkilometern**



Unternehmensstrukturen

Wirtschaftssektoren

Wissenschaft und Technik

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

**Unternehmen und ihre
Leistungen**

4

Unternehmensstrukturen auf einen Blick

Der Hintergrund für unternehmerische Tätigkeit

Eurostat gibt einen umfassenden Überblick über die Struktur der europäischen Unternehmen und bietet somit eine ausführliche Beschreibung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit. Die Daten zur strukturellen Unternehmensstatistik veranschaulichen Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftszweigen sowie Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft insgesamt. Ohne die darin enthaltenen Hintergrundinformationen wäre es schwierig, konjunkturstatistische Daten zu interpretieren. Diese Daten werden von Unternehmen genutzt, die ihre Chancen in einem neuen Markt und ihre eigenen Leistungen objektiv beurteilen wollen, sowie von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Marktforschungsinstituten und in Politik und Verwaltung.

Wenn Sie ausführlichere Angaben zu den im Folgenden erwähnten Themen wünschen, wenden Sie sich bitte an den örtlichen Data Shop. Ein Adressenverzeichnis der Data Shops finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

Produktion und Arbeit

Die strukturelle Unternehmensstatistik beschreibt die Wirtschaft, indem sie die Tätigkeit der wirtschaftenden Einheiten beobachtet. Dabei geht es u. a. um die Beantwortung der folgenden Fragen: Wie groß ist die Wertschöpfung in einem bestimmten Wirtschaftszweig? Wie viele Arbeitskräfte werden dazu benötigt? Wie entwickelt sich der Wirtschaftszweig? Leistet der Wirtschaftszweig einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum? Wird in diesen Wirtschaftszweig investiert?

Die im Eurostat-Jahrbuch enthaltenen Strukturdaten beziehen sich im Wesentlichen auf die Bereiche Produktion oder Beschäftigung. Aus der Reihe von Variablen zur Beschreibung der Input- und Output-Seite der wirtschaftlichen Tätigkeit werden auch ausgewählte Basisindikatoren vorgestellt:

- Der **Umsatz** entspricht der Summe aller Verkäufe (ohne MwSt.) von Waren und Dienstleistungen, die von den Unternehmen eines Sektors im Berichtsjahr getätigt wurden.
- Die **Bruttowertschöpfung** zu Faktorkosten entspricht der Differenz zwischen dem Wert der Produktion und den in die Produktion einfließenden Vorleistungen, korrigiert um Produktionssubventionen und Kosten sowie sonstige gleichgestellte Produktionsabgaben. Sie lässt sich als der von den Unternehmen eines Sektors geschaffene Wert interpretieren, der zur Entlohnung der Produktionsfaktoren herangezogen wird (Bruttobetriebsüberschuss für den Produktionsfaktor Kapital und Personalaufwendungen für den Produktionsfaktor Arbeit).
- Die **Personalaufwendungen** sind definiert als die Gesamtsummen, die von den Unternehmen eines Sektors an die Beschäftigten der Unternehmen für die während des Berichtsjahrs von ihnen geleistete Arbeit gezahlt werden. Sie umfassen Löhne und Gehälter sowie die von den Arbeitgebern gezahlten Sozialbeiträge.
- Die Zahl der **Beschäftigten** ist definiert als die Gesamtzahl der Personen, die für die Unternehmen des Sektors arbeiten, unabhängig davon, ob sie für diese Arbeit bezahlt werden oder nicht. Leiharbeiter bleiben jedoch unberücksichtigt.

Die Datenbank SUS

Die Daten stammen aus der Eurostat-Referenzdatenbank für die strukturelle Unternehmensstatistik (SUS-Datenbank). Sie sind dort in absoluten Zahlen und z. T. in Form von einfachen Verhältniszahlen dargestellt, so dass es z. B. möglich ist, Größenvergleiche zwischen Ländern anzustellen oder den Anteil eines Wirtschaftszweigs an der Gesamtwirtschaft zu berechnen.

Ein harmonisierter Rechtsrahmen

Mit der Verordnung des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik wurde ein harmonisierter Rechtsrahmen für die jährliche Erhebung von Strukturdaten bei den Unternehmen in der Europäischen Union geschaffen. Diese Verordnung enthält Festlegungen in Bezug auf die zu verwendenden Systematiken (NACE Rev. 1, NUTS) und statistischen Einheiten, den Erfassungsbereich (ohne größen-spezifische Schwellenwerte) und die einzuhaltenden Fristen und Qualitätskriterien.

Die Verordnung gilt für alle marktbestimmten Tätigkeiten (ohne Landwirtschaft), die den Sektoren Industrie, Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen zugeordnet werden (Abschnitte C bis K der NACE Rev. 1). Im Bereich SUS der Datenbank New Cronos sind Daten enthalten, die im Vergleich zu den Angaben im Eurostat-Jahrbuch eine entschieden größere Gliederungstiefe aufweisen.

Die Daten werden von den nationalen statistischen Ämtern erhoben und in aggregierter Form an Eurostat übermittelt. Eurostat berechnet dann die europäischen Gesamtwerte. Die EU-Gesamtwerte (Durchschnittswerte) werden nur dann erstellt, wenn Daten für alle Länder vorliegen und eine Vergleichbarkeitsprüfung stattgefunden hat.

Für das Berichtsjahr 1998 können bei der Berechnung der EU-Gesamtwerte nicht alle Unternehmen berücksichtigt werden, da je nach Wirtschaftszweig aus zwei oder mehr Ländern keine Daten vorliegen. Das hängt damit zusammen, dass sich die SUS-Verordnung noch in einer Übergangsphase befindet, in der gewisse Ausnahmeregelungen gelten, die den Mitgliedstaaten die Anpassung ihrer Systeme an die harmonisierten Anforderungen erleichtern sollen. 1999 ist das erste Berichtsjahr, für das alle Länder zur Einhaltung der Verordnung verpflichtet sind, so dass erstmals ein konsistenter Datensatz für die Europäische Union vorliegt.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

– **Monatliches Panorama europäischer Unternehmen — Jahresabonnement**

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 4

– **Nr. 17 SMO Regio — Hohe KMU-Dichte in Südeuropa**

– **Nr. 20 Ausländische verbundene Unternehmen**

Benötigen Sie weitere Informationen?

– **Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop**

– **<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>– Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Unternehmen“:
http://europa.eu.int/comm/dgs/enterprise/index_en.htm**

- Umsatz: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Verarbeitendes Gewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Energie- und Wasserversorgung, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Baugewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Gastgewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Angaben in Mio. EUR
- Umsatz: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, Angaben in Mio. EUR
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Verarbeitendes Gewerbe, Angaben in Mio. EUR**
- Wertschöpfung zu Faktorkosten: Energie- und Wasserversorgung, Angaben in Mio. EUR
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Baugewerbe, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Gastgewerbe, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Angaben in Mio. EUR**
- **Wertschöpfung zu Faktorkosten: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, Angaben in Mio. EUR**
- **Personalaufwendungen: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Angaben in Mio. EUR**
- Personalaufwendungen: Verarbeitendes Gewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Energie- und Wasserversorgung, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Baugewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Gastgewerbe, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Angaben in Mio. EUR
- Personalaufwendungen: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, Angaben in Mio. EUR.
- Zahl der Beschäftigten: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- Zahl der Beschäftigten: Verarbeitendes Gewerbe
- Zahl der Beschäftigten: Energie- und Wasserversorgung
- Zahl der Beschäftigten: Baugewerbe
- Zahl der Beschäftigten: Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern
- Zahl der Beschäftigten: Gastgewerbe
- Zahl der Beschäftigten: Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Zahl der Beschäftigten: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

Industrie und Baugewerbe

Statistiken über Industrie und Baugewerbe: lange Tradition mit einer Vielfalt an Daten und hoher Qualität

Das Eurostat-Jahrbuch enthält Angaben für mehrere Indikatoren.

- **Arbeitsproduktivität:** Diese Kennzahl gibt die Höhe der Wertschöpfung an, die innerhalb eines Wirtschaftszweigs durch eine bestimmte Anzahl von Arbeitskräften geschaffen wird. Die sichtbare Arbeitsproduktivität misst die Wertschöpfung zu Faktorkosten im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten. Sie differiert je nach Wirtschaftszweig erheblich, wobei sich die höchsten Werte in der kapitalintensiven chemischen Industrie und die niedrigsten Werte im arbeitsintensiven Textil- und Bekleidungsindustrie ergeben.
- **Index der Industrieproduktion:** Nach einem allgemeinen Anstieg in den vergangenen sieben Jahren, der mit einer jährlichen Zuwachsrate von 5 % im Jahr 2000 seinen Höchststand fand, verzeichnete der Index der Industrieproduktion 2001 für EU-15 einen leichten Rückgang, ebenso wie für die Vereinigten Staaten und Japan.
- **Index der Beschäftigung in der Industrie:** Die Beschäftigung im industriellen Sektor (gesamte Industrie ohne Baugewerbe) der Europäischen Union ging nach und nach zurück, und entsprechend ging auch die Zahl der Arbeitsstunden zurück.
- **Index der Erzeugerpreise:** Der im Jahr 2000 verzeichnete, spürbare Anstieg des Index der Erzeugerpreise (+ 4,9 %), der in erster Linie auf die erheblich gestiegenen Energiepreise zurückzuführen war, setzte sich 2001 fort (+ 1,9 %).
- **Anteil des Bruttobetriebsüberschusses an der Wertschöpfung:** Die Wertschöpfung wird zur Entlohnung der Produktionsfaktoren herangezogen. Für den Produktionsfaktor Arbeit geschieht dies in Form der Personalaufwendungen und für den Produktionsfaktor Kapital in Form des Bruttobetriebsüberschusses, dessen Anteil je nach Sektor erheblich schwankt. Er liegt in der chemischen Industrie bei knapp 45 %, in arbeitsintensiven Zweigen wie der Textil- und Bekleidungsindustrie dagegen unter 30 %. Je kapitalintensiver der Industriezweig ist, desto höher ist der verhältnismäßige Anteil des Bruttobetriebsüberschusses an der Wertschöpfung.
- **Anteil der Wertschöpfung an der Produktion:** Diese Größe setzt die Wertschöpfung in Beziehung zum Produktionswert. Sie ist ein Indikator für den Grad der Integration der Unternehmen eines Sektors: Eine hohe Verhältniszahl für einen bestimmten Sektor deutet auf einen Herstellungsprozess hin, in dessen Verlauf an den Produkten umfangreiche Veränderungen vorgenommen werden. Diese Größe ist über die Zeit sehr stabil, variiert jedoch stark von einem Wirtschaftszweig zum anderen.
- **Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung bezogen auf den erzielten Umsatz:** Diese Kennzahl beziffert die in dem betreffenden Wirtschaftszweig unternommenen Bemühungen auf dem Gebiet der Innovation und des technischen Fortschritts. Die Hochtechnologiebranchen (per Definition, die Industriezweige, die erhebliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung aufwenden) wuchsen wesentlich schneller als andere Industriezweige in Europa.
- **Jüngste Entwicklungen in der Baubranche:** Nachdem der Produktionsindex seit 1997 stetig angestiegen ist, stagnierte er 2001 für EU-15.

- **Produktion, Industrie insgesamt (ohne Baugewerbe). Wachstumsraten in %, arbeitstäglich bereinigt**
- Produktionsindizes für EU-15 und die Eurozone, Industrie insgesamt (ohne Baugewerbe)
- **Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100**
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Index der Industrieproduktion für die Industriebhauptgruppen, Trendreihen. 1995 = 100
- Anteil der Wertschöpfung an der Produktion, in %. EU-15-Schätzwerte für 1999
- Anteil des Bruttobetriebsüberschusses an der Wertschöpfung, in %. EU-15-Schätzwerte für 1999
- **Beschäftigung, Industrie insgesamt (ohne Baugewerbe). Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr, brutto. %**
- Beschäftigungsindex in EU-15, saisonbereinigt. 1995 = 100
- Arbeitsstundenindex für die Industrie insgesamt (ohne Baugewerbe). Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr, brutto
- Index der Löhne und Gehälter für die Industrie insgesamt (ohne Baugewerbe). Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr, brutto
- **Erzeugerpreise der Industrie für die Industriebhauptgruppen in EU-15, brutto. 1995 = 100**
- Erzeugerpreise, Industrie insgesamt (ohne Baugewerbe). Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr, brutto
- **EU-15-Produktionsindizes für das Baugewerbe, saisonbereinigt. 1995 = 100**
- Beschäftigungsindex für das Baugewerbe. Wachstumsraten in %, brutto
- **Baugenehmigungen: genehmigte Wohnungen auf 1 000 Einwohner**
- Entwicklung der Arbeitsproduktivität, in 1 000 ECU/EUR. EU-15-Schätzwerte 1992-2001

Handel

Das Handelsvolumen im Einzelhandel

Im Zuge eines günstigen wirtschaftlichen Klimas nahm das Volumen im Einzelhandel in der EU-15 seit 1996 konstant zu. Die jährliche Zuwachsrate für EU-15 stieg 2001 auf einen Wert von 2,2 %. Seit 1998 hat es in nahezu allen Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen und mit Ausnahme von Italien und Österreich, ein Wachstum gegeben.

2001 konnte ein besonders ausgeprägter Anstieg bei den Haushaltsgütern verzeichnet werden.

Strukturelle Daten, aber auch Konjunkturdaten

Seit 1995 werden für den Handel strukturelle Unternehmensstatistiken gemäß dem harmonisierten Rahmen der SUS-Verordnung erhoben. Die Erhebung von Konjunkturindikatoren auf EU-Ebene begann mit dem Berichtsjahr 1998.

Die strukturelle Unternehmensstatistik liefert u. a. grundlegende Informationen über die relative Größe von Wirtschaftszweigen, die anhand des Umsatzes und der Beschäftigung gemessen wird. Die Beschäftigungsanteile geben Auskunft darüber, welcher Wirtschaftszweig die meisten Arbeitsplätze stellt.

Auf den Einzelhandel entfallen mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze im Handel, aber nur knapp ein Drittel des Umsatzes. Daran zeigt sich, dass der Pro-Kopf-Umsatz im Einzelhandel niedriger ist als im Handel insgesamt. Genau umgekehrt verhält es sich in der durch einen hohen Konzentrationsgrad gekennzeichneten Branche des Großhandels.

In allen Ländern der Europäischen Union entfällt auf den Einzelhandel mit Nahrungsmitteln ein großer Anteil der gesamten Einzelhandelsaktivitäten, sowohl in Bezug auf das Verkaufsvolumen (Umsatz) als auch in Bezug auf die Zahl der Beschäftigten. Dieser Anteil bewegt sich zwischen ungefähr einem Drittel in Dänemark, Österreich und Portugal und fast der Hälfte in Frankreich und Irland.

Der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln findet entweder in Fachgeschäften statt, oder er erfolgt in Verkaufsstellen, die Waren verschiedener Art anbieten. Bezogen auf die Europäische Union als Ganzes werden über 80 % der Nahrungsmittel in Geschäften verkauft, die nicht dem Fachhandel zuzurechnen sind, wie z. B. in Supermärkten. Der Umsatzanteil dieser Verkaufsstellen ist am niedrigsten in Spanien (rund 60 %) und am höchsten in Finnland (über 90 %).

Mehr zum Thema:

Eurostat-Veröffentlichungen

- **Monatliches Panorama europäischer Unternehmen**
- **Business in Europe — Statistical pocketbook**
- **Porträt der Wirtschaft der Europäischen Union 2002**

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 4

- **Nr. 19 Jüngste Entwicklung des Produktionsindex für die Gesamtindustrie (ohne Baugewerbe)**
- **Nr. 20 Entwicklung des Baugewerbes im vierten Quartal 2001**
- **Nr. 22 Entwicklung der Erzeugerpreise im ersten Quartal 2002**
- **Nr. 23 Entwicklungen im Einzelhandel im ersten Quartal 2002**
- **Nr. 27 Entwicklung der Arbeitsinputindikatoren im ersten Quartal 2002 — Industrielle Beschäftigung sank in der EU und Eurozone um 0,9%**

Benötigen Sie weitere Informationen?

- **Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop**
- **<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>**

- Einzelhandel, Verkaufsvolumen in EU-15, saisonbereinigt. 1995 = 100
- Einzelhandel, Verkaufsvolumen: Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr, arbeitstäglich bereinigt
- **Aufschlüsselung des Umsatzes im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln nach Facheinzelhandel und Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, in %. 1999**
- **Anteile des Kraftfahrzeug-, Groß- und Einzelhandels am Handel insgesamt in EU-15: Umsatz in %. Schätzwerte für 2000**
- **Anteile des Kraftfahrzeug-, Groß- und Einzelhandels am Handel insgesamt in EU-15: Beschäftigung in %. Schätzwerte für 2000**

Dienstleistungen, einschließlich Finanzdienstleistungen

Der Erfassungsbereich der strukturellen Unternehmensstatistik erstreckt sich hier auf die marktbestimmten Dienstleistungen in den Branchen Gastgewerbe (Abschnitt H der NACE Rev. 1), Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Abschnitt I), Kredit- und Versicherungsgewerbe (Abschnitt J) sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (Abschnitt K).

- Beim Umsatz bezogen auf die Zahl der Beschäftigten gibt es zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen erhebliche Abweichungen. Der geschätzte Durchschnitt für EU-15 beträgt für arbeitsintensive Tätigkeiten, wie etwa Gebäudereinigung, gewerbsmäßige Vermittlung von Arbeitskräften sowie das Gastgewerbe, weniger als 50 000 EUR, für die Vermietung beweglicher Sachen und die Werbung dagegen mehr als 150 000 EUR.
- Die Personalkosten pro Kopf geben das Verhältnis der Personalkosten (einschließlich Sozialbeiträge) zur Beschäftigtenzahl an. Diese Kosten sind am niedrigsten in Wirtschaftszweigen mit einem relativ niedrigen Qualifikationsniveau der Beschäftigten (etwa Gebäudereinigung) und am höchsten in Wirtschaftszweigen mit hoch qualifizierten Arbeitskräften (wie DV-Tätigkeiten).

Zu den **Verkehrsdienstleistungen** (Abteilungen 60 bis 63 der NACE Rev. 1) zählen Tätigkeiten in Zusammenhang mit der Personen- und Güterbeförderung im Linien- oder Gelegenheitsverkehr auf Schienen und Straßen, zu Wasser und in der Luft sowie der Transport in Rohrfernleitungen, einschließlich Hilfs- und Nebentätigkeiten und Vermietung von Fahrzeugen mit Fahrer bzw. Bedienungspersonal.

Für EU-15 insgesamt stellt der Straßengüterverkehr mit einem Anteil von knapp 45 % am Umsatz des Sektors den wichtigsten Teilbereich des Verkehrswesens dar und rangiert damit vor der Luftfahrt (rund 20 %), der Schifffahrt, dem Eisenbahnverkehr und der sonstigen Personenbeförderung zu Land (jeweils etwas mehr als 10 %). Allerdings gibt es hier von Land zu Land erhebliche Unterschiede.

Die höchsten Personalkosten in der Europäischen Union verzeichnen die Luftfahrt und der Eisenbahnverkehr (hohes Qualifikationsniveau der Beschäftigten). Bei der Beförderung im Straßen- und sonstigen Landverkehr sind diese Kosten am niedrigsten.

Finanzdienstleistungen: Im Rahmen der strukturellen Unternehmensstatistiken erhebt Eurostat außerdem Daten über das Kreditgewerbe, Versicherungsdienstleistungen und Pensionsfonds. Ausführliche Daten liegen zu Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanzposten, geografische Untergliederung und Versicherungsprodukten vor. Die Tabellen mit den Bilanzsummen für die Kreditinstitute und die Versicherungsdienstleistungen sowie die Tabelle mit den Gesamtinvestitionen in Pensionsfonds geben Aufschluss über die relative Bedeutung dieser Einrichtungen.

- **Umsatz je Beschäftigten im Dienstleistungssektor, in 1 000 ECU. EU-15-Schätzwerte für 1999**
- **Personalaufwendungen je Beschäftigten im Dienstleistungssektor, in 1 000 ECU. EU-15-Schätzwerte für 1999**
- **Personalaufwendungen je Beschäftigten im Verkehrssektor, in 1 000 ECU. EU-15-Schätzwerte für 1999**
- **Umsatz aufgeschlüsselt nach Eisenbahnverkehr, Straßenverkehr, Schifffahrt und Luftfahrt, in %.**
EU-15-Schätzwerte für 1999
- **Kreditinstitute: Bilanzsumme, in Mio. EUR**
 - Kreditinstitute: Zahl der Unternehmen, Angabe in Einheiten
 - Kreditinstitute: Zahl der Beschäftigten, Angabe in Einheiten
- **Kreditinstitute: Zinserträge und ähnliche Erträge, in Mio. EUR**
 - Kreditinstitute: Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen, in Mio. EUR
- **Versicherungen: Bilanzsumme für alle Versicherungsunternehmen, in Mio. EUR**
 - Versicherungen: Zahl der Lebensversicherungsunternehmen, Angabe in Einheiten
 - Versicherungen: Zahl der Nicht-Lebensversicherungsunternehmen, Angabe in Einheiten
 - Versicherungen: Zahl der Kompositversicherungsunternehmen, Angabe in Einheiten
 - Versicherungen: Zahl der Rückversicherungsunternehmen, Angabe in Einheiten
 - Versicherungen: Zahl der Beschäftigten in Lebensversicherungsunternehmen, Angabe in Einheiten
 - Versicherungen: Zahl der Beschäftigten in Nicht-Lebensversicherungsunternehmen, Angabe in Einheiten
 - Versicherungen: Zahl der Beschäftigten in Kompositversicherungsunternehmen, Angabe in Einheiten
 - Versicherungen: Zahl der Beschäftigten in Rückversicherungsunternehmen, Angabe in Einheiten
- **Versicherungen: gebuchte Bruttoprämien in Lebensversicherungsunternehmen, in Mio. EUR**
 - Versicherungen: gebuchte Bruttobeiträge in Nicht-Lebensversicherungsunternehmen, in Mio. EUR
 - Versicherungen: gebuchte Bruttobeiträge in Kompositversicherungsunternehmen, in Mio. EUR
 - Versicherungen: gebuchte Bruttobeiträge in Rückversicherungsunternehmen, in Mio. EUR
 - Versicherungen: Bruttozahlungen für Versicherungsfälle von Lebensversicherungsunternehmen, in Mio. EUR
 - Versicherungen: Bruttozahlungen für Versicherungsfälle von Nicht-Lebensversicherungsunternehmen, in Mio. EUR
 - Versicherungen: Bruttozahlungen für Versicherungsfälle von Kompositversicherungsunternehmen, in Mio. EUR
 - Versicherungen: Bruttozahlungen für Versicherungsfälle von Rückversicherungsunternehmen, in Mio. EUR
- **Pensionsfonds: Gesamtsumme der Kapitalanlagen, in Mio. EUR**
 - Pensionsfonds: Zahl der Mitglieder, in Einheiten
 - Pensionsfonds: Pensionsbeiträge insgesamt, in Mio. EUR
 - Pensionsfonds: Gesamte Aufwendungen für Pensionen, in Mio. EUR

Verkehr

Eine kurze Reise von der Vergangenheit in die Zukunft

„Der Sieg ist eine schöne, farbenprächtige Blüte. Der Transport ist der Stiel dieser Blüte, ohne den sie sich niemals hätte entfalten können.“ (Sir Winston Churchill)

Man könnte diesen Satz auch auf die Erfolge bei der Anhebung des Lebensstandards in Europa beziehen, an denen das Verkehrswesen maßgeblich beteiligt war.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden Güter vornehmlich auf Wasserstraßen und mit der Eisenbahn befördert. Das Eisenbahnnetz war umfangreicher als heute, was beeindruckend ist, wenn man bedenkt, dass die erste Eisenbahnstrecke erst 1822 eröffnet wurde. Auch bei der Personenbeförderung waren für lange Reisen Schiffe und Eisenbahnen die vorherrschenden Verkehrsmittel, während man kurze Strecken meistens zu Fuß oder mit dem Pferd zurücklegte.

Im Laufe der letzten 100 Jahre kam es neben einem gewaltigen Anstieg des Verkehrsaufkommens auch zu Verschiebungen bezüglich der Anteile, die auf die einzelnen Beförderungsarten entfallen. Während Wasserstraßen und Eisenbahnen mit ca. 15 % des gesamten Beförderungsaufkommens immer noch eine bedeutende Rolle spielen, ist heute der Straßenverkehr mit seiner Flexibilität und seinen Möglichkeiten für den Individualverkehr eindeutig die vorherrschende Beförderungsart. Das Beförderungsaufkommen im Straßenverkehr hat sich seit 1970 nahezu verdreifacht; im Eisenbahnverkehr ist es dagegen um ein Viertel zurückgegangen.

Rund 80 % der gesamten Beförderungsmenge im Gütertransport (etwa 45 % der tkm) und etwa der gleiche Anteil der Personenkilometer entfallen heute auf den Straßenverkehr. Unter einem Personenkilometer versteht man die Beförderung eines Fahrgastes über eine Strecke von einem Kilometer und unter einem Tonnenkilometer die Beförderung einer Tonne Güter über einen Kilometer. Diese Indikatoren vermitteln eine Vorstellung der tatsächlichen Leistungen des Transportwesens.

Bis heute ist die Zahl der Pkw auf mehr als 170 Millionen angewachsen. Der Nachteil dieser Entwicklung sind die Verkehrsunfälle, die trotz des rückläufigen Trends bei den Verkehrstoten nach wie vor ein Problem darstellen; jedes Jahr kommen immer noch etwa 40 000 Personen durch Verkehrsunfälle ums Leben. Auch der Luftverkehr nimmt rapide zu, mit der Folge, dass inzwischen mehr Personenkilometer in der Luft als auf der Schiene zurückgelegt werden.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich Fragen des Umweltschutzes und der Sicherheit auf die künftige Marktentwicklung im Verkehrswesen auswirken. Die Ziele der Europäischen Kommission für die nächsten Jahre im Bereich des Verkehrswesens werden im Weißbuch der Generaldirektion Energie und Verkehr mit dem Titel „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ dargelegt (Das Weißbuch kann unter http://europa.eu.int/comm/energy_transport/de/lb_de.html eingesehen werden.)

Verkehrsstatistik: festhalten, wo sich etwas bewegt

Die Verkehrsstatistiken von Eurostat dienen der Beschreibung der wichtigsten Merkmale des Verkehrswesens in der Europäischen Union. Sie enthalten Angaben über die Mengen an beförderten Gütern und Fahrgästen und den Einsatz an Fahrzeugen und Infrastruktur, und sie geben zugleich Auskunft über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Verkehrswesens. Einerseits ist das Verkehrswesen unerlässlich für das persönliche Leben der Bürger und für die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit, und andererseits stellt es selbst einen wichtigen Dienstleistungssektor dar, in dem fast 5 Millionen Menschen bzw. 4 % der gesamten Erwerbsbevölkerung der Europäischen Union direkt beschäftigt sind.

Die Datenerhebung für diese Veröffentlichung und für andere Veröffentlichungen von Eurostat im Bereich Verkehr beruht auf mehreren Rechtsakten, laut denen die Mitgliedstaaten zur Übermittlung von statistischen Daten verpflichtet sind. Außerdem werden auf freiwilliger Basis zusätzliche Daten geliefert. Daneben werden in einigen Fällen Drittquellen herangezogen.

Eurostat bietet Informationen zu folgenden verkehrsspezifischen Themen:

- Verkehrsinfrastruktur,
- Fahrzeugbestand,
- Unternehmen und Beschäftigung im Verkehrswesen,
- Personenbeförderung,
- Gütertransport,
- Energieverbrauch und Schadstoffemissionen,
- Sicherheit.

Zusätzliche Informationen zum Thema Verkehr bieten die Data Shops von Eurostat. Ein Adressenverzeichnis der Data Shops finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

Außerdem könnte sich ein Blick auf einige Internet-Sites lohnen, wo die Veröffentlichungen „Panorama des Verkehrs“ sowie „EU energy and transport in figures“ (http://europa.eu.int/comm/energy_transport/etif/index.html)

bzw. CARE, die gemeinschaftliche Datenbank für Straßenverkehrsunfälle, (http://europa.eu.int/comm/transport/home/care/index_en.htm) online verfügbar sind.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Panorama des Verkehrs
- International transport by air (Intra- and extra-EU): 1999 data
- Der Güterkraftverkehr auf regionaler Ebene in der Europäischen Union
- Glossary for transport statistics — second edition

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 7

- Nr. 1 Luftverkehr Personenbeförderung 1993-1998
- Nr. 2 Eisenbahn-Personenverkehr im EWR, 1990-1998 — Einige Länder: grosse Steigerungen —
Andere Länder: stark rückgängig
- Nr. 4 Kabotage im Güterkraftverkehr 1991-1999
- Nr. 5 Güterseeverkehr 1990-1997
- Nr. 6 Grenzüberschreitender Luftverkehr — Personenbeförderung 1998-1999
- Nr. 1 Güter- und Personen-Seeverkehr 1997-1999
- Nr. 2 Entwicklung des Güterkraftverkehrs 1990-1999

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>– Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Energie und Verkehr“:
http://europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/index_en.html

- **Anstieg des Verkehrsaufkommens. EU-15. 1990 = 100**
- **Binnenverkehr insgesamt nach Beförderungsarten. EWR und Schweiz**
- **Autobahnstrecken insgesamt, in km**
- Eisenbahnstrecken insgesamt, in km
- **Zahl der Pkw auf 1 000 Einwohner**
- Straßengüterverkehr, in Mio. tkm
- Güterbeförderung im Schienenverkehr, in Mio. tkm
- Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen, in Mio. tkm
- Gütertransport in Ölfertleitungen, in Mio. tkm
- Seegüterverkehr, in Mio. t
- Binnengüterverkehr in Mrd. tkm. EWR und Schweiz, 2000
- Kommerzielle Raketenstarts weltweit
- Luftfrachtbeförderung, in 1 000 t
- Passagieraufkommen in der Luftfahrt, in Mio.
- Personenbeförderung, in Mrd. Personen-km. EWR und Schweiz, 2000
- Pkw-Verkehr, in Mio. Personen-km
- Fahrgastaufkommen im Busverkehr, in Mio. Personen-km
- Fahrgastaufkommen im Eisenbahnverkehr, in Mio. Personen-km

Tourismus

Auf und davon

Der Begriff Tourismus bezeichnet laut Definition „die Tätigkeit von Personen, die zu Orten außerhalb ihrer gewohnten Umgebung reisen und sich dort höchstens ein Jahr lang zu Urlaubs-, geschäftlichen oder anderen Zwecken aufhalten“. Tourismus kann anhand eines nachfrage- oder angebotsseitigen Ansatzes gemessen werden.

Nachfrage nach Tourismusdienstleistungen

Die Tourismuskonsumnachfrage kann auf unterschiedliche Weise gemessen werden:

- Die Zahl der Touristen gibt an, wie viele Besucher wenigstens eine Nacht in einer Privatunterkunft oder einem Beherbergungsbetrieb in dem besuchten Ort bzw. Land verbringen.
- Die Zahl der Reisen bezeichnet die von Touristen durchgeführten Besuche mit Übernachtungen.
- Es werden zwei Hauptreisezwecke unterschieden: geschäftliche oder berufsbedingte Reisen einerseits und Urlaubs-, Erholungs- oder Freizeitreisen andererseits. In die letztgenannte Kategorie fallen auch Besuche bei Freunden und Verwandten.
- Die hauptsächlich genutzte Beförderungsart ist das Verkehrsmittel, das für den längsten Abschnitt der Reise gewählt wurde.
- Die tourismusbezogenen Ausgaben sind alle von einem Besucher oder für ihn getätigten Verbrauchsausgaben für die Reise und den Aufenthalt am Reiseziel. Sie umfassen ein breites Spektrum von Ausgabenposten, von für Reise und Aufenthalt typischen Verbrauchsgütern und Leistungen bis hin zum Kauf von kleinen langlebigen Verbrauchsgütern zur persönlichen Verwendung.

Angebot an Tourismusdienstleistungen

Die Beherbergung von Touristen, d. h. das Angebot an Tourismusdienstleistungen, wird wie folgt gemessen:

- anhand der Zahl der Beherbergungsbetriebe für Touristen und
- anhand der Zahl der vorhandenen Schlafgelegenheiten. Darunter versteht man die Zahl der Personen, die in ständig vorhandenen Betten übernachten können, wobei auf Wunsch der Gäste aufgestellte Zusatzbetten unberücksichtigt bleiben. Der Begriff „Schlafgelegenheit“ bezeichnet ein Einzelbett. Doppelbetten werden als zwei Schlafgelegenheiten gezählt.

Die Nachfrage nach Touristenunterkünften umfasst alle Arten der Beherbergung: Hotels und vergleichbare Einrichtungen, Campingplätze, Ferienunterkünfte, Jugendherbergen und andere Beherbergungsbetriebe.

Die Daten von 1996 und aus den Folgejahren sind im Rahmen der Richtlinie 95/57/EG des Rates über Tourismusstatistik harmonisiert und vergleichbar. Bei den Daten vor 1996 ist eine vollständige Vergleichbarkeit zwischen den Ländern aufgrund von Unterschieden bezüglich der statistischen Einheit (örtliche Einheit oder Unternehmen) und des Erfassungsbereichs nicht gewährleistet. Die Möglichkeit von Trendvergleichen ist aber dennoch gegeben.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- **Methodological manual on the design and implementation of surveys on inbound tourism**
- **Tourism — Europe, Central European countries, Mediterranean countries (MED)**
- **Tourismusstatistiken — Jahrbuch — Ausgabe 2002**

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 4

- **Nr. 14 Dynamischer Regionaltourismus**
- **Nr. 15 Die Urlaubsreisen der Europäer**

- **Fremdenverkehrsunterkünfte: Hotels und ähnliche Betriebe**
- **Fremdenverkehrsunterkünfte: sonstige Beherbergungsbetriebe**
- **Fremdenverkehrsunterkünfte: Bettenzahl in Hotels und ähnlichen Betrieben**
- **Bettenzahl in sonstigen Beherbergungsbetrieben**
- **Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben: Inländer**
- **Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben: Ausländer**
- Übernachtungen in sonstigen Beherbergungsbetrieben: Inländer
- Übernachtungen in sonstigen Beherbergungsbetrieben: Ausländer
- Zahl der Touristen
- Zahl der Reisen
- Gästezahl in Hotels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben: inländische Gäste
- Gästezahl in Hotels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben: ausländische Gäste
- Gästezahl in sonstigen Beherbergungsbetrieben: inländische Gäste
- Gästezahl in sonstigen Beherbergungsbetrieben: ausländische Gäste

Energie

Die Antriebskraft für das tägliche Leben

Ohne Energie gäbe es keine Industrie, keinen Verkehr und keine Heizung. Kaum ein Bereich des täglichen Lebens ist nicht auf die eine oder andere Weise mit der Nutzung von Energie verbunden. Versorgungsengpässe und schwankende Energiepreise wirken sich auf die gesamte Volkswirtschaft aus, und die Frage, wie wir Energie nutzen, hat weit reichende Konsequenzen für die Umwelt. Aus diesen Gründen ist die Energiepolitik eines der wichtigsten Politikfelder der Europäischen Union.

Die Europäische Union muss sich in diesem Bereich vor allem den folgenden Herausforderungen stellen:

- Die Europäische Union ist in erheblichem Maße auf Lieferungen aus Drittländern angewiesen, da sie nur etwa die Hälfte der von ihr verbrauchten Energie selbst erzeugt (Versorgungssicherheit).
- Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung ist die Gewährleistung wettbewerbsfähiger Energiepreise mehr und mehr erforderlich. Erreichen lässt sich dies vor allem durch die Liberalisierung der Märkte für Strom und Gas und die Entwicklung transeuropäischer Energienetze (Liberalisierung der Versorgungswirtschaft).
- Der Energiesektor muss stärker mit umweltpolitischen Zielsetzungen in Einklang gebracht werden. Diese Aufgabe ergibt sich insbesondere aus den Verpflichtungen, die die Europäische Union im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingegangen ist (Klimaveränderung).

Energie-Monitoring

Um den zunehmenden Anforderungen des Energie-Monitoring gerecht zu werden und jene Elemente, die einen Einfluss auf energiepolitische Entscheidungen haben, zu quantifizieren, hat Eurostat ein kohärentes und harmonisiertes System von Energiestatistiken entwickelt.

Die im Eurostat-Jahrbuch enthaltene repräsentative Auswahl von Tabellen und Grafiken gibt einen Einblick in das breite Spektrum von Energiestatistiken.

Es werden u. a. die folgenden wesentlichen Fragen behandelt:

- Die **Erzeugung von Primärenergie**, d. h. Energieträger, die aus natürlichen Quellen gewonnen werden: Steinkohle, Braunkohle, Rohöl und Erdgas. Erneuerbare Energien (Wasserkraft, Biomasse, Erdwärme, Wind und Solarenergie) sowie Kernenergie gelten ebenfalls als Primärenergiequellen. Unter Kernenergie versteht man die Wärme, die während der Spaltung von Uran in einem Reaktor freigesetzt wird.

Die Hauptenergiequellen in Europa sind Kernenergie und Erdgas, gefolgt von Rohöl. Auf feste Brennstoffe entfällt trotz des stetigen Rückgangs in ihrer Erzeugung immer noch etwa ein Sechstel der Primärenergieerzeugung in der Europäischen Union. Eines der Hauptziele der Energiepolitik der Gemeinschaft ist die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der Energiebilanz der Europäischen Union.

- Der **Bruttoinlandsverbrauch** ist definiert als Primärerzeugung zuzüglich Einfuhren, Produkte der Wiederverwendung und Bestandsveränderungen, abzüglich Ausfuhren und Brennstoffversorgung von Bunkern (für Hochseeschiffe aller Flaggen). Darin spiegelt sich somit die Energiemenge wider, die zur Befriedigung des Inlandsbedarfs innerhalb der Grenzen des Staatsgebiets erforderlich ist.

Den mit Abstand größten Anteil am Bruttoinlandsverbrauch insgesamt hat der Energieträger Erdöl, gefolgt von Erdgas und Kernenergie.

- Die **Energieintensität** ist definiert als das Verhältnis des Bruttoinlandsverbrauchs zum BIP (in kg RÖE/1 000 EUR).

- Der **Energieendverbrauch** umfasst die Gesamtmenge an Energie, die an Endverbraucher (im Verkehrswesen, im produzierenden Gewerbe und in anderen Sektoren) geliefert wird, abzüglich entstandener Übertragungs- und Netzverluste. Unberücksichtigt bleibt außerdem der Verbrauch für Zwecke, die nicht der Energieerzeugung dienen, wie etwa der Einsatz von Rohstoffen in der petrochemischen Industrie. In den Endverbrauch von Erdölzeugnissen fließen nur raffinierte Erzeugnisse ein (z. B. Benzin, Diesel, Heizöl, Kerosin und Turbinentreibstoff). Bei Gas findet der Endverbrauch in erster Linie als Erdgas statt.
- **Gas- und Strompreise** werden seit 1991 auf der Grundlage der typischen Verbraucher und Orte erfasst, wie sie in der Richtlinie 90/377/EWG des Rates über ein gemeinschaftliches Verfahren zur Gewährleistung der Transparenz der vom industriellen Endverbraucher zu zahlenden Gas- und Strompreise definiert sind.

Von privaten Nutzern gezahlte Gas- und Strompreise werden auf der Grundlage der Definition für typische Verbraucher und Orte erfasst. Bezüglich des Endverbrauchs der Haushalte ergeben sich in Abhängigkeit von den klimatischen Bedingungen und vom Lebensstandard erhebliche länderspezifische Unterschiede.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen








- Energiepreise — Daten 1990-2001
- Elektrizitätspreise — Daten 1990-2001
- Gaspreise — Daten 1990-2001
- Energiebilanzen 1998-1999

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 8

- Nr. 1 Die Energiewirtschaft 2000 aus statistischer Sicht
- Nr. 18 Nichtverfügbarkeit der Kernkraftwerke 1996-2000
- Nr. 19 Der Kohlenbergbau in der Europäischen Union im Jahre 2000
- Nr. 20 Die Mineralölwirtschaft 2000 aus statistischer Sicht
- Nr. 21 Stein- und Kokskohleimporte 1998-2000
- Nr. 22 Gaspreise für die privaten Haushalte in der EU am 1. Juli 2001
- Nr. 23 Gaspreise für die industriellen Verbraucher in der EU am 1. Juli 2001
- Nr. 24 Strompreise für die privaten Haushalte in der EU am 1. Juli 2001
- Nr. 25 Strompreise für die industriellen Verbraucher in der EU am 1. Juli 2001

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop (siehe letzte Seite)
- <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>
- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Energie und Verkehr“:
http://europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/index_en.html

- **Gesamterzeugung von Primärenergie, in 1 000 tRÖE**
- Steinkohle- und Braunkohleförderung, in 1 000 tRÖE
- Rohölförderung, in 1 000 tRÖE
- Erdgasförderung, in 1 000 tRÖE
- Primärerzeugung von Kernenergie, in 1 000 tRÖE
- Erzeugung von erneuerbarer Energie, in 1 000 tRÖE
- **Primärerzeugung von erneuerbarer Energie: Biomasse, Wasserkraft, Erdwärme, Wind- und Solarenergie, in 1 000 tRÖE. EU-15**
- **Nettoeinfuhren von Primärenergie, in 1 000 tRÖE**
- Nettoeinfuhren von Rohöl und Erdölzeugnissen, in 1 000 tRÖE
-  Nettoeinfuhren von Erdgas, in 1 000 tRÖE
- Bruttoinlandsverbrauch an Primärenergie, in 1 000 tRÖE
- **Energieintensität: Bruttoinlandsverbrauch je Einheit des BIP zu Preisen von 1995 in kgRÖE je 1 000 EUR**
- Bruttostromerzeugung insgesamt, in GWh. EU-15, Eurozone
-  Marktanteil des größten Erzeugers im Strommarkt, in % der Gesamterzeugung
- Stromerzeugung in GWh nach Herkunft: Steinkohle
- Stromerzeugung in GWh nach Herkunft: Erdölprodukte.
- Stromerzeugung in GWh nach Herkunft: Erdgas
- Stromerzeugung in GWh nach Herkunft: Kernenergie
- Stromerzeugung in GWh nach Herkunft: Wasserkraft
- Stromerzeugung in GWh nach Herkunft: Wind
- Stromverbrauch der Industrie, des Verkehrswesens und der privaten Haushalte, in GWh. EU-15
-  Anteil der erneuerbaren Energie. Beitrag des Stroms aus erneuerbaren Energieträgern zum Stromverbrauch insgesamt
- **Energieendverbrauch, in 1 000 tRÖE**
- Energieendverbrauch: Erdölprodukte, in 1 000 tRÖE
- Energieendverbrauch: Strom, in 1 000 tRÖE
- Energieendverbrauch: Erdgas, in 1 000 tRÖE
- Energieendverbrauch der Industrie, in 1 000 tRÖE
- Energieendverbrauch des Verkehrswesens, in 1 000 tRÖE
- **Energieendverbrauch von privaten Haushalten, Gewerbetreibenden, Dienstleistungsunternehmen usw., in 1 000 tRÖE**
- **Preise für unverbleites Superbenzin 95 ROZ, in EUR je 1 000 Liter. Stand Januar 2002**
- **Preise für Dieselöl, in EUR je 1 000 Liter. Stand Januar 2002**
- Erdgaspreise für industrielle Großverbraucher (Standard: 418 600 GJ pro Jahr), in EUR je GJ. Stand 1. Januar 2002
- Strompreise für industrielle Großverbraucher (Standard: 24 GWh pro Jahr), in EUR je kWh. Stand 1. Januar 2002
-  Erdgaspreise für industrielle Durchschnittsverbraucher (41 860 GJ pro Jahr). EUR je GJ. 1. Januar 2002
-  Strompreise für industrielle Durchschnittsverbraucher (2GWh pro Jahr). EUR je kWh. 1. Januar 2002
-  Erdgaspreise für private Durchschnittsverbraucher (83,70 GJ pro Jahr). EUR je GJ. 1. Januar 2002
-  Strompreise für private Durchschnittsverbraucher (3 500 kWh pro Jahr). EUR je 100 kWh. 1. Januar 2002

Stahl

Ein modernes Berichtssystem mit einer langen Tradition

Die Erzeugung von Eisen, Stahl und Stahlerzeugnissen wird bereits seit langem genau verfolgt. In der Tat reicht diese Tradition bis in die Anfangszeit der europäischen Integration zurück, die 1951 mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl begann. Der EGKS-Vertrag war der erste Vertrag der Europäischen Gemeinschaft, der je ratifiziert wurde. Der Vertrag, der eine Geltungsdauer von 50 Jahren hatte, ist am 23. Juli 2002 ausgelaufen.

In dieser Zeit haben sich die Stahlerzeugung und auch die Stahlerzeugnisse selbst in beträchtlichem Maße weiterentwickelt, ein Prozess, der mit einer Vervollkommnung des statistischen Berichtssystems einherging. Dieser Industriezweig ist noch immer von großer Bedeutung und verfügt über ein modernes statistisches Berichtssystem.

Eisen- und Stahlerzeugung

Die Stahlindustrie umfasst alle Phasen der Stahlerzeugung, von der Verarbeitung des Rohmaterials bis hin zur Produktion der fertigen Stahlerzeugnisse. Es gibt zwei grundsätzliche Verfahren der Stahlherstellung: aus Roheisen, das man in Hochöfen aus Eisenerz und aus anderen Rohstoffen gewinnt (im Jahr 2001 ein Anteil von 57 % der Rohstahlerzeugung von EU-15) sowie durch das Recycling von Stahlschrott in Elektroöfen.

Die meisten Fertigerzeugnisse werden durch Warmwalzen hergestellt. Die beiden wichtigsten Produktkategorien sind Langerzeugnisse, wie z. B. Stabstahl und Draht (im Jahr 2001 ein Anteil von 39 % an der Warmwalzerzeugung von EU-15), und Flacherzeugnisse, wie z. B. Fein- und Grobblech (ein Anteil von 61 % an der Warmwalzerzeugung von EU-15 im Jahr 2001). Hinsichtlich der Qualität kann man bei Stahl zwischen Handelsgütern, Sonderguten und Legierungen unterscheiden. Fertige Stahlerzeugnisse sind heute in zunehmendem Maße beschichtet.

Trends in der Produktion...

Im Zeitraum von der Mitte der 70er Jahre bis 1987 erlitt die Stahlindustrie in den Industrieländern schwere Rückschläge. Der nach 1980 im Zuge der Umstrukturierung eingeleitete Kapazitäts- und Arbeitsplatzabbau führte jedoch zu einem deutlichen Produktivitätsgewinn. Zyklische Veränderungen im nächsten Jahrzehnt führten zu einem beträchtlichen Anstieg. Den Höhepunkt erreichte die Entwicklung im Jahr 2000 mit einer EU-Rohstahlerzeugung von über 163 Mio. t. 2001 fielen die Produktionszahlen leicht, nämlich auf 158 Mio. t. Dabei entfielen 141 Mio. t im Jahr 2001 auf Warmwalzerzeugnisse.

... und im Handel

Die Europäische Union ist weltweit der größte Stahlproduzent vor China, Japan und den Vereinigten Staaten, und sie ist zugleich der größte Stahlexporteur. Wichtige Märkte für EU-Stahl sind Nordamerika, Asien (einschließlich Japan) und die EFTA-Staaten. Der Zusammenbruch der Inlandsnachfrage in Osteuropa zu Beginn der 90er Jahre führte zu fallenden Exporten und steigenden Importen. Außerdem verschärfte sich der Wettbewerb mit diesen Ländern auf Drittmärkten. Einen direkten und indirekten Einfluss auf die EU-Handelsbilanz bei Stahlerzeugnissen hatte auch der Konjunkturunbruch der asiatischen Volkswirtschaften, der im zweiten Halbjahr 1997 begann. Die Europäische Union wurde dadurch 1998 erstmals zu einem Nettoimporteure von Stahlerzeugnissen und verzeichnete auch in den Jahren 1999, 2000 und 2001 ein Handelsbilanzdefizit.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Eisen und Stahl — Monatliche Daten — Jahresabonnement 2002 — Tourismusstatistiken — Jahrbuch — Ausgabe 2002
- 50 Jahre EGKS-Vertrag — Kohle- und Stahlstatistiken

- **Rohstahlproduktion, in 1 000 t**
- **Produktion von warmgewalzten Stahlerzeugnissen, in 1 000 t**
- Weltproduktion von Roheisen, in Mio. t. 1996 und 2001
- Weltproduktion von Rohstahl, in Mio. t. 1996 und 2001
- Einfuhr von EGKS-Stahl nach Herkunftsländern, in % der EU-Einfuhren insgesamt
- Ausfuhr von EGKS-Stahl nach Bestimmungsländern, in % der EU-Ausfuhren insgesamt
- Ausfuhr von EGKS-Stahl in Drittländer, davon Bleche und Walzdraht in Ringen, in Mio. t
- Einfuhr von EGKS-Stahl aus Drittländern, davon Bleche und Walzdraht in Ringen, in Mio. t

Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung: ein Wachstumsmotor

Forschung und Entwicklung (FuE) ist eine Triebkraft für das wirtschaftliche Wachstum, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Entwicklung neuer innovativer Produkte und die allgemeine Erhöhung der Produktqualität sowie auch für Verbesserungen im Gesundheitswesen und für den Umweltschutz. Auf dem Lissabonner Gipfel hat der Europäische Rat im März 2000 ein klares Ziel vorgegeben, das es im kommenden Jahrzehnt zu verwirklichen gilt: Es besteht darin, die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.

Eurostat unterstützt dieses ehrgeizige Ziel durch Bereitstellung zuverlässiger und sachdienlicher statistischer Informationen über FuE und Innovationen sowie zum Thema Wissenschaft und Technologie. Dies geht einher mit der Berechnung verschiedener Indikatoren und der Erstellung von Daten für tiefer gehende analytische Untersuchungen. Die meisten Indikatoren werden jährlich berechnet und sind auf nationaler und regionaler Ebene verfügbar (für die meisten Länder auf der Ebene NUTS 2). Abhängig vom Indikator findet man nicht nur Daten für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sondern auch für die Länder des Europäischen Wirtschaftsraums, die Kandidatenländer, Japan oder die Vereinigten Staaten. Weitere Informationen bieten die Veröffentlichungen „Statistiken über Wissenschaft und Technologie in Europa“ und „Innovationsstatistik in Europa“, die über den örtlichen Data Shop erhältlich sind. Ein Adressenverzeichnis der Data Shops finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

FuE-Input

Daten zu den Ausgaben und zum Personal im FuE-Bereich sowie zu der staatlichen Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung (engl. Government Budget Allocations or Outlays for Research and Development Gbaord) werden jährlich in erster Linie von den einzelstaatlichen statistischen Ämtern erhoben.

Die FuE-Ausgaben sind ein Indikator, dem bei der Bestimmung der Anstrengungen im FuE-Bereich eine „hohe Priorität“ zukommt. Als grundlegende Messgröße dienen hier die „innerbetrieblichen Ausgaben“, d. h. die Gesamtausgaben für FuE-Aktivitäten, die innerhalb einer statistischen Einheit oder eines Sektors ungeachtet der Herkunft der Mittel stattfinden. Von den verschiedenen verfügbaren Indikatoren ist die FuE-Intensität (d. h. die FuE-Ausgaben als Prozentsatz des BIP) der Indikator, der für internationale Vergleichszwecke empfohlen wird und der für einen Vergleich der FuE-Anstrengungen der einzelnen Länder von großer Bedeutung ist.

Die FuE-Intensität für EU-15 wies in den 90er Jahren einen Rückgang auf, stabilisierte sich jedoch gegen Ende des Jahrzehnts bei etwa 1,9 %. Damit hinkt die Europäische Union im Vergleich zu den Vereinigten Staaten (2,6 %) und Japan (3 %) hinterher, doch wurden die Unterschiede vor allem im Wirtschaftssektor beobachtet. Innerhalb der Europäischen Union ist die FuE-Intensität in Finnland und Schweden am höchsten, die volumenmäßig vor den Ländern mit den höchsten FuE-Aufwendungen (Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich) liegen.

Was die Arbeitskräfte angeht, so liefern Daten über das wissenschaftliche und technische Personal im FuE-Bereich Indikatoren für nützliche internationale Vergleiche der für FuE eingesetzten Mittel. Für statistische Zwecke werden Indikatoren für die Beschäftigten in FuE sowohl in absoluten Zahlen (Zahl der Personen) als auch in Vollzeiteinheiten (VZE) oder Personenjahren sowie nach Geschlecht erstellt. Auf EU-Ebene ist der Anteil der FuE-Beschäftigten in absoluten Zahlen an der Erwerbsbevölkerung während des letzten Jahrzehnts geringfügig angestiegen, wobei die skandinavischen Länder führend sind.

GBAORD ist der gesamte Betrag, den staatliche Stellen für die FuE-Tätigkeit bereitstellen. Ein Ländervergleich der GBAORD vermittelt einen Eindruck von der relativen Bedeutung, die der aus öffentlichen Mitteln finanzierten FuE beigemessen wird. GBAORD-Statistiken ergänzen die im Nachhinein erhobenen Daten über die „staatlich finanzierten“ Bruttoinlandsaufwendungen für Forschung und Entwicklung (engl. Government-Financed Gross Expenditure on Research and Development GERD) und machen bei einer Aufschlüsselung nach sozioökonomischen Zielen deutlich, welche Bereiche die Regierungen für derzeitige und künftige politische Maßnahmen als wichtig erachten. Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis zum BIP, dann zeigt sich, dass Japan seit Ende der 80er Jahre den Abstand sowohl zur Europäischen Union als auch zu den Vereinigten Staaten erheblich verringern konnte. Wie die Daten eindeutig belegen, nähern sich die staatlichen FuE-Mittelzuweisungen nunmehr einander an.

FuE-Output

Patente spiegeln den Erfindungsgeist in einem Land wider und zeigen die Fähigkeit eines Landes auf, Wissen zu nutzen und wirtschaftlich auszuwerten. In diesem Zusammenhang werden Indikatoren, die auf Patentstatistiken beruhen, häufig als Maß für FuE-Output herangezogen und dienen dazu, die schöpferische Leistung von Ländern, Regionen oder Industriezweige zu bewerten. Im Eurostat-Jahrbuch veröffentlichte Daten zu Patenten stammen vom Europäischen Patentamt (EPA) und vom Patent- und Markenamt der Vereinigten Staaten (USPTO). Die Daten des Europäischen Patentamts beziehen sich auf Patentanmeldungen, die gemäß dem Europäischen Patentübereinkommen bzw. dem Patentrechtsabkommen beim EPA eingereicht wurden. Auch wenn nicht alle Patente erteilt werden, stellt jede Anmeldung für sich eine technische Leistung des Erfinders dar und eignet sich daher als Messgröße für das Innovationspotenzial. Untersucht man die Anzahl der Patentanmeldungen auf regionaler Ebene in Bezug auf die jeweilige Erwerbsbevölkerung, dann stehen die deutschen Regionen an der Spitze. Unter den 15 führenden Regionen sind darüber hinaus auch einige Regionen der Niederlande, Finnlands, Schwedens, Belgiens und des Vereinigten Königreichs vertreten. Finnland und Schweden nehmen die Spitzenstellung bei den Patenten im Bereich der Hochtechnologie ein, insbesondere im Bereich der Kommunikationstechnik.

FuE-Personal

Die Bedeutung der Hochtechnologiesektoren ist in den letzten Jahren beträchtlich angestiegen; dies wirkte sich auch in nicht unerheblicher Weise auf die Struktur und die Organisation der Beschäftigung in Europa aus. Um eine Analyse der wissens- und technologieintensiven Wirtschaftszweige durchzuführen, erfasst Eurostat Daten über die Beschäftigung in den Mittel- und Hochtechnologiebranchen, in wissensintensiven Dienstleistungssektoren, in Hightech-Dienstleistungsbranchen, in sonstigen Teilbereichen und in Referenzsektoren (siehe Glossareintrag „Hochtechnologiesektoren“). Angaben zur Beschäftigung in den Hochtechnologiebranchen und abgeleitete Indikatoren werden auf der Grundlage von Daten der Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft erstellt; sie sind auf nationaler und regionaler Ebene verfügbar. Betrachtet man Europa, so erkennt man in den Hoch- und Mittel-/Hochtechnologiesektoren des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland hohe Beschäftigungszahlen, während die Regionen des Vereinigten Königreichs bei der Beschäftigung im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungssektoren am dynamischsten zu sein scheinen.





Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Statistiken über Wissenschaft und Technologie in Europa
- Innovationsstatistik in Europa

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 4

- Nr. 3 Ausgaben und Personal für FuE in Europa und seinen Regionen
- Nr. 4 Patentaktivitäten in der EU im internationalen, nationalen und regionalen Vergleich
- Nr. 5 Wie hoch sind die staatlichen Haushaltsmittel für FuE-Aktivitäten? — Ein Vergleich: Europa, USA und Japan

- **Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP, nach institutionellen Sektoren. 2001**
-  - **Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP: alle Sektoren (GERD)**
- **Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung, in Mio. jeweiligen KKS. Alle Sektoren**
-  - **Ausgaben der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung in % des BIP. Wirtschaftssektor (BERD)**
- **FuE-Personal (Kopfzahl) in % der Erwerbsbevölkerung. Alle Sektoren**
- **FuE-Beschäftigte (Anzahl) nach institutionellen Sektoren, in % der Erwerbsbevölkerung, 1999**
- **Forschungspersonal insgesamt (Kopfzahl)**
- Forschungspersonal im Wirtschaftssektor (Kopfzahl)
- Forschungspersonal im Sektor Staat (Kopfzahl)
- Forschungspersonal im Hochschulsektor (Kopfzahl)
- Forschungspersonal insgesamt (Vollzeitäquivalent)
- Forschungspersonal im Wirtschaftssektor (Vollzeitäquivalent)
- Forschungspersonal im Sektor Staat (Vollzeitäquivalent)
- Forschungspersonal im Hochschulsektor (Vollzeitäquivalent)
- **Anteil der Gesamtzahl der in der Forschung tätigen Frauen (Kopfzahl) am Forschungspersonal insgesamt, in %**
- Frauenanteil (Kopfzahl) am gesamten Forschungspersonal im Wirtschaftssektor, in %
- Frauenanteil (Kopfzahl) am gesamten Forschungspersonal im Sektor Staat, in %
- Frauenanteil (Kopfzahl) am gesamten Forschungspersonal im Hochschulsektor, in %
- Anteil der Gesamtzahl der in der Forschung tätigen Frauen (Vollzeitäquivalent) am Forschungspersonal insgesamt, in %
- Frauenanteil (Vollzeitäquivalent) am gesamten Forschungspersonal im Wirtschaftssektor, in %
- Frauenanteil (Vollzeitäquivalent) am gesamten Forschungspersonal im Sektor Staat, in %
- Frauenanteil (Vollzeitäquivalent) am gesamten Forschungspersonal im Hochschulsektor, in %
- Staatliche Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung in % des BIP
- **Gesamte staatliche Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung (GBAORD) in % des BIP. Vergleich des EWR mit den USA und Japan**
- Anteil der zivilen und militärischen Forschung und Entwicklung an der staatlichen Mittelzuweisung für FuE, in %. 2000
- Europäische Patentanmeldungen insgesamt, nach Ländern
-  - **Patente (EPO): Anzahl der europäischen Patentanmeldungen bei der Europäischen Patentorganisation, je 1 Mio. Einwohner**
-  - **Patente (USPTO): Anzahl der vom US-Patentamt (United States Patent and Trademark Office - USPTO) erteilten US-Patente je 1 Mio. Einwohner**
- **Europäische Patente im Hochtechnologiebereich je 1 Mio. Einwohner**
- Beschäftigung in Hoch- und Mittel-/Hochtechnologiesektoren des verarbeitenden Gewerbes, Anteil an der Gesamtbeschäftigung
- Beschäftigung in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen, Anteil an der Gesamtbeschäftigung

Die Informationsgesellschaft

Die Informationsgesellschaft: eine Chance für Europa ...

Die Informationstechnologie entwickelt sich in rasantem Tempo und bringt täglich Neuerungen hervor. Dennoch ist die Informationsgesellschaft, deren Wohlstand und Wachstum auf einer effizienten Informationsverarbeitung beruhen, nicht nur ein technisches Phänomen, denn sie verändert die Art, in der wir kommunizieren und Geschäfte tätigen, und sie bewirkt einen Wandel unserer Lebensweise. Die Informationsgesellschaft bietet Europa und seinen Bürgern eine Fülle von Chancen und Möglichkeiten.

... und eine Herausforderung für die Statistiker

Die Verfolgung der durch das Internet und andere neue Informations- und Kommunikationsmittel ausgelösten schnellen Veränderungen ist eine Herausforderung, der sich die Statistiker sehr wohl bewusst sind. Sie machen sich darüber Gedanken, wie sie ihr statistisches Instrumentarium erneuern und optimal einsetzen können, damit sie den neuen Datenanforderungen bezüglich aller Aspekte der Informationsgesellschaft gerecht werden. Um den entstandenen Bedarf beurteilen und koordinieren zu können, arbeiten die Statistiker eng mit den verschiedenen Gruppen von Datennutzern zusammen.

Die Informationsgesellschaft im Eurostat-Jahrbuch

Die im Jahr 2000 erschienene Ausgabe des Eurostat-Jahrbuchs enthielt erstmals einen neuen Abschnitt über die Informationsgesellschaft, in dem grundlegende Merkmalsvariablen dieses Phänomens dargestellt wurden, nämlich Personalcomputer (PC), Internethosts, Internetnutzer und Mobiltelefone. Wenn Sie ausführlichere Daten zu diesem Thema wünschen, wenden Sie sich bitte an den örtlichen Data Shop; ein Adressenverzeichnis der Data Shops findet sich am Ende dieser Veröffentlichung.

- Die Daten über die Anzahl von Personalcomputern (PC) beziehen sich sowohl auf Heim-PC als auch auf PC, die am Arbeitsplatz genutzt werden. Im Frühjahr 2000 hatten 35 % der EU-Bevölkerung (15 Jahre und älter) einen Tischcomputer zu Hause, und 29 % haben ein solches Gerät zu Hause auch genutzt. 5 % der Bevölkerung verfügten zu Hause über einen Laptop-Computer und 3 % über einen Handflächen-Computer.

2001 wurden in der Europäischen Union 26 Millionen Computer verkauft (davon 23 % tragbare und 77 % Tischgeräte). Der Bestand an PC in der Europäischen Union erhöhte sich jedoch im selben Jahr nur um schätzungsweise 8 Millionen. An der großen Zahl alter, verschrotteter Geräte zeigt sich der technische Fortschritt und die steigende Rechenleistung neuer Rechner.

- Internet-Hosts sind an das Internet angeschlossene Rechner, die andere Computer mit Daten und Dienstleistungen versorgen.

Automatische Zählungen der Hosts werden auf Länderebene durchgeführt und beschränken sich in zahlreichen Statistiken auf die Ländercodes der höchsten Ebene des Domainnamensystems (Domainnamen wie „.de“, „.uk“ oder „.fr“). Dies gilt auch für die in diesem Abschnitt enthaltenen Zahlenangaben. In einigen Statistiken werden auch die allgemeinen Domaincodes (z. B. „.com“ und „.org“) aufgrund der Anmeldungen bestimmten Ländern zugeordnet, was dazu führt, dass sich höhere Zahlen ergeben als bei der ausschließlichen Zählung der Geräte mit Ländercodes auf der höchsten Domänebene.

Ende des Jahres 2001 war die Zahl der Internet-Teilnehmer in der Europäischen Union etwa fünfmal so hoch und die Zahl der Nutzer neunmal so hoch wie die Zahl der Internet-Hosts.

- Internet-Nutzer: Laut einer im November 2001 durchgeführten Eurobarometer-Umfrage nutzen 120 Millionen Personen in der Europäischen Union das Internet, was einem Anteil von 38 % an der Bevölkerung (15 Jahre und älter) entspricht. 69 % der Nutzer verfügen über einen Internet-Zugang zu Hause (davon 98 % mittels PC, und zwar 72 % über die normale Telefonleitung, 16 % über eine ISDN-Leitung und etwa 15 % über eine Breitbandverbindung), und 40 % hatten einen Internet-Anschluss am Arbeitsplatz.

Insgesamt sind 41 % der Internet-Nutzer täglich online; bei 83 % ist dies mindestens einmal pro Woche und bei 92 % mindestens einmal pro Monat der Fall. In vielen auf nationaler Ebene durchgeführten Erhebungen gelten Personen dann als Internet-Nutzer, wenn sie von dieser Möglichkeit mindestens einmal pro Monat Gebrauch machen.

- Mobiltelefone sind in Europa seit Anfang der 80er Jahre in Gebrauch. Wegen ihres hohen Gewichts und Strombedarfs wurden sie zunächst vor allem als Autotelefone verwendet. Durch das wachsende Angebot an leichteren, preiswerteren und technisch leistungsfähigeren Modellen kam es dann vor allem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu einer sprunghaften Entwicklung des Marktes für Mobiltelefone.

Der Markt für Mobiltelefone nähert sich nun jedoch dem Sättigungspunkt. Während im Jahr 2000 die Zahl der Mobilfunkteilnehmer in der Europäischen Union um über 59 % stieg, ist das Wachstum 2001 auf 15 % gefallen.

Wie bei den Festnetzanschlüssen vollzog sich auch in diesem Bereich eine Umstellung von der analogen auf die digitale Technik: 2001 näherte sich der Marktanteil digitaler Mobiltelefone in der Europäischen Union der 100-Prozent-Marke.

Die vorliegenden Statistiken beziehen sich auf die Anzahl der angemeldeten Mobilfunkteilnehmer; die Anzahl der genutzten Geräte entspricht ungefähr der Anzahl der Anmeldungen.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- **Information society statistics — Pocketbook**

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 4

- **Nr. 23 Statistik über die Informationsgesellschaft — Schnelle Ausbreitung von Internet und Mobiltelefonen in der Europäischen Union im Jahr 2000**
- **Nr. 34 Statistik über die Informationsgesellschaft — 4 Millionen Personen in der EU im Informations- und Kommunikationssektor beschäftigt**

Benötigen Sie weitere Informationen?

- **Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop**
- **<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>**
- **Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Informationsgesellschaft“:**
http://europa.eu.int/comm/dgs/information_society/index_en.htm

- Zahl der PC, in 1 000
- PC auf 100 Einwohner. 2001
- PC auf 100 Einwohner. 2001
- Zahl der Internet-Hosts, in 1 000
- Zahl der Internet-Hosts, in 1 000
- Internet-Hosts auf 100 Einwohner
- Internet-Nutzer auf 100 Einwohner
- Zahl der Internet-Nutzer, in 1 000
- Internet-Nutzer auf 100 Einwohner
- Zahl der Mobilfunkteilnehmer, in 1 000
- Mobilfunkteilnehmer auf 100 Einwohner
- Mobilfunkteilnehmer auf 100 Einwohner
-  - **Internet-Zugangsdichte: private Haushalte. Prozentualer Anteil der privaten Haushalte mit Internetzugang zu Hause**
-  - **Internet-Zugangsdichte: Unternehmen. Prozentualer Anteil der Unternehmen mit Internetzugang. 2001**
-  - **IKT-Ausgaben: Informationstechnologie. Ausgaben für Informationstechnologie in % des BIP**
-  - **IKT-Ausgaben: Telekommunikation. Ausgaben für Telekommunikationstechnologie in % des BIP**
-  - **Preise für Telekommunikationsleistungen: Ortsgespräche. Preisniveau und Preisentwicklung am Telekommunikationsmarkt, in EUR je 10 min Gesprächsdauer**
-  - Preise für Telekommunikationsleistungen: Inlandsgespräche. Preisniveau und Preisentwicklung am Telekommunikationsmarkt, in EUR je 10 min Gesprächsdauer
-  - Preise für Telekommunikationsleistungen: Auslandsgespräche in die USA. Preisniveau und Preisentwicklung am Telekommunikationsmarkt, in EUR je 10 min Gesprächsdauer
-  - **Anteil des etablierten Anbieters am Telekommunikationsmarkt im Festnetzbereich — Ortsgespräche — in % des gesamten Marktes. 2001**
-  - Anteil des etablierten Anbieters am Telekommunikationsmarkt im Festnetzbereich — Ferngespräche — in % des gesamten Marktes. 2000
-  - Anteil des etablierten Anbieters am Telekommunikationsmarkt im Festnetzbereich — Auslandsgespräche — in % des gesamten Marktes. 2000
-  - Anteil des etablierten Anbieters am Telekommunikationsmarkt im Mobilfunkbereich, in % des gesamten Marktes. 2001

Landwirtschaft

Agrarstatistik mit langer Tradition

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einer der wichtigen politischen Bereiche der Europäischen Union, in die 2002 47 % der Mittel des EU-Haushalts einfließen. Eine effektive Nutzung dieser Ressourcen setzt voraus, dass die Europäische Union über ein umfangreiches System von Agrarstatistiken verfügt, in dessen Rahmen u. a. Daten über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe und der landwirtschaftlichen Produktion sowie wirtschaftsstatistische Daten erhoben werden.

Eurostat bietet ausführlichere Daten für die Landwirtschaft, als in das Eurostat-Jahrbuch einfließen. Sie finden sich in verschiedenen Bereichen der Datenbank New Cronos: ‚Eurofarm‘ enthält die Daten der Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe, ‚Zpa1‘ diejenigen der pflanzlichen und tierischen Erzeugnisse, ‚Prag‘ diejenigen der Preise und Preisindizes und ‚Cosa‘ diejenigen der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Wenn Sie ausführlichere Daten zu diesem Thema wünschen, wenden Sie sich bitte an den örtlichen Data Shop; ein Adressenverzeichnis der Data Shops findet sich am Ende dieser Veröffentlichung.

Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe

Die Erhebung über die Betriebsstruktur, die etwa alle zwei Jahre in der gesamten Europäischen Union stattfindet, dient der Messung der Größe landwirtschaftlicher Betriebe (Betriebsfläche und wirtschaftliche Betriebsgröße). Die jüngste Erhebung, für die alle Angaben vorliegen, stammt aus dem Jahr 2000. Demnach ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Europäischen Union im Zeitraum 1997-2000 um 3,1 % zurückgegangen, während die Durchschnittsgröße der Betriebe hinsichtlich der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) um 1,7 % zugenommen hat.

Die in dieser Erhebung gewonnenen Informationen bieten auch die Möglichkeit einer Klassifikation der landwirtschaftlichen Betriebe nach Produktionszweigen. Der Standarddeckungsbeitrag (SDB) ermöglicht die Messung unterschiedlicher landwirtschaftlicher Produkte anhand von gemeinsamen Kriterien. Er bezeichnet im Wesentlichen die Differenz zwischen dem Produktionswert und bestimmten Produktionskosten. Jeder Zweig der Pflanzen- und Tierproduktion wird dabei einzeln gemessen. Spezialisierte landwirtschaftliche Betriebe sind Betriebe, die mehr als zwei Drittel ihres Standarddeckungsbeitrags aus den Hauptkategorien Ackerbau, Gartenbau, Dauerkulturen, Weidevieh oder Veredelung (Schweine und Geflügel) erwirtschaften. Bei nichtspezialisierten oder gemischten Betrieben beträgt der Anteil dieser Hauptkategorien am SDB weniger als zwei Drittel.

Die landwirtschaftliche Arbeit wird auf zwei Arten gemessen. Gemäß der Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe gelten als Arbeitskräfte alle in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, einschließlich Landwirte und deren Familienangehörige. Im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) ist landwirtschaftliche Arbeit dagegen gleich bedeutend mit Beschäftigung in landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Von 1997 bis 2000 ist das Volumen der landwirtschaftlichen Arbeit, gemessen in Jahresarbeitseinheiten (JAE), für die Europäische Union um 9,8 % zurückgegangen.

Produktion

Der mengenmäßig bedeutendste landwirtschaftliche Produktionszweig in der Gemeinschaft ist der Getreideanbau. Die Europäische Union ist in der Lage, ihren Eigenbedarf an Getreide zu decken, und kann einen beträchtlichen Teil der Ernte exportieren. Seit 1993 sorgt die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik für eine Angleichung von Angebot und Nachfrage, da Direktzahlungen für Getreideanbaubetriebe an die Bedingung geknüpft sind, Flächen stillzulegen. Mit mehr als der Hälfte der Weltproduktion ist die Europäische Union der weltweit größte Weinproduzent. Der in der Europäischen Union hergestellte Wein wird zum überwiegenden Teil in Europa verbraucht, wenngleich der Handel mit anderen Teilen der Welt (insbesondere mit Amerika und Asien) zunimmt. Die

Milchproduktion innerhalb der Europäischen Union war 2001 im Wesentlichen stabil. Die Käseproduktion dagegen stieg um 4,6 % zwischen 1997 und 2001, was eine Bestätigung für die veränderten Verbrauchergewohnheiten ist, in diesem Fall für einen höheren Käseverzehr.

Die Fleischerzeugung in der Europäischen Union ist seit 1996 insgesamt durch eine instabile Entwicklung der Märkte gekennzeichnet. Der Rindfleischsektor hatte 1996 aufgrund der ersten BSE-Krise erhebliche Einbußen erlitten, wobei es in der Folgezeit gelungen war, das Vertrauen der Verbraucher allmählich wieder zu stärken und die Produktion wieder zu steigern. Nach der zweiten BSE-Krise im November 2000 folgte 2002 eine erneute Erholung. Insgesamt wurden 1999 in der Europäischen Union 38 Mio. t Fleisch erzeugt. Davon entfielen 46 % auf Schweinefleisch, 24 % auf Geflügelfleisch, 19 % auf Rind- und Kalbfleisch, 3 % auf Schaf- und Ziegenfleisch sowie 8 % auf andere Fleischarten.

Preise

In den Erzeugerpreisindizes werden die Verkäufe von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen (Output) der Landwirtschaft an die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft erfasst. Der Anteil dieser Erzeugnisse an den landwirtschaftlichen Verkäufen insgesamt ist in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich hoch. In den Einkaufspreisindizes werden die Einkäufe landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Input) erfasst. Als Berechnungsgrundlage für die Indizes dienen die Ab-Hof-Preise ohne Mehrwertsteuer. Die deflationierten Agrarpreisindizes können mit Hilfe der Verbraucherpreisindizes berechnet werden. Im Jahr 2001 hat sich der deflationierte Preisindex für landwirtschaftliche Erzeugnisse gegenüber dem Vorjahr um + 2,2 % erhöht. Der deflationierte Preisindex für landwirtschaftliche Betriebsmittel stieg um + 1,1 %.

Landwirtschaftliche Gesamtrechnung

Gemäß der neuen Methodik der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR 97) umfasst die landwirtschaftliche Erzeugung die gesamte (landwirtschaftliche) Erzeugung, die von landwirtschaftlichen Einheiten verkauft, in landwirtschaftlichen Betrieben gelagert oder von landwirtschaftlichen Erzeugern zur Weiterverarbeitung eingesetzt wird. Sie umfasst außerdem den betrieblichen Eigenverbrauch an pflanzlichen Erzeugnissen als Viehfutter, die Produktion selbsterstellter Anlagegüter und den eigenen Endverbrauch der landwirtschaftlichen Einheiten.

Die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen wird berechnet, indem man die Vorleistungen von der Produktion des Sektors Landwirtschaft abzieht. (Dazu zählen neben der landwirtschaftlichen Erzeugung auch die Produktion nichtlandwirtschaftlicher Nebentätigkeiten, die mit der landwirtschaftlichen Haupttätigkeit untrennbar verbunden sind.) Der Indikator A für das landwirtschaftliche Einkommen ist definiert als Index des realen Faktoreinkommens in der Landwirtschaft je Jahresarbeitseinheit. Er entspricht der realen Nettowertschöpfung zu Faktorkosten der Landwirtschaft bezogen auf die Gesamtzahl der Jahresarbeitseinheiten. Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten berechnet man durch Subtraktion der Abschreibungen von der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen und Addition des Wertes der (sonstigen) Subventionen abzüglich der Produktionsabgaben. Das Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit in der Europäischen Union ist im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um schätzungsweise + 6,5 % angestiegen.

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

- Agrarpreise — Preisindizes und absolute Preise
- Landwirtschaft — Statistisches Jahrbuch 2001

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 5

- Nr. 1 Entwicklung der Agrarpreise in der EU
- Nr. 7 Frauen in der europäischen Landwirtschaft

Benötigen Sie weitere Informationen?

- Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Landwirtschaft“:
http://europa.eu.int/comm/dgs/agriculture/index_en.htm

- **Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, in 1 000**
- **Anteil der Betriebe mit ökologischem Landbau, 2000. %**
- Zahl der Betriebe, landwirtschaftliche Nutzfläche < 5 ha, in 1 000
- Zahl der Betriebe, landwirtschaftliche Nutzfläche 5-
- Zahl der Betriebe, landwirtschaftliche Nutzfläche 20-
- Zahl der Betriebe, landwirtschaftliche Nutzfläche > = 50 ha, in 1 000
- Getreideanbaufläche, in 1 000 ha
- Betriebe mit Getreideanbau, in 1 000
- Anbaufläche für Zuckerrüben, in 1 000 ha
- Anbaufläche für Sonnenblumen, in 1 000 ha
- Anbaufläche unter Glas, in 1 000 ha
- Brachflächen, in 1 000 ha
- Weinanbaufläche, in 1 000 ha
- Grünland, in 1 000 ha
- **Bestand an Milchkühen, in 1 000**
- **Betriebe mit Milchviehhaltung, in 1 000**
- Bestand an Rindern, in 1 000
- Bestand an Schafen, in 1 000
- **Bestand an Schweinen, in 1 000**
- **Bestand an Geflügel, in Mio.**
- Arbeitskräfte insgesamt, in 1 000 JAE
- Familienarbeitskräfte, in 1 000 Personen
- Regelmäßig beschäftigte Vollzeitkräfte, in 1 000 Personen
- Regelmäßig beschäftigte Teilzeitarbeitskräfte, in 1 000 Personen
- **Betriebsleiter, in 1 000 Personen**
- **Betriebsleiter, weiblich, in 1 000 Personen**
- **Regelmäßig beschäftigte Arbeitskräfte, in 1 000 Personen**
- **Regelmäßig beschäftigte weibliche Arbeitskräfte, in 1 000 Personen**
- **Betriebsinhaber mit dem Status einer natürlichen Person, in 1 000 Personen**
- **Betriebsinhaber im Alter von < 35 Jahren, in 1 000 Personen**
- **Betriebsinhaber im Alter von > = 65 Jahren, in 1 000 Personen**
- **Getreideerzeugung, in 1 000 t**
- **Getreideerträge, in 100 kg je ha. EU-15**
- Erzeugung von Weizen, in 1 000 t
- Weinerzeugung, in 1 000 hl
- Erzeugung von Tomaten, in 1 000 t
- Erzeugung von Äpfeln, in 1 000 t
- **Kuhmilchanlieferung, in 1 000 t**
- Buttererzeugung, in 1 000 t
- Erzeugung von Milchpulver, in 1 000 t
- Käseerzeugung, in 1 000 t
- **Erzeugung und Verwendung von Milch in den landwirtschaftlichen Betrieben. Jahresdaten. 1000 kg Milch**

- **Fleischerzeugung: Bruttoeigenerzeugung, in 1 000 t**
- **Fleischerzeugung: Schweine. In 1 000 t**
- Fleischerzeugung: Geflügel. In 1 000 t
- **Fleischerzeugung: Rinder. In 1 000**
- Fleischerzeugung: Schafe und Ziegen. In 1 000 t
- Erzeugerpreise, nominale Indizes: landwirtschaftliche Erzeugung insgesamt. 1995 = 100
- **Erzeugerpreise, deflationierte Indizes: landwirtschaftliche Erzeugung insgesamt. 1995 = 100**
- Erzeugerpreise, nominale Indizes: pflanzliche Erzeugnisse. 1995 = 100
- Erzeugerpreise, deflationierte Indizes: pflanzliche Erzeugnisse. 1995 = 100
- Erzeugerpreise, nominale Indizes: Tiere und tierische Erzeugnisse. 1995 = 100
- Erzeugerpreise, deflationierte Indizes: Tiere und tierische Erzeugnisse. 1995 = 100
- Erzeugerpreise, nominale Indizes: landwirtschaftliche Betriebsmittel insgesamt.
- **Einkaufspreise, deflationierte Indizes: landwirtschaftliche Betriebsmittel insgesamt. 1995 = 100**
- Pflanzliche Erzeugung, in Mio. ECU/EUR
- Tierische Erzeugung, in Mio. ECU/EUR
- Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft zu Herstellungspreisen, in Mio. ECU/EUR
- **Indikator A für das Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit. 1995 = 100**
- Bruttowertschöpfung der Forstwirtschaft zu Herstellungspreisen, in Mio. ECU/EUR

Forstwirtschaft

Verschiedene (statistische) Betrachtungsweisen zum Thema Wald

Wälder sind in vielerlei Hinsicht von Nutzen. Erwähnt seien hier nur die wirtschaftliche Nutzung des Waldes und dessen Wert für die Umwelt.

Über 40 % der Gesamtfläche der Europäischen Union sind bewaldet. Das entspricht ungefähr der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Europäischen Union. Dagegen lag der Anteil der von der Forstwirtschaft erzeugten Bruttowertschöpfung am Bruttoinlandsprodukt 1997 nur bei 0,17 % (berechnet für die Mitgliedstaaten, aus denen Daten vorliegen). Auf das Holz- und Papiergewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) entfallen in der Europäischen Union etwa 2 % der Gesamtwertschöpfung. Etwa 300 000 Menschen arbeiten in der Forstwirtschaft und etwa 1,7 Millionen sind im Holz- und Papiergewerbe beschäftigt.

Für die Holzproduktion steht nicht die gesamte bewaldete Fläche zur Verfügung, da Waldgebiete z. B. unter Naturschutz stehen können oder für den Holzeinschlag nicht zugänglich sind. Überdies ist ein regelmäßiger jährlicher Holzeinschlag nicht möglich: Ausgehend von der Altersklassenzuordnung und Baumdichte des Waldes kann in einem bestimmten Jahr nur eine begrenzte Menge Holz geschlagen werden. Die Schlagreife ist für verschiedene Baumarten und Regionen unterschiedlich und liegt im Durchschnitt bei ungefähr 100 Jahren.

Globale forststatistische Daten: Notwendigkeit einer genaueren ortsbezogenen Analyse

Ungeachtet der großen Vielfalt der Waldflächen in der Europäischen Union (Unterschiede in der Struktur ihrer biologischen und ökonomischen Ressourcen) eignen sich die zurzeit verfügbaren Zahlen lediglich für eine allgemeine Beschreibung der produktions- und umweltspezifischen Aspekte von Wäldern. So ist nicht auszuschließen, dass diese Zahlen Probleme aufzeigen, die vor Ort z. T. gar keine Rolle spielen, während Probleme, denen aus regionaler Sicht vielleicht eine große Bedeutung zukommt, unentdeckt bleiben können. Ein Beispiel dafür ist die Beurteilung potenzieller (natürlicher oder vom Menschen verursachter) Waldschäden. Während sich die wirtschaftlichen Folgen dieser Schäden auf globaler Ebene zurzeit vielleicht noch nicht sehr stark bemerkbar machen, können die Folgen für die Umwelt in den betroffenen Regionen gravierend sein.

Daten über die Forstwirtschaft stammen aus verschiedenen Quellen

Die Daten über Wälder (z. B. Struktur, Fläche) werden von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) im Rahmen der Bewertung der Waldressourcen erhoben. Um den Erfordernissen auf europäischer Ebene gerecht zu werden, findet bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE) in Genf eine Bewertung der Waldressourcen in den gemäßigten nördlichen Klimazonen statt (Temperate and Boreal Forest Resources Assessment TBFRA), die alle Mitglieder der Wirtschaftskommission, einschließlich aller Kandidatenländer, erfasst. Die Europäische Kommission beteiligt sich an der Erstellung dieses TBFRA-Berichts.

Die Daten über das Holzgewerbe stammen aus dem Fragebogen der gemeinsamen Sekretariats-Arbeitsgruppe für Forstwirtschaft, der unter Mitwirkung der FAO, der UN/ECE, der Internationalen Tropenholzorganisation (ITTO) und Eurostat ausgewertet wird. Die genannten Organisationen sind jeweils für die Erfassung von Daten über eine bestimmte Ländergruppe verantwortlich (Eurostat für die Daten der EU- und der EFTA-Länder).

Mehr zum Thema:

Eurostat Veröffentlichungen

– Land- und forstwirtschaftliche Gesamtrechnung und Statistik des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes — Daten 1973-2001

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 5

– Nr. 9 Wald: Holz und Holzproduktion

– Nr. 17 Forest and environment

– Nr. 01/2003 Agrarstatistik — Vierteljahresbulletin

- Aufgliederung der Forstfläche (TBFRA 2000)
- **Rundholzerzeugung insgesamt, in 1 000 m³**
- Schnittholzerzeugung insgesamt, in 1 000 m³
- Herstellung von Papier und Pappe insgesamt, in 1 000 t

Fischerei

Fischerei: eine gemeinsame Politik für Ressourcen, Produktion und Märkte

Die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) ist einer der wichtigen EU-Politikbereiche und umfasst u. a. strukturpolitische, marktorientierte und Bewirtschaftungsmaßnahmen.

Wenngleich der Fischereisektor unter weltwirtschaftlichen Aspekten betrachtet relativ klein ist (er trägt weniger als 1 % zum BIP der EU-Mitgliedstaaten bei), kann er auf regionaler Ebene von erheblicher sozialer und wirtschaftlicher Bedeutung sein.

Außerdem können nur wenige Fischereiresourcen vor Ort verwaltet werden. Der Europäischen Union kommt damit eine wesentliche Rolle auf internationaler Ebene zu; zum einen bei den Verhandlungen innerhalb von internationalen Organisationen und zum anderen bei Verhandlungen mit Drittländern.

Ein statistisches Teleskop für die Fischerei

Die Daten der fischereistatistischen Datenbank von Eurostat sollen statistische Belege für die verschiedenen Aspekte der Gemeinsamen Fischereipolitik liefern, u. a. zu folgenden Themen:

- Fangmengen nach Fischereiregion für alle Länder dieser Welt;
- Aquakulturproduktion für alle Länder dieser Welt;
- kurze Darstellung des Außenhandels mit Fischereierzeugnissen für alle Länder;
- Versorgungsbilanzen für Fischereierzeugnisse;
- Anlandung von Fischereierzeugnissen in den Ländern des EWR;
- Fischereiflottenstatistik für die EWR-Länder;
- Beschäftigung im Fischereisektor.

Einheitliche Konzepte, Definitionen und Formate

Die Daten stammen aus amtlichen nationalen Quellen und werden entweder direkt an Eurostat geliefert (EWR-Länder) oder indirekt über internationale Organisationen (für die restlichen Länder).

Die verwendeten Daten entsprechen international vereinbarten Konzepten und Definitionen, die von der Arbeitsgruppe für die Koordinierung der Fischereistatistik ausgearbeitet wurden; diese Arbeitsgruppe wird von Eurostat und zwölf anderen internationalen Organisationen mit Zuständigkeiten für die Fischereistatistik gebildet.

Vorzüge der Fischereidatenbank von Eurostat

Durch die Verwendung einheitlicher Konzepte, Definitionen und Formate ist die Fischereidatenbank von Eurostat, die ein großes Spektrum von Fischereithemen abdeckt, eine der umfangreichsten und nutzerfreundlichsten Datenbanken.

Um mehr Informationen zur Fischereidatenbank zu erhalten, wenden Sie sich bitte an den örtlichen Data Shop. Ein Adressenverzeichnis der Data Shops finden Sie am Ende dieser Veröffentlichung.

Einige Ergebnisse

- Die Fangmengen bei Fischereierzeugnissen im EWR sind in den letzten zehn Jahren relativ stabil geblieben und bewegen sich zwischen 9 und 12 Mio. t pro Jahr. Sie sind ein Ausdruck der begrenzten Ressourcen und der in den meisten Bereichen des Fischereisektors geltenden strikten Bewirtschaftungsmaßnahmen.

- Die bedeutendsten Länder für den Fischfang im EWR sind Norwegen, Island und Dänemark, auf die 2000 jeweils 25, 18 und 14 % der Gesamtfangmenge des EWR entfielen.
- Bei den Fischfanggebieten der EWR-Länder steht der Nordostatlantik mit einem Anteil von 87 % an der Gesamtfangmenge 2000 an der Spitze. Es folgen das Mittelmeer mit 5 %, der östliche Mittelatlantik mit 4 % und der Nordwestatlantik mit 1 %.
- Die Aquakulturerzeugung im EWR erhöhte sich von 1,1 Mio. t im Jahr 1990 auf 1,8 Mio. t im Jahr 2000. An der Spitze stehen hier Norwegen (Lachs) sowie Spanien und Frankreich (Weichtiere).
- Die Größe der EWR-Fischereiflotte ist in den letzten Jahren relativ stabil geblieben; 2001 kam sie auf eine Bruttotonnage von 2,5 Mio. t.

Mehr zum Thema:**Eurostat Veröffentlichungen**

- **Fischerei — Jahrbuch 2002**
- **Die europäische Fischerei in Zahlen**

Statistik kurz gefasst — Themenkreis 5

- **Nr. 18 EWR-Fischerei im Nordwestatlantik**
- **Nr. 19 Fischereierzeugung, 1999**
- **Nr. 20 EWR-Fischereiflotte im Jahr 2000**
- **Nr. 21 Fischerei im Mittelmeer**
- **Nr. 22 Aquakultur in Europa im Jahre 1999**
- **Nr. 24 Fangmengen im Nordostatlantik**

Benötigen Sie weitere Informationen?

- **Wenden Sie sich bitte an Ihren Data Shop**
- **<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>**
- **Eurostats Daten dienen der politischen Diskussion in Europa. Schauen Sie doch mal auf die Webseiten der „Generaldirektion Fischerei“:**
http://europa.eu.int/comm/dgs/fisheries/index_en.htm

- **Aquakulturerzeugung insgesamt, in 1 000 t Lebendgewicht**
- **Jährliche Fangmengen in allen Regionen, in 1 000 t Lebendgewicht**
- Jährliche Fangmengen in allen Regionen, in % der weltweiten Fangmengen insgesamt
- Jährliche Fangmengen im Nordostatlantik, in 1 000 t Lebendgewicht
- Jährliche Fangmengen im Nordwestatlantik, in 1 000 t Lebendgewicht
- Jährliche Fangmengen im östlichen Mittelatlantik, in 1 000 t Lebendgewicht
- Jährliche Fangmengen im Mittelmeer, in 1 000 t Lebendgewicht
- **Fischereiflotte: Gesamtleistung in kW**
- Fischereiflotte: Gesamttonnage in GT

Landwirtschaft und Umwelt

Landwirtschaft und Umwelt: eine vielseitige Beziehung

Zwischen der Landwirtschaft und der Umwelt besteht eine zwiespältige Beziehung. Einerseits trägt die Landwirtschaft zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Erhaltung und Bereicherung der Landschaft bei. Andererseits kann sie die Umwelt durch den intensiven Einsatz von Düngemitteln oder den übermäßigen Gebrauch von Schädlingsbekämpfungsmitteln beeinträchtigen. Intensive Tierhaltung erzeugt Methan- und Ammoniakemissionen. Großflächige Bewässerung kann zu einer Absenkung des Spiegels des Grundwassers und der Oberflächengewässer führen, was sich negativ auf Fauna und Flora auswirken oder eine allmähliche Versalzung des Grundwassers in küstennahen Bereichen bewirken kann.

Ökologischer Landbau

Ökologischer Landbau ist ein Beispiel für nachhaltige Landwirtschaft. Der ökologische Landbau hat sich weltweit aufgrund eines wachsenden Bewusstseins der Verbraucher und einer gestiegenen Nachfrage nach entsprechenden Erzeugnissen entwickelt. Die erste EU-Verordnung über den ökologischen Landbau [Verordnung (EWG) Nr. 2092/91] wurde 1991 ausgearbeitet. Seit ihrer Einführung 1992 stellten sich viele landwirtschaftliche Betriebe in der ganzen Europäischen Union auf den ökologischen Landbau um. In dieser Verordnung ist festgelegt, welche Daten die Mitgliedstaaten über den ökologischen Landbau für die Europäische Kommission erheben müssen.

Intensiver Einsatz von Düngemitteln

Der intensive Einsatz von Düngemitteln wirkt sich negativ auf die Umwelt aus. Um ein gesundes Gleichgewicht zwischen den Nährstoffen, die dem Boden zugefügt werden, und denjenigen, die dem Boden beispielsweise in Form von Ernteerträgen entnommen werden, aufrechtzuerhalten, ist es nötig, den optimalen Einsatz von Ressourcen zu gewährleisten und die Umweltverschmutzung, insbesondere aufgrund von überschüssigem Stickstoff (und Phosphaten), zu begrenzen. Düngemittel, die nicht unmittelbar von den Pflanzen verbraucht werden, können die Umwelt (Grundwasser, Oberflächengewässer, aber auch die Luft) schädigen. Sie können auch zur globalen Erwärmung des Planeten beitragen.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen erfasst Daten über Handelsdünger. Daten auf Länderebene werden erhoben anhand von speziellen jährlichen Fragebogen, von Dateien und Zugriff auf Internet-Sites der jeweiligen Länder, von nationalen und internationalen Veröffentlichungen, von Besuchen in den Ländern durch Statistiker der FAO sowie von Berichten der FAO-Vertreter in den Mitgliedstaaten.

Übermäßiger Gebrauch von Schädlingsbekämpfungsmitteln

Der übermäßige Gebrauch von Schädlingsbekämpfungsmitteln wirkt sich negativ auf die biologische Vielfalt aus und erhöht das Risiko, dass diese Mittel ins Trinkwasser und in die Nahrungskette gelangen. Einige Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik [Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 des Rates] wurden so ausgerichtet, dass eine Verringerung des Einsatzes von Schädlingsbekämpfungsmitteln durch Landwirte gefördert wurde, indem die Einkommensverluste, die sich aus dem niedrigeren Einsatz von Mitteln, insbesondere Schädlingsbekämpfungsmitteln, ergaben, kompensiert wurden. Die European Crop Protection Association erstellt Daten zu Pflanzenschutzprodukten für Eurostat.

- Fläche für ökologischen Landbau, in ha
- Zahl der Betriebe mit ökologischem Landbau
- Verbrauch von Handelsdüngern: Gesamtverbrauch an Wirkstoffmengen, in Tonnen
- Verbrauch von Handelsdüngern: Stickstoff. Verbrauch an Wirkstoffmengen, in Tonnen
- **Verbrauch von Handelsdüngern: Phosphat. Verbrauch an Wirkstoffmengen, in Tonnen**
- Verbrauch von Handelsdüngern: Kali. Verbrauch an Wirkstoffmengen, in Tonnen
- **Verbrauch von Handelsdüngern: Kali. Verbrauch an Wirkstoffmengen, in Tonnen**
- Absatz von Pflanzenschutzmitteln: Fungizide. Absatz an Wirkstoffmengen, in Tonnen
- Absatz von Pflanzenschutzmitteln: Herbizide Absatz an Wirkstoffmengen, in Tonnen
- Absatz von Pflanzenschutzmitteln: Insektizide. Absatz an Wirkstoffmengen, in Tonnen
- Gesamtabsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln in EU-15: Wirkstoffe in t

Anhänge

Abschreibungen

Sie messen die Wertminderungen, denen die reproduzierbaren Güter des Anlagevermögens während des Rechnungszeitraums (üblicherweise ein Jahr) durch normalen Verschleiß, vorhersehbares wirtschaftliches Verhalten und Schadensfälle gewöhnlichen Ausmaßes unterliegen (Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen). Ausgeschlossen sind unvorhergesehenes Veralten, Katastrophen und der Abbau natürlicher Ressourcen.

Amtliche Währungsreserven

Die amtlichen Währungsreserven werden von den Währungsbehörden der einzelnen Länder gehalten, um Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen oder um den Außenwert der jeweiligen Währung zu beeinflussen. Sie setzen sich zusammen aus Gold, Devisen, Sonderziehungsrechten (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF) und Reserven, die beim IWF hinterlegt sind.

Anleihen

Vom Staat, von Unternehmen, Banken und anderen Einrichtungen begebene Wertpapiere. Sie werden gewöhnlich verzinst und am Fälligkeitstermin zu einem festen Wert zurückgezahlt.

Aquakultur

Unter Aquakultur versteht man die Zucht im Wasser lebender Pflanzen und Tiere, insbesondere von Fischen, Weichtieren, Krebstieren und Wasserpflanzen. Zucht wird betrieben, sobald in irgendeiner Form, beispielsweise durch regelmäßigen Besatz, Fütterung oder Schutz vor natürlichen Feinden, mit dem Ziel der Produktionssteigerung in den Wachstumsprozess eingegriffen wird. Kennzeichen der Zucht ist ferner, dass sich die Pflanzen oder Tiere im Besitz von Einzelpersonen oder Unternehmen befinden oder Gegenstand von Rechtsansprüchen aus vertraglichen Verpflichtungen sind.

Arbeitnehmer

Arbeitnehmer werden definiert als Personen, die für einen öffentlichen oder privaten Arbeitgeber arbeiten und dafür Lohn, Gehalt, Gratifikationen, Leistungslohn oder Naturalleistungen erhalten; auch Berufssoldaten gelten als Arbeitnehmer. In den internationalen Standardempfehlungen über Arbeitskräftestatistiken wird ein weit gefasstes Beschäftigungskonzept verwendet. Personen, die in der Arbeitskräfteerhebung als erwerbstätig gemeldet werden, haben entweder während der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Bezahlung oder zur Erzielung eines Gewinns gearbeitet oder eine vorhandene Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht ausgeübt. Mithelfende Familienangehörige werden mit berücksichtigt.

Arbeitnehmerentgelt

Alle Geld- und Sachleistungen von Arbeitgebern als Entgelt für die Arbeitsleistung der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer im Laufe eines bestimmten Zeitraums. Hierzu gehören Bruttolöhne und -gehälter, tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber und unterstellte Sozialbeiträge (die direkt vom Arbeitgeber an die Arbeitnehmer gezahlt werden, ohne über eine Sozialversicherung, ein Versicherungsunternehmen oder einen autonomen Pensionsfonds zu laufen).

Arbeitskosten insgesamt

Gesamtheit aller von den Arbeitgebern in Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften getragenen Aufwendungen. Zu Darstellungszwecken können die Arbeitskosten insgesamt untergliedert werden in direkte Kosten und indirekte Kosten. Die direkten Kosten umfassen Bruttolöhne und -gehälter in Form von Geldleistungen (Direktverdienst und Prämien) sowie Naturalleistungen (Erzeugnisse des Unternehmens, Wohnung, Betriebswagen, Essensmarken, Kinderbetreuung usw.). Hauptbestandteil der direkten Kosten sind die Löhne und Gehälter in Form von Geldleistungen. Unter die indirekten Kosten fallen die tatsächlich vom Arbeitgeber gezahlten Sozialbeiträge (d. h. gesetzliche, tarifliche, vertragliche und freiwillige Sozialbeiträge); die unterstellten Sozialbeiträge des Arbeitgebers (überwiegend garantierte Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall oder bei Kurzarbeit sowie Entschädigungen für Entlassung und nicht eingehaltene Kündigungsfrist); Kosten für Weiterbildung; Einstellungskosten und vom Arbeitgeber gestellte Arbeitskleidung; vom Arbeitgeber gezahlte Steuern (auf der Grundlage der Lohn- und Gehaltskosten oder der Beschäftigtenzahl); abzüglich Zuschüsse zugunsten des Arbeitgebers (die direkte Lohn- oder Gehaltszahlungen teilweise oder ganz ersetzen sollen). Hauptanteil der indirekten Kosten sind die unterstellten Sozialbeiträge des Arbeitgebers, insbesondere die gesetzlichen Beiträge zur Sozialversicherung.

Arbeitskräfteerhebung (LFS)

Eine Arbeitskräfteerhebung ist eine in privaten Haushalten durchgeführte Befragung von Einzelpersonen zur Gewinnung von Informationen über den Arbeitsmarkt und damit zusammenhängende Fragen. In der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union wird die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung erfasst; keine Berücksichtigung finden Personen, die in Gemeinschaftshaushalten leben, wie z. B. in Pensionen, Studentenwohnheimen und Krankenhäusern. Die verwendeten Definitionen sind in allen EU-Ländern gleich und beruhen auf

Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamts (IAA).

Arbeitslose

Personen gelten als arbeitslos, wenn die folgenden drei Bedingungen erfüllt sind: Während der Berichtswoche besteht kein Arbeitsverhältnis. Die Person steht für eine Arbeitsaufnahme innerhalb von zwei Wochen zur Verfügung. Die Person hat in den zurückliegenden vier Wochen Schritte unternommen, um Arbeit zu finden. Als arbeitslos gelten ferner Personen ohne Beschäftigung, die bereits eine Stelle gefunden haben, die Tätigkeit aber erst später aufnehmen. Die Dauer der Arbeitslosigkeit wird definiert als die Dauer der Arbeitsuche oder der seit Beendigung der letzten Tätigkeit verstrichene Zeitraum (falls dieser kürzer ist als die Dauer der Arbeitsuche).

Arbeitslosenquote

Zahl der Arbeitslosen in Prozent der Erwerbspersonen.

Arbeitsunfälle Inzidenzrate

Die Inzidenzrate ist definiert als die Zahl der im Laufe des Jahres eingetretenen Arbeitsunfälle je 100 000 Erwerbstätigen. Die Prävalenzrate ist die Zahl berufsbedingter Gesundheitsschäden während der letzten zwölf Monate je 100 000 Erwerbstätigen. Die erwerbstätige Bezugsbevölkerung in jedem Land basiert auf der Arbeitskräfteerhebung des entsprechenden Jahres. Im vorliegenden Fall wird die Inzidenzrate als Beschäftigung in Vollzeitäquivalent gemessen, damit die Unterschiede in den geleisteten Stunden zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den beruflichen Tätigkeiten in verschiedenen Wirtschaftszweigen berücksichtigt werden können.

Asylbewerber

Personen, die einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling gestellt haben und auf eine entsprechende Entscheidung warten.

Auswanderer

Als Auswanderer gelten Personen, die das Land ihres üblichen Aufenthaltsorts verlassen und sich effektiv im Ausland niederlassen. Gemäß den Empfehlungen der Vereinten Nationen bezüglich der Statistiken über die internationale Wanderung (Revision 1) von 1997 ist ein Auswanderer ein Langzeitmigrant, wenn er das Land seines vorherigen üblichen Aufenthaltsortes für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten verlässt. Jedoch sind nur wenige Länder in der Lage, Statistiken auf der Grundlage dieser Definitionen zu liefern. Die Statistiken in dieser Veröffentlichung basieren im Allgemeinen auf einzelstaatlichen Definitionen, die z. T. erheblich von den Empfehlungen der UN abweichen. Statistiken über Auswanderer werden

nicht in allen Ländern erhoben. Darüber hinaus gibt es Unterschiede in Bezug auf die verwendeten Datenquellen und den Erfassungsbereich.

Beherbergungsangebot

Zahl der Betten in einer Beherbergungseinrichtung ohne Zusatzbetten, die auf Wunsch des Gastes aufgestellt werden können.

Beherbergungsnachfrage

Dazu gehören alle Arten der Unterbringung - in Hotels und ähnlichen Einrichtungen, auf Campingplätzen, in Ferienunterkünften, Jugendherbergen usw.

Betriebliche Weiterbildung

Weiterbildungsmaßnahmen und -aktivitäten, die ganz oder teilweise von den Unternehmen finanziert werden und an denen Beschäftigte mit einem Arbeitsvertrag teilnehmen. Für die Zwecke der Erhebung der Europäischen Kommission bezieht sich die Bezeichnung „Arbeitnehmer“ auf die Gesamtzahl der Beschäftigten, ohne Auszubildende und Praktikanten.

Betten in der Psychiatrie

Betten für stationäre Patienten in der Psychiatrie (einschließlich Entzugstherapien), jedoch nicht die Betten für Patienten mit geistiger Behinderung, wenn das primäre Ziel der Pflegeeinrichtung nicht kurativer Art ist.

Betten in der stationären Versorgung

Betten für Patienten, die offiziell in einer stationären Versorgungseinrichtung oder einer Einrichtung, die auch stationäre Versorgung anbietet, aufgenommen wurden und dort mindestens eine Nacht verbringen. Stationäre Versorgung wird von Krankenhäusern, Krankenpflege- und Pflegeheimen sowie von anderen Einrichtungen geleistet, die nach ihrer Hauptpflegetätigkeit zu ambulanten Versorgungseinrichtungen gerechnet werden, aber als Nebentätigkeit auch stationäre Versorgung anbieten.

Bevölkerungsdichte

Zahl der Einwohner je Quadratkilometer.

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen den Erwerb abzüglich der Veräußerungen von Anlagegütern durch gebietsansässige Produzenten in einem Zeitraum zuzüglich gewisser Werterhöhungen an nichtproduzierten Vermögensgütern durch produktive Tätigkeiten von Produzenten oder institutionellen Einheiten. Zum Anlagevermögen zählen produzierte Sachanlagen und produzierte immaterielle Anlagegüter, die wiederholt oder kontinuierlich länger als ein Jahr in der Produktion eingesetzt werden.

Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards

Das mit Hilfe eines speziellen Wechselkurses, der Kaufkraftparität (KKP, beruht auf relativen Preisen), in Kaufkraftstandards (KKS) umgerechnete Bruttoinlandsprodukt, das zuverlässige Volumenvergleiche ermöglichen soll.

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (BIPmp)

Endergebnis der Produktionstätigkeit der gebietsansässigen produzierenden Einheiten. Es entspricht dem Gesamtwert der von einer Volkswirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich Vorleistungen. Die Mehrwertsteuer auf die Produktion und die Nettoeinfuhrabgaben sind darin enthalten. Um eine noch höhere Genauigkeit (Zeitpunkt der Buchung der Transaktion usw.) und eine noch vollständigere Erfassung (neue Tätigkeiten wie Finanzierungsleasing, Optionen usw.) zu gewährleisten, werden die zugrunde liegenden Konzepte in der neuen Methodik des ESVG 95 etwas erweitert.

Bruttonationaleinkommen (BNE)

Bruttoinlandsprodukt plus Nettoeinkommen (= aus dem Ausland erhalten abzüglich an das Ausland gezahlt) aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie Arbeitseinkommen.

Das verfügbare Bruttovolkseinkommen, das aus dem BNE plus den laufenden Nettoverteilungstransaktionen mit der übrigen Welt und den Nettobetriebssubventionen von EU-Institutionen besteht, zeigt das für die Verwendung zur Verfügung stehende Volkseinkommen.

Das Nettoeinkommen aus dem Ausland umfasst z. B. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aus der übrigen Welt, Unfallversicherungstransaktionen und laufende einseitige Übertragungen.

Das Konzept des BNE (ESVG 95) ersetzt das Konzept des Bruttosozialprodukts (BSP, ESVG 79). Zwar sind die Konzepte identisch, doch erhöht das ESVG 95 die Genauigkeit und die Vollständigkeit.

Bruttosozialprodukt (BSP)

Siehe „Bruttonationaleinkommen“.

Bruttoverdienste

Vom Arbeitgeber dem Arbeitnehmer in bar und direkt gezahltes Arbeitsentgelt (Löhne und Gehälter) vor Abzug von Einkommensteuer und Sozialbeiträgen.

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen

Wert der Endproduktion abzüglich Vorleistungen und Subventionen zuzüglich Produktionssteuern. Die Bruttowertschöpfung entspricht im Allgemeinen über 90 % des Bruttoinlandsprodukts.

Deckungsquote

Die Deckungsquote ist das prozentuale Verhältnis der „Ausfuhren“ zu den „Einfuhren“. Sie zeigt an, welches Gewicht den Ausfuhren im Vergleich zu den Einfuhren zukommt. Liegt die Deckungsquote über 100, dann ist die Europäische Union im Handel mit dem betreffenden Land ein Nettoexporteur (Ausfuhren größer als Einfuhren). Bei einer Deckungsquote unter 100, ist die Europäische Union gegenüber diesem Land ein Nettoimporteur.

Definition von Aids-Fällen

In den einzelnen Ländern werden unterschiedliche Falldefinitionen verwendet, die von den Bevölkerungsfaktoren (Zahl der Kinder oder Erwachsenen, relatives Auftreten opportunistischer Krankheiten), der Zahl der Labors und der Ausbildung abhängen; die Länder, die an der Überwachung von Aids in Europa beteiligt sind, verwenden jedoch eine einheitliche, 1993 endgültig angenommene Definition von Aids-Fällen. Die europäische Definition eines Aids-Falls unterscheidet sich von der in den Vereinigten Staaten verwendeten dadurch, dass sie nicht das Kriterium der Anzahl der CD4-Helferzellen enthält. Die von der WHO ausgearbeitete klinische Definition von Aids-Fällen wird in den Ländern verwendet, die nur begrenzte Diagnosemöglichkeiten haben.

Dienstleistungen für Unternehmen

Darunter fallen von Architektur- und Ingenieurbüros erbrachte technische Leistungen; Datenverarbeitungsdienste wie Entwurf von Software und Verwaltung von Datenbanken; sonstige fachliche Dienstleistungen wie Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung.

Dienstleistungsgewerbe

Die Begriffe „Dienstleistung(en)“ bzw. „Dienstleistungssektor(en)“ beziehen sich in der Regel auf die Wirtschaftszweige, die unter die Abschnitte G bis K sowie M bis O der NACE Rev. 1 fallen, und auf die Einheiten, die entsprechende Tätigkeiten ausüben.

Direkte Arbeitskosten

Siehe „Arbeitskosten insgesamt“

Direkte Kosten für Weiterbildungskurse

Kosten, die unmittelbar mit der Durchführung der Weiterbildungskurse im Zusammenhang stehen: Gebühren/Zahlungen an externe Weiterbildungsanbieter und externes Weiterbildungspersonal; Reisekosten, Spesen und Tagegelder; Arbeitskosten für internes Weiterbildungspersonal, das ausschließlich oder teilweise mit der Konzeption, Organisation und Durchführung der Weiterbildungskurse beschäftigt war sowie Kosten für Räume (einschließlich

Ausbildungszentren) und Ausstattung sowie Materialkosten.

Direktinvestitionen (DI)

Direktinvestitionen (DI) sind in der Kapitalbilanz ausgewiesene internationale Investitionen, die eine in einem Wirtschaftsgebiet ansässige Einheit tätigt, um eine langfristige Beteiligung an einem in einem anderen Wirtschaftsgebiet ansässigen Unternehmen zu erwerben. Langfristige Beteiligung bedeutet, dass zwischen dem Direktinvestor und dem Unternehmen eine dauerhafte Beziehung besteht und dass der Investor auf die Geschäftspolitik des Unternehmens einen maßgeblichen Einfluss ausübt. Nach der offiziellen Definition ist ein Unternehmen (mit oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit) Gegenstand einer Direktinvestition, wenn ein Direktinvestor mindestens 10 % der Stammaktien oder Stimmrechte (im Fall eines Unternehmens mit eigener Rechtspersönlichkeit) bzw. einen vergleichbaren Anteil (im Fall eines Unternehmens ohne eigene Rechtspersönlichkeit) besitzt.

DI-Ströme und -Bestände: Mit Hilfe von Direktinvestitionsströmen baut der Investor Direktinvestitionsbestände auf, die im Auslandsvermögensstatus der betreffenden Volkswirtschaft ausgewiesen werden. Die DI-Bestände weichen aufgrund von Bewertungseinflüssen (Preis- oder Wechselkursveränderungen) und anderen Berichtigungen, wie etwa Umschuldungen und Annullierung von Darlehen, Schuldenerlass oder Debt-Equity-Swaps, von den kumulierten Strömen ab.

ECHP (Europäisches Haushaltspanel)

Eine vom Input her harmonisierte Langzeit-Panelerhebung, für die ein gemeinsamer Satz von Definitionen und eine repräsentative Stichprobe von privaten Haushalten in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten verwendet wurde; mit der 1994 ins Leben gerufenen und 2001 ausgelaufenen Erhebung sollten Angaben zum Einkommen und damit verbundenen sozialen Bereichen mittels Interviews erfasst werden.

Ecu

Die frühere Europäische Währungseinheit kann als Hauptelement des Europäischen Währungssystems (EWS) angesehen werden. Sie setzte sich aus einem Korb von Währungen zusammen (siehe im Folgenden). Neben dem amtlichen Gebrauch im EWS entwickelte sich ein Privatmarkt für den Ecu, der seine Verwendung für Geldgeschäfte und als Rechengröße für Finanzinstrumente, einschließlich Obligationen, ermöglichte. Der Ecu wurde am 1. Januar 1999 im Verhältnis 1:1 durch den Euro ersetzt, der die neue gemeinsame Währung der Europäischen Union ist.

Ecu-Währungskorb

Dieser Währungskorb wurde anhand von bestimmten Beträgen von zwölf Währungen der EU-Mitgliedstaaten festgelegt. Bei seiner Einführung am 13. März 1979 bestand der Ecu aus einem Korb mit festen Beträgen der damaligen neun Währungen, der mit dem Währungskorb bei der Einführung der Europäischen Rechnungseinheit (ERE) identisch war. Von November 1993 bis zur Einführung des Euro im Januar 1999 hat sich die Zusammensetzung des ECU-Währungskorbs nicht mehr verändert. Die Währungen Österreichs, Finnlands und Schwedens waren nicht am ECU-Währungskorb beteiligt, da diese Länder erst im Januar 1995 der Europäischen Union beigetreten sind.

Einkommen- und Vermögensteuern

Die Einkommen- und Vermögensteuern umfassen alle laufenden Zwangsabgaben in Form von Geld- oder Sachleistungen, die regelmäßig vom Staat und von der übrigen Welt ohne Gegenleistung auf Einkommen und Vermögen von institutionellen Einheiten erhoben werden. Eingeschlossen sind einige regelmäßig zu entrichtende Steuern, die weder auf das Einkommen noch auf das Vermögen erhoben werden.

Einwanderer

Als Einwanderer gelten Personen, die aus dem Ausland einreisen oder zurückkehren, um in dem betreffenden Land für eine gewisse Zeit zu wohnen, nachdem sie zuvor in einem anderen Land ansässig waren. Gemäß der Empfehlungen der Vereinten Nationen bezüglich der Statistiken über die internationale Wanderung (Revision 1) von 1997 ist ein Einwanderer ein Langzeitimmigrant, wenn er in seinem Zielland für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten wohnt, nachdem er zuvor in einem anderen Land mindestens zwölf Monate ansässig war. Jedoch sind nur wenige Länder in der Lage, Statistiken auf der Grundlage dieser Definitionen zu liefern. Die Statistiken in dieser Veröffentlichung basieren im Allgemeinen auf einzelstaatlichen Definitionen, die z. T. erheblich von den Empfehlungen der UN abweichen.

Angaben zur Immigration werden jedoch nicht in allen Ländern erfasst, und die Art der Erhebung ist hinsichtlich der verwendeten Quellen und des Umfangs der erhobenen Daten von Land zu Land verschieden. Außerdem gibt es einige Länder (z. B. Frankreich), in denen die eigenen Staatsangehörigen in den Einwanderungsstatistiken unberücksichtigt bleiben.

Erwerbspersonen

Erwerbstätige und Arbeitslose.

Erwerbstätigenquote

Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung in einem bestimmten Alter.

ESVG

Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Durch die neue Fassung des ESVG 95 (3. Fassung), das seit 1999 schrittweise eingeführt wurde, wurde die vorherige Fassung aus dem Jahr 1979 ergänzt und erweitert. So werden die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - deren herausragende Größe das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist, das die Gesamtheit der von einem Land in einem gegebenen Zeitraum produzierten Waren und Dienstleistungen erfasst - mit immer größerer Genauigkeit und Vollständigkeit gemessen. Das ESVG 95 ist mit dem von den Vereinten Nationen entwickelten SNA 93 in gleicher Weise kompatibel wie das ESVG 79 mit dem SNA 68. Die erste Fassung des ESVG war das ESVG 70.

Euro

Die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion begann am 1. Januar 1999. Dies geschah mit der Einführung des Euro als einheitliche europäische Währung, die den Ecu im Verhältnis 1:1 ersetzt hat. Seit diesem Tag sind die Euro-Umrechnungskurse der nationalen Währungen von elf EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland) unwiderruflich festgelegt (s. u.). Seit dem 1. Januar 2001 gehört auch Griechenland der Eurozone an. Bis Ende 2001 existierte der Euro nur als Buchgeld (Schecks, Überweisungen und Zahlungen mit Kreditkarten), und sein Gebrauch war freiwillig (es gab keine Verpflichtung und kein Verbot). Das Euro-Bargeld wurde am 1. Januar 2002 eingeführt. Seitdem ist der Gebrauch des Euro obligatorisch; die nationalen Währungen werden schrittweise aus dem Verkehr gezogen.

Feste Umrechnungskurse (1 EUR =)

13,7603	ATS
40,3399	BEF
1,95583	DEM
166,386	ESP
5,94573	FIM
6,55957	FRF
340,750	GRD
0,787564	IEP
1 936,27	ITL
40,3399	LUF
2,20371	NLG

200,482 PTE

Der Umtausch der nationalen Währungen in Euro und umgekehrt unterliegt sehr strengen Regeln. Für jedes Wechselgeschäft müssen die amtlichen ungerundeten sechsstelligen Umrechnungskurse verwendet werden. Um in Euro umzurechnen, muss der Betrag durch den Umrechnungskurs dividiert werden; die Umrechnung in eine nationale Währung geschieht durch Multiplikation mit dem Umrechnungskurs.

Die Umrechnung von einer nationalen Währung der Eurozone in eine andere Währung der Eurozone muss über den Euro und mit Hilfe der Umrechnungskurse erfolgen.

Die Umrechnung in eine andere Währung muss ebenfalls über den Euro erfolgen, wobei in diesem Fall der gültige Wechselkurs dieser Währung gegenüber dem Euro zu verwenden ist.

Eurobarometer

Die Meinungsumfragen von Eurobarometer werden für die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission seit Herbst 1973 in jedem Frühjahr und Herbst durchgeführt. Neben öffentlichen Meinungsumfragen führt das entsprechende Referat der GD Bildung und Kultur Befragungen bestimmter Zielgruppen durch sowie qualitative Erhebungen (Gruppendiskussionen, tief greifende Befragungen) in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und gelegentlich in Drittstaaten.

Europäisches Patentamt (EPA)

Das Europäische Patentamt (EPA) ist das Exekutivorgan der Europäischen Patentorganisation, einer zwischenstaatlichen Einrichtung, die auf der Basis des am 5. Oktober 1973 in München unterzeichneten und am 7. Oktober 1977 in Kraft getretenen Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) gegründet wurde. Der Europäischen Patentorganisation gehören die EPÜ-Vertragsstaaten an. Das EPA erteilt europäische Patente für die Vertragsstaaten des EPÜ. Seine Tätigkeit wird vom Verwaltungsrat der Organisation überwacht, der sich aus den Delegierten der Vertragsstaaten zusammensetzt. Quelle: EPA (<http://www.european-patent-office.org>).

Europäische Union (EU)

Gegründet am 1. November 1993 mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht. Am 31. Dezember 1994 zählte die Europäische Union zwölf Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und das Vereinigte Königreich. Seit Januar 1995 hat die Europäische Union drei neue Mitgliedstaaten:

Österreich, Finnland und Schweden.

Eurozone: EUR-12 (ehemals EUR-11)

Sie umfasste ursprünglich jene Länder, die sich seit Januar 1999 an der Währungsunion beteiligen, nämlich Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Seit dem 1. Januar 2001 gehört auch Griechenland zur Eurozone. Es ergeben sich somit drei Konzepte: EUR-11 (die ursprünglichen elf Länder), EUR-12 (EUR-11 plus Griechenland) und die Eurozone, das variable Konzept (EUR-11 bis 31. Dezember 2000, EUR-12 ab 1. Januar 2001). Beachten Sie bitte, dass der Buchstabe „R“ nach dem „EU“ dazu verwendet wird, die Eurozone von der Europäischen Union (für die der Code „EU“ verwendet wird) zu unterscheiden.

EU-SILC (EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen)

Ein vom Output her harmonisiertes Datenerfassungsinstrument, das das ECHP ersetzt und das die Referenzquelle für Daten über Einkommen und verwandte soziale Themen werden soll; es umfasst sowohl Querschnitts- wie Langzeitelemente; zur Verbesserung der Aktualität und der Flexibilität werden verstärkt vorhandene einzelstaatliche Quellen herangezogen.

EWR-Länder

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) umfasste Anfang des Jahres 2001 die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Island, Norwegen und Liechtenstein. 1989 schlug der damalige Präsident der Kommission, Jacques Delors, eine neue Art der Partnerschaft vor, aus der sich das EWR-Abkommen entwickelt hat. Die EFTA-Staaten, zu diesem Zeitpunkt Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz begrüßten diesen Vorschlag; die offiziellen Verhandlungen begannen im Juni 1990, und das Abkommen wurde am 2. Mai 1992 in Porto unterzeichnet. Am 1. Januar 1994 trat das Abkommen, das alle EU- und EFTA-Länder mit Ausnahme Liechtensteins und der Schweiz betrifft, in Kraft. Seit dem 1. Januar 1995 gehören Österreich, Finnland und Schweden dem EWR als EU-Mitgliedstaaten an. Liechtenstein ist dem EWR am 1. Mai 1995 beigetreten.

EWS (Europäisches Währungssystem)

Dieses am 13. März 1979 offiziell eingerichtete System bestand bis zum 31. Dezember 1998 und verfolgte das Ziel, durch Einführung bestimmter Wechselkurs-, Kredit und Mitteltransfermaßnahmen eine Zone währungspolitischer Stabilität in Europa zu schaffen. Das EMS umfasste die folgenden drei Elemente: Ecu,

Wechselkursmechanismus (WKM) und Kreditmechanismus. Am 31. Dezember 1998 waren die Währungen aller EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme derjenigen Schwedens und des Vereinigten Königreichs am Wechselkursmechanismus beteiligt.

Externe Kurse

Kurse, die von nicht dem Unternehmen angehörig Dritten entwickelt und abgehalten werden, selbst wenn die Kurse in den Räumlichkeiten des Unternehmens stattfinden.

Extra-EU-Ströme

Alle Transaktionen zwischen EU-Ländern und Drittländern.

Fächer der ISCED 97

Die Klassifikation umfasst 25 Fächer (auf der Zweisteller-Ebene), die auf der Dreisteller-Ebene weiter aufgegliedert werden können. Es lassen sich (auf der Einsteller-Ebene) die folgenden neun größeren Fächergruppen unterscheiden.

- 0 – Allgemeine Bildungsgänge
- 1 – Pädagogik
- 2 – Geisteswissenschaften und Kunst
- 3 – Sozialwissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften
- 4 – Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik
- 5 – Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen
- 6 – Agrarwissenschaft und Veterinärwissenschaft
- 7 – Gesundheit und soziale Dienste
- 8 – Dienstleistungen

Fangmengen

Fang von Fischereierzeugnissen (Fische, Weichtiere, Krebstiere und andere Wassertiere, Rückstände und Wasserpflanzen) für alle Verwendungszwecke (kommerziell, industriell, als Freizeitbetätigung und für den eigenen Verbrauch) unter Einsatz aller Arten und Klassen von Fischereieinheiten (Fischer, Fischereifahrzeuge, Ausrüstungen usw.) sowohl in Binnengewässern, Süß- und Brackwassergebieten als auch im Bereich der küstennahen, Küsten- und Hochseefischerei. Keine Berücksichtigung findet die Produktion im Bereich der Aquakultur. Die Fangmengen werden üblicherweise in Lebendgewicht angegeben; die Berechnung erfolgt auf der Grundlage des angelandeten oder Produktgewichts unter Verwendung bestimmter Umrechnungsfaktoren. Mengen, die zwar gefangen, aber aus einer Reihe von Gründen nicht ange-

landet werden, sind in den Fangstatistiken nicht enthalten.

Flüchtling

Flüchtlinge sind gemäß Artikel 1 der Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen von 1951 Personen mit wohlbegründeter Furcht vor Verfolgung aus Gründen der Rasse, der Religion, der Staatsangehörigkeit, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe oder der politischen Meinung.

Bemerkenswert ist, dass viele Länder Asylbewerbern dauerhaft oder zeitlich begrenzt Aufenthalt gewähren, selbst wenn diese Menschen im Sinne der Konvention von 1951 keine Flüchtlinge sind. Beispielsweise können Asylbewerber aus humanitären Gründen einen positiven Bescheid erhalten. Diese Personen gehen nicht in die Flüchtlingszahlen in dieser Veröffentlichung ein.

Forschung und Entwicklung (FuE)

Forschung und Entwicklung bezeichnet kreative Tätigkeiten, die systematisch ausgeübt werden, um die Kenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft zu erweitern und um diese Kenntnisse in neue Anwendungen einzubringen.

Für Weiterbildung verwendete Stunden

Die Zahl der Stunden, die für Weiterbildung aufgewendet wird, bezieht sich auf die bezahlten Arbeitsstunden, die ein Teilnehmer 1999 insgesamt auf Weiterbildungskurse aufgewendet hat.

Gebietsansässige produzierende Einheiten

Im Wirtschaftsgebiet eines Landes tätige Produktionseinheiten.

Gemeinden

Der Teilssektor Gemeinden umfasst jene öffentlichen Körperschaften, deren Zuständigkeit auf einen örtlich begrenzten Teil des Wirtschaftsgebiets beschränkt ist, mit Ausnahme lokaler Stellen der Sozialversicherung.

Gesamtausgaben des Staates

Die Gesamtausgaben des Staates umfassen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1500/2000 der Kommission vom 10. Juli 2000 die folgenden Kategorien des ESVG 95: Vorleistungen; Bruttoinvestitionen; Arbeitnehmerentgelt; sonstige Produktionsabgaben; geleistete Subventionen; Vermögenseinkommen; Einkommen- und Vermögensteuern; monetäre Sozialleistungen; soziale Sachtransfers in Bezug auf Ausgaben für Güter, die von Marktproduzenten direkt an Haushalte geliefert werden; sonstige laufende Transfers; Zunahme betrieblicher Versorgungs-

ansprüche; geleistete Vermögenstransfers; Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.

Gesamtausgaben für Gesundheit

Die Gesamtausgaben für Gesundheit umfassen: Sachleistungen für Privatpersonen (von der ambulanten und stationären Behandlung bis hin zu Rettungsdiensten und pharmazeutischen Produkten) und die eigenen Gesundheitsausgaben dieser Personen, darunter Selbstbehalt und ohne Verschreibung gekaufte Arzneimittel; staatlich finanzierte Gesundheitsdienstleistungen (z. B. Schulen, Impfkampagnen), Investitionen in Kliniken, Laboratorien usw.; Verwaltungskosten; Forschung und Entwicklung; Arbeitsmedizin, Aufwendungen freiwilliger Organisationen, karitative Einrichtungen und nichtstaatliche Gesundheitspläne.

Gesamteinnahmen des Staates

Die Gesamteinnahmen des Staates umfassen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1500/2000 der Kommission vom 10. Juli 2000 die folgenden Kategorien des ESVG 95: Marktproduktion; Produktion für die Eigenverwendung; Zahlungen für die sonstige Nichtmarktproduktion; Produktions- und Importabgaben; sonstige empfangene Subventionen; Vermögenseinkommen; Einkommen- und Vermögensteuern; Sozialbeiträge; sonstige laufende Transfers; Vermögenstransfers.

Gesamtkosten

Gesamtkosten von Weiterbildungskursen. Diese entsprechen der Summe aus direkten Kosten, Personalausfallkosten und dem Saldo aus Beiträgen an nationale oder regionale Weiterbildungsfonds und Einnahmen aus nationalen oder anderen Finanzierungsregelungen.

Handel

Großhandelsunternehmen, Handelsvertreter, Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern und Fahrzeugen.

Haushalt

Definitionskriterien gemäß der Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte sind die gemeinsam genutzte Wohnung und die gemeinsame Wirtschaftsführung. Ein Haushalt besteht entweder aus einer alleinlebenden Person oder einer Gruppe von Personen, die nicht miteinander verwandt sein müssen, aber unter derselben Anschrift wohnen und den Haushalt gemeinsam führen, d. h. wenigstens eine Mahlzeit pro Tag gemeinsam einnehmen und ein Wohnzimmer o. Ä. gemeinsam benutzen.

Hochtechnologiesektoren

Die Einstufung des Hochtechnologie- und Mittel-/Hochtechnologiebereichs des verarbeitenden Gewerbes basiert auf dem Begriff der FuE-Intensität (Verhältnis der FuE-Aufwendungen zum BIP). Legt man dieses Kriterium zugrunde, so gehören zum Hochtechnologiebereich die Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten sowie die Bereiche Rundfunk-, Fernseh- und Kommunikationstechnik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik sowie Optik. Zu den Mittel-/Hochtechnologiebetrieben zählen die chemische Industrie, der Maschinenbau, die Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung, der Automobilsektor sowie der sonstige Fahrzeugbau.

Einer ähnlichen Logik wie für das verarbeitende Gewerbe folgend definiert Eurostat die folgenden Bereiche als wissensintensive Sektoren („knowledge-intensive sector“ - KIS): Schifffahrt, Luftfahrt, Nachrichtenübermittlung; Kreditgewerbe; Versicherungsgewerbe, mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten; Grundstücks- und Wohnungswesen; Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal; Datenverarbeitung und Datenbanken; Forschung und Entwicklung; Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen; Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Kultur, Sport und Unterhaltung.

Innerhalb des Sektors umfasst der Hochtechnologiebereich die Wirtschaftszweige Nachrichtenübermittlung, Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung.

ICD-Diagnose

Mit einer Krankenhauseinweisung verbundene Diagnosen und Verfahren werden gemäß der 9. Revision der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD-9) erfasst. Diese Klassifikation entstand unter der Schirmherrschaft der Weltgesundheitsorganisation WHO in enger Zusammenarbeit von vielen Staaten und Nichtregierungsorganisationen. Zunächst wurde sie für die Todesursachenstatistik eingesetzt. Später dann kam die Diagnose der Morbidität hinzu. Die klinischen Modifikationen der ICD werden beispielsweise in der Klassifizierung der Krankenhausdiagnosen verwendet. Die ICD hat sich zur internationalen Standarddiagnoseklassifikation entwickelt für alle allgemeinen Zwecke der Epidemiologie und der Verwaltung des Gesundheitswesens. Die meisten Mitgliedstaaten haben die 10. Revision der ICD-Klassifikation angenommen bzw. beabsichtigen dies. Die verwendeten Diagnosekategorien basieren auf der Hauptdiagnose, die als erste von

mehreren möglichen Diagnosen im Entlassungsbogen angegeben wird. Die Hauptdiagnose entspricht dem Zustand, der nach Untersuchung als Hauptursache für die Einlieferung des Patienten zur Versorgung in das Krankenhaus festgelegt wurde.

Impliziter BIP-Preisindex

Indikator der Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die das BIP darstellen. Der Begriff „implizit“ verweist auf die Tatsache, dass der Preisindex eine Kombination der Preisentwicklungen der einzelnen Komponenten ist.

Indirekte Arbeitskosten

Siehe „Arbeitskosten insgesamt“

Interne Kurse

Kurse, die vom Unternehmen selbst entwickelt und verwaltet werden, selbst wenn sie nicht in den Räumlichkeiten des Unternehmens stattfinden.

Intra-EU-Ströme

Alle von EU-Ländern gemeldeten Transaktionen mit anderen Mitgliedstaaten.

ISCED

Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (International Standard Classification of Education), Unesco 1976.

ISCED 97

Die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) eignet sich für die Erstellung von Bildungsstatistiken auf internationaler Ebene. Erfasst werden zwei Kreuzklassifikationsvariablen, d. h. Bildungsebenen und Fächer, mit den ergänzenden Dimensionen der allgemeinen-beruflichen-berufsvorbereitenden Ausrichtung sowie der bildungs-arbeitsmarktspezifischen Zielsetzung. In den EU-Ländern wurde die derzeit geltende ISCED 97 (siehe <http://unesco-stat.unesco.org/en/pub/pub0.htm>) erstmals bei der Datenerhebung für das Schuljahr 1997/98 angewandt.

Die Änderungen in der ISCED-Klassifikation haben Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit der Zeitreihen; das gilt insbesondere für die Ebenen 3 (Sekundarbereich Stufe II) und 5 (Tertiärbereich). Mit der ISCED 97 wurde die neue Ebene 4 - nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich - eingeführt (früher Bestandteil der Ebenen 3 und 5). Die Ebene 6 der ISCED 97 bezieht sich ausschließlich auf Studien zum Zweck der Promotion. Insgesamt werden in der ISCED 97 sieben Bildungsebenen unterschieden.

ISCED-97-Bildungsebenen

In ihrem empirischen Ansatz setzt die ISCED verschiedene Kriterien voraus, mit deren Hilfe man Bildungsgänge bestimmten Bildungsebenen zuord-

nen kann. Für die jeweilige Bildungsebene und die Art der Bildung sind die Kriterien hierarchisch zu ordnen: Hauptkriterien und Nebenkriterien (übliche Zugangsberechtigung, Mindestvoraussetzungen für die Zulassung, Mindestalter, Qualifikation des Personals usw.).

0: Vorschulbereich

Dieser Bereich ist definiert als die Eingangsstufe des organisierten Unterrichts. Die Betreuung der Kinder, die mindestens drei Jahre alt sein müssen, findet in Vorschulen oder entsprechenden Zentren statt.

1: Primärbereich

Das Eintrittsalter für den Primärbereich beträgt vier bis sieben Jahre. Der Schulbesuch ist in allen Ländern Pflicht und dauert in der Regel fünf bis sechs Jahre.

2: Sekundarbereich I

Der Sekundarbereich I setzt die im Primärbereich begonnene Grundbildung fort und ist in der Regel stärker fachorientiert. Mit Abschluss dieses Bereiches endet gewöhnlich auch die Schulpflicht.

3: Sekundarbereich II

Der Sekundarbereich II beginnt in der Regel am Ende des Pflichtunterrichts. Das Eintrittsalter liegt üblicherweise bei 15 bis 16 Jahren. Für den Zugang sind in der Regel bestimmte Voraussetzungen (Abschluss des Pflichtunterrichts) und andere Mindestanforderungen zu erfüllen. Der Unterricht ist häufig stärker themenorientiert als auf der Ebene ISCED 2. ISCED 3 hat üblicherweise eine Dauer von zwei bis fünf Jahren.

4: Nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich

Diese Bildungsgänge sind zwischen dem Sekundarbereich II und dem Tertiärbereich anzusiedeln. Sie dienen der Erweiterung des bis zum Abschluss der Ebene ISCED 3 erworbenen Wissens. Typische Beispiele sind Bildungsgänge zur Vorbereitung auf ein Studium im Bereich 5 oder zur Vorbereitung auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt.

5: Tertiäre Bildung (erste Stufe)

Zugangsvoraussetzung für diese Bildungsgänge ist üblicherweise der erfolgreiche Abschluss von ISCED 3 oder 4. Zu diesem Bereich zählen tertiäre Bildungsgänge mit akademischer Ausrichtung (Typ A), in denen weitgehend theoretisches Wissen vermittelt wird, und tertiäre Bildungsgänge mit berufsspezifischer Ausrichtung (Typ B), die in der Regel kürzer sind als die Bildungsgänge des Bereichs 5A und hauptsächlich auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt abzielen.

6: Tertiäre Bildung (zweite Stufe)

In diesen Bereich fallen ausschließlich Studiengänge auf der tertiären Ebene, die zu einer

höheren Forschungsqualifikation (Promotion) führen.

Jahresarbeitsinheit (JAE)

Die Jahresarbeitsinheit entspricht der von einer Person, die in einem landwirtschaftlichen Betrieb als Vollzeitkraft beschäftigt ist, geleisteten Arbeit. „Vollzeit“ entspricht den nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften für Arbeitsverträge geltenden Mindestarbeitsstunden. Wird in diesen Vorschriften die Anzahl der Stunden nicht angegeben, so wird von 1 800 Stunden ausgegangen (225 Arbeitstage von jeweils acht Stunden).

Kaufkraftparitäten (KKP)

Vergleiche von Einkommen oder getätigten Ausgaben sollten nicht anhand der Wechselkurse von Währungen vorgenommen werden, da diese neben Preisunterschieden in der Regel noch andere Faktoren widerspiegeln (z. B. den Umfang von Finanztransaktionen zwischen Währungen oder die in die Entwicklung der Devisenmärkte gesetzten Erwartungen). Im Gegensatz dazu sind Kaufkraftparitäten (KKP) ausschließlich von Differenzen im Preisniveau bestimmt und vermitteln deshalb ein realistisches Bild von der unterschiedlichen Kaufkraft z. B. in privaten Haushalten. Die Kaufkraftparitäten ermittelt man durch Gegenüberstellung der Preise für einen Warenkorb, der vergleichbare und für das Verbrauchsverhalten der einzelnen Länder repräsentative Waren und Dienstleistungen umfasst. Anhand der Kaufkraftparitäten wird dann jede in nationaler Währung angegebene Einheit in eine gemeinsame Referenzeinheit umgerechnet. Für jede dieser Einheiten, die als Kaufkraftstandard (KKS) bezeichnet werden, erhält man in allen Ländern den gleichen Betrag an Waren und Dienstleistungen (siehe „Kaufkraftstandards“).

Kaufkraftstandards (KKS)

Mit Hilfe von Kaufkraftstandards lassen sich Einkommen (oder andere verfügbare Geldbeträge) sowie getätigte Ausgaben länderübergreifend besser miteinander vergleichen. Kaufkraftstandards geben an, wie viele Einheiten der jeweiligen Landeswährung ein und derselbe Korb von Waren und Dienstleistungen in den einzelnen Ländern kostet. Die Umrechnung von Währungsbeträgen (z. B. Höhe eines bezogenen Einkommens) in Kaufkraftstandards ermöglicht einen unmittelbaren Vergleich der Kaufkraft von Haushalten.

KMU

Kleine und mittlere Unternehmen, die weniger als 250 Personen beschäftigen. (Laut Definition der Generaldirektion Unternehmen der Europäischen

Kommission: sehr kleine Unternehmen: 1-9 Beschäftigte; kleine Unternehmen: 10-40 Beschäftigte; mittlere Unternehmen: 50-249 Beschäftigte; Großunternehmen: 250 oder mehr Beschäftigte.) Die KMU bilden das Rückgrat der Unternehmenskultur in EU-15, wo über 99 % aller Unternehmen weniger als 250 Personen beschäftigen.

Konsumausgaben

Konsumausgaben sind die Ausgaben gebietsansässiger institutioneller Einheiten für Waren und Dienstleistungen, die zur unmittelbaren Befriedigung individueller Bedürfnisse und Wünsche oder kollektiver Bedürfnisse der Allgemeinheit verwendet werden.

Konvergenzkriterien

Für die Europäische Währungsunion gelten die folgenden Konvergenzkriterien:

- Preisstabilität;
- Finanzlage der öffentlichen Hand;
- Wechselkurse;
- langfristige Zinssätze.

– Preisstabilität

Die Mitgliedstaaten müssen eine anhaltende Preisstabilität und eine während des letzten Jahres vor der Prüfung gemessene durchschnittliche Inflationsrate aufweisen, die um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate jener – höchstens drei – Mitgliedstaaten liegt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben.

– Finanzlage der öffentlichen Hand

Die Mitgliedstaaten müssen „übermäßige öffentliche Defizite“ vermeiden, d. h., das geplante oder tatsächliche öffentliche Defizit darf nicht mehr als 3 % und der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des BIP ausmachen, es sei denn, es handelt sich um eine außergewöhnliche oder vorübergehende Überschreitung, oder die Verhältniszahlen sind erheblich und kontinuierlich zurückgegangen.

– Wechselkurse

Die Mitgliedstaaten müssen die normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus (WKM) zumindest in den letzten zwei Jahren vor der Prüfung ohne starke Spannungen eingehalten haben. Insbesondere darf ein Mitgliedstaat den bilateralen Leitkurs seiner Währung gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaats innerhalb des gleichen Zeitraums nicht von sich aus abgewertet haben.

– Langfristige Zinssätze

Der durchschnittliche langfristige Nominalzins

darf im Verlauf eines Jahres vor der Prüfung in einem Mitgliedstaat um nicht mehr als zwei Prozentpunkte über dem entsprechenden Satz in jenen - höchstens drei - Mitgliedstaaten liegen, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben.

Krankenhausentlassungen

Entlassung ist die offizielle Entlassung eines stationären Patienten durch eine stationäre Versorgungseinrichtung oder eine Einrichtung zur Akutversorgung. Die Entlassungsquote wird als Anzahl je 100 000 Einwohner berechnet. Diagnosekapitel (unter Heranziehung der Hauptdiagnose) wurden auf der Grundlage der internationalen Klassifikation der Krankheiten, 9. Revision, klinische Modifikationen (ICD-9-CM) definiert.

Krankheitsinzidenz

Die Inzidenz gibt die Anzahl neuer Fälle an, die in einer Population in einem bestimmten Zeitraum auftreten. Die Inzidenz kann als die Anzahl neuer Fälle einer Krankheit (oder Störung) pro 1 000 oder 100 000 Einwohner in einem Jahr ausgedrückt werden. Die Inzidenz kann sich entweder auf das erste Auftreten einer Krankheit (d. h. neue Fälle) oder auf alle Episoden beziehen.

Krankheitsprävalenz

Die Prävalenz misst die Anzahl der Fälle einer bestimmten Krankheit zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Prävalenz gibt den Anteil der Bevölkerung, die zu einem beliebigen Zeitpunkt des Jahres an der Krankheit leidet, an. Damit Prävalenzstatistiken aus verschiedenen Studien vergleichbar sind, muss der Untersuchungszeitraum gleich lang sein.

Länder

Dieser Teilssektor umfasst separate institutionelle Einheiten, die auf der Ebene unterhalb des Zentralstaates und oberhalb der örtlichen Gebietskörperschaften (Gemeinden) staatliche Funktionen wahrnehmen, mit Ausnahme der Länderverwaltungen der Sozialversicherung.

Landwirtschaftliche Fläche bzw. landwirtschaftlich Nutzfläche

Die landwirtschaftliche Fläche bzw. die landwirtschaftliche Nutzfläche ist die bewirtschaftete Fläche, d. h. die Kategorien Ackerland, Dauergrünland, Dauerkulturen und Haus- und Nutzgärten.

Langfristige Zinssätze

Hier gemessen als Endfälligkeitsrenditen von zehnjährigen Staatsanleihen. Siehe auch „Konvergenzkriterien“.

Lebendgewicht von Fischereierzeugnissen

Das Lebendgewicht von Fischereierzeugnissen erhält man durch Umrechnung des angelandeten oder Produktgewichts mit Hilfe spezieller Faktoren. Es dient als Gewichtsangabe für das Fischereierzeugnis im Zustand unmittelbar nach dem Fang, d. h. bevor es verarbeitet oder in anderer Weise verändert wird.

Lebenserwartung

Durchschnittliche Zahl von Jahren, die Personen eines bestimmten Alters unter den gegebenen Sterblichkeitsverhältnissen noch zu leben haben.

Marktbestimmte Dienstleistungen

Instandhaltung und Reparatur, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe und sonstige marktbestimmte Dienstleistungen. Diese Dienstleistungen werden gegen Entgelt erbracht, gewöhnlich mit der Absicht, einen Gewinn zu erzielen. In der Systematik NACE Rev. 1 gehören dazu die Abschnitte G bis P ohne Abschnitt L (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung), der den nichtmarktbestimmten Dienstleistungen zuzuordnen ist. Der Bereich Recycling, der im ESVG 79 zu den Dienstleistungen zählte, fällt im ESVG 95 in den Bereich des verarbeitenden Gewerbes.

Monetäre Sozialleistungen

Monetäre Sozialleistungen sind Leistungen, die von Institutionen der Sozialversicherung, von anderen staatlichen Einheiten, von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, von Versicherungsunternehmen, von Arbeitgebern, die Sozialschutzsysteme ohne spezielle Deckungsmittel verwalten, und von anderen institutionellen Einheiten, die private Sozialschutzsysteme (mit speziellen Deckungsmitteln) verwalten, an private Haushalte gezahlt werden.

NACE 70

Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (betrifft Daten zwischen 1970 und 1990).

NACE Rev. 1

Überarbeitung der Allgemeinen Systematik der Wirtschaftszweige (betrifft Daten ab 1991; siehe auch den Anhang zur Systematik der Wirtschaftszweige im Folgenden).

Natürliches Bevölkerungswachstum

Geburten minus Sterbefälle.

Nettobetriebsüberschuss

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen nach Abzug des von gebietsansässigen Arbeitgebern gezahlten Arbeitnehmerentgelts, der vom Staat und der übr-

gen Welt einschließlich EU-Institutionen erhobenen Produktionssteuern und Einfuhrabgaben abzüglich Subventionen sowie der Abschreibungen. Der Nettobetriebsüberschuss umfasst die gesamten im Produktionsprozess entstandenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Nettoverdienste

Bruttoverdienst abzüglich der von den Arbeitnehmern zu zahlenden Sozialbeiträge und Einkommensteuer, gegebenenfalls zuzüglich der Familienzulagen.

Nichterwerbspersonen

Diese Personen sind weder beschäftigt noch arbeitslos. Neben Rentnern und Arbeitsunfähigen gehören dazu Schüler und Studenten sowie unentgeltlich arbeitende Personen (Hausarbeit, karitative Tätigkeit).

Nichtmarktbestimmte Dienstleistungen

Sie sind hauptsächlich Leistungen des Staates und werden an ihren Produktionskosten gemessen (da ihr „Marktwert“ nicht immer repräsentativ ist). Weitere Beispiele sind private wohltätige Organisationen und Haushaltshilfen. Zu den nichtmarktbestimmten Dienstleistungen zählt nicht die Produktion von Waren und Dienstleistungen durch private Haushalte, die ihre unbezahlte Arbeitskraft für die Produktion zum eigenen Verbrauch einsetzen. Die Wertschöpfung durch solche Tätigkeiten wird in konventionellen makroökonomischen Aggregaten nicht erfasst, da sie nicht in den Wirtschaftskreislauf eingehen. In der Systematik NACE Rev. 1 sind die nichtmarktbestimmten Dienstleistungen dem Abschnitt L zugeordnet (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung).

Nichtstaatsangehörige

Personen, die nicht Staatsangehörige des Landes sind, in dem sie zurzeit leben.

NUTS

Diese Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik wurde gemeinsam von Eurostat und anderen Dienststellen der Europäischen Kommission ausgearbeitet, um eine einheitliche und kohärente Untergliederung des Gemeinschaftsgebiets für die Erstellung von Regionalstatistiken zu schaffen. Die zurzeit gültige NUTS (Fassung 2001) untergliedert das Gebiet der Europäischen Union auf der Ebene NUTS 1 in 78 Regionen, auf der Ebene NUTS 2 in 211 Regionen und auf der Ebene NUTS 3 in 1 092 Regionen.

Papier und Pappe

Unter diesen Überbegriff fallen Grafikpapier, Zeitungspapier, Papier für den Hygiene- und Haushaltsbedarf, Verpackungsmaterial und weitere

Arten von Papier und Pappe. Ausgenommen sind Fertigwaren aus Papier, wie etwa Kisten, Kartons, Bücher und Zeitschriften.

Patente im Hochtechnologiebereich

Für die Zählung der Patente im Hochtechnologiebereich gelten die im trilateralen statistischen Bericht festgelegten Kriterien. Demnach werden die folgenden technischen Fachgebiete dem Hochtechnologiebereich zugeordnet: Computer und Büroautomation, Mikrobiologie und Gentechnik, Luftfahrt, Kommunikationstechnik, Halbleitertechnik und Lasertechnik.

Patent- und Markenamt der USA (USPTO)

Das Patent- und Markenamt der USA (United States Patent and Trademark Office — USPTO) ist eine nichtkommerzielle US-Bundesbehörde und eines der 14 Ämter innerhalb des Handelsministeriums (Department of Commerce — DOC). Es hat die Aufgabe, die industrielle und technologische Entwicklung in den USA zu fördern sowie durch Vollzug der Gesetze für Patente und Handelsmarken zur Stärkung der Volkswirtschaft beizutragen. Gleichzeitig berät es einerseits den Handelsminister, den Präsidenten der USA und die Regierung in Fragen des Schutzes von Patenten, Handelsmarken und Urheberrechten sowie andererseits die Regierung bezüglich der handelsbezogenen Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum.

Patenteinnahmen

Einnahmen aus dem Handel mit technischem Fachwissen und Warenzeichen, die durch Lizenzen und Patente geschützt sind.

Produktions- und Importabgaben

Dazu zählen Zwangsabgaben in Form von Geld- oder Sachleistungen, die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Union ohne Gegenleistung auf die Produktion und die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, die Beschäftigung von Arbeitskräften oder das Eigentum an oder den Einsatz von Grundstücken, Gebäuden oder anderen im Produktionsprozess eingesetzten Aktiva erhoben werden.

Reale Werte

Sie werden berechnet durch Deflationierung einer ökonomischen Variablen zu jeweiligen Preisen anhand des impliziten Preisindex einer anderen Variablen, häufig des BIP (z. B. Deflationierung des Arbeitnehmerentgelts anhand des Preisindex des Verbrauchs der privaten Haushalte). Dies ist typisch für Finanzierungsströme. Erfolgt die Deflationierung einer Variablen anhand ihres eigenen Preisindex, so wird das Ergebnis als Wertangabe „zu konstanten Preisen“ bezeichnet. „Real“ ist mitunter gleich bedeutend mit „konstant“ (konstante Preise).

Reiseverkehrsbilanz

Die Debetseite enthält die Ausgaben von Gebietsansässigen, die aus beliebigen Gründen (Urlaub, Arbeit, Gesundheit oder Studium) für weniger als ein Jahr im Ausland leben, während auf der Kreditseite die gleichen Ausgaben von ausländischen Reisenden im Inland aufgeführt sind.

Rohe Sterbeziffer

Sterbefälle je 1 000 Einwohner.

Rohe Sterbeziffer (CDR)

Die nicht bereinigte Sterbeziffer ist ein gewichteter Durchschnitt der altersspezifischen Sterbeziffer. Der Gewichtungsfaktor ist die Altersverteilung der Population, deren Mortalität beobachtet wird. Bei der Gegenüberstellung der nicht bereinigten Sterbeziffer von zwei oder mehr Populationen wird eine Kombination von verschiedenen altersspezifischen Sterblichkeiten und unterschiedlichen Bevölkerungsstrukturen verglichen, die nicht die „realen“ Mortalitätsunterschiede widerspiegeln, dafür aber die Auswirkungen der Bevölkerungsstruktur auf die Gesamtzahl der Todesfälle und auf die nicht bereinigten Sterbeziffern mit berücksichtigen.

Rundholzerzeugung

Dazu gehören alle Holzmengen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums vom Fällort, der sich innerhalb oder außerhalb einer Waldfläche befinden kann, abtransportiert werden.

Säuglingssterblichkeit

Anzahl der Sterbefälle je 1 000 lebend geborene Kinder unter einem Jahr.

Schnittholz

Dazu gehören Holzwaren, die entweder durch Längseinschnitt oder durch Profilierung hergestellt werden und im Regelfall eine Stärke von über 5 mm aufweisen.

Sozialbeiträge

Sozialbeiträge werden als freiwillige Beiträge oder Pflichtbeiträge von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Selbstständigen und Nichterwerbstätigen geleistet. Es gibt zwei Arten von Sozialbeiträgen: tatsächliche Beiträge und unterstellte Beiträge.

Sozialversicherung

Dazu zählen alle institutionellen Einheiten des Zentralstaates (Bundes), der Länder und der Gemeinden, deren Haupttätigkeit in der Gewährung von Sozialleistungen besteht und die die folgenden zwei Kriterien erfüllen: 1. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen mit Ausnahme der Vorschriften für Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind bestimmte Bevölkerungsgruppen zur Teilnahme an dem System oder zur

Beitragszahlung verpflichtet. 2. Der Staat legt die Beiträge und Leistungen fest und erhält in dieser Hinsicht, unabhängig von seiner Funktion als Aufsichtsbehörde oder Arbeitgeber, eine Zuständigkeit für die Verwaltung der Einrichtung.

Staat

Der Sektor Staat umfasst alle institutionellen Einheiten, deren Produktionswert für den Individual- und Kollektivkonsum bestimmt ist und die sich primär mit Zwangsabgaben von Einheiten anderer Sektoren finanzieren und/oder die Einkommen und Vermögen umverteilen. Der Sektor Staat untergliedert sich in vier Teilssektoren: Zentralstaat (Bund), Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.

Staatliche Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung

Staatliche Mittelzuweisung für FuE (englisch Government budget appropriations or outlays for research and development - GBAORD) ermöglichen die Messung der staatlichen Unterstützung für FuE-Aktivitäten; sie umfassen alle auf zentralstaatlicher (oder Bundesebene) genehmigten Mittel für FuE. Die in Bundesländern (oder Provinzen) veranschlagten Mittel werden nur einbezogen, sofern sie eine signifikante Größenordnung erreichen, Mittel der Gemeinden werden nicht erfasst.

Staatsangehörige

Personen, die Staatsangehörige des Landes sind, in dem sie zurzeit leben.

Staatsanleihen

Von der öffentlichen Hand zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten und anderen Schulden ausgegebene rückzahlbare Schuldverschreibungen. Die Rendite von Staatsanleihen ist gewöhnlich die Umlaufrendite, d. h. die Rendite an dem Markt, an dem im Umlauf befindliche Papiere gehandelt werden.

Staatsschulden

Gesamte Bruttoverschuldung zum Nennwert am Jahresende, konsolidiert zwischen und innerhalb der Teilssektoren des Staates.

Siehe auch „Konvergenzkriterien“.

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde für die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ausgehandelt, die am 1. Januar 1999 in Kraft trat. Durch diesen Pakt soll sichergestellt werden, dass die Mitgliedstaaten auch nach Einführung der einheitlichen Währung ihre Bemühungen um Haushaltsdisziplin fortsetzen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt setzt sich zusammen aus einer Entschließung des Euro-

päischen Rates, die am 17. Juni 1997 in Amsterdam angenommen wurde, sowie aus zwei Verordnungen des Rates vom 7. Juli 1997 mit technischen Modalitäten zur Verwirklichung dieser Entschließung (haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken sowie Umsetzung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit).

Mittelfristig haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Vorgabe eines nahezu ausgeglichenen Haushalts weiterhin zu erfüllen und dem Rat und der Kommission bis 1. Januar 1999 ein Stabilitätsprogramm vorzulegen, das in der Folge jährlich aktualisiert werden soll. Die an der dritten Stufe der WWU nicht teilnehmenden Staaten müssen ein Konvergenzprogramm vorlegen, das entsprechenden Regeln unterworfen ist.

Im Stabilitäts- und Wachstumspakt ist vorgesehen, dass der Rat Sanktionen verhängen kann, wenn ein teilnehmender Mitgliedstaat nicht die zur Behebung des übermäßigen Defizits erforderlichen Schritte unternimmt. Zunächst soll die Hinterlegung einer unverzinslichen Einlage bei der Gemeinschaft verlangt werden, die in eine Geldbuße umgewandelt werden kann, wenn das übermäßige Defizit nicht binnen zwei Jahren beseitigt worden ist.

Standarddeckungsbeitrag

Der Deckungsbeitrag eines landwirtschaftlichen Unternehmens ist der Geldwert der Bruttoerzeugung abzüglich bestimmter Spezialkosten. Der Standarddeckungsbeitrag (SDB) ist der Wert des Deckungsbeitrags, der der durchschnittlichen Lage einer gegebenen Region für die einzelnen landwirtschaftlichen Merkmale entspricht.

Die SDB werden anhand der Dreijahresdurchschnittswerte ermittelt. Für die Strukturhebung 1997 wurde der SDB 1994 als arithmetisches Mittel der Jahre 1993, 1994 und 1995 berechnet. Die Bruttoerzeugung ist die Summe der Werte der Hauptprodukte und der Nebenprodukte. Diese Werte werden durch Multiplikation der Produktion je Einheit (abzüglich alle Verluste) zu Preisen ab Hof ohne Mehrwertsteuer berechnet.

Die Bruttoerzeugung enthält die Beihilfen, die an Produkte, Flächen und/oder Vieh gebunden sind.

Standardisierte Sterbeziffer (SDR)

Altersspezifische Sterbeziffer einer Bevölkerung. Da sich die meisten Todesursachen mit dem Alter und in Abhängigkeit vom Geschlecht erheblich ändern, verbessert der Einsatz von standardisierten Sterbeziffern die Vergleichbarkeit über Zeiträume bzw. zwischen Ländern, da sie eine Messung der Sterblichkeit unabhängig von den unterschiedlichen Altersstrukturen der Bevölkerung erlauben. Die hier verwendeten standardisierten Sterbeziffern wurden von der Weltgesund-

heitsorganisation auf der Grundlage einer europäischen Standardbevölkerung berechnet.

Sterbeziffer

Sterbefälle je 100 000 Einwohner.

Steuersatz eines Ehepaars mit zwei Kindern

Dieser Steuersatz hat eine ähnliche Grundlage wie der Steuersatz für Geringverdiener (Strukturindikator). Dabei bestehen folgende Unterschiede: 1. der Steuersatz betrifft ein Ehepaar mit zwei Kindern (zwischen 5 und 12 Jahren); 2. nur einer der Ehepartner arbeitet; 3. das Gesamteinkommen einer Familie umfasst allgemeine Barleistungen (z. B. Familienzulagen) sowie das Einkommen aus einer Beschäftigung des arbeitenden Ehepartners; 4. die Steuer auf das Einkommen umfasst die gesamte Einkommensteuer auf die Bruttoverdienste zuzüglich Arbeitnehmer- und Arbeitgebersozialbeiträge und abzüglich Barleistungen; diese Einkommensteuer wird dann als Prozentsatz der Arbeitskosten ausgedrückt, genau so wie in der Definition des Steuersatzes für Geringverdiener; 5. für den arbeitenden Ehepartner wird ein erwachsener, vollzeitlich tätiger Produktionsarbeiter im verarbeitenden Gewerbe angenommen, dessen Verdienst 100 % des Durchschnittsverdienstes solcher Arbeiter in jedem Land entspricht.

Steuersatz eines Geringverdieners

Dieser Strukturindikator bezieht sich auf einen Alleinverdiener ohne Kinder; es wird angenommen, dass der Steuerzahler außer seinem Arbeitsentgelt keine andere Einkommensquelle hat. Die Gesamtsteuer wird berechnet aus der Summe der Einkommensteuer auf den jährlichen Bruttoverdienst zuzüglich Arbeitnehmer- und Arbeitgebersozialbeiträge. Diese Einkommensteuer wird dann als Prozentsatz der Arbeitskosten ausgedrückt, die wiederum definiert sind als Bruttoverdienste zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber und ggf. lohnbezogene Abgaben. Der so berechnete Steuersatz stellt damit einen durchschnittlichen Steuersatz dar. Für den Lohnempfänger wird ein erwachsener, vollzeitlich tätiger Produktionsarbeiter im verarbeitenden Gewerbe angenommen, dessen Verdienst 67 % des Durchschnittsverdienstes solcher Arbeiter in jedem Land entspricht. Der jährliche Bruttoverdienst umfasst alle Barleistungen, die im Bezugsjahr gezahlt wurden. Neben Zuschlägen für Überstunden und Schichtarbeit, Urlaubsgeld, Prämien und sonstigen regelmäßigen Zahlungen fallen auch unregelmäßige Prämien und Zahlungen darunter (beispielsweise 13. und 14. Monatslohn, Urlaubsprämien, Gewinnbeteiligung, Entschädigung für nichtgenommene Urlaubstage). Ausgeschlossen sind dagegen Naturalleistungen,

Abfindungen und Gewinnbeteiligungssysteme, bei denen Dividenden ausgeschüttet werden.

Subventionen

Subventionen sind laufende Zahlungen ohne Gegenleistung, die der Staat oder die Institutionen der Europäischen Union an gebietsansässige Produzenten leisten, um den Produktionsumfang dieser Einheiten, ihre Verkaufspreise oder die Entlohnung der Produktionsfaktoren zu beeinflussen.

Tagesgeldsatz

Damit wird im Allgemeinen der Zinssatz bezeichnet, zu dem Banken untereinander auf dem Interbankmarkt innerhalb von 24 Stunden fällige Kredite gewähren oder aufnehmen. Er ist ein guter Indikator für das allgemeine Niveau der kurzfristigen Marktzinssätze. Der Tagesgeldsatz wird u. a. durch die Höhe der Leitzinsen beeinflusst.

Teilnehmer

Eine Person, die 1999 an einem oder mehreren Weiterbildungskursen teilnahm. Jede Person wird nur einmal gezählt, unabhängig davon, wie oft sie an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen hat.

Todesursachen

Die Analyse der Todesursachen basiert auf dem Grundleiden, wie es in Abschnitt B des Totenscheins angegeben ist. Die Todesursachen werden auf der Grundlage der internationalen Klassifikation der Krankheiten der Weltgesundheitsorganisation definiert, die von den meisten Ländern übernommen worden ist. Obwohl die Definitionen harmonisiert sind, sind die Statistiken nicht notwendigerweise voll vergleichbar, da die Klassifikation in Fällen, in denen mehrere Ursachen zum Tode führen bzw. die Einordnung schwierig ist, unterschiedlich sein kann; zu Abweichungen kommt es auch aufgrund unterschiedlicher Meldeverfahren.

Tote bei Straßenverkehrsunfällen

Personen, die unmittelbar getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen gestorben sind. Ihre Zahl wird als standardisierte Sterbeziffer berechnet.

Übertragbare Krankheiten

Krankheiten, die innerhalb der Europäischen Union eine signifikante Morbidität oder Mortalität verursachen oder verursachen können und bei denen der Informationsaustausch die Wirkung einer Frühwarnung angesichts einer Bedrohung der öffentlichen Gesundheit haben kann. Es kann sich auch um seltene und schwere Krankheiten handeln, die auf nationaler Ebene nicht erkannt werden, für die jedoch durch eine Zusammen-

fassung aller Daten auf einer breiteren Wissensgrundlage eine Hypothese aufgestellt werden könnte und für die es wirksame Präventionsmaßnahmen gibt, die den Gesundheitsschutz verbessern.

Übertragungen

Unter Übertragungen sind internationale Transaktionen zu verstehen, bei denen Waren, Dienstleistungen oder finanzielle Werte zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden ohne eine wirtschaftliche Gegenleistung übertragen werden.

Umsatz

Der Umsatz umfasst die von der Erhebungseinheit während des Berichtszeitraums insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen. Der Umsatz schließt alle Steuern und Abgaben ein, die auf den von der Einheit in Rechnung gestellten Waren oder Dienstleistungen liegen, mit Ausnahme der Mehrwertsteuer, die von der Einheit den Kunden in Rechnung gestellt wird, sowie sonstiger, in ähnlicher Weise absetzbarer, direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern. Außerdem umfasst er alle berechneten Nebenkosten (Transport, Verpackung usw.), die an die Kunden weitergegeben werden, selbst wenn diese Kosten getrennt in Rechnung gestellt werden. Preisnachlässe, z. B. Rabatte und Boni, sowie der Wert der zurückerstatteten Verpackung sind abzusetzen. Erträge, die im Rahmen der Rechnungslegung als sonstige betriebliche Erträge, finanzielle Erträge oder außerordentliche Erträge eingestuft sind, zählen nicht als Umsatz. Nicht einbezogen werden die vom Staat oder der Europäischen Union erhaltenen Betriebs-subsventionen. Für die NACE Rev. 1 Klassen 66.01 und 66.03 wird die Merkmalsbezeichnung für den Umsatz als Gebuchte Bruttobeiträge festgelegt.

Verarbeitendes Gewerbe

Alle Tätigkeiten, die im Abschnitt D der NACE Rev. 1 (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft) zu finden sind, und zwar sowohl handwerkliche Einrichtungen als auch Anlagen der Großindustrie. Dabei ist zu beachten, dass großtechnische Anlagen nicht ausschließlich bei den Tätigkeiten des Abschnitts D zum Einsatz kommen. Zum verarbeitenden Gewerbe zählen Wirtschaftszweige, wie etwa der Bereich Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden, chemische Industrie; die Herstellung von Chemiefasern, die Metallwarenindustrie, das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung, das Textilgewerbe, das Ledergewerbe, das Holzgewerbe und die Herstellung von Möbeln, das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe und die Herstellung von Gummi-

und Kunststoffwaren. Nicht darunter fallen dagegen der Bergbau sowie der Hoch- und Tiefbau.

Verbrauch der privaten Haushalte

Wert der zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse der privaten Haushalte verwendete Waren und Dienstleistungen. Dazu gehören die Ausgaben für den Kauf von Waren und Dienstleistungen, der Eigenverbrauch (z. B. Erzeugnisse aus Gemüsegärten) und die unterstellte Miete von eigengenutzten Wohnungen.

Vereinte Nationen (UN)

Die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) wurde am 24. Oktober 1945 von 51 Ländern gegründet, die sich die Erhaltung des Friedens durch internationale Zusammenarbeit und kollektive Sicherheit auf die Fahnen geschrieben hatten. Inzwischen gehören fast alle Staaten der Welt der UNO an: Die Organisation zählt heute 189 Mitglieder. Staaten, die der UNO beitreten, übernehmen die Verpflichtungen der UN-Charta - ein internationales Vertragswerk, das die Grundsätze für die zwischenstaatlichen Beziehungen festlegt. Gemäß der Charta verfolgt die UNO vier Ziele: Sie soll darauf hinwirken, dass der Frieden und die Sicherheit in der Welt gewahrt bleiben, sie soll die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen ermöglichen, sie soll durch entsprechende Zusammenarbeit zur Lösung internationaler Probleme und zur besseren Achtung Menschenrechte beitragen, und sie soll bei der Abstimmung des Handelns der einzelnen Länder eine zentrale Rolle übernehmen.

Vorleistungen

Die Vorleistungen messen den Wert der im Produktionsprozess verbrauchten, verarbeiteten oder umgewandelten Waren und Dienstleistungen. Nicht dazu gehört die Nutzung des Anlagevermögens, die anhand der Abschreibungen gemessen wird.

Wald

Wald ist definiert als eine mehr als 0,5 ha große Fläche mit einer Beschirmung (oder einem entsprechenden Bestockungsgrad) von mehr als 10 %. Die Bäume sollten bei Schlagreife eine Mindesthöhe von 5 m erreichen können.

Wanderungssaldo (einschließlich Korrekturen)

Differenz zwischen der Zahl der Einwanderer und der Zahl der Auswanderer in einem bestimmten Gebiet. Da zur Einwanderung und Auswanderung in den meisten Ländern keine genauen und z. T. überhaupt keine Zahlen vorliegen, wird der Wanderungssaldo im Allgemeinen anhand der Differenz zwischen dem Bevölkerungszuwachs (insgesamt) und dem natürlichen Bevölkerungswachstum innerhalb eines bestimmten Zeitraums

geschätzt. Somit wirken sich auf die Statistiken über den Wanderungssaldo sämtliche statistischen Ungenauigkeiten aus, die in den beiden Bestandteilen dieser Gleichung und insbesondere in den Angaben zum Gesamtzuwachs enthalten sind.

Wechselkurs

Preis einer Währungseinheit gegenüber einer anderen.

Siehe auch „Konvergenzkriterien“.

Weiterbildungskurse

Veranstaltungen, die ausschließlich dem Zweck der Weiterbildung dienen, die nicht am Arbeitsplatz stattfinden, sondern beispielsweise in einem Unterrichtsraum oder Bildungszentrum, in denen eine Personengruppe in einem von den Organisatoren des Kurses vorab festgelegten Zeitraum Unterricht von Ausbildern-Tutoren-Dozenten erhält.

Wirtschaftsgebiet

Als Wirtschaftsgebiet eines Landes gilt das durch den freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen gekennzeichnete Staatsgebiet. Ebenfalls darunter fallen der nationale Luftraum, die Hoheitsgewässer, die Bodenschätze in internationalen Gewässern, wenn sie von gebietsansässigen Einheiten geschürft werden, territoriale Exklaven (eigene Vertretungen, eigene Militärbasen usw.) nicht jedoch extraterritoriale Enklaven (Vertretungen ausländischer Staaten, der Organe der Europäischen Union usw.).

WKM (Wechselkursmechanismus)

Dieser Bestandteil des Europäischen Währungssystems diente der Herstellung stabilerer Wechselkurse und umfasste zwei Elemente: ein Paritätengitter mit bilateralen Leitkursen und Schwankungsbreiten sowie einen Abweichungsindikator, der angab, wie weit die einzelnen Währungen vom ECU-Leitkurs abwichen. Seit Beginn der 3. Stufe der Währungsunion besteht der Wechselkursmechanismus nicht mehr.

WKM 2

Am 1. Januar 1999 trat an die Stelle des bisherigen WKM der neue Wechselkursmechanismus WKM 2, der die noch nicht beteiligten Länder für eine Teilnahme an der Währungsunion vorbereiten und gleichzeitig zur Wechselkursdisziplin innerhalb der Europäischen Union beitragen soll. Die zentrale Währung des Systems ist der Euro. Ende 2000 beteiligten sich am WKM 2 zwei Länder, und zwar Dänemark mit einer Schwankungsbreite von $\pm 2,25\%$ und Griechenland mit einer Schwankungsbreite von $\pm 15\%$. Da Griechenland seit 1. Januar 2001 der Eurozone angehört, ist Dänemark zurzeit das einzige Land, das sich am WKM 2 beteiligt.

Wohnung

Ein Raum oder eine Reihe von Räumen, einschließlich zugehöriger Vorhallen und Flure, in einem auf Dauer errichteten Gebäude (oder einem davon getrennten Teil), das für die ganzjährige Bewohnung durch einen privaten Haushalt gebaut, umgebaut oder umgewandelt wurde. Eine Wohnung bezeichnet entweder ein Einfamilienhaus oder die einzelne Wohneinheit in einem Wohnblock. Wohnungen umfassen auch Garagen für Wohngebäude, selbst wenn sie nicht Teil der Wohnung sind oder einem anderen Eigentümer gehören.

WWU (Wirtschafts- und Währungsunion)

Zusammenschluss von zwölf EU-Mitgliedstaaten, die den Euro als gemeinsame Währung eingeführt haben. Diesen Ländern wurde offiziell bestätigt, dass sie die Konvergenzkriterien erfüllen. Die dritte Stufe der WWU begann am 1. Januar 1999, als der Kurs der Währungen von elf Mitgliedstaaten gegenüber dem Euro unwiderruflich festgelegt wurde. Seit 1. Januar 2001 gilt dies auch für die griechische Drachme. Mit der Einführung des Euro-Bargelds am 1. Januar 2002 wurden die nationalen Währungen schrittweise aus dem Verkehr gezogen.

Zahlungsbilanz

Die Salden der verschiedenen Teilbilanzen (Warenbilanz, Dienstleistungsbilanz usw.) der Zahlungsbilanz ergeben sich aus der Differenz zwischen Ausfuhren (Kredit) und Einfuhren (Debet). Wenn die Ausfuhren die Einfuhren übersteigen, handelt es sich um einen Zahlungsbilanzüberschuss. Sind die Einfuhren höher als die Ausfuhren, besteht ein Zahlungsbilanzdefizit.

– Regierungsleistungen, anderweitig nicht genannt

Im Zahlungsbilanzsystem stellt dieser Posten eine Restgröße dar. Darunter fallen alle vom Staat oder von internationalen und regionalen Organisationen erbrachten Dienstleistungen, die keiner anderen Dienstleistungsrubrik (Finanzdienstleistungen, Versicherungsdienstleistungen, Kommunikationsleistungen usw.) zuzuordnen sind.

– Einkommen

Das Einkommen umfasst im Zahlungsbilanzsystem zwei Hauptposten: Erwerbseinkommen, d. h. Löhne, Gehälter und andere Bar- oder Sachleistungen, die Einzelpersonen für die Arbeit erhalten, die sie für im Ausland ansässige wirtschaftliche Einheiten erbracht haben; Vermögenseinkommen, d. h. das Einkommen, das eine gebietsansässige Einheit aus dem Eigentum an Finanzanlagen im Ausland bezieht, und das Einkommen, das Gebietsfremde aus ihren Finanzanlagen in der Volkswirtschaft beziehen, in

der die Zahlungsbilanz erstellt wird. Dazu zählen Zinsen und Dividenden aus Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen und sonstigen Investitionen.

– **Versicherungsdienstleistungen**

Im Zahlungsbilanzsystem fallen unter diesen Posten verschiedene Arten von Versicherungen, die Gebietsfremde mit gebietsansässigen Versicherungsunternehmen abschließen und umgekehrt.

– **Transithandelserträge und sonstige Handelsleistungen**

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten Provisionen für Waren- und Dienstleistungstransaktionen zwischen gebietsansässigen Transithändlern, Brokern und Dealern an Warenbörsen und Warenkommissionären einerseits und Gebietsfremden andererseits.

– **Übrige unternehmensbezogene, freiberufliche und technische Dienstleistungen**

In der Zahlungsbilanz umfasst dieser Posten ein breites Spektrum an Dienstleistungen, die u. a. in folgenden Bereichen erbracht werden: Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Marktforschung, Forschung und Entwicklung, Architektur-, Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Landwirtschaft, Bergbau und Verarbeitung vor Ort.

– **Operating-Leasing**

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten Geschäfte zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden zur Anmietung oder Charterung von Schiffen, Flugzeugen und anderen Transportmitteln ohne Bedienungspersonal.

– **Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen**

Im Zahlungsbilanzsystem fallen unter diesen Posten Transithandelserträge und sonstige Handelsleistungen, Operating-Leasing und übrige unternehmensbezogene, freiberufliche und technische Dienstleistungen.

– **Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Freizeit**

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten audiovisuelle und verwandte Dienstleistungen sowie sonstige kulturelle Dienstleistungen, die Gebietsansässige für Gebietsfremde und umgekehrt erbringen.

– **Patente und Lizenzen**

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten Zahlungen von Gebietsansässigen an Gebiets-

fremde und umgekehrt für die autorisierte Nutzung von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern und Eigentumsrechten sowie für die Verwendung von produzierten Originalen oder Prototypen (im Rahmen von Lizenzvereinbarungen).

– **Vermögensübertragungen**

Der Begriff Vermögensübertragungen bezeichnet im Zahlungsbilanzsystem die Eigentumsübertragung von Anlage- oder Geldvermögen, die den Zugang oder Abgang von Anlagevermögen oder die Aufhebung von Verbindlichkeiten seitens der Gläubiger ohne Gegenleistung beinhaltet oder voraussetzt.

– **Kommunikationsleistungen**

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten zwei wesentliche Kategorien im Bereich der internationalen Kommunikation zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden: Telekommunikationsdienstleistungen und Post- und Kurierdienste.

– **DV- und Informationsleistungen**

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten DV-Daten- und nachrichtenbezogene Dienstleistungstransaktionen zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden.

– **Bauleistungen**

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten Arbeiten auf Baustellen und Montagen, die Arbeitnehmer eines Unternehmens an Standorten außerhalb des Wirtschaftsgebiets des Unternehmens ausführen. Diese Arbeiten sind im Allgemeinen von kurzer Dauer. Auf den Baustellen eingesetzte Waren, die das Unternehmen in fremden Wirtschaftsgebieten erwirbt, werden als Bauleistungen und nicht unter der Position Waren verbucht.

– **Finanzdienstleistungen**

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten den Austausch von finanziellen Vermittlungs- und Nebenleistungen zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden.

Zentralstaat

Alle zentralen öffentlichen Körperschaften, deren Zuständigkeit sich über das gesamte Wirtschaftsgebiet erstreckt, mit Ausnahme der Zentralverwaltung der Sozialversicherung.

AKP: Afrikanische, karibische und pazifische Unterzeichnerstaaten des Partnerschaftsabkommens (Cotonou-Abkommen)

Angola, Antigua und Barbuda, Äquatorialguinea, Äthiopien, Bahamas, Barbados, Belize, Benin, Botsuana, Burkina Faso, Burundi, Cookinseln, Côte d'Ivoire, Demokratische Republik Kongo, Dominica, Dominikanische Republik, Dschibuti, Eritrea, Fidschi, Gabun, Gambia, Ghana, Grenada, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Jamaika, Kamerun, Kap Verde, Kenia, Kiribati, Komoren, Kongo, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Marshallinseln, Mauretanien, Mauritius, Föderierte Staaten von Mikronesien, Mosambik, Namibia, Nauru, Niger, Nigeria, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Ruanda, Sambia, Samoa, São Tomé und Príncipe, Senegal, Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Solomonen, Somalia, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Südafrika, Sudan, Suriname, Swaziland, Vereinigte Republik Tansania, Togo, Tonga, Trinidad und Tobago, Tschad, Tuvalu, Uganda, Vanuatu, Zentralafrikanische Republik

APEC: Asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit

Australien, Brunei, Chile, China, Hongkong, Indonesien, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Republik Korea, Russische Föderation, Singapur, Taiwan, Thailand, Vereinigte Staaten, Vietnam

ASEAN: Verband Südostasiatischer Nationen

Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam

Beitrittsländer

Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Zypern

DAV: Dynamische asiatische Volkswirtschaften

Hongkong, Malaysia, Republik Korea, Singapur, Taiwan, Thailand

EFTA: Europäische Freihandelsassoziation

Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz

Europäische Union (EU-15)

Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Finnland, Vereinigtes Königreich

Eurozone

Die Länder, die sich an der Wirtschafts- und Währungsunion beteiligen und den Euro als einheitliche Währung einführen. Im Jahr 2001 waren dies Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland

EWK: Europäischer Wirtschaftsraum

EU, Island, Liechtenstein, Norwegen

Extra-EU-15

Europäische Länder, die nicht Mitglieder der EU sind, Afrika, Amerika, Asien, Ozeanien und Polargebiete, verschiedene (nicht einzeln aufgeführte) Länder

GUS: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Armenien, Aserbajdschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Republik Moldau, Russische Föderation, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan

Lateinamerika

Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela

Mercosur: Gemeinsamer Markt der Länder im Süden Lateinamerikas

Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay

Mittelmeerbecken

Ägypten, Albanien, Algerien, Arabische Republik Syrien, Besetzte palästinensische Gebiete, Bosnien und Herzegowina, Ceuta, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Gibraltar, Israel, Jordanien, Jugoslawien, Kroatien, Libanon, Libysch-Arabische Dschamahirija, Malta, Marokko, Melilla, Slowenien, Syrien, Tunesien, Türkei, Zypern

MOEL: Mittel- und osteuropäische Länder

Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Jugoslawien, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn

NAFTA: Nordamerikanisches Freihandelsabkommen

Kanada, Mexiko, Vereinigte Staaten

NIC: Industrielle Schwellenländer Asiens

Hongkong, Republik Korea, Singapur, Taiwan

OECD ohne EU

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ohne EU

Amerikanische Jungferninseln, Australien, Heard und McDonaldinseln, Island, Japan, Kanada, Kokosinseln (Keelinginseln), Mexiko, Neuseeland, Norfolkinsel, Norwegen, Polen, Republik Korea, Schweiz, Slowakei, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Vereinigte Staaten, Weihnachtsinsel

OPEC: Organisation Erdöl exportierender Länder

Algerien, Indonesien, Irak, Islamische Republik Iran, Katar, Kuwait, Libysch-Arabische Dschamahirija, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate

SAARC: Südasiatische Assoziation für regionale Zusammenarbeit

Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka

- A. Land- und Forstwirtschaft**
- B. Fischerei und Fischzucht**
- C. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**
- CA. Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Bergbau auf Uran- und Thoriumerze
- CB. Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau
- D. Herstellung von Waren**
- DA. Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, Tabakverarbeitung
- DB. Herstellung von Textilien und Bekleidung
- DC. Herstellung von Leder und Lederwaren
- DD. Herstellung von Holz sowie Holz-, Kork- und Flechtwaren (ohne Herstellung von Möbeln)
- DE. Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus, Verlags- und Druckerzeugnissen
- DF. Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen
- DG. Herstellung von chemischen Erzeugnissen
- DH. Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
- DI. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
- DJ. Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen
- DK. Maschinenbau
- DL. Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und- einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik
- DM. Fahrzeugbau
- DN. Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Rückgewinnung
- E. Energie- und Wasserversorgung**
- F. Bau**
- G. Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern**
50. Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen
51. Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)
52. Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern
- H. Beherbergungs- und Gaststätten**
- I. Verkehr und Nachrichtenübermittlung**
60. Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen
61. Schifffahrt
62. Luftfahrt
63. Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung
64. Nachrichtenübermittlung
- J. Kreditinstitute und Versicherungen (ohne Sozialversicherung)**
65. Kreditinstitute
66. Versicherungen (ohne Sozialversicherung)
67. Mit den Kreditinstituten und Versicherungen verbundene Tätigkeiten
- K. Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen**
70. Grundstücks- und Wohnungswesen
71. Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal
72. Datenverarbeitung und Datenbanken
73. Forschung und Entwicklung
74. Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen
- L. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung**
- M. Erziehung und Unterricht**
- N. Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen**
- O. Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen**
90. Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung
91. Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige Vereinigungen (ohne Sozialwesen, Kultur und Sport)
92. Kultur, Sport und Unterhaltung
93. Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
- P. Private Haushalte**
- Q. Extraterritoriale Organisationen und Körperschaften**

Diese Klassifikation ist auf der Eurostat Website zugänglich:
<http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon> (unter „Klassifikationen“)

- 0. Nahrungsmittel und lebende Tiere**
 00. Lebende Tiere, ausgenommen solche des Abschnitts 03
 01. Fleisch und Zubereitungen von Fleisch
 02. Milch und Milcherzeugnisse; Voceleier
 03. Fische (ausgenommen Meeressäuger), Krebstiere, Weichtiere und wirbellose Wassertiere; Zubereitungen daraus
 04. Getreide und Getreideerzeugnisse
 05. Gemüse und Früchte
 06. Zucker, Zuckerwaren und Honig
 07. Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus
 08. Tierfutter (ausgenommen ungemahlene Getreide)
 09. Verschiedene genießbare Waren und Zubereitungen
- 1. Getränke und Tabak**
 11. Getränke
 12. Tabak und Tabakerzeugnisse
- 2. Rohstoffe, ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe**
 21. Häute, Felle und Pelzfelle, roh
 22. Ölsaaten und ölhaltige Früchte
 23. Rohkautschuk (einschließlich synthetischen und regenerierten Kautschuks)
 24. Kork und Holz
 25. Papierhalbstoffe und Abfälle von Papier
 26. Spinnstoffe (ausgenommen gekämmte Wolle) und ihre Abfälle (ausgenommen zu Garn oder anderen Waren verarbeitete Abfälle)
 27. Düngemittel (ausgenommen solche des Abschnitts 56), roh, und mineralische Rohstoffe (ausgenommen Kohle, Öl und Edelsteine)
 28. Metallurgische Erze und Metallabfälle
 29. Rohstoffe tierischen und pflanzlichen Ursprungs, a. n. g.
- 3. Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse**
 32. Kohle, Koks und Briketts
 33. Erdöl, Erdölzeugnisse und verwandte Waren
 34. Gas
 35. Elektrischer Strom
- 4. Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachs**
 41. Tierische Öle und Fette
 42. Pflanzliche Fette und fette Öle, roh oder raffiniert, sowie deren Fraktionen
 43. Tierische oder pflanzliche Fette und Öle, verarbeitet; Wachse tierischen oder pflanzlichen Ursprungs; ungenießbare Mischungen und Zubereitungen von tierischen oder pflanzlichen Fetten oder Ölen, a. n. g.
- 5. Chemische Erzeugnisse, a. n. g.**
 51. Organische chemische Erzeugnisse
 52. Anorganische chemische Erzeugnisse
 53. Farbmittel, Gerbstoffe und Farben
 54. Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse
 55. Ätherische Öle, Resinoide und Riechmittel; zubereitete Körperpflege-, Putz- und Reinigungsmittel
 56. Düngemittel (ausgenommen solche des Abschnitts 27)
 57. Kunststoffe in Primärformen
 58. Kunststoffe in anderen Formen als Primärformen
 59. Chemische Erzeugnisse und Waren, a. n. g.
- 6. Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert**
 60. Vollständige Fabrikationsanlagen des Teils 6
 61. Leder, Lederwaren, a. n. g., und zugerichtete Pelzfelle
 62. Kautschukwaren a. n. g.
 63. Kork- und Holzwaren (ausgenommen Möbel)
 64. Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier oder Pappe
 65. Garne, Gewebe, fertig gestellte Spinnstoffzeugnisse, a. n. g., und verwandte Waren
 66. Waren aus nichtmetallischen mineralischen Stoffen, a. n. g.
 67. Eisen und Stahl
 68. NE-Metalle
 69. Metallwaren, a. n. g.
- 7. Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge**
 70. Vollständige Fabrikationsanlagen des Teils 7
 71. Kraftmaschinen und Kraftmaschinenausrüstungen
 72. Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke
 73. Metallbearbeitungsmaschinen
 74. Maschinen, Apparate und Geräte für verschiedene Zwecke, a. n. g., und Teile davon, a. n. g.
 75. Büromaschinen und automatische Datenverarbeitungsanlagen
 76. Geräte für Nachrichtentechnik; Bild- und Tonaufnahme- und -wiedergabegeräte
 77. Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und Einrichtungen, a. n. g., und elektrische Teile davon (einschließlich der entsprechenden nichtelektrischen Teile, a. n. g., für elektrische Haushaltsausrüstungen)
 78. Straßenfahrzeuge (einschließlich Luftkissenfahrzeugen)
 79. Andere Beförderungsmittel
- 8. Verschiedene Fertigwaren**
 80. Vollständige Fabrikationsanlagen des Teils 8
 81. Vorgefertigte Gebäude; sanitäre Anlagen, Heizungs- und Beleuchtungseinrichtungen, a. n. g.
 82. Möbel und Teile davon; Bettausstattungen und ähnliche Waren
 83. Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse
 84. Bekleidung und Bekleidungszubehör
 85. Schuhe
 87. Mess-, Prüf- und Kontrollinstrumente, -apparate und -geräte, a. n. g.
 88. Fotografische Apparate, Ausrüstungen und Zubehör; optische Waren, a. n. g.; Uhrmacherwaren
 89. Verschiedene bearbeitete Waren, a. n. g.
- 9. Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst**
 91. Postpakete, nicht nach Beschaffenheit gegliedert
 93. Besondere Warenverkehrsvorgänge und Waren, nicht nach Beschaffenheit gegliedert
 94. Vollständige Fabrikationsanlagen, a. n. g.
 96. Münzen (ausgenommen Goldmünzen), ausgenommen gesetzliche Zahlungsmittel
 97. Gold zu nichtmonetären Zwecken (ausgenommen Golderze und -konzentrate)

Mitgliedstaaten

EU-15	Die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union
EUR-12	Die Eurozone mit 12 Mitgliedstaaten (B, D, EL, E, F, IRL, I, L, NL, A, P, FIN)
€-zone / Eurozone	EUR-11 (B, D, E, F, IRL, I, L, NL, A, P, FIN) bis zum 31.12.2000 / EUR-12 ab 1.1.2001
B	
DK	Belgien
D	Dänemark
EL	Deutschland
E	Griechenland
F	Spanien
IRL	Frankreich
I	Irland
L	Italien
NL	Luxemburg
A	Niederlande
P	Österreich
FIN	Portugal
S	Finnland
UK	Schweden
	Vereinigtes Königreich

Beitrittswillige Länder

BG	
CY	Bulgarien
CZ	Zypern
EE	Tschechische Republik
HU	Estland
LT	Ungarn
LV	Litauen
MT	Lettland
PL	Malta
RO	Polen
SI	Rumänien
SK	Slowenien
TR	Slowakei
	Türkei

Andere Länder

AF	
AM	Afghanistan
AR	Armenien
AZ	Argentinien
BA	Aserbajdschan
BR	Bosnien und Herzegowina
CA	Brasilien
CD	Kanada
CH	Demokratische Republik Kongo
CN	Schweiz
CO	China
D-E	Kolumbien
D-W	das frühere Ostdeutschland

DZ	das frühere Westdeutschland
FRY	Algerien
GB	Bundesrepublik Jugoslawien
HR	Großbritannien
IN	Kroatien
IQ	Indien
IR	Irak
IS	Iran
JP	Island
KR	Japan
LI	Republik Korea
LK	Liechtenstein
LY	Sri Lanka
NG	Libyen
NO	Nigeria
RU	Norwegen
SA	Russische Föderation
SG	Saudi-Arabien
SL	Singapur
SO	Sierra Leone
TW	Somalia
UA	Taiwan
US	Ukraine
ZA	Vereinigte Staaten von Amerika Südafrika

Währungen

ECU	
EUR	Angaben bis 31.12.1998
BEF	Angaben ab 1.1.1999
DKK	Belgischer Franc
DEM	Dänische Krone
GRD	Deutsche Mark
ESP	Griechische Drachme
FRF	Spanische Peseta
IEP	Französischer Franc
ITL	Irishes Pfund
LUF	Italienische Lira
NLG	Luxemburgischer Franc
ATS	Niederländischer Gulden
PTE	Österreichischer Schilling
FIM	Portugiesischer Escudo
SEK	Finnmark
GBP	Schwedische Krone
CAD	Pfund Sterling
JPY	Kanadischer Dollar
USD	Japanischer Yen US-Dollar

Weitere Abkürzungen

AIDS	
AKE	Erworbenes Immundefizit-Syndrom
AKP	Erhebung über Arbeitskräfte (LFS) Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean,
a. n. g.	Unterzeichnerstaaten des Abkommens von Cotonou
ASEAN	anderweitig nicht genannt
BERD	Association of South-East Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)
BIP	FuE-Ausgaben im Wirtschaftssektor
BRZ	Bruttoinlandsprodukt
BSE	Bruttoraumzahl
BSP	Spongiforme Rinderenzephalopathie
BT	Bruttosozialprodukt
BWS	Bruttotonnage
CDR	Bruttowertschöpfung
cif	Rohe Sterbeziffer
CVTS2	Costs, insurance, freight (Kosten, Versicherung, Fracht)
DAV	Erhebung über die betriebliche Weiterbildung
EAGGF	Dynamische Asiatische Volkswirtschaften
ECHP	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)
ECHP-UDB	Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaften
ECMT	Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaften - users' database
EEA	Europäische Konferenz der Verkehrsminister (EKMV)
EFRE	Siehe EWR
EFTA	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EGKS	Europäische Freihandelsassoziation (CH, IS, LI, NO)
EITO	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ESF	European Information Technology Observatory
Essoss	Europäischer Sozialfonds
ESVG	Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik
EU	Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Eurostat	Europäische Union
Eurydice	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
EVPI	Bildungsinformationsnetz in Europa (http://www.eurydice.org/)
EWO	Europäischer Verbraucherpreisindex
EWR	Europäische Weltraumorganisation (ESA)
EWS	Europäischer Wirtschaftsraum (EU + EFTA-Länder ohne Schweiz)
EZB	Europäisches Währungssystem
fob	Europäische Zentralbank
FuE	Free on board (frei an Bord)
GAP	Forschung und Entwicklung
Gboard	Gemeinsame Agrarpolitik Staatliche Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung (government budget appropriation outlays for Research and Development)
GCSE	General Certificate of Secondary Education (Allgemeines Abschlusszeugnis für die Sekundarstufe)
GD	
GERD	Generaldirektion
GD INFSO	Gesamtausgaben für FuE
GD PRESS	Generaldirektion Informationsgesellschaft
GJ	Generaldirektion Presse und Kommunikation
GWh	Gigajoule
GUS	Gigawattstunde (10 ⁶ kWh)

ha	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
hl	Hektar
HVPI	Hektoliter
IAO	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
ICT	Internationale Arbeitsorganisation
IT	Institut der Computer-Technologie (IKT)
IPI	Informationstechnologie
ISCED	Index der Industrieproduktion
ISPO	Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen
IWF	Information Society Promotion Office (Büro für die Informationsgesellschaft)
JAE	Internationaler Währungsfonds
kcal	Jahresarbeitsinheit
kg	Kilokalorie
kgRÖE	Kilogramm
KKP	Kilogramm Rohöleinheiten
KKS	Kaufkraftparität
KL	Kaufkraftstandard
KMI	Kandidatenländer
km²	Körpermasseindex
KWh	Quadratkilometer
LMP	Kilowattstunde
LF	Arbeitsmarktpolitik
m³	Landwirtschaftliche Fläche
Mercosur	Kubikmeter
MOEL	Gemeinsamer Markt der Länder im Süden Lateinamerikas
MSTI/OECD	Mittel- und osteuropäische Länder Hauptindikatoren für Wissenschaft und Technologie (MSTI)/Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
MwSt.	Mehrwertsteuer
NACE	Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
NHS	National Health Service/Nationales Gesundheitswesen
NUS	Neue Unabhängige Staaten (der ehemaligen Sowjetunion)
NUTS	Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (Eurostat) (NUTS 1, 2 usw.)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OECD-DAC	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung — Ausschuss für Entwicklungshilfe
OPEC	Organisation Erdöl exportierender Länder
ROZ	Research-Oktanzahl
SDB	Standarddeckungsbeitrag
SDR	Standardisierte Sterbeziffer
SITC REV.3	Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel, Rev.3 (Standard Industrial Trade Classification)
SK	<i>Statistik kurz gefasst</i>
t	Tonne
tkm	Tonnenkilometer
TBFRA	TBRFA-2000-Umfrage (Temperate and Boreal Forest Resource Assessment — Bewertung der forstlichen Ressourcen in den gemäßigten nördlichen Klimazonen)
tRÖE	Tonnen Rohöleinheiten
Unesco	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNHCR	Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen bzw. dieser selbst
VPI-EWR	Verbraucherpreisindex des Europäischen Wirtschaftsraums
VPI-EWU	Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion


Europäische Kommission

Eurostat Jahrbuch 2003

8. Ausgabe

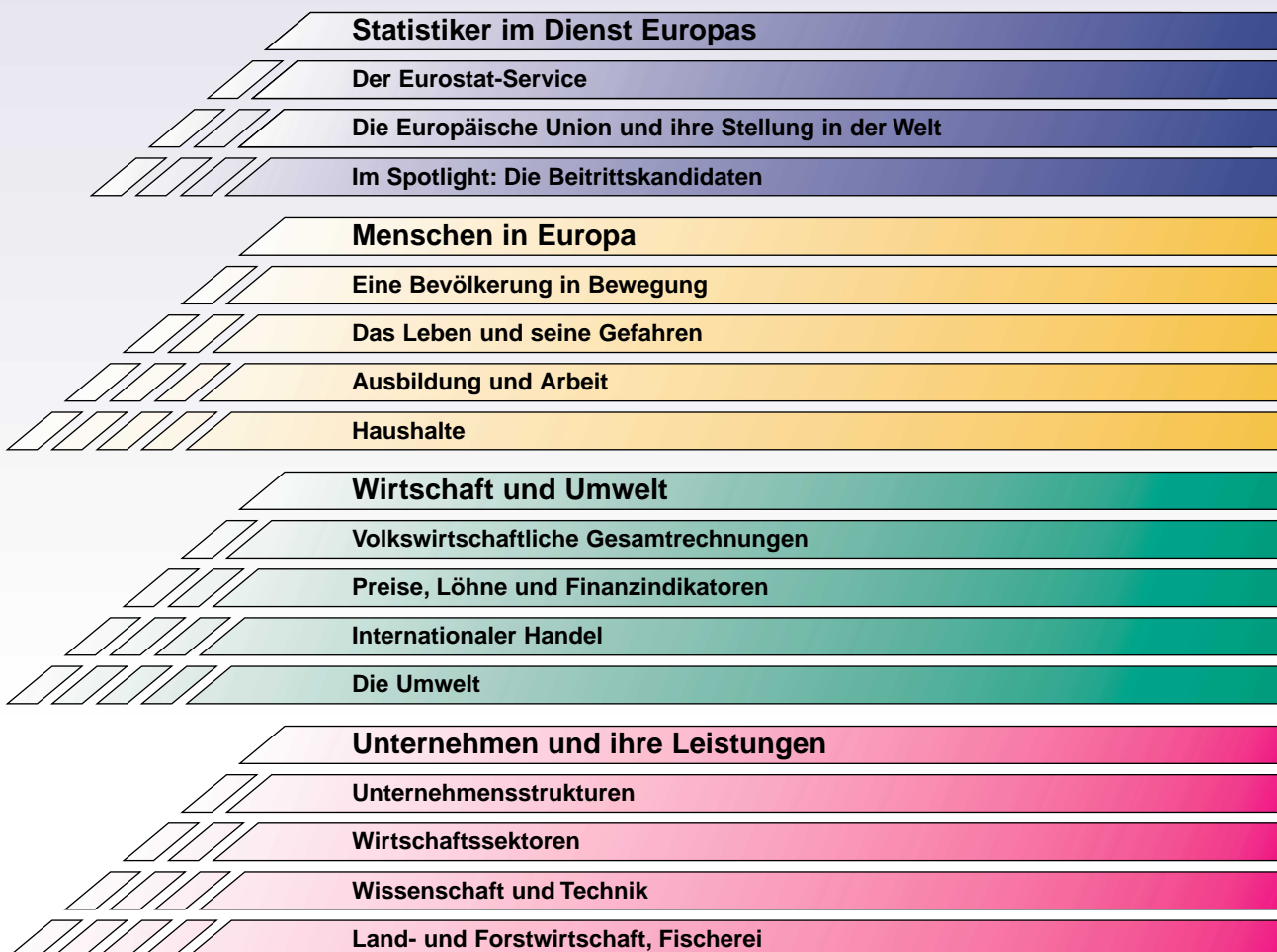
Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2003
2003 — 317 S. — 21 x 29,7 cm (gedruckte Ausgabe und CD-ROM), erhältlich als kombiniertes Produkt
Themenkreis 1: Allgemeine Statistik
Kollektion: Panorama der Europäischen Union
ISBN 92-894-4209-3 (gedruckte Fassung, Englisch, und CD-ROM in den Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch)
ISBN 92-894-4210-7 (gedruckte Fassung, Französisch, und CD-ROM in den Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch)
ISBN 92-894-4208-5 (gedruckte Fassung, Deutsch, und CD-ROM in den Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch)
Die gedruckte Fassung und die CD-ROM werden zusammen als Kombiprodukt vertrieben; der Preis in Luxemburg (ohne MwSt.) beträgt EUR 50.
Das Buch bzw. die CD-ROM umfasst vier Kapitel, die jeweils eine Einleitung, Tabellen, Schaubilder und Literaturhinweise enthalten. Im Anhang folgen ein Glossar, die Geonomenklatur, die Systematik der Wirtschaftszweige, das Warenverzeichnis für den Außenhandel, ein Abkürzungsverzeichnis sowie Instruktionen zur Installation der CD-ROM.

Die vier Kapitel sind:

- 1. „Statistiker für Europa“** mit Angaben zu den Themen Der Eurostat-Service, Strukturindikatoren , Europäische Union und ihre Stellung in der Welt sowie Im Spotlight: Beitrittskandidaten.
- 2. „Menschen in Europa“** mit Daten zu folgenden Themen: Bevölkerung in Bewegung EU-Bevölkerung, Familien und Geburten, Migration), Das Leben und seine Gefahren (Lebenserwartung und Sterblichkeit, Gesundheit und Sicherheit), Ausbildung und Arbeit (Ausbildung, Arbeit und Arbeitsmarkt, betriebliche Weiterbildung, Daten zur Arbeitsmarktpolitik), Haushalte (Konsumausgaben der privaten Haushalte, Einkommen und Lebensbedingungen, Wohnen).
- 3. „Wirtschaft und Umwelt“** mit Daten zu folgenden Themen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (gesamtwirtschaftliche Leistung, Verbrauchsausgaben, Einkommen der Produktionsfaktoren, öffentliche Finanzen, Sozialschutz), Preise, Löhne und Finanzen (Verbraucherpreise, Löhne und Arbeitskosten, Finanzmarktindikatoren), internationaler Handel (Zahlungsbilanz, Warenverkehr, Dienstleistungsverkehr, Handelspartner), Umwelt (Wasser, Abfall, Aufwendungen für Umweltschutz, Luftemissionen und Luftqualität, Verkehr).
- 4. „Unternehmerische Tätigkeit“** mit Daten zu folgenden Themen: Unternehmensstrukturen (Unternehmensstrukturen auf einen Blick, Industrie und Baugewerbe, Handel, Dienstleistungen einschließlich Finanzdienstleistungen), Wirtschaftssektoren (Verkehr, Tourismus, Energie und Stahl); Wissenschaft und Technologie (Forschung und Entwicklung, Informationsgesellschaft), Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei sowie Landwirtschaft und Umwelt).

Das Eurostat-Jahrbuch 2003

- **Das Jahrbuch bietet einen Überblick über das Datenangebot von Eurostat;** es gibt Auskunft über den statistischen Hintergrund, der für das Verständnis der aktuellen Entwicklungen in Europa eine immer größere Bedeutung erlangt. Die vorliegende Ausgabe veranschaulicht die Entwicklung bestimmter Vergleichsgrößen in der Europäischen Union, in der Eurozone und in den EU-Mitgliedstaaten für den Zeitraum 1991-2001. Zu den Nutzern der im Jahrbuch enthaltenen Daten zählen auch die Institutionen der EU und die Mitgliedstaaten.
- **In dem Jahrbuch wird demonstriert, welche Position die EU in der Welt einnimmt:** Entsprechende Daten ermöglichen einen Vergleich der EU mit Ländern und Wirtschaftsräumen in anderen Teilen der Welt, wie z. B. mit Kanada, Japan oder den Vereinigten Staaten von Amerika. Besondere Aufmerksamkeit wird den Daten über die Beitrittsländer gewidmet.
- **Das Jahrbuch ist ein Kombiprodukt, bestehend aus einem Buch und einer CD-ROM.** Letztere enthält über 1 000 statistische Tabellen und Schaubilder. Für alle Angaben lassen sich ohne weiteres Datenauszüge erstellen.
- **Das Jahrbuch ist benutzerfreundlich gestaltet.**
 - Zu Beginn eines jeden Abschnitts findet man Erläuterungen zu den wesentlichen Merkmalen der dargebotenen Informationen, und es wird dargelegt, worauf sich die Angaben beziehen. Außerdem wird kurz geschildert, welche übrigen Daten Eurostat zum jeweiligen Thema anbieten kann.
 - Die verwendeten statistischen Begriffe und Konzepte werden in einem Glossar erläutert.
 - In entsprechenden Hinweisen erfahren die Nutzer, wie sie sich zusätzliche themenbezogene Daten und Analysen von Eurostat beschaffen können.
 - Die verwendeten Abkürzungen und Akronyme werden auf dem Lesezeichen zum Jahrbuch erläutert.
- **Es bietet objektive, zuverlässige und vergleichbare statistische Daten** zu den folgenden Themen:



Informationen über Eurostat sind im Internet abrufbar unter der Adresse <http://europa.eu.int/comm/eurostat/>

Preis in Luxemburg (ohne MwSt.): 50 EUR

